

Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung

in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen
1887—1914.

Ein geschichtlicher Rückblick
von
August Eigenbrodt.

Deutschland, Deutschland über Alles!

Dritte Auflage.

Verlag
R. Albrecht, Berlin-Schöneberg
1917.

20

1120

Don demselben Verfasser erschien:

Ludwig XVII. von Frankreich und K. W. Nauendorff

von

R. Eigenbrodt.

Teil 1 und 2, à 1 Mk.

Leipzig bei Robolsky 1911 und 1912.

Der Verfasser untersucht auf Grund archivalischer und sonstiger Zeugnisse die interessante Frage nach dem Schicksale des Sohnes von Ludwig XVII. und Marie Antoinette. Als Ergebnis stellt der Verfasser fest, daß das französische Königskind nicht im Temple zu Paris gestorben ist. Dagegen wird der unwiderlegliche Beweis geführt, daß der Crossener Uhrmacher Nauendorff mit dem französischen Königssohne nicht identisch, sondern daß er ein angestifteter Betrüger war.

Fürst Bismarck und die Nachwelt

von

R. Eigenbrodt.

Würzburg, Gebr. Memminger 1916.

Geh. 1 Mark.

Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung

in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen
1887—1914.

Ein geschichtlicher Rückblick
von
August Eigenbrodt.

Deutschland, Deutschland über Alles!

3weite Auflage.

Verlag
H. Albrecht, Berlin-Schöneberg
1917.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung	S. 5—10
Das Berliner Tageblatt	11—87
Fürst Bismarck und das Berliner Tageblatt	" 12—21
Liberalismus, Reaktion und Berliner Tageblatt	" 21—25
Fraktionsgeist und Klaffengeist	" 25—26
Die deutschen Wehrvorlagen 1887—1913	" 26—31
Die Wehrvorlagen und das Berliner Tageblatt	" 31—32
Die Wehrvorlagen von 1887 und 1890	" 32—36
Die Heeresvorlage von 1893	" 36—41
Die Heeresvorlagen von 1899 und 1905	" 41—43
Die Flottenvorlagen und das Berliner Tageblatt	" 43—46
Die Flottenvorlage von 1900	" 46—48
Die Flottenvorlage von 1906	" 48—51
Die Heeresvorlage von 1911	" 51—52
Die Heeresvorlage von 1912	" 52—56
Die Flottenvorlage von 1912 und das Engländerium	" 56—70
Die Flottenvorlage von 1912 und das Berliner Tageblatt	" 70—76
Die Wehrvorlage von 1913	" 76—86
Schlußwort über das Berliner Tageblatt	" 86—87
 Die Frankfurter Zeitung	 S. 88—119
Fürst Bismarck	" 88—99
Die Frankfurter Zeitung und die Wehrfragen	" 99—103
Die Frankfurter Zeitung zu dem Septennarstreite von 1887 und zu der Heeresvorlage von 1890	" 104—106
Die Heeresvorlage von 1893	" 106—108
Die Militärvorlage von 1899	" 108
Die Heeresvorlage von 1905	" 109
Die Frankfurter Zeitung zu den Flottenvorlagen	" 110—116
Die Heeresmilliardenvorlage von 1913	" 116—117
Schlußwort über die Frankfurter Zeitung	" 117—119
Rückblick und Ausblick	122—127

Die Staatskunst Otto von Bismarcks, von einem Könige gefördert, der Glück in sich trug und neues Glück fand, getragen von einer starken Strömung innerhalb des deutschen Volkes, schuf aus dem vielspaltigen und kränkelnden Bundestags-Deutschland einen Bundeseinheitsstaat von strotzender Kraft. Während langer Friedensjahre unter dem verlässlichen Schutze wiederum des bejahrten und trotzdem in die neuen Aufgaben staatsmännisch hineingewachsener Monarchen war es derselben Meisterhand vergönnt, den Ausbau der Schöpfung weiterzuführen und das Geschaffene nach außen mit schützender Wehr zu umgeben. Die Bismarckschen Kanzlerjahre 1871—1890 enthalten die erste Entwickelungsepoche des jungen Reiches; am Ausgange dieser großen Zeit stellte das Deutschland Bismarcks einen Weltkörper dar, der auch über den eigenen Bereich Anziehungskraft bewies, in sich und militärisch wohl gesichert, sowie in geordneten Beziehungen zu der Außenwelt.

Es folgten zweieinhalb Jahrzehnte milder erfreulicher Art: das Reich blieb bestehen; Einzelerrungenschaften traten hinzu; aber auf der Bismarckschen Höhe hielt sich Bismarcks Schöpfung nicht. Der Abwärtsgang hob für die Außenstehenden mit dem Amtsausscheiden Bismarck's, nach der Meinung Bismarcks selbst schon einige Zeit früher an; Fürst Bismarck hat sich in der bisher nicht veröffentlichten Denkschrift, welche er seinem von M. Busch in dem ursprünglichen Entwurfe mitgetheilten Entlassungsgesuche beigab, über die in den Vorjahren begangenen Fehler der Politik des Näheren ausgelassen. Solange Fürst Bismarck im Amte stand, war er immerhin noch in der Lage, die nach seiner Ansicht schädlichen Gegeneinflüsse bekämpfen zu können; nach dem Amtsaustritte blieb ihm, dem gottbegnadeten Schöpfer des Reiches, der Schmerz, die Abbröckelungen ansehen zu müssen, leider nicht erspart. — Einen künftigen Daseinstampf Deutschlands um die Behauptung des seit seinem Eintritte in die Geschäfte Errungenen hatte Bismarck immer für möglich gehalten; seit dem Amtsaustritte wuchsen seine Besorgnisse um die politische Vereinfachung Deutschlands bei der Leichtherzigkeit seiner Nachfolger immer mehr an; der Umfang dieser Vereinfachung, die furchtbare Gewaltigkeit der über seine sorgsam gehütete Schöpfung später hereingebrochenen Weltgefahr entzog sich auch seiner Ahnung.

Der heutige Weltkrieg enthält in der Thatfache seines Ausbruches, noch mehr in den Begleitumständen die Quittung auf ein Vierteljahrhundert nachbismarckscher Politik des Deutschen Reiches. Er brachte zugleich die Prüfung auf die Lebensfähigkeit der von Neidern bedrohten Schöpfung Bismarcks. Wenn unser junges Reich die Probe besteht — militärisch ist sie ja wohl schon bestanden —, wenn das Deutsche Reich den Weltkrieg überlebt, dann wird eine neue Entwicklung anheben. Dann gilt es, aus der Vergangenheit die Lehren zu ziehen, auf daß, was gesund war, erhalten und gekräftigt, das Krankhafte aber überwunden wird. Daß die Schwächen des nachbismarckschen Vierteljahrhunderts sich in den Weltkrieg hinein behauptet haben — mit der Zähigkeit des Eigensinnes, welche jeder ethischen Schwäche anhaftet —, muß leider als Thatfache gelten. Stolz aber ist das deutsche Volk auf seine Wehrmacht zu Wasser und zu Lande. Sie hat sich bewährt; sie muß und wird auch in Zukunft auf Höhe bleiben.

Die in tiefer Sittlichkeit wurzelnde Haltung unserer Truppen vor dem Feinde, die Aufopferungsbereitschaft, in welcher kein Teil unseres Volkes dem anderen nachsteht, berechtigen zu der Hoffnung, daß in dem deutschen Volke Heilkräfte schlummern, mit deren Hilfe sich die Gebrechen überwinden lassen, denen der politische Niedergang des Reiches seit Bismarcks Abgange zur Last fällt. Gemeint ist mit dem Krankhaften die Schwäche an den obersten Amtsstellen und nicht minder die politische Schwäche des Reichstages und weiter Kreise des Volkes.

Der nachbismarckschen Außenpolitik des Deutschen Reiches dürfen wir vorwerfen, daß sie zwar auf Erhaltung des Weltfriedens peinlichst bedacht blieb, daß sie aber mehr in der Weise des Alltagsbureaukraten verfuhr als mit der ortskundigen Aufmerksamkeit und Klugheit des Steuermannes oder Lotsen; sie scheute namentlich die Augenblicksverdrüßlichkeiten und achtete der Zukunftsgefahren nicht. So stand die nachbismarcksche Reichspolitik in jedem Augenblicke u n t e r Höhe ihrer Aufgabe. — Die sittliche Verantwortung der heutigen Kriegsfeinde unseres Reiches für den Weltbrand von heute besteht darum unvermindert doch; sie waren von niemandem herausgefordert; sie wollten angreifen, indem sie deutsche Schwächen sich zu Ruhe machten; ihre Angriffsabsichten waren unsittlich; ihre politischen Ziele sind staatsmännisch fehlerhaft gewählt. Indes dem deutschen Volke gegenüber entlastet dieser Umstand die Reichsleitung nicht. Das Deutsche Reich hat den Anspruch, daß seine Geschichte von den Personen, welchen sie anvertraut sind, nicht in selbstzufriedener Schwäche, sondern mit staatsmännischer Aufmerksamkeit gehütet werden. Durch die kluge Wachsamkeit Otto v. Bismarcks, durch sein Voraussehen und Vorausberechnen in jedem Augenblicke kamen wir während der Reichsgründungsjahre an den Klippen und kamen wir nach der Gründung des Reiches an den nimmer aussehenden Weltgefahren vorbei. Nur durch die Mittel, welchen es seine Entstehung verdankt, vermag ein Gemeinwesen weiter zu bestehen.

• Otto von Bismarck, der Schöpfer unseres Reiches, stellt eine Ausnahmeerscheinung dar in der Stärke seines geistigen-Erkennens und der Uner-

bittlichkeit seines staatsmännischen Willens. Menschliche Einzelschwächen haften auch ihm an; aber gerade von den politischen Schwächen der Menge, also auch der Deutschen, war Bismarck frei: dies macht seine staatsmännische Größe aus.

Als Alexander der Große dem Ende nahe war, soll man ihn gefragt haben, wen er zum Erben seiner Schöpfung bestimme. Dem Sterbenden legte man die Antwort in den Mund, der Würdigste solle Erbe sein. — Wer war in Bismarck's Sinne zum Erben, wer zum Hüter zugleich seiner Hinterlassenschaft bestimmt?

Gesamterbe war keine Einzelperson: den einen gehörte sein Name, gehörte sein Vermögen; seine Ämter fielen in die Hände von solchen, deren Bismarck'scher Geist fremder war, als alles andere und vielen Anderen. Bismarck's Geist erbt niemand oder es konnten ihn alle erben; Bismarck's Hoffnungen mußten die Hoffnungen von allen sein.

Otto von Bismarck war in den nachamtlichen Jahren von den tiefsten Besorgnissen um die Zukunft seines Werkes erfüllt; aber auch die Hoffnung, daß sein Werk die Jugendgefahren überwinden könne, verließ ihn nie.

Fürst Bismarck ließ sich die Mühe nicht verbrießen, noch in den nachamtlichen Jahren der deutschen Öffentlichkeit sein staatsmännisches Denken und Fühlen zu unterbreiten. Er verfaßte seine Gedanken und Erinnerungen „den Söhnen und Enkeln zum Verständnis der Vergangenheit und zur Lehre für die Zukunft“; er hielt Ansprachen in engerem und in weiterem Kreise; er begab sich auch auf den Kampfplatz der Tagespublizistik; denn auf Einwirkung durch die Presse hielt er viel. — Wiederholt sprach Fürst Bismarck aus, daß ihm die Zukunft eher gesichert erscheine, wenn der deutsche Reichstag, statt in Parteilucht und Führerstreberhaftigkeit aufzugehen, der nationale „Brennpunkt“ werden könnte: an einem vaterländisch gerichteten Reichstage müßten sich die Regierenden abfangen, wenn sie von sich aus die staatsmännische Höhe nicht behaupten wollten: nur vaterländisch gerichtete, von Parteigeist freie Abgeordnete solle das deutsche Volk in den Reichstag entsenden.

Auch die Abgeordneten der deutschen Einzel Landtage sollten nach dem Dafürhalten des Fürsten Bismarck innerhalb ihrer Zuständigkeit die Fragen des deutschen Gesamtwohles behandeln, sollten die Landesregierungen in gesamtvaterländischem Sinne beeinflussen.

Wir sehen aus diesem allen: auf das deutsche Volk hatte Otto von Bismarck seine Hoffnung gesetzt: das deutsche Volk sah er als seinen Erben, als den Hüter seiner Hinterlassenschaft an, das deutsche Volk in seinem geistigen und sittlichen Adel. Hoffen wir, daß Fürst Bismarck's Hoffen nicht zu Schanden werde.

Von der Haltung des deutschen Volkes wird auch in heutigem Augenblicke die Zukunft Deutschlands abhängen: das deutsche Volk wird zu entscheiden haben, in welcher Richtung seine Geschicke weiterhin gelenkt werden dürfen. Das Volksheer hat in ruhmvollem Streiten bis zum heutigen

Lage die Außenfeinde abgewehrt; den inneren Schäden und Schädlingen, der Gleichgültigkeit, der Parteiucht, der Scheu vor der Wahrheit und der Furcht vor den Menschen —, den schwachen, wenn auch mächtigen Menschen —, die an allen Stellen der Entscheidung ihr Unwesen treiben, mache bei uns zu Hause das Volk den Krieg bis aufs Messer!

Die Aufgabe vorliegender Schrift.

Wir wenden nunmehr den Blick in die Jahrzehnte zwischen dem Amtsaustritte Bismarcks und dem heutigen Kriege zurück; wir wollen einen Streifzug in die zurückliegenden Jahre unternehmen, indem wir uns mit Meinungen, Strebungen und Verneinungen damaliger Zeit beschäftigen. Eine erschöpfende Betrachtung über den öffentlichen Geist der politisch überwiegend unbefriedigenden Jahre liegt uns ferne; wir fassen nur einen Bruchteil des in öffentliche Erscheinung Getretenen schärfer in das Auge. Da sich in der Tagespresse Ansichten aus Kreisen der Bevölkerung spiegeln, da umgekehrt die Tagesblätter, auf welche Weise manchmal auch der Zufall die Haltung beeinflusst hat, auf den Leserkreis mitbestimmend einzuwirken pflegen, so wollen wir durch Wiedergabe des in gewissen Tagesblättern Geäußerten den Lesern dieser Zeilen das Urteil ermöglichen, wie weit von heutigen Erfahrungslehren aus gesehen die in Betracht gezogenen Zeitungen in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege vermöge ihrer Boraussicht, vermöge der Klarheit und Entschlossenheit ihres vaterländischen Willens geeignet waren, das deutsche Gesamtwohl zu fördern. Ein geschichtlicher Rückblick auf die Haltung der Presse in vaterländischen Dingen bildet ein Blatt innerdeutscher Geschichte.

Drei Momente scheinen uns heute besonders geeignet, daß man an der Haltung ihnen gegenüber die Urteilsklarheit, den nationalen Instinkt von vormals erkenne: nämlich die Stellungnahme zu der Person des Fürsten Bismarck und seinem in der Amtszeit wie nachher stets betonten Verlangen, den Anforderungen des vaterländischen Gesamtwohles gegenüber die Winkelucht, den Parteigeist unbedingt zu opfern. — Angesichts heutiger Lage ferner, wo das Dasein jedes Deutschen, welcher Richtung er auch angehören möge, von der Durchschlagskraft unserer Wehrmacht abhängig ist, kommt die Stellung zu den Wehrfragen von 1887 bis 1914 wiederum hervorragend in Betracht: wurde die Stellungnahme, so fragen wir, in voller Sachlichkeit gewählt und entschied man sich in der Sache richtig? Bei diesen Wehrfragen werden wir am Ausführlichsten verweilen.

Mit dem Urteile über die Wehrfragen hängt teilweise die Stellungnahme in den Gesamtfragen der auswärtigen Politik zusammen. Seit Anfang dieses Jahrhunderts trat zu der französischen und zu der französisch-russischen Gefahr die Daseinsbedrohung Deutschlands durch Großbritannien. Staatsmannijagen Sinn und das Gegenteil davon wird man an der Entschlossenheit erkennen, diese neue Gefahr auch zu sehen, ihr wirksam zu begegnen, statt sie durch untaugliche Gegenmittel noch zu steigern.

Wir haben unsere Gründe, gerade zwei Zeitungen nach eben bezeichneten Richtungen auf ihre Vergangenheit zu prüfen, zwei Zeitungen, die heutigen Tages den regierenden Kreisen besonders nahe stehen, nämlich die Frankfurter Zeitung und das Berliner Tageblatt. Es sei ausdrücklich wiederholt, daß es sich um Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung vor dem Weltkriege handelt; spätere Auslassungen werden nur gelegentlich zugezogen.

Wir unterlassen es absichtlich, bei den in Betracht zu ziehenden Blättern, wo wir ihren Meinungen entgegentreten, die Gutgläubigkeit schlecht hin zu verneinen. Nach unserem Dafürhalten beruhen auf politischem Gebiete auch die Fehlmeinungen nicht ausschließlich auf mangelndem Wahrheitswillen und nicht ausschließlich auf Urteilschwäche, sondern sie ergeben sich in der Regel aus dem Zusammenwirken von Mehrerem. In der Tiefe des Gefühlslebens wirkende Instinkte zählen zu den ausschlaggebenden Momenten mit.

Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung gehören dem Linksliberalismus an und zwar die Frankfurter Zeitung der entschiedenen und rücksichtslosen Demokratie, das Berliner Tageblatt in leiserer Form dem „Freisinne“ der seit 1893 sogenannten „Freisinnigen Vereinigung“. Beide Blätter stehen in enger Beziehung zu der Finanz- und Handelswelt; aller Wahrscheinlichkeit nach hat gerade dieser Umstand die Haltung der beiden Blätter in hervorragendem Maße bestimmt. — In Deutschland wie außerhalb erfreuten und erfreuen sich beide Blätter weitester Verbreitung; man schreibt ihnen Einfluß zu auf die Meinungen innerhalb des Reiches und auf die Geltung des Deutschlandes außerhalb.

Mutmaßlich wegen dieses nicht abzuleugnenden Einflusses suchten nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck auch Regierungsstellen sich der beiden bis dahin in Gegnerschaft zu der Gesamtregierung stehenden und in den Fragen der inneren Politik auch weiterhin gegnerisch verbliebenen Blätter gelegentlich zu bedienen. Die Beziehungen der Frankfurter Zeitung zu einzelnen Personen des Auswärtigen Amtes waren seit der Kanzlerschaft Caprivi's bald offenkundig. Der Schriftleiter des Berliner Tageblattes war später in der Lage, briefliche Auslassungen des zweiten Reichskanzlers abdrucken zu können. Aber schon zu einem Artikel des Berliner Tageblattes vom 8. November 1892 bemerkte Fürst Bismarck in den Hamburger Nachrichten (16. November 1892 Nr. 2.), daß „das Blatt Einzelheiten seiner Ausführungen (über die angebliche Kriegsgefahr von 1875) nur aus den Archiven des Auswärtigen Amtes erhalten haben kann.“ — Auch habe, heißt es außerdem, das Berliner Tageblatt „die richtigen Ziffern aus der streng geheimgehaltenen Militärvorlage (von 1892/93) lange vor den entsprechenden Mitteilungen in den „Berl. Polit. Nachrichten“, der „Post“ usw. gebracht.“

Während, wenn man nach dem Umfange der Verbreitung schließen darf, die in Rede stehenden Blätter in gewissen Kreisen sich nicht geringer Beliebtheit erfreuen, sind wiederum einem nicht unerheblichen Teile ernst vaterländischer Personen Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt auf das Tiefste

verhaßt; man beschuldigt sie namentlich, dem deutschen Ansehen im Auslande geschadet zu haben. Wir lassen dahingestellt, wie groß an der Mißachtung, welcher der deutsche Name außerhalb des Reiches unzweifelhaft verfiel, der Anteil in Deutschland erschienener Zeitungen, wie groß der Anteil der nachbismarckschen Regierungen gewesen ist: in den Zeiten des Fürsten Bismarck hegte unbeschadet deutscher Zeitungen das Ausland vor dem Deutschlande Achtung, wenn es an Liebe auch vieler Orten fehlte. Wir überlassen, wie gesagt, die Verteidigung auf den gemachten Vorwurf hierin den beiden Zeitungen selbst; gesagt werden soll aber schon hier, daß in den Jahren vor dem heutigen Weltkriege Berliner Tageblatt wie Frankfurter Zeitung gegenüber der englischen Gefahr durch ihr Verkennen der Wirklichkeit, durch ihre leidenschaftliche Stellungnahme gegen alles Warnen die großbritannische Überraschungspolitik gegen uns unterstützt, also tatsächlich Schaden gestiftet haben. Dies taten aber Blätter anderer Richtung, rein gouvernementale Blätter zumal, Zeitungen und Zeitschriften, die für „hochnational“ gelten wollten, nicht minder. Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung scheinen der deutschen Engländerei zugleich aus eigener Neigung wie in Fühlung mit Amtspersonen das Wort geredet zu haben.

Das Nichteinsehenwollen, daß es abwärts ging, das Ableugnen jeder mißbehaglichen Wahrheit bildet — von oben unterstützt — eine unerquickliche Begleiterscheinung unseres politischen Niederganges seit dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck. Auch an dieser Bemäntelungspolitik haben Frankfurter Zeitung wie Berliner Tageblatt seit dem Frühjahr 1890 reichlich mitgearbeitet, und dies erscheint dem Schreiber dieser Zeilen haffenswerter als die bloßen Parteifehler dieser Blätter. Nicht minder haffenswert freilich sind — aus demselben Grunde — alle in gleichem Sinne geleitete Blätter, welche — anderer Parteifolge angehörend und nationalen Charakter ausdrücklich beanspruchend — seit dem Jahre 1890 bis zum Weltkriege hauptsächlich nur die Fehler der Regierenden beschönigten und — einschließlich der Hochnägigkeit — auch mitmachten. Fürst Bismarck sprach ein erlösendes Wahrheitswort, als er am 9. Juli 1890 zu dem Schriftleiter des Frankfurter Journals solche Zeitungen — zum Beispiele die „*Rölnische Zeitung*“, die „*Norddeutsche Allgemeine Zeitung*“ — kennzeichnete, wie sie es verdienten; es ließen sich in besagter Richtung außer den vom Fürsten Bismarck namhaft gemachten Zeitungen noch andere Tagesblätter, Wochenblätter und sonstige Zeitschriften nennen. — Besser geworden in ihrem fehlerhaften Gouvernentalismus sind diese „nationalen“ „Wetterfahnen“ bis auf den heutigen Tag nicht alle; auch ihre Einzelhaltung vor und nach dem Jahre 1890 festzustellen und bloßzustellen, würde eine lohnenswerte Aufgabe sein: denn für unsere Zukunft muß es gelten, die schädliche Publizistik ebenso aus dem Felde zu schlagen, wie die Auslandsfeinde.

Das Berliner Tageblatt.

Das Berliner Tageblatt verdankt seine Beliebtheit in weiterer Besetzung seinen Aufsätzen über Kunst und Literatur, seinen Berichten über Tagesvorkommnisse, den Bilderbeilagen und fachmännischen Zugaben. Frauen und Kinder sehen das Berliner Tageblatt im Hause gerne. — Ungehörigkeiten des Amtslebens, Bergewaltigungen Schwächerer durch Behördenobrigkeit stellte das Berliner Tageblatt mit Vorliebe bloß, war auch für Einsendungen in diesem Sinne stets zugänglich. Das Berliner Tageblatt mag sich darin manches Verdienst erworben haben. Es ist darum sehr begreiflich, daß Zeitungsleser, welche der eigentlichen Politik abgeneigt sind, an dem Lesestoffe des Berliner Tageblattes Wohlgefallen finden.

Man kann, was eben gesagt wurde, als einen Vorzug ansehen, welcher allen Oppositionsblättern überall anhaftet; sie ziehen manches an das Tageslicht, was die Mehrzahl der anderen Zeitungen ablehnen würde. Der Wert eines Blattes für die großen Fragen des Staatslebens hängt von anderen Momenten ab, von dem Ernste, dem Maße der Gründlichkeit und Unparteilichkeit des Urtheiles, und in dieser Hinsicht steht gerade das Berliner Tageblatt nicht günstig da. Ein politisch urtheilsfähiger Leser kann durch eine Zeitung, wie das Berliner Tageblatt nun einmal ist, keinen Schaden nehmen; schädlich wirkt ein solches Blatt aber für denjenigen, welcher sich in hochpolitischen Dingen das Urtheil erst an der Hand des Berliner Tageblattes bilden wollte. Denn gerade auf politischem Gebiete läßt die Zeitung Tiefgründigkeit, Allseitigkeit, Beherrschung des Gegenstandes in nicht geringem Maße vermissen. Selbst in den von der Zeitung bevorzugten Gegenständen der Politik, wo es sich z. B. um Freiheitliches, um Wirtschaftspolitisches, um kirchliche Richtungen handelt, treffen wir — sofern nicht hervorragende Gelegenheitsmitarbeiter sich vernehmen lassen — durchweg nur halbes Urtheilsvermögen an. Man meint es gut; man deckt vielleicht Uebelstände auf; aber was als Heilmittel vorgeschlagen wird, zeugt von Parteilucht oder Oberflächlichkeit.

Dabei spielen in den politischen Auslassungen des Berliner Tageblattes Haß und Liebe in solchem Maße mit, daß, wo solche aus Instinkt tiefen

elementar in hysterischer Heftigkeit emporsteigende Gefühle mitsprechen, die Unbefangenheit des Urtheiles aufhört, auch abgesehen von der mangelnden Neigung, die Dinge in der Tiefe zu erfassen. Es quellen dann die Worte ohne Überlegung, vielleicht ohne vollen Ernst hervor.

Die Richtigkeit des eben ausgesprochenen Urtheiles wird sich aus Beispielen überzeugend ergeben. Und zwar wählen wir, um das Berliner Tageblatt zu kennzeichnen, zunächst sein Verhalten gegenüber dem aus den Ämtern geschiedenen Fürsten Bismarck als Beispiel. Die Verstoßung Bismarcks und seiner Politik war nicht bloß ein persönliches Vorkommnis — ein bedauernswertes Vorkommnis —, sondern eine verhängnischwere Maßnahme, die sich in ihren Folgen an dem deutschen Volke schwer gerächt hat. An der Urteilsstellungnahme zu dem amtslos gewordenen Bismarck von 1890 an, der für die Erhaltung seines Werkes weiter kämpfte, kann man heute, wo die Lehren des Weltkrieges nicht an allen spurlos vorüber gegangen sind, — ebenso wie später an der Stellungnahme zu dem feindlich gewordenen England — die Urtheilshellen und die Blinden unterscheiden.

Fürst Bismarck und das Berliner Tageblatt.

Für die weltgeschichtliche Bedeutung des Augenblickes, da Fürst Bismarck aus den Ämtern scheiden mußte, ist bei einer Zeitung, wie das Berliner Tageblatt ist, Verständnis nicht zu erwarten. Hier gab es im Frühjahr 1890 nur die Hoffnung auf mögliche Sonderrechte.

Fürst Bismarck mit seinem staatsmännischen Ernste, seiner Unerbittlichkeit, seiner Unzugänglichkeit gegen parteifüchtige Wünsche und gegen Schlagwörter bildete in seiner ganzen Erscheinung so recht ein Gegenstück zu dem leichteren sogenannten „Liberalismus“, der sich in dem Berliner Tageblatte äußerte. Wenn man die Artikel des Berliner Tageblattes aus der traurig ernstesten Zeit von 1890 nachliest, wird man erstaunt sein über die in dem Blatte sich kundgebende Verblendung und über die unsagbare Oberflächlichkeit des Urtheiles.

Dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus den Ämtern widmet das Berliner Tageblatt einen Leitartikel, in welchem der Verdienste und der Größe des Mannes zuerst in schönen Worten gedacht wird. Nachher heißt es schon — wie damals viele schwache und unaufrichtige Menschen sagten —, Fürst Bismarck sei zu alt geworden; es folgen die Worte:

Berl. T. 141 am 18. 3. 1890. „Der gealterte Kanzler, den selbst in seiner eigensten Domäne, der auswärtigen Politik, wie die Samoa-Affäre und die Wohlgemuth-Frage beweisen, jene Kraft und Sicherheit zu verlassen begonnen hatten, denen er bisher seine hauptsächlichsten Erfolge zu verdanken gehabt“ usw.

Hier liegt uns gleich ein Schwachurteil vor, wie es für das Berliner Tageblatt auch sonst bezeichnend ist, und zwar liegt uns dies in einer Form vor, der wir in dem Berliner Tageblatte auch nachher immer begegnen, indem die

nach folgenden Sätze das zuerst Eingestandene aufheben, indem die Melodie von den Untertönen getragen wird.

Fürst Bismarck hätte, soweit seine Geisteskraft in Betracht kam, wie jeder Kenner des Mannes und der traurigen Dinge von 1890 weiß, trotz seiner 75 Jahre die Geschäfte des Reiches noch lange weiterführen können und hätte sie besser geführt, als weit Jüngere nach ihm fertig brachten. Wenn man gerade ihm sein gottbegnadetes Alter vorwarf, das man jedem anderen verzeiht, so geschah dies nur, weil man seinem staatsmännischen Rufe auf andere Weise nichts anhaben konnte. Dumm, schwach oder unaufrichtig war, wer im Jahre 1890 solches sprach. Indes selbst dieses Gefasel ist auch heutigen Tages hier und da noch zu hören: man lese nur das Bismarckbuch des offiziellen Historikers Weibaleantin oder lese Aufsätze von Caprivi-Zeitgenossen, die bis heute noch nicht stumm geworden sind.

Wir verweilen bei dem weltgeschichtlichen Augenblicke des Jahres 1890, wie wir schon sagten, aus dem Grunde, weil sich gerade hier, wo sich auch zwei Welten schieden, die schwachen Geister besonders leicht herausunterscheiden lassen, und weil gerade in heutigen Tagen das Herausunterscheiden noch leichter wird. Das Ausstoßen des Fürsten Bismarck war, weil damit auch seine Politik unterlag, ein katastrophales Ereignis gleich dem Weltkriegsausbruche von 1914. Seit März 1890 hat die Niederlage der Bismarckschen Politik fortschreitend zu dem Niedergange des Deutschen Reiches und in langer Folge zu der furchtbar vereinsamten Lage geführt, in welcher uns der Weltkrieg traf. Fürst Bismarck sah, was kommen würde, in den großen Zügen voraus; er kannte das Weltgetümmel, den brodelnden Hegenkessel der europäischen Politik; er hingte um sein Lebenswerk bis zum letzten Atemzuge. Davon wissen alle zu erzählen, welche mit dem entlassenen Staatsmanne verkehrten.

Fürst Bismarck wußte bei seinem Amtsausscheiden auch, warum er seine Schöpfung als vermaist ansehen mußte; denn er kannte die Verhältnisse und kannte die politische Gesellschaft; hieraus haben wir uns den warnenden Bismarck der neunziger Jahre zu erklären, den Alltagsphilistern mißbehaglichen, darum von vielen gescholtenen, von anderen nach wie vor hochgehaltenen, von wenigen ganz und gar verstandenen Tadler und Mahner. Das Berliner Tageblatt gehörte zu den lautesten und vorlautesten Scheltern.

Fürst Bismarck bedauerte die gleich nach seinem Ausscheiden begangenen Mißgriffe des Nachfolgers und warnte vor weiteren; er ließ sich von dem Warnen durch Unwillektundgebungen nicht abhalten. Die Beweggründe solchen Handelns bei einem Staatsmanne, wie Fürst Bismarck war, kann nur verstehen, wer sich auf Menschen und auf Dinge nicht versteht. Aber in den ersten Jahren nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck stand sein wohlgegründetes Werk noch zu fest, und man konnte den Warnenden höhnen, ohne durch die Dinge sofort überführt zu werden. Aber wie Fürst Bismarck zu sagen pflegte, in der Politik rächen sich die Versäumnisse immer; sie rächen sich freilich manchmal erst spät.

Inzwischen sind die Dinge soweit fortgeschritten in ihrem betrübenden Verlaufe, daß auch Schwachsichtige merken können, wie sehr die Kassandra-Rufe des entlassenen Staatsmannes berechtigt waren. Es gilt dies vor allem von der **a u s w ä r t i g e n** Politik des Deutschen Reiches: hier tadelte Fürst Bismarck in erster Linie die Haltung des Deutschen Reiches zu Rußland und zu England. — Rußland, sagte er, habe man unwillig in die Arme Frankreichs getrieben; die dabei gemeinten Fehlentschlüsse der deutschen Politik waren nach Bismarck's Ansicht — vermutlich nach seiner bestimmteren **R e n n t e n i s** — von England aus betrieben worden; sie förderten **e n g l i s c h e** Wünsche und schädeten dem Deutschen Reiche.

Mit Vorliebe sprach Fürst Bismarck von einer „**e n g l i s c h e n** **V e r s e u n g**“ der deutschen Politik: er verstand darunter die Hingabe maßgebender Amtspersonen an englische Einbläserien, denen er sein Ohr nie geöffnet haben würde.

England zu Liebe brach man zu Berlin im Frühjahr 1890 mit Rußland, und man verstimmte Rußland weiterhin, weil dies den Engländern genehm war. Was ergab sich für die Zukunft als Folge? — Fürst Bismarck nützte den Vorteil der Lage Deutschlands auf der inneren Linie zwischen den Weltgegenmächten Rußland und Großbritannien für seine Strategie der Friedenserhaltung gründlich aus: in wechselnden Tagen, unter schwierigen Verhältnissen war ihm seine Bemühung **s t e t s** gelungen. Der Nachfolger gab diesen Vorteil auf, indem er den Neutralitätsvertrag des Deutschen Reiches mit Rußland, der durch Bismarck für drei weitere Jahre bereits gesichert war, ohne weiteres opferte. Von jetzt ab war für die russische Politik das Deutsche Reich dem englischen Russenfeinde verfallen, und Rußland griff im Sommer 1891 zu der lange schon ausgestreckten Hand Frankreichs.

Diese Verschiebung der Weltlage zu unseren Ungunsten nahmen die Berliner Machthaber leicht, oder sie stellten sich so: die gegenbismarckischen Zeitungen stimmten ein. Als man sich in Berlin dem russisch-französischen Zweibunde gegenüber sah, hatte man darum die Bundesgenossenschaft Englands nicht gewonnen: in der Wahl, allen englischen Zumutungen und Verböten Fügsamkeit zu leisten oder Englands Feindschaft auf sich zu nehmen, schaukelte man selbstgefällig hin und her, verließ sich oder berief sich auf die von Bismarck herrührenden Bündnisse mit Osterreich und Italien, konnte aber höchstens Osterreich wirklich festhalten, mußte es sogar hinnehmen, daß sich die früheren Gegner Rußland und Großbritannien gegen uns zusammenschlossen, und gab **t r o ß d e m** das Liebeswerben um England auch inmitten der Feindzeitern Englands nicht auf.

Auch die Haltung der reichsdeutschen Machthaber zu Japan tadelte Fürst Bismarck: warum, so fragte er in zwei hervorragend klaren Aufsätzen der Hamburger Nachrichten, habe man das uns befreundete Japan im Jahre 1895 tödlich verstimmt? Als Grund dieses Fehlschrittes schien Fürst Bismarck Eitelkeit und Wichtigtuerei auf reichsdeutscher Seite zu vermuten: die Wilhelmstraße fühlte sich hoch, als man an der Seite von Rußland und Frank-

reich auftreten konnte, und man sorgte sich nicht um die Zukunftsfolgen. Damals — im Frühjahr 1895 — feierten hohe Kreise Japans in aufrichtiger Verehrung den achtzigsten Geburtstag des Fürsten Bismarck, und zu gleicher Zeit schlug in Japan nach dem Urtheile von Kennern dortiger Verhältnisse das Freundschaftsgefühl für das Deutsche Reich in Verstimmung um. Diese Verstimmung sei, wird außerdem hinzugefügt, seitdem nicht wieder behoben worden.

Fürst Bismarck warnte ferner noch in den letzten Tagen seines Amteswirkens vor einer Überschätzung des Dreibundes, des von ihm geschaffenen Friedensbundes, dessen sich die verblendete Nachfolgerpolitik wie eines Faulenzerkiffens bediente, des Bundes, von welchem keiner der Nachfolger Bismarcks auch nur ein Stück zu Wege gebracht hätte, und über welchen es bis zum Weltkriege hieß, der Dreibund stünde fester da, als je. — Fürst Bismarck wies, als er der Überschätzung des Dreibundes widersprach, namentlich auf die Unzuverlässigkeit des italienischen Bundesgenossen hin, den er selbst dem österreichisch-deutschen Friedensbündnisse versuchsweise angegliedert hatte, ohne ihm je viel zu vertrauen. In Italien, sagte Fürst Bismarck, stehe die monarchische Regierung nicht fest; Volksleidenschaften könnten dort fortreißen, und der italienische Irredentismus richte sich gerade gegen den österreichischen Bundesgenossen.

Fürst Bismarck sprach in den neunziger Jahren auch von dem Beamtenabsolutismus, unter dessen Knechtschaft das deutsche Volk immer mehr zu geraten schiene: die Dinge von heute widersprechen dieser Voraussage nicht.

Fürst Bismarck warnte vor einer Zollpolitik, welche der deutschen Landwirtschaft Schaden bringen könnte; er wies dabei auch auf die Möglichkeit einer Absperrung Deutschlands hin. Wenn man Deutschlands Getreideversorgung von der Auslandszufuhr abhängig mache, indem man der deutschen Landwirtschaft den Körnerbau verleihe, dann, meinte er, könne Deutschland während eines Krieges nach mehreren Seiten in Getreidenot geraten. — Über diese Voraussicht lachten die Blätter des interessirten Freisinn der neunziger Jahre. Zum Glück für unser Reich trat jedoch, von dem Fürsten Bismarck ermüdet, der Landwirtebund auf; gegen die Ungunst der Amtsstellen und trotz der Anfeindungen durch die Blätter des Freisinn setzten sich die Landwirte zu Einfluß durch: diesem Umstande verdankt das heutige Deutschland seine Rettung aus Hungersgefahr.

Wir sehen also: der „alte“ Fürst Bismarck sprach doch noch sehr verständlich, und er wirkte auch in der Entamung noch heilsam; man hätte allseitig sehr wohl getan, auf den „alten“ Bismarck weiter zu hören. Indes man hielt sich die Ohren zu. Das Berliner Tageblatt vorzugsweise schlug alles in den Wind; der nicht mehr amtierende Staatsmann durfte für das „liberal“ sich nennende Blatt so wenig etwa reden oder auch nur denken, wie für die Regierungskreise. Die soziale Würdigung der Warnrufe Bismarcks unterblieb darum ganz und gar; dagegen wurde alles

Tun und Lassen des Fürsten Bismarck in dem Berliner Tageblatte in Hämiſchkeit verfolgt; ſeine Perſon diente dem Blatte zu Senſationszwecken.

Das Wettern und Loben gegen die Meinungsäußerungen des Fürſten Bismarck, die als ein ungehöriges Gebahren hingestellt wurden, widersprach vollkommen den Grundſätzen des in dem Berliner Tageblatte ſo hoch gehaltenen Liberalismus, deſſen vornehmſte Forderung ſeit den Revolutionskämpfen gegen den Abſolutismus bekanntlich „Freiheit der Gedanken und des Wortes“ lautete. Nach dem Geiſte der Errungenschaften von 1848 gab es keine niederträchtigere Verfolgung, als diejenige war, welche Caprioli, nach ſeinem erſten Auftreten bald und wachſend der Liebling des Berliner Tageblattes, dem Geiſtesriesen Bismarck zuteil werden ließ, nur weil Fürſt Bismarck Gedanken hegte, weil er Worte prägen konnte und weil er Gehör fand. Der geſamte Liberalismus hätte, wenn er den zur Schau getragenen Grundſätzen treu bleiben wollte, gegen das Tun des zweiten Reichskanzlers eifrig auftreten müſſen: ſtatt deſſen ſchützte man den kanzlerischen Verfechter des beſchränkten Untertanenverſtandes und unbeſchränkten Obrigkeitſunverſtandes und erhob ihn unter die Heiligen.

Dieſes Verhalten der linksliberalen Preſſe ſtiftete ernſtlichen Schaden: ihre blinde Gehäſſigkeit ermutigte die ebenfalls farbenblinden, aber grundſeitigen Amtsmachthaber und rief ſie zu Taten auf, welche unſer Deutſchtum für alle Zeiten mit Schande beſaſten.

In lebendiger Erinnerung ſtehen jedem deutſch Empfindenden die Vorgänge des Sommers 1892, nämlich die Reiſe des Fürſten Bismarck nach Wien zu der Hochzeit ſeines Sohnes, ſeine kümmerliche Verſehmung am Wiener Hofe durch kanzlerische Uriaſbriefe, dann die von dem Nachfolger gegen ihn gerichteten Zeitungsveröffentlichungen kläglicher Natur und als Antwort auf alle dieſe obrigkeitlichen Schilddürgerſtreiche kräftige und treffende Gegenworte des verfolgten Bismarck, ſowie an mehreren Orten in Gegenwart des amtlich Geächteten eine Reihe hochehrwürdiger Entrüſtungskundgebungen, welche Zeugnis ablegten, daß im deutſchen Volke die Ehre noch nicht ausgeſtorben war. Das ſittliche Deutſchtum und das Byzantinertum ſtanden ſich dieſmal — im Sommer 1892 — geſchloſſen gegenüber. Hierzu ſchreibt das Berliner Tageblatt an der Spitze des Jahres 1893 folgendes.

Berl. T. 1 am 1. 1. 1893: „Inmitten dieſer an moralischen und phyſiſchen Unglücksfällen ſo überreichen Zeit nimmt ſich der politiſche Wanderprediger Fürſt Bismarck befremdlich genug aus. Zur Vervollſtändigung der Phyſiognomie des vergangenen Jahres gehört auch dieſer Triumphzug des ehemaligen deutſchen Kanzlers, den die Welt den eifernden nennt. Beiſpielloſ, wie die agrariſchen und antiſemitiſchen Verhehungen, war die Angriffsweiſe des früheren leitenden Staatsmannes im Reiche und in Preußen auf die Geſchäftsführung ſeiner Amtsnachfolger (N. B.: und das Verfahren von dieſen?). Wir wollen all die zahlloſen böſen Dinge in dieſem Augenblicke nicht wiederholen, alle die Anklagen und Unterſtellungen, welche

dem Gehege der Zähne des über seinen Sturz erbitterten Kanzlers entflohen — — — Fürst Bismarck, der ehedem nicht ähnden Spottes genug über die Nörgler ausschütten gekonnt, ist nun selber zu einem der Obersten unter diesen von ihm sonst Gebraundmarkten geworden, wenn nicht gar der Oberste derselben.“

Wenn man diese Worte heute liest, wo auch schwachmütige und kurz-sichtige Menschen nicht mehr leugnen können, daß der entlassene Bismarck mit seinen so mißfälligen Äußerungen über die Fehler seiner Nachfolger und seinen Besorgnissen um die Zukunft des Deutschen Reiches durchaus nicht unrecht hatte, dann wird man vor dem Scharfsinne der Schriftsteller des Berliner Tageblattes nicht allzu große Hochachtung hegen können. Die Erkenntnis der Dinge, wie sie waren, fehlte gründlich.

Gehen wir in Sachen von Fürst Bismarck und Berliner Tageblatt zu einem anderen Falle über.

Im Sommer des Unglücksjahres 1890 hatte der Militärpfarrer Kocholl zu Hannover in einer bald darauf veröffentlichten Ansprache dem Fürsten Bismarck wegen seines nachamtlichen Verhaltens die „deutsche Treue“ abgesprochen und hatte ihm als Gegenmuster den Freiherrn vom Stein vorgehalten, der Ende 1806 von seinem Könige ungerecht ausgeschloßen doch die Treue nicht verlassen habe (derselbe Pfarrer Kocholl brachte es 8 Jahre später fertig — unter veränderten Witterungsverhältnissen —, gerade die Treue des eben verstorbenen Fürsten Bismarck zu feiern).

Voll Entriistung über den Militärpfarrer Kocholl und seine vollkommene Verkennung der Gegenwart sowohl als der Verhältnisse um den Freiherrn vom Stein herum faßte Schreiber dieser Zeilen, damals ein junger Mann, im Sommer 1890 einen Artikel ab, in welchem er die weltgeschichtlichen Gestalten des Fürsten Bismarck und des Freiherrn vom Stein nebeneinander stellte, ihre unverkennbare Wesensverwandtschaft hervorhob und die Anwürfe des streberhaften Militärpfarrers zurückwies. Die ausführliche Abhandlung wurde unerlangt an die Hamburger Nachrichten eingesandt als die einzige Zeitung, in welche man zugunsten des Fürsten Bismarck damals schreiben konnte, und wurde dort unter dem Titel „Fürst Bismarck und der Freiherr vom Stein“ am 28. Oktober 1890 veröffentlicht.

Niemand war an diesem Artikel über Fürst Bismarck und den Freiherrn vom Stein unschuldiger, als Fürst Bismarck selbst; jedem Unbefangenen lag dieser Sachverhalt aus dem Inhalte des Artikels wie auch aus der Stelle, an welcher er innerhalb der Hamburger Nachrichten erschien, unzweifelhaft erkennbar vor.

Und das Berliner Tageblatt? Blindwütig, urteilslos, vorlaut wie man war, drabete man sofort das Erscheinen des Artikels von Hamburg nach Berlin und brachte gleich am nächsten Tage (29. Oktober 1890) einen Gegenartikel: „Fürst Bismarck und der Freiherr vom Stein.“

„Fürst Bismarck“ (!!!), hieß es da, fühle sich gedrungen gegen gewisse Vorwürfe aufzutreten, die ihm jüngst unter Hinweis auf den Freiherrn vom

Stein gemacht worden seien. — „Fürst Bismarck läßt demgegenüber in den Hamburger Nachrichten folgendes erklären“, heißt es dann weiter. Darauf ergeht an den Fürsten Bismarck eine tatenhafte Abkanzelung, daß er es gewagt habe, sich mit dem ungleich größeren, staatsmännisch und sittlich höherstehenden Freiherrn vom Stein zu vergleichen. Der Freiherr habe, wird gesagt, sein Leid in der Stille getragen; Fürst Bismarck belästige die Öffentlichkeit mit „heftigen Ausfällen und Zornesausbrüchen“: mit patriotischer Pflichterfüllung — als welche in dem Artikel der Hamburger Nachrichten die politischen Aussprüche des Fürsten Bismarck bezeichnet waren — habe sein Auftreten wenig zu schaffen.

Den Freiherrn vom Stein nahm dabei das Berliner Tageblatt, wie es von Liberalen auch sonst geschieht, als „seinen“ Mann für „seinen“ „Liberalismus“ in Anspruch, wie — in wieder anderer Weise — sich auch geistliche Kreise mit dem Freiherrn der napoleonischen Jahre deswegen in Vorliebe beschäftigen, weil der Freiherr ein Anhänger der protestantischen Rechtsgläubigkeit war. — Fürst Bismarck, behauptet das Berliner Tageblatt, sei „von diesem, mit dem Alter wachsendem Mißtrauen gegen die freien Ideen der Zeit erfüllt“ gewesen; er habe „das Mitbestimmungsrecht des Volkes zu verkümmern“ gesucht, habe die mühsam errungene Selbstverwaltung einschränken wollen, während Stein zu dem Volke „Vertrauen“ gehegt habe und das Volk „zur Selbstregierung und Selbstverwaltung zu erziehen“ bestrebt gewesen sei.

Wiederum also werden, so sehen wir, dem Fürsten Bismarck seine 75 Jahre vorgeworfen. Über diese Torheit von früher und heute sprachen wir bereits; auf das „Freiheitliche“ wird später die Rede kommen. — Das Berliner Tageblatt berief sich bei seiner Gegenüberstellung des „liberalen“ Stein und des „reaktionären“ Bismarck weiterhin auch auf wirtschaftliche Maßnahmen des Staatsministers vom Stein, z. B. auf Beseitigung von Binnenzöllen, während Fürst Bismarck durch Zollmaßnahmen Handel und Wandel in Fesseln geschlagen habe. Damit soll die gewissen Handelskreisen mißbehagliche, dem Gesamtwohle Deutschlands aber segensreich gewordene Handelspolitik des Fürsten Bismarck gemeint sein.

Selbstverständlich ist dies alles für die persönliche Beurteilung der beiden Staatsmänner belanglos, da die jeweiligen Einzelmaßnahmen der Wirtschaftspolitik sich aus den Gesamtverhältnissen der Zeit ergeben müssen. Auch sonst hat man die Gestalt des Freiherrn vom Stein aus seiner Zeit und deren Gegensätzen heraus zu würdigen. Was er damals über das Freiheitliche verlauten ließ im Gegensatz zu dem geistlosen Mechanismus der Kabinettsregierung, hat mit dem Parteiliberalismus, Parlamentsliberalismus und vor allem mit dem verwachsenen, im Jahre 1890 bereits nach oben liebedienenden Zeitungsliberalismus der Bismarckschen Jahre nicht das Mindeste zu tun. Der Freiherr war ein gesellschaftlich aristokratisch, kirchlich rechtsgläubig gerichteter, politisch strengstens konservativer Staatsmann: auf Erhaltung eines lebenskräftigen Staatswesens mit monarchischer Grundlage

bedacht, redete der Freiherr vom Stein, wie später Fürst Bismarck, einer wohlberathenen Monarchie eindringlich das Wort. An konstitutionelles Scheinkönigtum denken zu wollen, mußte ihm schon nach damaliger Lage der Dinge in Preußen vollkommen ferne liegen; sein Auftreten gegen die damalige Mißregierung in Preußen galt der Absperrung des Königs von dem Leben und dem Verkehr mit kenntnisvollen Beratern; wie später Bismarck in seinen Ausführungen über Ministeraufgaben, Parlamentarismus und anderes die Person Wilhelms I. vorschwebte, so waren die Vorschläge Steins auf König Friedrich Wilhelm III. ausgedacht.

In vielen Einzelzügen, so in seinen staatsmännischen Ansichten, vor allem in seiner Geschäftsklarheit, seiner Charakterfestigkeit, seinem Männerstolze zeigt der Freiherr vom Stein Geistesverwandtschaft mit Bismarck. Im übrigen waren die Zeiten und waren damit auch die Aufgaben eines leitenden Ministers verschieden.

Wie — trotz Ablehnung von oben — die heutige Zeit — mutatis mutandis — an das Preußen der Übergangsjahre seit 1806 erinnert — man vergleiche nur die Denkschriften, welche damals auf Personenwechsel drangen, weil nach ihrer Darlegung die fehlerhafte Politik der Vergangenheit nur durch neue Personen überwunden werden könnte —, so klingt in manchem die vielgescholtene Broschüre von Rapp, „Die Nationalen Kreise und der Reichskanzler“ an die ersten Denkschriften des Freiherrn vom Stein über die politischen Gebrechen des Preußen von 1806 lebhaft an. Außer anderem ist dies auch der Fall in dem Wirtschaftlichen: war ja doch der Freiherr vom Stein von der Befassung mit dem Wirtschaftlichen aus zu umfassender Kenntnis des preussischen Staatsorganismus gelangt.

Rehren wir zu dem erwähnten Gegenartikel des Berliner Tageblattes über Fürst Bismarck und den Freiherrn vom Stein zurück, so können wir nur sagen: gerade dieser Aufsatz kennzeichnet besonders wirkungsvoll die ausgesprochene Oberflächlichkeit und Urteilswillkür dieser Zeitung, eine Schwachgeistigkeit, wie sie auch in den rein politischen Ergüssen hervortritt, sobald nur Abwägen hin und her gefordert ist. Nicht prüfen und urteilen heißt es, sondern drauflosbehaupten zu Augenblickszwecken. Die Vergangenheit wird zu Parteilzwecken der Gegenwart mißbraucht; hierzu rafft ein kenntnisloser Tagesschreiber rasch und kritiklos seine Sätze zusammen.

Dies alles wurde dem Berliner Blatte in einem Antwortartikel der Hamburger Nachrichten am 4. November 1890 so gründlich zu Gemüte geführt, daß die leisende Tante verstummte.

Wir lassen ein zweites Beispiel folgen, welches das Verfahren der Schriftsteller des Berliner Tageblattes bei Beurteilung geschichtlicher Vergangenheit von den Vorurteilen der Gegenwart aus zu beleuchten geeignet ist.

Berl. T. 252 am 19. 5. 1893. — Es heißt zu dem damals eben erschienenen Briefwechsel zwischen Bismarck und Leopold von Gerlach:

„Es ist das alte und unablässige Intrigieren der Gerlach'schen Hofelique und des ihr verbündeten preussischen Bundestagsgeandten

(von Bismarck) gegen den Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel, dessen bureaukratischer Liberalismus, wie General von Gerlach sich ausdrückt, ihnen ein wahrer Greuel ist."

Das „Intrigieren“ ist eine frei erfundene Behauptung des Artikelschreibers ohne die geringste Stütze in dem Briefwechsel selbst oder in anderen im Jahre 1893 schon zugänglich gewesenem Quellen aus der Bundestagszeit. Der Bundestagsgesandte von Bismarck hielt sich geschäftlich in Fühlung mit dem Generaladjutanten von Gerlach, der bei Friedrich Wilhelm IV. eine Quasiministerstellung einnahm. Selbstverständlich unterhielten sich die Briefschreiber auch über den Ministerpräsidenten von Manteuffel, der ihnen, obwohl ein Kampfesgenosse aus der Revolutionszeit, in seinen nunmehrigen Amtschwächen doch nicht immer gefallen konnte. Keiner von beiden aber wollte Manteuffel schaden; Gerlach stützte den Ministerpräsidenten bei dem Könige stets, sobald sein Verbleiben im Amte fraglich zu werden schien; Bismarck hielt sich von allen Machenschaften gegen die Person von Manteuffel peinlich ferne.

Aber der bloße Ausdruck „bureaukratischer Liberalismus“ genügte dem Berliner Tageblatte, um Manteuffel als ein verfolgtes Opfer der notorischen „Reaktionäre“ Gerlach und Bismarck und diese Beiden als Intriganten erscheinen zu lassen.

Und dabei hat die Ausdrucksweise „liberalisierender Bureaukratismus“ „bureaukratischer Doktrinarismus“, „Gleichmacherei“, auch „liberalisierende Geheimräte“ zwischen Bismarck und Gerlach wiederum eine von dem „Liberalismus“ des Berliner Tageblattes ganz und gar verschiedene Bedeutung.

Berl. T. 259 am 24. 5. 1893. — Nochmals heißt es: „Zu Leopold von Gerlach blickte (Bismarck) empor wie zu seinem unfehlbaren Meister. Seine Aussprüche galten ihm wie die Orakeloffenbarungen eines Gottes.“

Wer die Personen kennt, weiß, warum der Bundestagsgesandte von Bismarck den älteren und von ihm geschätzten General von Gerlach stets mit größter Achtung behandelte und dies gerade trotz seines teilweise abweichenden Urteiles über die zu den politischen Zielen einzuschlagenden Wege; denn sachlich gab es für Bismarck zu keiner Zeit seines Lebens eine menschliche Autorität. Gerlach wird von dem Berliner Tageblatte zu einer Autorität für den jungen Bismarck nur gestempelt, damit der spätere Bismarck um so eher als „Reaktionär“ dastehen könne.

Wir sehen also: die Person des Fürsten Bismarck erfährt in dem Berliner Tageblatte aus verblendeter Parteilucht eine gänzlich verfehlte Beurteilung; die Amtspolitik des Fürsten Bismarck wird nirgends verstanden, und sein nachamtliches Auftreten wird erst recht verkannt. Dagegen widmet das Berliner Tageblatt dem politisch unfähigen, für das Deutsche Reich so überaus verhängnisvoll gewordenen Nachfolger des Fürsten Bismarck nebst seinen Gehilfen eine Unterstützung, die wiederum nur schädlich wirken konnte, weil sie die Verblendung dieser Machthaber stärkte und ihre Amtsstellung mit stützen half, und gewährt diese Hilfe nur aus Haß gegen den Fürsten Bismarck und

aus Angst vor seiner Wiederkehr. Den guten Geist unseres Deutschtums vertritt das Berliner Tageblatt in Sachen Bismarcks demnach nicht. Heute wird man die Bismarck-Artikel der Hamburger Nachrichten von neuem hervorziehen, wenn man den Fehlern der Vergangenheit nachzugehen bemüht sein will; die Reifereien der Bismarckfeinde von 1890 werden aber verlasst werden dürfen. Und gerade die Gegenbemerkungen des Berliner Tageblattes gehören zu dem Geringwertigsten alles dessen, was damals über Bismarck geschrieben wurde.

Liberalismus, Reaktion und Berliner Tageblatt.

Wo die unklare Vorstellung „reaktionär“ mitspielt oder wenn irgendwo „Liberalismus“ gewittert wird, hört für Vergangenheit und Gegenwart bei dem Berliner Tageblatte die Sachlichkeit, das Verständnis für das Ganze völlig auf. Waren reaktionäre Gelüste bei uns in den achtziger und neunziger Jahren auch zweifellos vorhanden und sind auch heute die verfassungsmäßigen Persönlichkeitsrechte leider immer bedroht: das Berliner Tageblatt hat stets nur in enger Beschränkung für einzelne Klassen und in nebensächlichen Dingen um des „liberalen“ Ideals oder Idols Willen gelegentlich eine Lanze gebrochen. Den Hauptsitz des „Reaktionären“ hat das Berliner Tageblatt aber niemals erkannt, hat rückschrittliches unter Umständen selbst unterstützt, wenn verhassten Parteigegnern Gewalt angedroht, hat dagegen auf der anderen Seite geradezu Reaktionsriecherei und hat mit dem Tadelsschlagworte „Reaktion“ gröblichst Mißbrauch getrieben.

Vollkommen in die Irre ging das Berliner Tageblatt und gingen andere Zeitungen, wenn man gerade den Fürsten Bismarck irgendwie in Beziehung zu rückschrittlichen Bestrebungen brachte. Fürst Bismarck war als Staatsmann in seinen Anforderungen unerbittlich und in seinem Verhalten unbeflecklich; sonst darf man ihn als vornehm, selbständig und freiheitlich gesinnten Aristokraten bezeichnen: *in necessariis unitas, indubiis libertas!* Gerade um deswillen mißfiel Fürst Bismarck der Ochlokratie, den Sozialdemokraten ebensowohl als den bürgerlich sich nennenden Ochlokraten; denn die Ochlokratie ist nicht nur der Vornehmheit abhold; sie ist in den Tiefen des Empfindens erst recht tyrannisch; sie befiehlt das Denken nach Parteivorchrift und verbietet die Selbständigkeit wie das staatsmännische Entscheiden von Fall zu Fall. Fürst Bismarck banden keine Parteiprogramme, und ihm konnten Parteimenschen niemals eine Verbeugung abringen. Darum verfolgten ihn solche mit ihrem Hasse und warfen ihm das Schlagwort „Reaktion“ an den Kopf. Aber die reaktionäre Flut wuchs gerade nach dem Abgange des Fürsten Bismarck an, und sie blieb, ohne daß die Ochlokratie sich beschwert zu fühlen scheint, bis in den Weltkrieg hinein im Steigen.

Das gleiche Schicksal wie dem Fürsten Bismarck wird von der Ochlokratie auch anderen Feinden, neben den ihrem Instinktempfinden verhassten Ge-

selfschaftsklassen, vor allem den wirtschaftlichen Gegnern bereitet. Man schilt sie „Reaktionäre“ wegen ihres wirtschaftlichen Standpunktes, und es liegt doch auf der Hand, daß wirtschaftliche Fragen, steuer-technische Dinge niemals, wie im Berliner Tageblatte fortwährend geschieht, unter die politischen Gesichtspunkte „freiheitlich“ oder „reaktionär“ gestellt werden dürfen. Die wirtschaftliche Ordnung und der politische Freiheitschutz für den Einzelnen sind jedes ein Ding für sich. Um nur ein Beispiel von der Gegenseite anzuführen: Hosprediger Stöcker war gewiß ein der Freiheit des Denkens gefährlicher Mann, also ein wirklicher Reaktionär und zwar ein Reaktionär zum Teil auf demokratischer Grundlage. Aber gerade er trat als Abgeordneter für die angeblich „liberale“ Reichserbschaftsteuer des Berliner Tageblattes ein.

Das Berliner Tageblatt war stets für unbedingten Freihandel eingenommen, wie die Wirtschaftsverhältnisse in der Welt auch liegen mochten; gerade durch seine Wirtschaftspolitik wurde Fürst Bismarck für das Berliner Tageblatt zum Doppelreaktionär, und ebenso werden die wirtschaftlichen Gegner in dem Berliner Tageblatte noch der nachbismarckschen Zeit „Agrarier“, „Krautjunker“, „Schlotjunker“, „schwarzblauer Bloß“, jedenfalls aber „Reaktionäre“ gescholten. Das Scheltwort ersetzt die sachliche Gegenbegründung.

Es verschlägt dann nichts, wenn gerade aus solchen als reaktionär verdächtigten Kreisen im Einzelfalle für die Freiheitsrechte der Persönlichkeit, für Denken, Wort und Stimmrecht eingetreten wird, das Berliner Tageblatt aber aus Gründen, die mit dem Grundsatz nichts zu tun haben, sich auf der gouvernementalen Gegenseite befindet. So heißen die von der preussischen Regierung wegen pflichtgemäßen Widerstandes gegen die Kanalvorlage widerrechtlich gemafregelten Abgeordneten „die Kanalrebelln“, obwohl gerade sie Verfassungsrechte übten. — Das schlagendste Beispiel bildet, wie nicht oft genug hervorgehoben werden kann, der nachamtliche Bismarck. Er kämpfte für seine Gedanken, kämpfte um sein gefährdetes Werk, indem er sich vor der Öffentlichkeit an den geistigen und sittlichen Adel deutscher Nation wandte. Dem Berliner Tageblatte ist der streitende Staatsmann nichts als ein raschflüchtiger „Frondeur“; die gegen ihn angewandten Kleinmittel der Amtsbureaukratie — darunter auch Verletzung des Briefgeheimnisses — erfahren in dem Berliner Tageblatt kein Wort des Tadelns. Der Fraktionsgeist überwiegt das Interesse für Recht und Freiheit.

Dieblingsgegenstände des Berliner Tageblattes sind unter anderem die Volksschullehrer, sind geistliche Schulaufsicht, kirchliche Unduldbarkeit, sind Soldatermißhandlungen, Wahlbeeinträchtigungen und sonstige Fälle von behauptetem oder gescheherem Mißbrauche obrigkeitlicher Gewalt. Wie es nun um die Einzelfälle auch bestellt gewesen sei, es ist leichter, die Einzelverehrtheit zu sehen, als das Grundübel zu erkennen und das praktische Problem in der Tiefe zu erfassen. Darin versagt das Berliner Tageblatt.

Soziale Abneigungen scheinen dort in erster Linie zu bestehen. Vornehmer Name, Militäruniform, Großgrundbesitz, Kirchenglaube können bei dem Berliner Tageblatte wirken wie der rote Lappen auf den Stier. Alles wird, wenn von „Reaktion“ die Rede ist, in einen Topf zusammengeworfen, Alles, auch was unter sich keinen Zusammenhang und was außerdem, jedes Einzelne für sich gesehen, mit Freiheit oder Rückständigkeit nicht das Mindeste zu tun hat.

Weil der preußische Adel von heute dem Berliner Tageblatte nicht gefällt, darum wird dem preußischen Adel von 1806 die Schuld an dem Zusammenbruche Preußens aufgebürdet; aber schuldig war in erster Linie die preußische Regierung, weniger das Heer und am wenigsten schuldig der Adel als solcher.

Rückständigkeit, Neigung, gewaltsam niederzuhalten, wurzelt, soweit solches auch wirklich vorhanden ist, bei uns in Preußen, wurzelt in Deutschland, wurzelt anderswo nebst anderer Verkehrtheit wie Schwäche genug hauptsächlich in der Geheimratsbureautratie. Nebensächlich nur fallen kirchliche Unduldsamkeit und politische Reaktion im engeren Sinne in Betracht; aber auch hier strebt die reaktionäre Bemühung die Hilfe gerade der Beamtenhierarchie an. Nun ist aber sogar aus allerneuester Zeit sehr wohl bekannt, daß der schädliche Geheimratismus gerade von ochlokratischen Blättern und ochlokratischen Parteigängern gestützt wird; mindestens geschieht dies dann, wenn Gunstgegenleistung erfolgt. Schon Fürst Bismarck hat diese Beobachtung gemacht.

Auf die Fehler, ja die Gefährlichkeit und in einzelnen Fällen Nützlosigkeit der Regierungsbureautratie wiesen Fürst Bismarck und der Freiherr vom Stein mit Fingern hin. Dem Geheimratismus mit seiner Unterwürfigkeit nach oben, mit seiner Hochnäsigkeit nach unten, seiner Kälte, Starrheit und Unfruchtbarkeit verdankte das alte Preußen sein Jena und Tilsit in höherem Maße als den Gebrechen seines damaligen Heeres; gegen ihn führte Bismarck langjährige Kämpfe, und vorzugsweise seine Rachsucht hatte er nach seiner Entamtung zu empfinden.

An jedem Beamtenorganismus haften neben den Vorzügen gewisse Gebrechen wie der Rost an dem Eisen. In der Regierungsluft unterliegen die Einzelnen der Eintrocknung besonders leicht, und hierfür macht es keinen Unterschied, ob die Einzelnen adeligen oder bürgerlichen Namen tragen, und welchem Glauben sie auch angehören.

Die Bureautratie wird immer versuchen, das Recht zu umgehen und jedem, der ihr widerspricht, bei Gelegenheit Rache anzutun. Die Regierungsbureautratie hat die Zeiten des Absolutismus, wo sich bequemstens schalten ließ, noch nicht vergessen. Für Wahrheitsmut hegt sie kein Verständnis; denn innerhalb der eigenen Sphäre züchtet sie abhängige Gesinnung und Unaufrichtigkeit. Sie ist empfindlich gegen die Zugluft der Kritik; sie ist furchtsam nach oben und nach außen; sie weicht vor dem Widerspruche derjenigen, die sie zu fürchten hat, oder denen sie nichts anzuhaben vermag, unter Umständen

zurück, verhält sich aber rachsüchtig gegen alle, die sie mit ihren Fangarmen erreichen kann. Personen des eigenen Ressorts werden, wenn sie Meinungsgeflüster hegen, kurzer Hand niedergeschmauzt; Personen anderer Ressorts — auch Staatsdienern in anderen Ländern — hegt sie wiederum deren Obere auf den Hals. Die bureaukratische Wehm schafft in der Heimlichkeit; sie arbeitet mit Brotverkürzung und Aushungern nach englischer Art.

Nur entschlossener Mut der Regierten vermag der Geheimratswehm, wo sie schädlich wirkt, von Fall zu Fall die Wirksamkeit abzugraben, da man den Regierungsorganismus selbst nicht abschaffen kann. Dem Bureaukraterdümel, dieser „boæ constrictor“ gegenüber muß, wie Fürst Bismarck im Jahre 1890 äußerte, das „Gegengewicht in einem selbstbewußten Volke“ geschaffen werden, innerhalb dessen „die lauten Denker“ (aber nicht die vorlauten) an Zahl zunehmen. Mutvolle, pflichterfüllte Volksvertretung, wohlgesinnte Presse vermögen Ersprießliches zu leisten, wenn nur im richtigen Augenblicke und zu der wichtigen Sache das Wort ergriffen wird; Volksvertretung und Presse fand aber Fürst Bismarck im Jahre 1890 und später nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehend. Man darf den Tadel von damals auch auf die Zustände von heute erstrecken; es hat sich nicht gar viel gebessert; aber manche Schäden haben sich (bis in den Krieg hinein) noch tiefer eingefressen. Der gesamte Liberalismus hat, wo es sich um den wirklichen Freiheitsfeind handelte, so ziemlich versagt; liberal sich nennende Zeitungen — das Berliner Tageblatt nicht ausgenommen — erlagen sogar der Versuchung, gelegentlich auch gouvèrnemental-reaktionär zu entarten.

Fürst Bismarck äußerte sich über die „Liberalen“ schon der neunziger Jahre im Gegensatz zu den Liberalen früherer Zeiten, welche nach seiner Auffassung „die parlamentarische Machtentwicklung gegenüber dem Königtum“ vertraten, im November 1896 in folgender Weise:

„Aus den Liberalen sind Demokraten geworden, und die verschiedenen Kategorien derselben: die soziale, die fortschrittliche, die klerikale und die offiziöse Demokratie arbeiten in erster Linie keineswegs im Sinne der Verfassung und der Parlamentsherrschaft; sie rufen nach Polizei, Justiz, Bureaukratie und Zuchthaus, sobald sich eine politische Richtung unabhängig von der ihrigen geltend macht.“

Auch hier tritt uns bei dem Fürsten Bismarck der freiheitswidrige Bureaukratismus und zwar der von der Demokratie angerufene und unter Umständen mit Beifall beklatschte Geheimratsabsolutismus unter den Staatschädlichkeiten hervor. Dieser Geheimratsabsolutismus, die obrigkeitliche Bevormundung des Denkens, die Nichtachtung der Persönlichkeitsrechte, die in gewöhnlichen Zeiten mit den „Abhängigkeiten des Lebens“ schafft, in Kriegszeiten den Belagerungszustand auszubenten sucht, hat mit der Zeit eine Höhe erreicht, an welche man zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse nicht denken konnte. In vielen Fällen sah man schon, wie die Geschichtslüge zur Staatsreligion erhoben zu werden Aussicht hat, und man würde sich nicht wundern dürfen,

wenn eines Tages auch die Rechtspflege, in früheren Zeiten der gepriesene Hort der persönlichen Freiheit, ganz in den Dienst der politischen Bevormundung gestellt würde. Das Verfahren der moralischen Folter ist ja längst schon im Gange.

Das vom Berliner Tageblatte in Begeisterung aufgenommene Wort von den „Piraten der öffentlichen Meinung“ — das heißt: rechtmäßig haben nur die Regierenden Meinung zu machen — dies Wort in schwerer Zeit unter dem Schutze der Amtsgewalt gegen zensurgetriebelte Patrioten gebraucht — mochten diese Recht haben oder auch irren — steht vollkommen auf der Höhe des „beschränkten Untertanenverstandes“ von vormals; ja man darf behaupten, daß die Äußerung eine Hoffahrt enthält, welche dem „beschränkten“ Verstande der patriarchalischen Vormärzzeit in dieser Weise nicht eigen war. — Das berüchtigte Wort vom „beschränkten Untertanenverstande“ blieb auf dem preußischen Minister von Rochow hängen, nachdem das Wort von einem seiner Geheime räte geprägt worden war und zwar von demselben Manne, dessen Vorgesetztenhochmässigkeit der junge Bismarck mit Rückdrehen beantwortete.

An diesem Beispiele läßt sich sogenannten Liberalen gegenüber am ersten verdeutlichen, wie „Reaktion“, „Rückständigkeit“ in Wirklichkeit aussehen.

Ein lehrhaftes Beispiel für das Verfahren einer dem Geiste der Zeit von 1848 an zuwiderhandelnden, von Vergeltungssucht geleiteten Bureaukratie stellt auch der Fall Kapp dar, die Nichtbestätigung dieses in seinem Amte bewährten, außeramtlich in der Politik wahrheitsmutigen Mannes. Die Frankfurter Zeitung hat — trotz ihres sachlich entgegengesetzten Standpunktes — das Verhalten der preußischen Regierung getadelt.

Fraktionsgeist und Klassengeist.

Wir wissen nicht, ob das Berliner Tageblatt von heute in seinen Begriffen von „Liberalismus“ und „Reaktion“ sich noch auf dem Standpunkte des Berliner Tageblattes vor dem Weltkriege befindet. Von letzterem darf behauptet werden, daß hinter seinen „Liberalismus“, falls der Ausdruck in dem Wortsinne gelten soll, immerhin einige Fragezeichen gehören. Die Ausdrucksweise „Klassen mißtrauen“, „Klassen mißgunst“, „Klassenbeschränktheit“, also „Klassengeist“ und „Klassenungeist“ dürfte eher zutreffen. Wesentlich unter dem beengenden Gefühle der Klassengegensätze werden in dem Berliner Tageblatte der verflorenen Jahrzehnte schon die Einzelfoortkommnisse des Tages gesehen; die Stellungnahme zu den großen Fragen der Tagespolitik — so zu den Wehrfragen — wird durch Parteilieblichkeitswünsche, welche wieder anderen Gebieten der Politik angehören, derartig bedingt und verschoben, daß Für und Wider nicht leicht in voller Reinheit gegeneinander steht. Dazu ist die Zeitung in hochpolitischen Dingen, wie schon gesagt wurde, oberflächlich und verwaschen.

In den letzten Jahren vor dem Kriege stehen vornehmlich **Wahlrechtsreform** in Preußen und **Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer** auf Verwandte absteigender Linie auf dem Wunschzettel des Berliner Tageblattes. Beide Lieblingspläne waren früher gescheitert; die Reichserbschaftsteuer hatten gar die Gegenparteien der Liberalen — der „**schwarz-blaue Block**“ — parlamentarisch zu Fall gebracht: nun brennt das Berliner Tageblatt auf den Tag der Rache an der siegreichen Gegenpartei wie die Franzosen auf den Wiedergewinn von Elsaß-Lothringen. Die Reichserbschaftsteuer muß darum unter **allen Umständen** eingeführt werden, auch wenn sie die eigenen Parteigenossen mittrifft.

Blatt für Blatt lehnen die Lieblingswünsche bis zur Ermüdung wieder. Alle Fachmitarbeiter, auch die für solche Fragen ursprünglich nicht interessierten Berichterstatter über Heer und Flotte müssen den Eid auf die Reichserbschaftsteuer leisten; sie treten ebenso für die Notwendigkeit jüdischer Reserveoffiziere, für möglichste Verkürzung der militärischen Dienstzeit ein. Um den Preis der Reichserbschaftsteuer würde das Berliner Tageblatt Regierungsforderungen mit Jubel begrüßt haben, die nach seinem sonstigen Standpunkte abgelehnt werden müßten.

Danebenher laufen noch eine Reihe größerer oder kleinerer Einzelwünsche, die wir nicht alle aufzuzählen brauchen, das heißt, sie laufen in unsachlicher Verquickung mit Hauptfragen der Politik einher. Überschauen wir dies alles und vergleichen wir damit die Wärme des Interesses für die **Lebensfragen** von Staat und Reich, für Geltung des Deutschtums, für kraftvolle Außenpolitik, wie wir nachher sehen werden, auch für die bewaffnete Reichswehr, so ergibt sich als Lösung des Blattes überall: das Kleine vor dem Großen! der Winkel vor dem Baue! Partei und Parteifragen unter **allen Umständen über dem Ganzen!**

Wir kehren also zu unserer Eingangsbehauptung zurück: das Berliner Tageblatt der Jahre 1887—1914 ist eine Zeitung, die für gewisse Leser ihre Vorzüge und in Nebendingen auch Verdienste haben mag; für die **großen Fragen** unseres Gesamtwohles, für die eigentliche Politik ist Wille zu gründlicher Prüfung, ist Ernst und Tiefe in dem Berliner Tageblatte niemals anzutreffen. Darum kann das Berliner Tageblatt als ernst zu nehmende Zeitung wenigstens in politischem Sinne **nicht** angesehen werden.

Die deutschen Wehrorlagen von 1887—1913.

Die heutige Stärkeziffer des Deutschen Heeres und der Deutschen Flotte beruht auf den seit der Gründung des Reiches von dem Bundesrate mit dem Reichstage vereinbarten Gesetzen. In vielfachem Widerstreite, unter beiderseitigen Zugeständnissen vollzog sich wechselvoll verlaufend diese Entwicklung, bis sie in der großen durch den **Wehrbeitrag** aufgebrachten **Heeresverstärkung** von Sommer 1913 ihren heutigen Abschluß fand.

Einen bedeutsamen Wendepunkt stellt in der Geschichte der Wehrevorlagen der Sieg des Fürsten Bismarck über die widerstrebende Reichstagsmehrheit der Windhorst, Richter und Grillenberger dar. Der Reichstag wurde wegen Verweigerung des Septennates aufgelöst; die Neuwahlen ergaben eine Regierungsmehrheit; der neue Reichstag — „Septennats-Reichstag“, auch „Kartell-Reichstag“ genannt — bewilligte für sieben Jahre, was im Vorgänger-Reichstage verweigert worden war. Dies geschah im Jahre 1887; gleich im nächsten Jahre versagten sich weiteren Mehrforderungen für das Heer auch die Zentrums- und die Freisinn-Partei nicht mehr.

Eine abermalige Heeresvorlage, welche noch vor Ablauf des Septennates Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und Vermehrung der Artillerie forderte, war zu Beginn 1890 noch von dem Fürsten Bismarck vorbereitet worden; Reichskanzler von Caprivi brachte die Vorlage um Einiges verkürzt vor den neuen, im Februar 1890 auf fünf Jahre gewählten Reichstag. Die Durchbringung der Vorlage gelang nach anfänglichen Schwierigkeiten mit Hilfe der Zentrums-Partei.

Es folgten unter Caprivi und den späteren Kanzlern weitere teils die Präsenzstärke des Heeres neu ordnende, teils noch anderes betreffende Heeresvorlagen in den Jahren 1893, 1899, 1905, 1911, 1912 und 1913. Danebenher liefen nach anfänglich kleineren Marineforderungen die Gesetze für Ausbau der deutschen Flotte in größerem Umfange in den Jahren 1898, 1900, 1906 und 1912.

Seit dem Abgange des Fürsten Bismarck änderte sich das Verhalten der Parteien zu der Regierung des Reiches. Das Zentrum ließ sich gegen innerpolitische Zugeständnisse auf militärische Bewilligungen leichter ein als vordem, war aber in keinem Augenblicke hierin vollkommen zuverlässig. Einzelne Abgeordnete des Freisinn stimmten in Wehrsachen gleichfalls für die Regierung; auch die Polen leisteten zeitweilig Gefolgschaft. Seit den „Blockwahlen“ von 1907 nahm auch der Freisinn die Wehrforderungen regelmäßig an. Ohne Kampf ging es freilich niemals ab; das Schicksal der Wehrevorlagen blieb jedesmal zweifelhaft, und wiederholt kam es auch durch den Reichstag zu erheblichen Abstrichen.

Die Beweggründe der ablehnenden oder annehmenden Reichstagsabgeordneten sollen hier nicht näher untersucht werden, ebensowenig das Verhalten der regierenden Kreise zu den das parlamentarische Feld beherrschenden Parteihäuptern, die Art ihres Bemühens um Reichstagsunterstützung und — da innerhalb der Regierung, namentlich in den letzten Jahren vor dem Weltkriege, Gruppen gegeneinander standen — der Grad ihrer Entschlossenheit, für die Sicherheit des Reiches einzustehen. Gegen den Zustand der ersten Reichsjahrzehnte bis März 1890 war im Deutschen Reiche mit der Zeit alles anders geworden. Man weiß, daß die nachbismarckische Auslandspolitik bis zu Beginn des Weltkrieges steigend Rückgang aufweist, daß für das neue

Reich die Gefahren von Jahr zu Jahr wuchsen und schon darum die militärischen Anforderungen steigen mußten.

Diesem Steigen entspricht das Anwachsen der steuerlichen Erfordernisse; ihnen zu genügen, die Steuern staatsmännisch richtig auszuwählen, bildete für die Regierung eine weitere Aufgabe. Daß die nachbismarcksche Reichsregierung in Steuerfragen ebensowenig eine glückliche Hand zeigte, als in der Auslandspolitik, darf als ausgemacht gelten.

Die nachbismarckschen Jahre zeitigten innerhalb des deutschen Volkes steigend ein Sinken nicht der Anhänglichkeit an die nationale Sache, wohl aber ein Sinken des nationalen Frohsinnes: es fehlte an Vertrauen nach allen Seiten hin; es fehlte auch Vertrauen zu dem selbstgewählten Reichstage. Indes nichts wurde anders. Das Mißbehagen bohrte sich tiefer ein; aber es verblieb bei der herrschenden, immer mehr bürokratisch gewordenen, den Schwierigkeiten nicht entfernt gewachsenen, in abwechselnder Eigenart so oder anders wurstelnden Regierungsweise, verblieb auch bei den überkommenen Abgeordneten, den alten Parteien und den bisherigen an die Regierung sich anschießenden Parteihäuptern.

So kam es, daß die Regierungsforderungen und zwar nicht allein die Regierungsvorschläge für Wehrzwecke durch den Reichstag fast regelmäßig Gesetz wurden, daß aber das von der Regierung Durchgebrachte nicht so allgemein und jedenfalls nicht in gleich tiefer Empfindung auch von weiten Kreisen des Volkes freudig aufgenommen wurde, wie es in den Jahren der Bismarckschen Kanzlerschaft gewesen war.

Die Gründe des seit 1890 reichlich vorhandenen gewesenen Mißbehagens sollen hier nicht untersucht, es soll auch an dem Verfahren der Regierungen bei dem Entschlusse zu den einzelnen Militärvorlagen, bei deren Einbringen und Durchbringen, soll auch an dem Inhalte der einzelnen Vorlagen keine Kritik geübt werden.

Im allgemeinen bleibt bei eingebrachten Heeresvorlagen den Abgeordneten wenig mehr übrig, als sich in dem Militärischen auf die sachverständige Kenntnis der Regierenden zu verlassen: dies hoben in Zeiten erregter Meinungsverschiedenheit selbst solche Abgeordnete hervor, die über militärisches Wissen verfügten. Nun lag aber in den Jahrzehnten nach dem Abgange des Fürsten Bismarck der Fall wiederholt auch so — wie bei den einschneidenden Änderungen sehr begreiflich ist —, daß bei Einzelfragen auch in militärischen Regierungskreisen, so unter kommandierenden Generälen die Ansichten auseinander gehen konnten; namentlich war dies bei der Vorlage des Jahres 1893 der Fall, als gleichzeitig die dreijährige Dienstzeit — zunächst versuchsweise — geopfert werden sollte. — Sachliche Einzelaussstellungen gegen diese — die erste nicht mehr von ihm selbst ausgegangene — Militärvorlage von 1893 machte, zumal wegen seiner Bedenken gegen die nur zweijährige Dienstzeit, bekanntlich auch Fürst Bismarck geltend, und ebenso hob Fürst Bismarck bei dieser Gelegenheit besonders hervor, daß zur Sicherung des deutschen Bestandes

neben einem leistungsfähigen Heere auch eine aufmerksame Außenpolitik nicht fehlen dürfe.

Im Jahre 1893 äußerte sich von mehreren Seiten ein lebhafter Widerspruch gegen übertriebene Ziffernsteigerung bei dem Heere; das Schlagwort „*rage de nombres*“ ging um. Auch Fürst Bismarck empfahl im Jahre 1893, in den Zahlen maßzuhalten, freilich gerade er vorzugsweise unter dem Gesichtspunkte, daß man die innere Tüchtigkeit des Heeres nicht der bloßen Ziffernstärke opfern sollte, und ferner in der Besorgnis, daß die zeitigen Staatsleiter auf die Truppenzahlen sich verlassend in ihrer Aufmerksamkeit um die politischen Außen Dinge noch weiter nachlassen könnten.

Seit den Jahren, da Fürst Bismarck um die Erhaltung seines Wertes gegen allseitigen Unverstand noch persönlich stritt, haben sich die Verhältnisse inzwischen so durchgreifend geändert, daß damalige Bedenken gegen die Zahl einzustellender Truppen, falls die Güte des Heeres darunter nicht leidet, jedenfalls außer Betracht fallen. Die das Deutsche Reich bedrohenden Gefahren sind in das Unermeßliche angewachsen; unsere Auslandspolitik ist aber gegen 1893 nicht besser geworden.

Wie schon oben gesagt wurde, politisch bietet das Deutsche Reich von dem Abgange des Fürsten Bismarck bis zum Ausbruche des Weltkrieges ein vorwiegend trübes Bild. Bei dem Mißvergnügen, das unerfreuliche Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens hervorriefen, müssen wir Viele entschuldigen, welche sich den Reichsdingen abwandten oder höchstens halbwillig mitmachten, innerlich nur unter Unwillen noch teilnahmen. Weniger leicht fällt uns diese Nachsicht gegenüber den zur Wahrung des Gesamtwohles berufenen nachbismarckschen Staatsleitern. Jeder von ihnen hat nach Maßgabe der Dinge, die er vorfand, und jeder hat in seiner besonderen Art nichts weiter als „temporisiert“.

Einen Fels im Meere dieser Ödnis stellten während der Jahre des seelischen Darniederliegens das deutsche Heer und die deutsche Flotte dar. Angesichts der immer bedrohlicher sich herausstellenden Übermacht militärischer Kräfte im Feindeslager blieb wenigstens die militärische Oberleitung Deutschlands nicht ohne Wachsamkeit; sie erschien mit ihren Mehrforderungen von Zeit zu Zeit immer wieder auf dem Plane. Wenn die gewaltig steigende Höhe dieser Anforderungen jedesmal auch bedenklich stimmen mußte, wenn die anschwellende Steuerlast auch noch so sehr drückte, der Verlauf unseres Geschickes hat inzwischen jeden überzeugt, daß für Heer und für Flotte in keinem Augenblicke zuviel verlangt wurde.

Das Gefühl, daß eher nicht genug geschehe, daß uns die Auslandsfeinde den Rüstungsvorsprung abgewinnen könnten, stellte sich in den letzten Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges mit dem Sichtbarwerden der großen Gefahr zwar nicht unter den breiten Massen — unter ihnen wenigstens nicht allgemein —, wohl aber in Einzelkreisen unterrichteter und urteilsbefähigter Personen ein. Von solchen entschlossen vaterländisch gerichteten Personen — außerhalb von Regierung und Reichstag — erging in den letzten Jahren vor dem

Weltkriege an die Berufenen der Ruf nach besserer Reichswehr zu Wasser und zu Lande.

Diese Rufer im Streite, mochte man sie „nationalistisch“, „alldeutsch“, „Flottenenthusiasten“, „Marinefanatiker“ oder sonst wie nennen, mochten sie im alldeutschen Verbands, im Flottenvereine oder Wehrvereine, oder mochten sie als allein stehende Schriftsteller wirken: diese Männer, welche sich durch die Verbrießlichkeit der deutschen Dinge nicht abhalten ließen, unerschrocken zu warnen, diese Männer haben durch die Ereignisse Recht behalten.

An Eifer für die bedrohte Reichswehr stand in den letzten Jahren vor dem Weltkriege die kleine, aber vermöge ihrer weitverzweigten Beziehungen nicht einflußlose Gruppe dieser „Nationalisten“ an erster Stelle. Hinter ihnen folgte die amtliche Regierung mit ihrem Anhang mehr oder weniger gouvornemental gerichteter Parteiführer. Die Massen des Volkes hingen in Unklarheit. Die Sozialisten verneinten noch unbedingt. Von ihnen abgesehen war der antimilitaristische, zur Verneinung wenigstens geneigte Standpunkt der ersten Reichsjahrzehnte noch bei dem äußersten Flügel der Linksliberalen anzutreffen.

Bei dieser Gruppe von Parlamentspolitikern spielten in Militärfragen von Beginn des Reiches an liberale Sonderwünsche noch erheblich mit. Man strebte Verkürzung der Dienstzeit an und machte sie zur Bedingung für die Bewilligung der geforderten Heeresziffer; man wehrte sich für die Wehrausgaben gegen Bindung auf längere Zeiträume, wollte also — wie überhaupt die Richtung hier auf Ausweiten der Reichstagsrechte ging — dem Reichstage in Heeresfragen ein jederzeit wirksames Einspruchsrecht vorbehalten. Schließlich drängten gerade diese Liberalen mit besonderem Nachdrucke auf geldliche Deckung der Heeresausgaben zugleich mit dem Entschlusse zur Ausgabe, wie dies früher auch Fürst Bismarck gefordert hatte; aber die Liberalen erhoben bei den Deckungsfragen regelmäßig den Streit um ihre parteipolitischen Wirtschaftswünsche, von deren Erfüllung alsdann das Schicksal der Vorlage abhängen sollte.

Die Ordnung der Reichsgeldwirtschaft in staatsmännischer Einheitlichkeit — im Gegensatz zu dem Stückwerk und Flickwerk des letzten Jahrzehnts — wird — schon weil die Ausgaben für Heer und Flotte voraussichtlich noch höher anwachsen werden, — die Aufgabe unserer nächsten Friedens Zukunft bilden. In den übrigen Streitnebenfragen kam es bereits bei Gelegenheit des Heeresgesetzes von 1905 mit den Parteien zu endgültiger Einigung: die Dienstzeit von Fußtruppen, Train und fahrender Feldartillerie wurde gesehlich auf zwei Jahre festgelegt, und die Präsenz ziffer des Heeres sollte fortan nicht wie in der Bismarckzeit auf sieben Jahre, auch nicht wie die Liberalen damals verlangten, auf drei Jahre oder gar nur auf ein Rechnungsjahr bestimmt werden, sondern jedesmal auf die Dauer von fünf Jahren gleich den Wahlen zum Reichstage.

Die Verhandlungen über die jedesmalige Wehrvorlage wurden gleichzeitig in der Presse aufmerksam verfolgt. Die Blätter berichteten über den Einlauf der Vorlage bei dem Reichstage, nahmen von Anfang an Stellung dazu und unterstützten je nach ihrer Richtung während des Weiterverlaufes die Vorschläge des Bundesrates und die von den Abgeordneten etwa ausgehenden Abänderungsvorschläge oder bekämpften sie. Die einzelnen Zeitungen standen dabei in mehr oder weniger engen Beziehungen zu den Parteien; vollständig selbständig hielten sich nur wenige Blätter. Die Haltung, welche die Tagesblätter zu den Wehrvorlagen der verfloffenen Jahrzehnte einnahmen, die Beweggründe, von welchen sie sich leiten ließen, der Grad von Sachlichkeit, die sie den militärischen Fragen widmeten, gestattet uns heute einen Rückschluß auf den inneren Wert dieser Blätter.

Die Wehrvorlagen und das Berliner Tageblatt.

Zu den Vorlagen für Heer und Seerüstung nahm das Berliner Tageblatt in den Jahren 1887—1893 rundweg verneinende Haltung an. Für die Stärkung unserer Wehrkraft war nicht das geringste Interesse vorhanden. Seitdem nach der Reichstagsauflösung von Sommer 1893 (s. o. S. 29) die freisinnige Partei nur noch wenige Sitze rettete, also Reichstagsbedeutung gegen früher nicht mehr besaß, riet das Berliner Tageblatt zu anderer Haltung. Die Freisinnigen, heißt es, sollten die Regierungsforderungen nicht gerade grundsätzlich ablehnen; sie würden alsdann eher Einfluß gewinnen, könnten Freisinnswünsche leichter nach oben durchsetzen.

Ähnliche Mahnungen lesen wir dann auch in den späteren Jahren, als die Aussichten für eine liberale Regierungspolitik wieder günstiger schienen. Bis zu dem Jahre 1911 bleibt in dieser Hinsicht die hin und her fühlende, in der Sache nie völlig klare Haltung des Berliner Tageblattes so ziemlich die gleiche. Die Quinquennatsvorlagen für das Landheer — die Vorlagen von 1899, 1905, 1911 — werden nicht mehr grundsätzlich bekämpft; ihre Berechtigung wird in zahlreichen und wortreichen Aufsätzen hin und her geprüft — während andere Zeitungen nicht den zehnten Teil des Raumes aufwenden —, und dabei wird stets auf die Wahrscheinlichkeit des parlamentarischen Ausfalles hingeblickt. Falls die Vorlage bedroht erscheint, entscheidet sich das Berliner Tageblatt auch während dieser Jahre zum mindesten für den billigeren Fall und setzt sich stets für die Reichstagsrechte, nicht für die sachlichen Erfordernisse oder gar für den Regierungsstandpunkt ein. Überhaupt klingt die Neigung zum Verneinen in Untertönen deutlich durch.

Die Flottenvorlagen (1898, 1900, 1906) finden während dieses nämlichen Zeitraumes in dem Berliner Tageblatte schließlich keinen Widerspruch mehr, während sich die Zeitung früher — so am 10. Januar 1890 — gegen jeden erweiterten Flottenbau entschieden ausgesprochen hatte;

später werden die Vorlagen befürwortet; die Flottenvorlage von 1906 wird von Oberst Gädke sogar warm und in vollster Sachlichkeit empfohlen.

Die Heeresergänzungsvorlagen von 1912 und 1913, sowie die Flottennovelle von 1912 (s. o. S. 27) fallen unter die Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs und stehen unter dem Zeichen beschleunigter Vorbereitung zu dem gefürchteten Weltkriege gegen die Triple-Entente unter der Führung Englands. Zu diesen Vorlagen steht das Berliner Tageblatt wiederum in nicht verhüllter Unfreundlichkeit; man vernimmt stets das mißmutige Wort vom „Wettrüsten“, und der dem Berliner Tageblatte eigentümliche Freisinnsruf nach „Kompensationen“, nach „Gegengaben“ für die zugemuteten Opfer wird häufiger. Dabei sträuben sich die Schriftsteller des Berliner Tageblattes einmütig gegen die volle Erkenntnis der Kriegsgefahr, namentlich der von England drohenden Gefahr, und alle raten in Sachen des deutschen Flottenbaues, die Empfindlichkeit Englands zu schonen.

Weber in der Bejahung noch im Verneinen zeigt sich das Berliner Tageblatt rückgratsfest; von Hause aus bekämpft es alle Wehrforderungen aus Gründen des Geldes, wie dies auch die Frankfurter Zeitung tut; aber gegen Bedingungen gibt das Berliner Tageblatt unter Umständen auch den Geldstandpunkt auf.

Die Wehrvorlagen von 1887 und 1890.

Es wurde schon vorhin (S. 27) hervorgehoben, daß die von Fürst Bismarck gegen die Septennatsverweigerer durchgesetzten Reichstagswahlen von 1887 in Sachen der Wehrvorlagen für den gesamten Weiterverlauf epochemachend wurden. Die damals erhaltene Lektion wirkte auf alle Reichstagsparteien heilsam nach; auch als der Septennatsreichstag von 1887 nicht mehr bestand, als im Gegenteil die septennatsweigernden Parteien von 1886 wiederum die Mehrheit besaßen, entschloß sich der Reichstag nicht mehr leichten Herzens zu der Ablehnung von Wehrvorlagen.

Auch das Berliner Tageblatt reißt sich noch mehrere Jahre nach der Lektion von 1887 das von der damaligen Rutenzüchtigung wehgeschlagene Freisinnsfleisch. In einer Rückschau auf die Reichstagswahlen seit 1871 heißt es dort:

Berl. T. 321 am 27. 6. 1893: „Raum begannen sich die Massen auf die politischen Aufgaben wieder zu besinnen, . . . da nahte die verhängnisvolle Militärvorlage vom Jahre 1887 heran. Ein Aufregungs- und gleichzeitig ein Einschüchterungssystem sondergleiches wurde aufgewandt, um aus den Volksmassen einen gefügigen Reichstag herauszupressen. Damals leisteten der Melinit und die Grenzbaraden der Franzosen unschätzbare Dienste. Die ein wenig wieder zu Kräften gekommene liberale Partei erlitt durch die unter dem Eindruck jener Einschüchterungsversuche vollzogenen Reichstagswahlen die schwersten Einbußen, die sie bis dahin zu verzeichnen ge-

habt. Nicht mit Unrecht bezeichnete man die damaligen Wahlen als Ergebnisse einer künstlich hervorgerufenen Volksangst.“

In gleichem Sinne äußert sich das Berliner Tageblatt über die Septennatswahlen noch am 7. 3. 1897, als durch eine Äußerung Admiral Hollmanns im Haushaltsausschusse des Reichstages zum ersten Male die weitausschauenden Pläne für den Bau einer großen Flotte in Sicht gekommen waren.

Berl. T. 120 am 7. 3. 1897: „Fast sieht es so aus, als ob wir einer neuen Auflage des Angstmeyer-Kummels vom Jahre 1887 entgegengingen. Die Flottenpläne, die der Staatssekretär der Marine in der Budgetkommission dargelegt, sind zunächst in der Bismarckpresse ganz nach dem alten Rezept der Melinitbomben und Barackenbauten in Generalentreprise genommen. Wenn man z. B. die Ausführungen der Berl. N. N. liest, kann dem einfachen Steuerzahler und Staatsbürger ganz gruselig werden.“ —

„Aus alle dem (aus angeführten Zeitungsäußerungen) geht aber hervor, daß man sich darauf gefaßt machen muß, den Reichstag aufgelöst zu sehen, und dann wird es sich zeigen, ob das Volk noch einmal dazu gebracht werden kann, das Schauspiel von 1887 zu wiederholen.“ —

Ganz ebenso lautet eine weitere Auslassung Berl. T. 133 am 14. 3. 1897.

Wir sehen: für das Berliner Tageblatt beruhte der Bismarcksche Wahlsieg von 1887 nicht auf der erfolgreichen Anrufung des vaterländischen Gefühles der Bevölkerung angesichts der im letzten Drittel der achtziger Jahre in dem französischen Boulangismus und den panslawistischen Hezereien Rattows am Horizonte ferne oder nahe sich zeigenden Bedrohung, sondern auf reiner Verängstigung mit nicht vorhandenen Gefahren. Die Kriegsgefahr für das Deutsche Reich bestand aber damals doch; es handelte sich, wie auch Fürst Bismarck hervorhob, um die andauernde Gefährdung des von übelwollenden Nachbarn umschlossenen Reiches, und dieser Dauergefahr galt die auf die Zukunft berechnete Septennatsrüstung. — Die Stärkung unserer Wehrkraft erscheint, wie aus den abgedruckten Artikeln weiter zu ersehen ist, dem Berliner Tageblatte völlig belanglos gegenüber der Niederlage, welche 1887 der Freisinn erlitt. Dies war und blieb schmerzlich. Weitere Artikel, die sich an den Artikel vom 27. Juni 1893 noch anschließen (331 am 2. 7. 1893; 336 am 5. 7. 1893; 344 am 9. 7. 1893) beschäftigen sich dann auch nur mit der Zukunft des Freisinnes, der damals bei den Reichstagswahlen von 1893 wiederum schmähslich geschlagen worden war.

Das Septennatsgesetz vom 11. März 1887 hatte die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres für die Zeit vom 1. April 1887 bis 31. März 1894 auf 468 409 Mann festgesetzt. Aber noch vor Ende des bis 1894 laufenden Septennats gelangte im Frühjahr 1890 eine die Friedenspräsenzstärke um mehr als 18 000 Mann erhöhende, außerdem Neuforderungen für Feldartillerie, Pioniere und anderes enthaltende Heeresvorlage an den im Februar 1890 gewählten, stark nach links verschobenen Reichstag. Fürst Bismarck hatte die Vorlage an seinen Nachfolger vererbt; Fürst Bismarck empfahl ihre

Annahme auch als ausgeschiedener Staatsmann in den Hamburger Nachrichten. Feldmarschall *Moltke* trat am 14. Mai 1890 im Reichstage für die Vorlage in prophetisch beredten Worten ein.

Das Berliner Tageblatt, welches sich noch während der Kanzlerschaft *Bismarcks* und während der Tagung des Septennatsreichstages am 10. Januar 1890 in einem Artikel „Die Marine-Debatte im Reichstage“ gegen veränderten Flottenplan d. i. Flottenerweiterungsplan mit aller Entschiedenheit ausgesprochen hatte, erklärte einige Tage später (Berl. T. 24 am 14. 1. 1890), es sei Verleumdung zu sagen, daß die Deutschfreisinnigen das Reich wehrlos machen wollten. — Man stand, als dies geschrieben wurde, vor den Neuwahlen; die Wähler sollten für den Freisinn gewonnen, sollten durch die Vorstellung von heeresfeindlichen Plänen des Linksliberalismus nicht abgeschreckt werden.

Am 6. Mai 1890 heißt es dann zu der Eröffnung des neuen Reichstages, dem sich *Caprivi* als Reichskanzler vorstellte (Berl. T. 226 am 6. 5. 1890):

„Ueber die Einzelheiten der angekündigten Heeresvorlagen wird sich das Parlament nach Anhörung der militärischen Autoritäten schlußfösig zu machen suchen, und wir können schon heute sagen, daß alles, was zur Stärkung der Wehrkraft des Vaterlandes als unerläßlich gelten muß, von den Freisinnigen ohne Zweifel mit patriotischer Hingabe bewilligt werden wird.“

In der Folge aber äußert sich das Berliner Tageblatt zu der verlangten Neuverstärkung des Heeres durchaus nicht freundlich. Dagegen offenbart das Blatt fortwährend sein Interesse für die damals angeregte Verkürzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre (Berl. T. 231 am 9. 5. 1890; 244 am 17. 5. 1890; 255 am 23. 5. 1890; 257 am 24. 5. 1890; 264 am 29. 5. 1890). — Im Berl. T. 314 am 25. 6. 1890 werden für etwaige Bewilligung der Wehrevorlage „Kompensationen“ verlangt; „berechtigte Wünsche der Volksvertretung“ sollen erfüllt werden.

Berl. T. 247 am 17. 5. 1890 „Turnbetrieb und militärische Ausbildung“: Es werden obligatorische Turnübungen in nachschulspflichtigem Alter empfohlen; die militärische Technik, meint der Artikelschreiber, werde sich dann später leichter erlernen, und die Militärschlichtigen brauchten dann nicht drei volle Jahre in der Ferne zu leben.

In 287 am 10. 6. 1890 verlangt das Berliner Tageblatt einen Finanzminister als Gegengewicht zum Reichskanzler; denn bei solcher Einrichtung, denkt das freisinnige Blatt, würden die Wehrevorlagen eher schon innerhalb der Regierung gründlich beschnitten: auf das möglichst Wenig zu Gunsten des Heeres kommt es dem Berliner Tageblatte bei allen dort auftauchenden Vorschlägen in erster Linie an.

Berl. T. 237 am 12. 5. 1890. — Es heißt in Hinblick auf Heeresverstärkung in Frankreich, durch welche die deutsche Heeresvorlage mit begründet worden war: „Die Lage ist also unverändert die alte; die Schraube wird abwechselnd von Deutschland und Frankreich angezogen.“

Das Berliner Tageblatt begleitet dann die Militärvorlage in ihrem ganzen Laufe bis zur endgültigen Bewilligung mit Aufsätzen, in welchen niemals geradeaus „nein“ gesagt wird. Dagegen treten in den angestellten Betrachtungen und in den Verhandlungsberichten aus dem Reichstage mit unfehlbarer Sicherheit die bedenklichen Seiten der Vorlage in den Vordergrund; das militärisch Technische erfreut sich nur stiefmütterlicher Behandlung.

Berl. T. 244 am 17. 5. 1890. — Es wird in dem Berichte über „die Militärdebatte im Reichstage“ in erster Linie der freisinnige Abgeordnete Hänel hervorgehoben, und seine Rede wird besonders ausführlich wiedergegeben. Hänel sprach nämlich vom „hellen Wahnsinn“ des Wettrüstens und meinte, man müsse hier abhelfen können. Dann erklärte Hänel die finanzielle Seite der Vorlage sei mindestens von derselben Bedeutung wie die militärische Seite. — Hänel verlangte ferner einen Reichsfinanzminister und dann auch Verkürzung der Dienstzeit.

In dem vorbereitenden Ausschusse für die Heeresvorlage hatte der Kriegsminister von Budy Aeußerungen getan, aus welchen man auf weitere Umorganisation des Heeres im Sinne wirklich allgemeiner Wehrerfüllung schließen zu dürfen glaubte. Hierzu heißt es:

„Diese Auslassungen eröffnen eine überaus bedenkliche Perspektive. Sie stellen die Bewilligung der jetzigen Mehrforderungen als einen ersten Schritt für die künftige Organisation dar, eine Bewilligung, welche bis zu einem gewissen Grade die Stellung des Reichskanzlers im Voraus binden würde. **Und das muß auch denjenigen bedenklich erscheinen, welche der gegenwärtigen Vorlage bisher sympathisch gegenüberstanden.**“ (Berl. T. 253 am 22. 5. 1890.)

Berl. T. 282 am 7. 6. 1890. „Die Militärvorlage und die Reichsfinanzwirtschaft.“ — Am dem Schlusse dieses langen Artikels heißt es: „Wir stehen also nicht bloß vor einer, sondern vor zwei Anleihe-Aussichten. Man muß gestehen, daß selbst dem Zuversichtlichsten und Vertrauensvollsten doch vor diesen Aspekten angst und bange werden muß. Wir sind in eine Entwicklungsphase unserer inneren Reichsverhältnisse eingetreten, welche die äußerste Vorsicht zur Pflicht macht. Eine Armee allein, und wäre sie die denkbar bestorganisierte, also unsere deutsche Armee vermag dennoch auf die Dauer einem Staatswesen nicht genügende Gewähr für seine Sicherheit zu leisten, sobald dessen finanzielle Grundlage bedroht wird. **Das mögen unsere Volksvertreter doppelt und dreifach bedenken.**“

Berl. T. 314 am 25. 6. 1890 und 318 am 27. 6. 1890. — Es werden in den Berichten über „die Militärdebatten im Reichstag“ am meisten die Abgeordneten Richter, Ricker und Bayer gelobt; den unbedingten Befürwortern der Vorlage — den Abgeordneten von Kardorff und von Bennigsen — geht es weniger gut. — Ricker nämlich sprach, so heißt es, „in ausführlicher vor trefflicher Rede klar und übersichtlich“ von dem „unerträglichen Rüstungsfieber in Europa“, dem „Halt geboten werden“ müsse. — Bayer aber „konnte das Verdienst für sich in Anspruch nehmen“, daß er unter anderem die Begründung der Notwendigkeit für die geforderte Friedenspräsenzvermehrung vermittle.

Die Zaghaftigkeit, in welcher uns die Verneinung des Berliner Tageblattes gegenüber der Heeresvorlage von 1890 entgegentritt trotz der Zuversicht, zu welcher die neue Zusammensetzung des Reichstages seit den Wahlen von Februar 1890 berechtigte, hatte ihren Grund in dem Umstande, daß die Centrumspartei sich diesmal in der Heeresfrage von dem Freisinn trennte, weil sie in vorläufigem Einvernehmen mit dem Reichskanzler von Caprivi Parteivorteile erblickte. Darum erschien für die freisinnige Presse der Widerspruch aussichtslos. Die Wehrvorlage gelangte demnach auch im neugewählten Reichstage mit Hilfe des Zentrums zur Annahme.

Die Heeresvorlage von 1893 (s. o. S. 28, 29).

Die frühere Konstellation, nämlich das Zusammenstehen von Zentrum und Freisinn zu Ungunsten geforderter Heeresverstärkung, wiederholte sich nochmals im Sommer 1893. Darum tritt auch in dem Berliner Tageblatte die Verneinung wieder stärker hervor als im Sommer 1890.

Als das im Frühjahr 1887 beschlossene, durch das Heeresgesetz von 1890 an Truppenzahl gesteigerte Septennatsgesetz dem Ab Laufe seiner Geltung nahe war, erschien eine neue und kostspielige Militärvorlage mit sehr erheblich gesteigerter Ziffer auf der Bildfläche. Diesmal versagte sich die Centrumspartei; die Freisinnigen schlossen sich an. Da sich im Weiterverlaufe der größere Teil des Zentrums auch gegen den Vermittelungsantrag des Zentrumsabgeordneten von Huene erklärte, welcher die Regierungsforderung in der Ziffer nur abschwächte, erfolgte im Mai 1893 die Auflösung des Reichstages. Die verbündeten Regierungen hatten den Antrag Huene mit seinen Abstrichen schon vor der Reichstagsauflösung angenommen; die Neuwahlen standen also unter dem Zeichen nicht der ursprünglichen Regierungsvorlage, sondern des Antrages Huene. Am 16. Juli 1893 wurde die nach dem Antrage Huene umgestaltete Regierungsvorlage in dem neugewählten Reichstage mit 201 Stimmen gegen 185 angenommen; den Ausschlag gaben die polnischen Stimmen. — Das Heeresgesetz vom 3. August 1893 sollte vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 gelten, blieb dann aber in Kraft bis zum 30. September 1899: von dem Septennate hatte man abgesehen; man einigte sich von jetzt ab auf *Quinquennate*.

Bei dem Hin- und Herverhandeln zwischen Regierung und Parteien in der ersten Hälfte des Jahres 1893 spielte neben der erheblichen Ziffernsteigerung die namentlich von den Linksparteien lebhaft begehrte Herabsetzung der *militärischen Dienstzeit* auf zwei Jahre eine bedeutsame Rolle; die Regierungen zeigten ihre Bereitwilligkeit zu einem vorläufigen *Versuche* mit der zweijährigen Dienstzeit, wollten sich aber auf gesetzliche Dauerbindung nicht einlassen. Erst nach Ablauf von zwei *Quinquennaten* wurde im Jahre 1905 die zweijährige Dienstzeit mit Ausnahme der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie auch *gesetzlich* eingeführt.

In der ersten Hälfte des Jahres 1893 gestaltete sich die Frage des Für oder Wider durch die Verquickung mit der Dienstzeitfrage ganz besonders verwickelt. In militärischen Kreisen bestanden erhebliche Bedenken gegen die Neuerung, bestanden auch andere Zweifel an der Zweckmäßigkeit des von dem Kriegsminister von B e r d y herrührenden Organisationsplanes. Auch Fürst B i s m a r c k gehörte zu den Zweiflern (s. o. S. 28); er warnte unter anderem vor Aufopfern der Ausbildungstüchtigkeit unseres Heeres zu Gunsten der bloßen Zahl.

Die von dem Fürsten Bismarck in den Hamburger Nachrichten wiederholt gegen technische Einzelheiten der Militärvorlage von 1893 geltend gemachten Gründe wie auch seine Gegenvorschläge um Andersgestaltung des Heeresgesetzes werden in dem Berliner Tageblatte gar nicht berücksichtigt; das Blatt verwahrt sich nur gegen weitere Belastung zu Heereszwecken und fürchtet dann zugleich um seinen Liebling Caprivi, dessen Abgang — wie es im Berl. T. 67 am 6. 2. 1893 heißt — k e i n e Partei wünsche. Aber dieser Wunsch, heißt es weiter, genüge doch nicht, um eine Partei zum Aufgeben ihres Standpunktes zu bewegen. Und nun, so wird geklagt, gießt „Fürst Bismarck auf dem Umwege über Hamburg Del ins Feuer“.

Aus dieser „Wochenchau“-Auslassung zu Beginn des ersten Wehrvorlage-Feldzuges von 1893 ergibt sich bereits der Standpunkt, auf welchem sich das Blatt befindet: s a c h l i c h wünscht es Abschwächung oder Ablehnung der Vorlage, zittert dann aber — aus P a r t e i gründen — bei dem Gedanken an die Möglichkeit eines Kanzlerwechsels. Aus gleichem Gefühle sträubt sich das freisinnige Blatt von vornherein gegen etwaige Reichstagsauflösung und empfindet (s. Berl. T. 36 am 20. 1. 1893) ganz ausnahmsweise sogar Genugtuung über die Hamburger Nachrichten: denn dort hatte Fürst B i s m a r c k für den Fall der Nichtannahme des Heeresgesetzes von Reichstagsauflösung a b g e r a t e n.

Angst vor Mehrbelastung und Angst für die Zukunft der Partei geht in den vielen Artikeln, welche das Berliner Tageblatt seit Auftauchen der neuen Militärvorlage veröffentlicht, nebeneinander her. Und in der Tat wurde die Vorlage das Verhängnis für die freisinnige Partei. Schon vor der Auflösung des Reichstages spaltete sich die freisinnige Reichstagsfraktion bei den Erörterungen über den Antrag Huene in zwei Gruppen, von welchen die eine den Antrag Huene gutheiß und hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit auf g e s e h l i c h e r Bindung nicht bestand. Die Neuwahlen aber zerschmetterten den Freisinn vollends; nur eine winzige Anzahl Deutschfreisinniger retteten mühsam ihren Reichstagsitz, so daß seit Juni 1893 der Freisinn innerhalb des Reichstages ein Gewicht nicht mehr darstellte.

Nunmehr lesen wir in dem Berliner Tageblatte Vorwürfe über unrichtige Taktik der Fraktion in Sachen der Militärvorlage, Vorwürfe gegen diejenigen Freisinnigen, welche wie Eugen Richter durch ihre Haltung (will sagen! durch ihre Starrheit) erst die Spaltung der Partei, dann die Wahlniederlage verschuldet haben sollten (Berl. T. 344 am 9. 7. 1893), und einige Tage später

einen Rückblick auf den verlorenen Feldzug, in welchem ausgeführt wird, daß es nicht richtig war, von vorn herein „nein“ zu sagen, ferner, wie man hätte anders verfahren, dies oder jenes anders machen sollert. Zum Schlusse heißt es:

„Ziehen wir das Fazit: Die (von den freisinnigen Führern fehlerhaft) eingeschlagene Taktik hat dahin geführt, daß die Vorlage zum allergrößten Teile angenommen und trotzdem die zweijährige Dienstzeit nicht gesetzlich festgelegt und die Steuerfrage nicht befriedigend gelöst wird, und daß außerdem der Freisinn eine furchtbare Niederlage erfuhr. Dagegen konnte die Taktik, die wir hier empfehlen, vielleicht eine geringere militärische Belastung, außerdem die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die Kürzung der Liebesgabe und keinesfalls die Zertrümmerung der freisinnigen Partei bringen.“ (Berl. T. 347 a m 11. 7. 1893).

Die im Drucke hervorgehobenen Worte zeigen zur Genüge, daß die Militärvorlage von 1893 in dem Berliner Tageblatte ebenso bekämpft wurde, wie ihre Vorgängerinnen auch; was zugestanden werden soll, dient lediglich als Handelsgeschäft. Die Wehrkraft gilt dem Blatte gar nichts, der Parteeivorteil aber alles!

Nachstehend folgen eine Anzahl weiterer Beweisartikel, aus welchen sich die — in Umrissen eben gekennzeichnete — Haltung des Berliner Tageblattes während des Kampfes um die Vorlage unmittelbar ergeben wird.

Berl. T. 1 a m 1. 1. 1893: „Als ob es an diesem Uebermaß von Wirrnissen aller Art nicht genug und übergenug wäre, tritt nunmehr noch kurz vor der Jahreswende die Militärvorlage hinzu, welche nur zu sehr geeignet ist, die politischen Leidenschaften — um von den wirtschaftlichen gar nicht zu reden — in unserem gesamten Volke aufzumöhlen. Diese Vorlage droht für unser junges deutsches Reich und seine ganze Entwicklung geradezu verhängnisvoll zu werden. Die folgenschwersten Ereignisse birgt diese Vorlage in ihrem Reime.“

Berl. T. 2 a m 2. 1. 1893 (in der Wochenschau von M. Levy-ohn): „Auch in der jüngsten Zeit haben die Kundgebungen aus den Reihen des Zentrums, das nun einmal nach wie vor die ausschlaggebende Partei im deutschen Reichstag ist, keinen Zweifel darüber gelassen, wie wenig Graf Caprivi darauf rechnen darf, aus den Reihen der Ultramontanen eine Unterstützung für seine weitausschauenden militärischen Pläne zu empfangen. Die dem Kanzler ergebenden offiziellen Federn mühen sich vergebens an der Sisyphusarbeit ab, die militärisch-technischen Einzelheiten seiner Vorlage dem Volke mündgerecht zu machen.“ — Weiterhin widerrät das Blatt dringend eine Reichstagskrise, die wahrscheinlich eine Kanzlerkrise im Reiche zur Folge haben werde; diese könne dann dem Fürsten Bismarck zu Gute kommen, indem mit dessen Entlassung Unzufriedene „einen Rücktritt des Grafen Caprivi zu Gunsten des Fürsten Bismarck ausbeuten würden.“

Hier darf man fragen: wenn dem Berliner Tageblatte soviel darauf ankommt, eine Krise im Reiche verhütet zu wissen, warum befürwortet es nicht

die volle Bewilligung der Vorlage? Warum ringt es die Hände zur Regierung empor und fleht um Nachgiebigkeit?

Berl. T. 18 am 10. 1. 1893. — Es heißt in einer Korrespondenz aus Süddeutschland, die Aussichten der Militärvorlage seien überall schlecht; bei Abgeordneten und bei Wählern sei die Stimmung ganz und gar dagegen. Neuwahlen würden nur Ungünstiges ergeben. Die Regierung möge nachgeben; der Widerstand gegen die Vorlage habe zu gute Gründe. Dagegen wolle den Fall Caprivis höchstens eine kleine Minderheit.

Berl. T. 47 am 26. 1. 1893. — Es heißt über die Verhandlung in der Militärkommission des Reichstages u. a.: „Wir stehen diesen Versuchen, politische Schönfärberei zu treiben (durch Aufzählung vorlagefreundlicher Stimmen aus Vereinen usw.) kühl gegenüber. Die öffentliche Meinung wird man dadurch nicht irreführen, auch wenn die Verhandlungen in der Kommission noch Monate lang fortgesetzt werden sollten. Bedenklich könnte dies Verhalten nur werden, wenn die Regierung sich über die wirkliche Sachlage täuschen und auf Grund falscher Voraussetzungen zu einer Auflösung des Reichstages schreiten sollte. — Wenn Graf Caprivi, selbst falls er bereit wäre, die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit schließlich zuzugestehen, nach wie vor an den vieren Bataillonen festhielte, so würde uns die Möglichkeit eines Kompromisses dadurch nicht größer und greifbarer erscheinen.“

Berl. T. 58 am 1. 2. 1893. — Ein langer Artikel vertritt ganz und gar den Standpunkt des freisinnigen Fraktionswiderstandes gegen die Vorlage. Caprivi, heißt es, muß mit weniger zufrieden sein; sonst bekommt er gar nichts. Er habe versäumt, vorher mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Caprivi führe die Defensivse fleißig und ritterlich; aber an der Sache liege es, daß die Stimmung in der Kommission nicht besser werde. — Die Notwendigkeit so bedeutender Erhöhung wird einfach geleugnet; die deutsche Armee, heißt es, sei stark genug. Trotzdem wolle die freisinnige Partei Erhöhung bewilligen, aber nicht so viel. Was die Regierung fordere, übersteige die physischen Kräfte der Nation; die Opposition werde nicht nachgeben; dies solle die Regierung tun.

Berl. T. 101 am 24. 2. 1893. — Das Buch von J a s t r o w, „Drückt die Militärlast?“, wird an leitender Stelle besprochen, und zwar geschieht dies nur wegen der augenblicklich schwebenden Militärvorlage. Das Berliner Tageblatt selbst schreibt zu dem Buche: „Das ist in Wahrheit der Druck der Militärlast, daß die militärischen Interessen bei uns angefangen haben, alle Kulturinteressen zu absorbieren.“

Anfang Mai 1893 kam es im Reichstage zur zweiten Besung der Militärvorlage; die Regierungen hatten sich mit dem Vermittlungsvorschlage des Freiherrn von Huene bereits einverstanden erklärt. Das Berliner Tageblatt verharret weiter in Ablehnung.

Berl. T. 225 am 4. 5. 1893. — Das Verlangen unbedingten Autoritätsglaubens gegenüber Caprivi wird zurückgewiesen. „Militärabsolutismus“ und „konstitutionelles System“ werden gegenübergestellt. Alle Gründe der Opposition gegenüber den Gründen Caprivis werden als gute Gründe anerkannt; Caprivis Gegenbegründung wird als schwach hingestellt. Das Ausland wisse

genau, „daß, wenn die Militärvorlage fällt, sie gerade deshalb fällt, weil wir uns stark fühlen auch ohne die neuerliche Heeresvermehrung und nicht deshalb, weil wir uns schwach fühlen“. — Zu den staatsichernden Faktoren gehörten auch gute Finanzen, heißt es, und unsere Finanzlage sei ungünstig.

Berl. T. 229 am 6. 5. 1893. — Wiederum wird für Ablehnung der Vorlage geworben. — „Der Reichstag wird die ihm zukommende Bedeutung (nicht) gewinnen, wenn er sich Regierungsforderungen ohne weiteres beugt. Der Reichstag hat verloren, weil er zuviel nachgegeben“. — „Die süddeutsche Stimmung kam in den Worten des Herrn Payer zum glücklichsten Ausdruck. Jenseits der Mainlinie ist man das preußische Regiment noch nicht gewöhnt, und die Opposition gegen den immer anspruchsvoller auftretenden militärischen Geist ist dort besonders lebhaft.“

Nach der Reichstagsauflösung heißt es (Berl. T. 231 am 7. 5. 1893): Schuld trüge die Ummachtigkeit der Regierung in der Frage der Dienstzeit: bei bedingungsloser Zusage, die zweijährige Dienstzeit zum Gesetze zu machen, würden bisher noch opponierende Abgeordnete dem Antrage Hüne beigetreten sein. — „Doch wie immer der Einzelne zur Heeresfrage stehen mag, nachdem die große Frage an das Volk gestellt ist, die man Wahl nennt, handelt es sich nicht um die Militärvorlage allein, sondern um die ganze Entwicklung unseres Vaterlandes in der nächsten Zukunft. Wer hinsichtlich einer einzelnen Frage (N. B.: ist Sicherheit des Staatsganzen nur eine einzelne Frage?) Bedenken über die Richtigkeit dieses oder jenes getanenen Schrittes hegt, muß diese Bedenken um des Ganzen willen unterdrücken („Ganges“= freisinnige Fraktion). Ob das Banner des Liberalismus mit dem Lorbeer des Sieges bekränzt aus der Wahlschlacht hervorgeht, das ist jetzt die Frage“. — Es wird dann weiter mit Gefährdung des allgemeinen Wahlrechtes, mit Ausnahmegeetzen, Reaktion, Suntertum usw. Angst gemacht.

Von nun an bis zu den Neuwahlen beschäftigt sich das Berliner Tageblatt nur noch mit der parlamentarischen Stärkung des Freisinns; die Frage der Heeresstärke an sich tritt ganz zurück; sie wird in mehreren Artikeln für neben sächlich erklärt gegenüber der Zukunft des Freisinns und im Verhältnis zu Hauptwünschen des Freisinns, die man nach Rat des Berliner Tageblattes in erster Linie durchsetzen sollte, und denen zuliebe man unter Umständen auch in der Heeresziffer nachgeben dürfe. — Zu diesen liberalen Forderungen zählt unter anderem die dauernde Sicherung der zweijährigen Dienstzeit; dann wünscht das Berliner Tageblatt Deckung des geldlichen Mehrbedarfes durch direkte Reichssteuern (statt durch Verbrauchs- und Handelsabgaben), Abschaffung der sogenannten Liebesgabe für Branntweimbrenner usw. (275 am 2. 6. 93: „wählt freisinnig“; Befehdet euch nicht wegen der Militärvorlage, steht einig auf dem Programm von 1884; wählt freisinnig!"; 289 am 9. 6. 93; 295 am 3. 6. 93; 297 am 14. 6. 93; 306 am 19. 6. 93; 317 am 26. 6. 93).

Mit den Schmerzen des Berliner Tageblattes über den Ausfall der Reichstagswahlen haben wir uns bereits oben (S. 37) beschäftigt.

Nach Annahme der Militärvorlage durch den neugewählten Reichstag wird noch geschrieben:

„Nun die Waffen ruhen; der Streit ist aus. Die Regierung hat ihre Militärvorlage; sie ist in dieser Frage Siegerin geblieben. Aber unter den Folgen des Wahlkampfes, den sie entfesselt hat, wird Deutschland („Deutschland“ = Freisinn) lange noch zu leiden haben“ (Berl. T. 357 am 16. 7. 93).

Die Heeresvorlagen von 1899 und 1905.

Die nächste Festsetzung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres fand im Jahre 1899 statt; sie galt für die Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 31. März 1904 und wurde später bis 31. März 1905 weiter erstreckt.

Es handelte sich gegen die Ziffer von 1893 um eine auf fünf Jahre stufenförmig verteilte Mehreinsetzung von 23 277 Mann, also auch um bedeutenden Kostenzuwachs. Auch diesmal lies die Frage, ob die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt oder nur vorläufig bis zum nächsten Male weiter erstreckt werden sollte, neben den Hauptfragen einher. Ebenso drohte auch im Jahre 1899 ein Widerstreit zwischen Reichstag und Bundesrat, weil der Reichstag dem Vorschlage des vorberatenden Ausschusses folgend von der Regierungsforderung 7006 Mann abgestrichen hatte. Indes kam es bis zur Reichstagsauflösung nicht; die verbündeten Regierungen gaben nach.

Auch während des Heeresvorlagefeldzuges von 1899 veräußerte das Berliner Tageblatt keine Gelegenheit, auf die gesetzliche Verkürzung der militärischen Dienstzeit in erster Linie zu drängen. Man sehe Berl. T. 6 am 4. 1. 1899; 10 am 6. 1. 1899; 23 am 13. 1. 1899; 32 am 18. 1. 1899; 85 am 15. 2. 1899, wo in dem Berichte über die Ausschußsitzungen das auf die zweijährige Dienstzeit bezügliche durch Sperrdruck ausgezeichnet ist; 134 am 14. 3. 1899.

Wie im Jahre 1893, so rät das Berliner Tageblatt auch diesmal von Reichstagsauflösung ab, tritt aber dabei in Sachen der 7006 Mann für Nachgiebigkeit der verbündeten Regierungen zu Ungunsten der Heeresziffer ein. Ueberhaupt zeigt sich in allen Artikeln, daß möglichste Abschwächung der Regierungsvorschläge auch diesmal erwünscht ist. Dagegen werden, wo es geht, die Reichstagsrechte möglichst stark betont.

Weil Ausschußmitglieder aus der Zentrumsfraktion zu Befürwortung der Vorlage neigten, kam es innerhalb des Zentrums zu einem bedeutungslosen Streite: dies wird (Berl. T. 89 am 17. 2. 1899) mit Genugtuung begrüßt. Dann folgen von „einem militärischen Mitarbeiter“ zwei Artikel über Kavallerie-Regimenter, welche der Ausschuß ablehnen wollte (Berl. T. 99 am 23. 2. 1899 und 102 am 24. 2. 1899).

Später wird dann über die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung geschrieben:

„Ein Reichstag, der gegenüber den Marineforderungen (von 1898) seine patriotische Gesinnung in unzweifelhafter Weise bekundet hat,

würde schwerlich von den Wählern im Stich gelassen werden, wenn er in einer vergleichsweise geringfügigen (!) Sache sich dem Wunsche der verbündeten Regierungen aus **guten Gründen** nicht zu fügen Willens ist“ (Berl. T. 131 am 12. 3. 1899).

Berl. T. 133 am 13. 3. 1899 u. a.: „Der Reichstag hat die Ratschläge einer Presse, die von den Eisenkönigen abhängt, durchaus nicht nötig; er wird tun, was er für gut hält. Die Zeiten, in denen jeder, der nicht immer gleich den Anschluß zu den bekanntlich stets wechselnden Anschauungen der Heeresverwaltung fand, als Reichsfeind bezeichnet wurde, sind unwiederbringlich dahin. Anzapfungen von Zeitungspolitikern, welche seit 1887 nichts gelernt haben, (verfangen) in keiner Weise mehr. Niemand nimmt diese Leute noch ernst, und man behandelt sie als das, was sie sind:

Die deutschen Déroulédés!“

Berl. T. 135 am 15. 3. 1899. — Es wird über die zweite Lesung der Militärvorlage berichtet, und dabei wird aus der Rede des Zentrumsabgeordneten Lieber durch Fettdruck dasjenige hervorgehoben, was dem Berliner Tageblatte besonders gefiel. Es sind dies folgende Worte: „Leistungsfähigkeit des Volkes“ (die nicht ausreichen soll); „Ueberwucherung“ (der Abhängigkeit von sogenannten Sachverständigenurteilen; hier sind die militärischen Sachverständigen gemeint); „Um so fläglichere“ (Rolle des Reichstags); „Die verbündeten Regierungen diktieren: Reichstag pariere“; (zu) „hochwichtigen konstitutionellen grundsätzlichen Fragen“ (fortgeschritten); (das) „Kaudinische Joch“ (unter welches der Reichstag in der Frage der 7006 Mann gepreßt werden soll); „nicht als Evangelium“ (betrachtet dürfe das Regierungsverlangen sein).

In weiteren Artikeln wird wiederum auf Nachgiebigkeit der Regierung angetragen; wir lesen fettgedruckt die Worte: (Proklamierung) „des Militarabsolutismus“; (eine) „Degradation des Reichstags“ (Berl. T. 136—140 am 13. 3. — 17. 3. 1899).

Zuletzt heißt es über das erfolgte Nachgeben der Regierung: „Tapfer ist der Löwenstieger, tapfer ist der Weltbezwinger, tapferer, wer sich selbst bezwang“. — In der Wochenschau folgt dann (Berl. T. 144 am 19. 3. 1899) noch eine Schlußbetrachtung, aus welcher gleichfalls kein Wohlwollen spricht.

Auch bei der nächstfolgenden Quinquennatsvorlage, welche im Frühjahr 1905 gleichzeitig mit der zweijährigen Dienstzeit zum Gesetz erhoben wurde, gab es, wie auch im Jahre 1899 und wie es bei späteren Vorlagen bis zum Jahre 1913 der Fall war, über geforderte Kavallerieregimenter etwas Streit. Dieser Forderung nach Vermehrung der Kavallerie widersprach (Berl. T. 112 am 2. 3. 1905) der Militärschriftsteller Oberst a. D. Gädke, während er sonst die Mäßigung des Bundesrates anerkannte und alle seine Verlangen befürwortete. Gädke beleuchtete dann in weiteren Artikeln die übrigen Einzelheiten der Vorlage in sachlicher Kritik ohne politische Beimischung. — Solcherart militärtechnische Erörterungen lesen wir von

nun ab in dem Berliner Tageblatte öfters; die Militärschriftsteller und Marine-schriftsteller unterstützen die Zeitung mit technischem Wissen; ihre Abhandlungen sind auf weite Strecken so gehalten, daß politische Nebenabsicht nicht erkennbar ist. Aber mit der Zeit nähern sich die technischen Mitarbeiter immer mehr den politischen und wirtschaftlichen Parteianschauungen des Berliner Tageblattes; sie werden für bestimmte Fragen zu Anwälten des Berliner Tageblatt = Freisinns.

Berl. T. 125 am 9. 3. 1905. — Gädke schreibt: „Eine welterschütternde Tat ist geschehen: die Budgetkommission hat in lästerlicher Verkennung ihrer Bewilligungspflicht die von der Regierung geforderte Vermehrung unserer Reiterei um 28 Schwadronen rundweg abgelehnt.“ — In diesem Tone geht es dann weiter. Gädke selbst schlägt statt 28 Schwadronen 8 Schwadronen vor und ergeht sich dann noch in persönlicher Polemik.

Berl. T. 135 am 14. 3. 1905. „Das Quinquennat und die öffentliche Meinung Süddeutschlands.“ — Unter dieser Ueberschrift heißt es von der Schriftleitung aus: „Mit welchen Gefühlen man vielfach in militärischen und nichtmilitärischen Kreisen Süddeutschlands die große Nachgiebigkeit der Budgetkommission bei der Abstimmung über das neue Quinquennat betrachtet, dafür bieten die nachfolgenden Zeilen eines höheren süddeutschen Militärs ein beredtes Zeugnis. Wir wollen uns nicht allen Ausführungen des Herrn Einsenders anschließen: darüber aber besteht kein Zweifel, daß eine Neuorganisation dem deutschen Heere mehr nützt, als seine Vergrößerung.“ — Der süddeutsche Einsender behauptet nun, in militärischen und in nichtmilitärischen Kreisen gingen die Anschauungen nicht wesentlich auseinander. „Zivil und Militär sind einmal bei uns im Süden gegen jede weitere Anspannung der Wehrkraft.“ — Man wolle lieber dies oder das: man wolle „allgemein“ das Heeresbudget nicht auf ein Jahr bewilligt sehen; man wolle weitere Verkürzung der Dienstpflicht usw. Man sei sehr erstaunt, daß die Budgetkommission außer der Kavallerie alle Mehrforderungen bewilligen wolle, und man fürchte, daß diese in der Hauptsache doch noch genehmigt werde.

Die eben angeführte Auslassung des Schriftleiters war der Heeresvorlage ungünstig. Den Schluß der Erörterung über das — inzwischen unter Dach und Fach gebrachte — neue Quinquennat bildet wiederum Gädke: er widmet dem eben Beschlossenen einen sachlichen Rückblick, wo er unter anderem auch meint, die Präsenziffer-Erhöhung sei „nicht gerade notwendig oder unausschiebbar“ gewesen (Berl. T. 149 am 22. 3. 1905).

Die Flottenvorlagen und das Berliner Tageblatt.

Haben wir nun gesehen, daß sich das freisinnige Berliner Tageblatt während des Zeitraumes 1887 — 1905 den Regierungsplänen, welche den sich immer ändernden Verhältnissen Rechnung tragend auf fortwährende Verstärkung unserer Landmacht ausgingen, zuerst völlig abratend, dann nur notgedrungen nachgebend, in jedem Augenblicke widerwillig, zum mindesten nicht

wohlwollend verhielt, so können wir für den Anfang der Bewegung auf Ausbau unserer Flotte, welcher zunächst nur den Fall eines französischen Krieges vorsah, bei dem Berliner Tageblatte die nämliche Verneinung, das selbe Sträuben feststellen; erst unter dem Drucke der Lage, angesichts nämlich der Stimmung in weiten Kreisen des Volkes und des zustimmenden Verhaltens der ausschlaggebenden Zentrumsparthei änderte auch das Berliner Tageblatt sein Verhalten zeitweilig.

Wir erwähnten schon oben (S. 33) den Artikel des Berliner Tageblattes vom 10. 1. 1890, welcher gegen erweiterten Flottenausbau ohne weiteres Stellung nahm.

Am 15. 3. 1897 ließ Admiral Hollmann in dem Haushaltsausschusse des Reichstages eine Denkschrift verteilen, welche den bestürzten Abgeordneten von bevorstehenden Flottenbauplänen zum ersten Male Reminis gab. Es handelte sich einschließlich der Restforderungen aus den Vorjahren, der Forderungen für das Haushaltsjahr 1897/98 um einen für später zu erwartenden Aufwand von 328 371 000 Mark bis Ablauf des Haushaltsjahres 1900/01. In seiner vorläufigen Begründung wies Hollmann auf die Möglichkeit einer Absperrung der deutschen Küste hin, wenn man nicht über eine größere Flotte verfüge. Für die bloße Küstenverteidigung, sagte er, brauche man eine Flotte nicht; die Küstenbefestigungen selbst würden schon ausreichen. — Wie schon gesagt wurde, dachte man damals allgemein nur an die französische, vielleicht auch an die russische Flotte.

Der so unerwartet in die Oeffentlichkeit geworfene Flottenplan erregte wie begreiflich das größte Aufsehen. Für und Wider wurden in der Presse reichlich erörtert.

Ende März 1898 brachte Hollmanns Amtsnachfolger von Tirpitz das im Sinne der Ankündigung Hollmanns gehaltene Flottengesetz mit Hilfe des Zentrums im Reichstage durch; ein stattlicher Anfang war für die Schaffung einer wirklichen Flotte mit den bewilligten 19 Linienschiffen, den Kreuzern usw. gewonnen.

Das Berliner Tageblatt ließ seit dem Bekanntwerden der Aeußerung Hollmanns Artikel auf Artikel gegen die neuen Flottenpläne erscheinen.

Gleich am 7. 3. 1897 verwahrt sich das Blatt in einem bereits S. 33 abgedruckten Entrüstungsartikel gegen Aufkotzieren des Flottenplanes.

Berl. T. 123 am 9. 3. 1897. „Die Denkschrift über die neuen Marineforderungen.“ — Unter diesem Titel folgt ein langer Artikel von einem „sachmännischen Mitarbeiter“. Das Grundprinzip des Flottenplanes von 1873, heißt es, sei verlassen; ein völlig neuer Plan sei aufgetaucht. „Wir halten sie (die Pläne) im wahren Sinne des Wortes für uferlos.“ — Weiterhin wird — mit Recht — auf das Schwankende und ewig Wechselnde in der Regierung hingewiesen. — Der Schriftleiter macht dazu einige Bemerkungen, die im wesentlichen auch Verneinung enthalten, die in Selbstverständliches eingewickelt wird. Es heißt zum Beispiele, der Reichstag müsse „in den folgenden Jahren die geforderten Schiffsbauten unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel ganz oder teilweise zu bewilligen in der

Lage sein. Er wird also nach pflichtgemäßem Ermessen zu berücksichtigen haben, daß die Zukunft Deutschlands in erster Linie von dem genügend starken und schlagfertigen Landheere abhängt und daß Deutschland einer Flotte nach französischem Muster nicht bedarf."

Berl. T. 128 am 11. 3. 1897. — Es wird die Bewilligung dessen empfohlen, „was erforderlich ist, um der Flotte die Lösung ihrer Aufgaben im alten Rahmen zu ermöglichen“; „was im Etat für das laufende Jahr gefordert wird“, soll bewilligt werden. Dagegen solle man künftigen Plänen vorbeugen. Wir seien nicht reich genug, um neben dem großen Landheere noch eine Marine zu erhalten, mit der man „Weltpolitik“ treiben könne. Den Gedanken einer großen Flotte nach dem Muster Frankreichs könnten wir nicht verwirklichen.

Berl. T. 146 am 21. 3. 1897: „Das unglückselige Wort, unsere Flotte müsse auf die Höhe der französischen gebracht werden, war nicht wieder aus den Gedächtnistafeln der Reichsboten wegzulöschen. Man ersah in diesen Worten das Bekenntnis zu weitreichenden, wenn nicht ulerlosen Marineprojekten, und diesen Zukunftsideen ein gebieterisches Halt zuzurufen, erachtet die Majorität des Reichstages für ihre wohlverwogene Pflicht.“

Auch die in anderen zahlreichen Artikeln des Berliner Tageblattes herbeigeholten Gegenstände, z. B. der Hinweis auf die Flotte der Dreibundfreunde Oesterreich und Italien zeigen, wie sehr dem Blatte der Gedanke, daß auch die Flotte erhöhte Ausgaben erfordern könnte, im Jahre 1897 noch verhaßt ist. Eine Reihe von Artikeln ist dabei sachlich und ruhig gehalten; mancher Tadel, der über die plötzliche Ankündigung der Flottenpläne, über die Sprunghaftigkeit in den hohen Kreisen, über die Preßpolemik zu Gunsten der Flottenpläne ausgesprochen wird, entbehrt auch nicht der Berechtigung. Es war eine Zeit, in welcher Vertrauen zu haben schwer fiel.

Man vergleiche Berl. T. 126 am 10. 3. 1897; 131 am 13. 3. 1897; 132 am 13. 3. 1897; 133 am 14. 3. 1897; 140 am 18. 3. 1897 (von einem Fachmanne); 144 am 20. 3. 1897.

Bis dahin verzeichneten wir Äußerungen des Berliner Tageblattes zu einem einstweilen nur angelegten Flottenausbau in größerem Maßstabe. Seit Beginn des Jahres 1898, als die Flottenvorlage wirklich erschienen war und den Reichstag beschäftigte, wurde der Widerspruch des Berliner Tageblattes kleinlaut; die Zeitung verschmäht es augenscheinlich, um eine verlorenere Sache kämpfen zu wollen.

Berl. T. 1 am 1. 1. 1898: „Zu den weniger angenehmen Ausichten gefeßt sich die neue Flottenforderung, die das Reich, wie es scheint, nach anfänglichem Sträuben von Zentrums Gnaden empfangen wird, wenn sich schwerlich die damit verknüpften Forderungen eines Septennates verwirklichen dürften. Allein auch in weiten Kreisen des Publikums wird die Stimmung für diese Vermehrung der Flotte eine immer günstigere.“ — „Der Gedanke einer Vermehrung der Flotte begegnet in den großen Verkehrsplätzen an der Ost- und Nordsee einem größeren Verständnis als beispielsweise in Süddeutschland Wenn solche Stimmen aus kaufmännischen Kreisen das Interesse an der Flottenvermehrung ausdrücklich

bekunden, so werden sie denjenigen natürlich besonders Vorwurf leisten, die da sagen, daß die Interessenten besonders zu den Kosten herangezogen werden sollen."

Auch hier liebt sich der Verdruß über dasjenige, was nicht zu ändern war, unschwer heraus. Weiterhin lesen wir nur noch Berichte über die Verhandlungen des vorberatenden Ausschusses, aus welchen sich die endgültige Annahme der Flottenvorlage mit immer größerer Wahrscheinlichkeit ergab; vereinzelt ist auch noch von Widerspruch aus den Kreisen des Volkes oder von anderen der Vorlage möglicher Weise drohenden Gefahren die Rede (Berl. T. 110 am 2. 3. 1898; 118 am 16. 3. 1898; 122 am 23. 3. 1898).

Nach Annahme des Flottengesetzes in zweiter Lesung heißt es dann (Berl. T. 153 am 25. 3. 1898 am Schlusse):

„(Lieber) hat das Bewußtsein, das Hauptverdienst für das Zustandekommen einer Vorlage für sich in Anspruch nehmen zu können, deren glatte Annahme ohne vorherige Auflösung unsere Position gegenüber dem Auslande wesentlich stärken wird.“

Die Flottenvorlage von 1900.

Raum zwei Jahre nach Verabschiedung des ersten Flottengesetzes gelangte schon im Januar 1900 eine Novelle zu dem Gesetze an den Bundesrat; der ursprüngliche Plan erschien in bedeutender Erweiterung; allein die Zahl der Linienfahrzeuge sollte gegen 1898 verdoppelt werden (von 19 zu 38); hinzu kamen außerdem eine größere Anzahl von Kreuzern.

In dem deutschen Volke war die Stimmung dem Flottenausbau in größerem Maße — wie auch das Berliner Tageblatt in mehreren Artikeln damals anerkannte — durchaus günstig; gerade der Liberalismus erinnerte sich dabei wohl auch der Flottenliebhaberei von 1848.

Das Berliner Tageblatt giebt bei Gelegenheit der Flottenverhandlungen von 1900, die sich bis in den heißen Sommer hineinziehen, nur gelegentlich Wasser in den Wein der Flottenbegeisterung; es verwahrt sich mehrmals gegen die Unterstellung, „durch die Zustimmung zur Flottennovelle Prinzipien untreu“ zu werden (Berl. T. 163 am 30. 3. 1900); denn „Vermehrung unserer schwimmenden Streitkräfte“ haben nichts „mit politischen Anschauungen zu tun“ (Berl. T. 45 am 25. 1. 1900). So unterläßt das Berliner Tageblatt jede Bekämpfung der Vorlage — bringt sogar wiederholt Gründe zu Gunsten der Vorlage herbei —, befaßt sich aber um so eifriger mit der Deckungsfrage, sei es, um sich gegen die dem Linksliberalismus verhassten indirekten Steuern zu sträuben, oder um der befürworteten Flottenvorlage mittelbar doch noch ein Bein zu stellen.

Dem wirtschaftlichen Standpunkte des Berliner Tageblattes entspricht es nur, daß auch diesmal Reichseinkommensteuer und Reichserbschaftsteuer

wiederholt empfohlen werden (Berl. T. 41 am 23. 1. 1900; 45 am 25. 1. 1900; 49 am 27. 1. 1900). Sonst heißt es über die Flottenvorlage:

„daß die überwiegende Mehrheit des Deutschen Volkes von der unausweichlichen Notwendigkeit durchdrungen ist, Deutschlands Seewehr der Machtposition des Reiches entsprechend ausgestaltet zu sehen“ (Berl. T. 41 am 23. 1. 1900).

Dagegen steht eine Bemerkung im Eingange deselben Artikels etwas ab, wo es nämlich heißt:

„Der Bundesrat, dem jetzt die Durchberatung der Flottenvorlage unterbreitet ist, hat sich nicht in jene Hurrahstimmung hinein-jagen lassen, die man ihm angesonnen“, „d. i. er nimmt sich zur Prüfung mehr Zeit als den bedingungslosen Flottenenthusiasten angenehm und rätlich erscheint.“

Als die Vorlage an den Reichstag gelangt war, heißt es, der schwächste Punkt sei die finanzielle Seite, „wenn man sich nicht zu einer prinzipiellen Gegnerschaft gegen jede Flottenerweiterung bekennt.“ (Berl. T. 46 am 26. 1. 1900.)

Kennzeichnend für die Haltung des Berliner Tageblattes zu den Fragen der deutschen Zukunft — wir meinen für den unaufrichtigen Parteilichheitsgeist ohne Wärme des Empfindens für die zur Beratung stehende Flottensache selbst — ist ein nachfolgend in den Hauptfähen wiedergegebener Artikel mit der Ueberschrift „Politik im großen Stile“. — Wir bemerken voraus, daß die Handelsverträge von 1891 mit ihren erheblichen Einfuhrzoll-nachlässen seiner Zeit einen bedeutenden Sieg des Linksliberalismus über die Gesamtkonservativen enthielten, und daß man im Jahre 1900, als der Ablauf dieser Verträge bevorstand, demjenigen, was an ihre Stelle treten würde, in beiden Lagern gespannt entgegen sah.

Berl. T. 103 am 30. 3. 1900: „Wenn die Erneuerung der Handelsverträge die für das Bürgertum wichtigste Frage der nächsten Zukunft ist, so folgt daraus, daß die liberalen Abgeordneten auch auf die Erreichung der ihnen vorschwebenden Ziele ihre ganze Strategie richten müssen und sich nicht durch die taktischen Manöver der Gegner verleiten lassen, Wege einzuschlagen, auf denen sie von jenem Ziel abkommen.“

„Die Gegner werden nun gerade bei der Behandlung der Marinevorlage versuchen, die Hoffnung zunichte zu machen, die die Liberalen in bezug auf die Verlängerung der alten, resp. den Abschluß neuer Handelsverträge hegen; sie wissen, daß der Kaiser und mit ihm die Regierungen ihrerseits die Flottenfrage für die allerwichtigste von denen halten, die ihrer Lösung entgegensehen. Und darauf bauen sie ihre freiheits- und handelsfeindlichen Pläne. Diese zu durchkreuzen, wird Aufgabe einer klugen und weitausschauenden Strategie auf Seiten der Liberalen sein.“

Die Pläne der Reaktionäre (s. o. S. 21) laufen darauf hinaus, bei der Entscheidung der Flottenfrage als die großen Patrioten zu erscheinen und den gesamten Liberalismus als Gegner der Regierungspläne zu stigmatisieren. Die Agrarkonservativen kalkulieren etwa so: Wir machen zunächst Stimmung gegen die Flotte, bringen dann un-

willige Aeußerungen aus ländlichen Kreisen in die Presse und ver-
setzen so die Regierung in den Glauben, daß in der notleidenden Land-
wirtschaft eine große Abneigung gegen eine neue Belastung für
Marinezwecke bestehe. Alsdann stimmen wir im Reichstage, immer
mit Betonung der schlechten Lage der Landwirte und unter geschickter
Hervorhebung ihres Patriotismus für die Regierungsforderungen.
Dann sind wir große Patrioten, bewirken, daß die Landwirtschaft
von neuem steuerfrei bleibt oder gar ihre neue Liebsgabe dabei erhält,
wir bekommen ein Fleischbeschaugesetz, last not least Han-
delsverträge mit einer wesentlichen Erhöhung der Getreidezölle.“ . . .

„Wir Liberalen wünschen keine Bezahlung; wir sind keine Trink-
geldpolitiker (Qui s'excuse, s'accuse). Aber wenn
alle Liberalen im Reichstage bis links zu der süddeutschen Volks-
partei einschließlich für die Flottenvermehrung stimmen und das Ge-
setz somit auch ohne das Zentrum zustande kommt, dann retten wir
unsere wirtschaftliche und geistige Freiheit und bereiten sogleich einen
Umschwung in der inneren Politik überhaupt vor. Dann bringen wir
die 1er Heineze, das Fleischeinfuhrverbot und die Getreidezollerhöhung
beim Abschluß neuer Verträge zu Fall und haben nicht nur als die
Ausschlaggebenden eine schwerwiegende Stimme bei der Frage der
Kostendeckung, sondern wir sichern dem Liberalismus wieder den ihm
gebührenden Einfluß. — Wenn der Liberalismus nicht mehr zu
einem großen Teil alle Militär- und Marineforderungen bekämpft,
sondern ihnen im Gegenteil zustimmt, so wird er eine ganz andere
Position bekommen“ usw.

„Wir werden durch die Zustimmung zur Flottennovelle keinen
Prinzipien untreu“. — Dies wird nachher begründet.

Der deutsche Reichstag nahm im Sommer 1900 unter Vortritt wiederum
der Zentrumspartei die Flottennovelle mit großer Mehrheit an. Nur eine
Anzahl Kreuzer, deren Bau nach dem Regierungsvorschlage erst von 1906 ab
in Angriff genommen werden sollte, strich der Reichstag ab.

Die Flottenvorlage von 1906.

Diese Kreuzer setzte eine schon zu Anfang 1905 von Tirpitz in dem Haus-
haltsausschusse des Reichstages angekündigte, dann gegen Ende des Jahres
eingebrachte Novelle in ihre Forderungen wieder ein. Das neue Flottengesetz
enthielt dann noch weitere, hohe Mehrkosten bedingende Zusatzforderungen
namentlich in bezug auf Vergrößerung der Linienschiffsbauten nach englischem
Vorgange. Auch die Lehren des russisch-japanischen Krieges spielten mit.

Das Flottengesetz gelangte im Frühjahr 1906 ohne Schwierigkeiten zur
Annahme.

Die früheren Flottenpläne gingen, wie schon oben gesagt, auf Gleich-
wertigkeit der deutschen Seewehr mit der französischen oder höchstens
mit der französisch-russischen Flotte. Aber obwohl man dies in
England sehr wohl wußte und obwohl kein englischer Politiker nach Maßgabe
der Wehrverhältnisse Deutschlands und nach Kenntnis der Berliner Macht-
haber englandfeindliche Hintergedanken auch nur vermuten konnte, die

bloße Tatsache eines größeren Flottenbaues außerhalb Englands erregte an der Themse wachsenden Verdruß. Man rechte die Hälse. Aller Wahrscheinlichkeit nach strengte man von London aus alles an, um den deutschen Flottenbau zu verhindern, zu stören oder doch hinauszuschieben. Man wird mit schmeichelnden Anzapfungen begonnen haben und dann zu Stärkerem fortgeschritten sein. Als die Einbläsereien, die wir mit Sicherheit vermuten dürfen, weil sie dem politischen Engländerturne zu jeder Zeit anhafteten, den erwünschten Erfolg nicht fanden — in dem seit 1890 zeitweise verengländerten Amtsberlin —, griff die großbritannische Politik zu dem Mittel der politischen Aushungerung Deutschlands. König Edward, ein innerlich nichtiger Mensch, aber ein wohlgeeigneter Geschäftsreisender für die Zwecke des damaligen Britentums, betrieb das Spielen mit dem Feuer in den Hauptstädten Europas mit der seiner zynischen Natur eignen Bedenkenlosigkeit: vielleicht hatte gerade er sich an den Berliner Stellen vergeblich bemüht und schien gerade ihm das eingeschlagene Verfahren Erfolg zu versprechen. Denn zunächst sollte die „Einkreisung“ nur einschüchtern, sollte englischem Veto Gefügigkeit schaffen. — Zu Beginn des Jahrhunderts nach der Flottenvorlage von 1900 setzte, soweit wir wissen, die deutschfeindliche Politik Großbritanniens ein; so befanden wir uns zur Zeit der Flottenvorlage von 1905/06 bereits unter dem Zeichen deutsch-englischer Spannung.

Schon aus diesem Grunde gebot sich der deutsche Flottenausbau und zwar beschleunigter Ausbau, und gebot sich auch die Vergrößerung der Schiffstypen — der Bau von Großkampfschiffen, genannt „dreadnoughts“ — für Deutschland um so mehr. Denn englischen Anmaßungen gegenüber vergrößert die leiseste Rücksicht das Uebel.

In Deutschland war in den Jahren 1905/06 die von England drohende Gefahr in vollem Umfange noch nicht erkannt, und schon darum war Geneigtheit, Verhandlungen mit England über deutsche Schiffsbauten zu befürworten, in der deutschen Presse noch nicht bemerkbar; ohne Zweifel stand ein großer Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands hinter den Flottenplänen von Tirpitz; namentlich bei den Liberalen erfreute sich die Flotte, wie auch Gädke hervorhob (Berl. Z. 113 am 3. 3. 1906), sehr großer Beliebtheit.

In dem Berliner Tageblatte befaßten sich in den Jahren 1905/06 mit der Flottenvorlage nebeneinander verschiedene Schriftsteller, deren Ansichten vielleicht nicht ganz zusammenfallen.

Selbstverständlich dringt das Berliner Tageblatt auch diesmal auf Steuerdeckung zu Ungunsten seiner wirtschaftlichen Feinde, unter denen es wiederum die „Sunter“ namhaft macht; die Zeitung behauptet nach wie vor, für die wirtschaftlichen Interessen der breiten Massen zu streiten. Darum — weil das wirtschaftliche Parteiinteresse auch diesmal unter allen Umständen über dem Gegenstande selbst steht — darum wird, als die Annahme der Flottenvorlage an Wahrscheinlichkeit gewann, in dem Berichte über die Vorberatung des Haushaltsausschusses die Zentrumsparthei getadelt dafür, daß sie, ohne sich der Deckung vorher zu versichern, dem Regierungsverlangen

bereits zugesagt hatte. — Auf Steuerpläne weist (Berl. T. 563 am 4. 11. 1905) auch Gädke hin, der sich sonst wesentlich nur mit dem Flottenplane selbst beschäftigt.

Berl. T. 88 am 7. 2. 1905. — Nach dem Bekanntwerden der vorläufigen Äußerungen von Tirpitz verlangt E. Reventlow schnelleren Ausbau der bis dahin vorgesehenen und von ihm der Zahl nach für ausreichend erklärten 38 Linienschiffe; zudem, meinte er, müßten die 13 im Jahre 1900 gestrichenen Kreuzer jetzt bewilligt werden und außerdem erheblich mehr. Die Schriftleitung bemerkt an der Spitze des Artikels, daß sie sich mit diesen Ausführungen ihres Marinemitarbeiters nicht identifizieren wolle.

Man versteht nicht recht, was dies bedeuten soll, ebensowenig, ob zwei — an sich sachlich und ruhig gehaltene — Artikel von Kapitänleutnant a. D. Weyer (Berl. T. 633 am 13. 12. 1905 und 7 am 5. 1. 1906), die sich unter anderem auch gegen Reventlow wenden, in Absicht der Schriftleitung eine Spitze gegen die Flottenbewegung oder gegen die zeitige Flottenvorlage hoben sollen oder nicht. Reventlow und andere hatten behauptet, gewisse Klassen von deutschen Linienschiffen seien den englischen Schiffen gegenüber rückständig und minderwertig, müßten also ersetzt werden. Weyer findet darin „bedenkliche Uebertreibung“.

Vollständig klar, bedingungslos, einheitlich ist es mit der Haltung des Berliner Tageblattes auch diesmal nicht. Vorwiegend hat in der Flottensache Gädke das Wort. In Sachen der Quinquennatsheeresvorlage von 1905 hatte Gädke, wie wir sahen (S. 43), sich etwas mißlautisch verhalten; die Flottenvorlage 1905/06 befürwortet Gädke aber so warm, wie es ein „Alldeutscher“ nicht besser vermöchte.

Man lese Berl. T. 560 am 2. 11. 1905; 563 am 4. 11. 1905; 587 am 17. 11. 1905; 591 am 19. 11. 1905; 660 am 29. 12. 1905; 113 am 3. 3. 1906: „Dem Vaterlande, nicht der Partei“, wo auch gegen Antisemitismus unter dem Offiziercorps geeifert wird; 126 am 10. 3. 1906; dazwischen stehen Aufsätze von Gädke über Scharnhorst, Generalleutnant von Moltke als Chef des Generalstabes, Graf Schlieffen, Graf Häfeler.

Gädke behauptet, nach den Lehren des letzten Sommers — gemeint ist die Marokkostreitigkeit mit England und Frankreich — erscheine unser Landheer gefürchtet genug, also auch — selbst ohne das neue, erst später beschlossene Quinquennat — stark. Dagegen lehre dieser Sommer gleichfalls, daß unsere Flotte nicht stark genug gewesen sei. Vermehrung der Kreuzer sei unbedingt erforderlich, ebenso Vergrößerung der Displacements unserer Schiffe; man dürfe einem Gegner nicht mit minderwertigen Waffen entgegenreten, wenn wir unter der finanziellen Last auch noch so sehr stöhnten.

Gädke weist ferner den Ausdruck „uferlose Pläne“ zurück; er verweist auf den ostasiatischen Krieg mit seinen zwingenden Lehren, wendet sich in warmem Appell an das liberale Bürgertum, tadelt das Sträuben der freisinnigen Presse und verlangt von der Regierung in aller Entschiedenheit „die Beschleunigung des Ausbaues unserer Flotte“.

Der Reichstag allerdings, meint Gädke, werde sich genau an den Regierungsentwurf halten; wir seien von allen Obrigkeiten an den „beschränkten Untertanenverstand“ gewöhnt und dürften — auch zum Wohle des Ganzen — nicht kritisieren. — „Wenn also das deutsche Volk eine Seerüstung nicht erhält, wie sie für den Schutz seiner Interessen und für das friedliche Gedeihen seiner gegenbringenden Arbeit erforderlich ist, die Schuld der Regierung allein ist es.“

Die Heeresvorlage von 1911.

Die vier Wehrvorlagen, welche unter die Reichskanzlerschaft von Bethmann Hollwegs fallen, nämlich die Heeresquinguennatsvorlage von 1911, die Heeresergänzungsvorlagen und sonstigen Mehrforderungen von 1912 und 1913 und die Marineergänzungsvorlage von 1912 stehen erst vollends unter dem Zeichen eines drohenden Weltkrieges, jetzt bereits gegen Frankreich, Rußland und Großbritannien im Mindestfalle. Gegen diese Mächteverbindung hatten die Streitkräfte Deutschlands und Oesterreich-Ungarns aufzukommen; der Dreibund galt dem Scheine nach weiter, und seine Unverbrüchlichkeit wurde von oben versichert; die Gegner Deutschlands rechneten mit Italien nach der entgegen gesetzten Richtung; auch in Deutschland traute dem italienischen Bundesgenossen kein ernsthafter Politiker, noch weniger ein Militär.

In der deutschen Öffentlichkeit vernahm man in diesen Jahren Stimmen der Besorgnis über das unzureichende Maß der von oben geforderten Heeresrüstungen, so gewaltig auch die Ausgaben für Heer und Marine schon angeschwollen waren; zu dem Flottenvereine trat nach Verabschiedung des Heeresgesetzes von 1911 noch der Wehrverein.

Von anderer Seite wiederum wurde der heiße Wunsch nach „Verständigung“ mit Großbritannien geäußert; das Berliner Tageblatt redete diesem Gedanken besonders eifrig das Wort. Die Kosten für den erstrebten Anschein größeren Wohlwollens jenseits des Kanals würde ausschließlich unser — gefehlich bereits festgelegter — Flottenausbau zu tragen gehabt haben.

Gleich am 1. Januar 1911 wird in dem Berliner Tageblatte die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen möge, die „Rüstungsfrage“ zwischen Großbritannien und Deutschland zu lösen, wozu, so heißt es, in den letzten Jahren „schwache Ansätze“ gewonnen seien. Hoffentlich führe man die Bemühungen weiter, heißt es dann; denn an den deutsch-englischen Beziehungen hinge der Weltfriede.

Die Quinquennatsvorlage von 1911 brachte unter anderem Mehreinstellung von je 5600 Mann für jedes folgende Jahr; ihr Kostenmehraufwand belief sich für 5 Jahre auf über 140 Millionen Mark. Die Durchbringung der Vorlage gelang ohne Schwierigkeit. Im Berliner Tageblatte ist von der freudigen Zustimmung, in welcher Gädke das Gelingen des Flottengesetzes von 1906 begrüßte, diesmal nicht das geringste zu

bemerken. Bedauert wird in den Aufsätzen, welche den Lauf der Reichstagsverhandlungen begleiten, daß das **Ubrüstungsproblem** von den Vertretern der Linken nur „schüchtern und erfolglos“ angeschnitten worden sei (Wochenschau von Michaelis im Berl. T. 79 am 12. 2. 1911); ohne Freude stellt der Bericht über die zweite Lesung fest, daß die Heeresvorlage sehr freundliche Aufnahme fand (Berl. T. 101 am 23. 2. 1911); nach der Abstimmung heißt es in der Wochenschau (Berl. T. 105 am 26. 2. 1911):

„Wenn irgend etwas feststeht, so ist es die **Aussicht auf neue Steuern** im Laufe der kommenden Legislaturperiode. Aber in Militärfragen gibt es heute bei uns keine ernsthafte Opposition mehr.“

Auch Gädke hatte sich über die in der Vorlage enthaltene Ziffernsteigerung nicht günstig geäußert. Dies zeigen nachstehende Auszüge aus seinen Artikeln:

Berl. T. 56 am 31. 1. 1911, „Maß in den Rüstungen“: „Gewissen Patriot“ sind die Forderungen des neuen Quinquennats nicht weitgehend genug. Mit falschem Pathos erklären sie, daß die allgemeine Wehrpflicht bei dem steten Wachsen unserer Bevölkerung bald nur noch auf dem Papiere stehen werde. Auch die pekuniäre Bescheidenheit der neuen Vorlage wird bedauert, und immer wieder wird dem deutschen Volke vorgerechnet, daß es eigentlich für seine nationale Sicherheit zu wenig leiste und sich von anderen Staaten, besonders von Frankreich und England an Opferwilligkeit übertreffen lasse.“

Gädke tritt solchen Ansichten entgegen, indem er die hohen Kosten des neuen Quinquennats hervorhebt; die Verhältnisse in Frankreich, sagt er, seien ganz anders, als geschildert werde; nur auf dem Papiere könnten die dortigen Aufbringungen imponieren.

Berl. T. 74 am 9. 2. 1911, „Das Quinquennat in der Budgetkommission“: „Der Kriegsminister ist in der Budgetkommission veranlaßt worden, eine vergleichende Uebersicht über die augenblickliche Stärke der deutschen und der fremden Heere zu geben. Auf Grund seiner Mitteilungen haben dann die Vertreter der „Fortschrittlichen Volkspartei“ und der sozialdemokratischen Partei erklärt, daß man daraus eine unbedingte Notwendigkeit der geplanten Verstärkung unseres Heeres nicht entnehmen könne. **Das ist das Gleiche, was ich immer behauptet habe.** Diese Behauptung wird dann in bezug auf Frankreich weiter verfolgt, indem die deutsche Ziffer nach Gädkes Anschlag tatsächlich günstiger sein soll, als die französische. Die von der deutschen Heeresverwaltung behaupteten „Lücken“ seien künstlich geschaffen. Gädke bemängelt weiter die Beteuerung „reaktionärer“ Blätter, daß eigentlich zu wenig gefordert sei, und wendet sich in demselben Sinne auch gegen nationalliberale Politiker.“

Die Heeresvorlage von 1912.

Wir setzen aus diesem allen, daß unser Berliner Tageblatt zu Anfang des Jahres 1911 die Weltgefahren eher zu unterschätzen geneigt war als in den Jahren 1905/06. Und doch war seitdem die Gefahr durch den Eintritt Rußlands in die „Triple-Entente“ nur noch gewachsen. Das Jahr 1911 selbst

brachte einen neuen, von England eingerührten Marokko-Streit, welcher für das Deutsche Reich unrühmlich endete, welcher die klägliche Hilfslosigkeit der Reichsregierung, die wachsende Dreistigkeit der Entente-Gegner zeigte und für die Zukunft weiteres in trübste Aussicht stellte. Nun erhoben die „Nationalisten“ (s. o. S. 29, 30) ihre Stimme lauter: war auch der reichlich erwiesenen Hilfslosigkeit an den leitenden Stellen des Reiches nicht abzuhelpfen, so mußte man um so mehr auf Steigerung der Wehrkraft drängen für den Fall, daß die Lösung über kurz oder lang dem Schwerte anheimfallen sollte. In dieser Richtung bewegte sich die „Wählarbeit“ der „Nationalisten“; ihre Mandrängen sind gleich die Ergänzungsvorlagen des Jahres 1912 sowohl für Landheer als auch für Flotte zu danken.

In dem Berliner Tageblatte finden wir auch während der Jahre 1912 und 1913 hinsichtlich der Weltlage eher Täuschung als Besorgnis vor. Immer dringender klingt das Mahnen nach „Verständigung“ mit Großbritannien, und immer höher schwillt der Zorn auf diejenigen Kreise, welchen angesichts der stets bedrohlicher werdenden Lage die bisherige Rüstung Deutschlands nicht ausreichend erschien, gegen Alld eutsche, Flottenverein und den eben entstandenen Wehrverein.

Die unter dem Namen „Nationalisten“ zusammengefaßten Gruppen — im Berliner Tageblatte auch „die deutschen Déroulèdes“ genannt — sahen die Quinquennatsvorlage von 1911 als „gänzlich ungenügend“ an; sie bezeichneten die Heeresergänzungsvorlage von 1912 als „halbe Arbeit“, waren auch mit dem Flottengesetze von 1912 nicht vollkommen zufrieden, weil ihnen das Bautempo nicht rasch genug schien, und weil die Regierung eine Anzahl Kreuzer, die man ursprünglich verlangen wollte und welche der Reichstag unzweifelhaft bewilligt haben würde, aus Rücksicht auf Großbritannien wieder gestrichen hatte. Erst die gewaltige Heeresvorlage von 1913, durch welche mittelst Einstellung aller wehrpflichtigen Mannschaften die allgemeine Wehrpflicht für Deutschland zur Wahrheit werden sollte, brachte den Wünschen der Nationalisten wenigstens in Sachen des Landheeres annähernd Erfüllung.

Die Reichsregierung, sehen wir, trieb, ohne selbst Triebkraft zu besitzen, in dem Auswärtigen vor dem Winde Englands, innerhalb Deutschlands vor Parteien und nationalen Vereinigungen, konnte es aber weder innen noch außen irgend jemanden recht machen. Mit dem Einbringen zweier Heeresergänzungsvorlagen von gewaltigem Umfange — 1912 und 1913 — unmittelbar nach der Quinquennatsfestsetzung von 1911, welche sie damals für vollkommen ausreichend erklärt hatte, strafte die Regierung ihr früheres Verhalten gründlich Lügen. Dies wurde damals auch von mehreren Seiten betont — so z. B. von Liebig in den Alld. Blättern vom 19. 4. 1913 —; die den Vorlagen feindlich gesinnten Blätter wiesen aber auf diesen Umstand nicht in der Absicht hin, bloß die früheren Fehler der Regierung zu tadeln, sondern die in der Vorlage von jezt geforderte Wehrverfärfkung in Mißbrauch zu

bringen. Dies geschah, wie sich herausstellen wird, zwischendurch auch in dem Berliner Tageblatte.

Ungefächerts des heutigen Vief-frontenkrieges wird niemand das Zustandekommen der Heeresgesetze von 1912 und 1913 bedauern wollen.

Von den beiden Vorlagern des Jahres 1912 stand die *Marine* vorlage unter dem Zeichen *Englands*, insofern als man fragte, ob dem Widerspruche Englands gegen den deutschen Flottenausbau im Interesse des Weltfriedens entgegenzuflommen oder entgegenzuhandeln sei. Diese Frage, deren bloßes Vorhandensein dem politischen Urteile der Deutschen vor dem Weltkriege ein recht ungünstiges Zeugnis ausstellt, spielte im Jahre 1912 auch in die Presseerörterungen über die *Heeres* vorlage hinein.

Ueber diese — damals erst erwartete — Ergänzungsvorlage zu dem Quinquennate von 1911 äußert sich *Gädfe*, „das Heer im Jahre 1911“ im *Berl. T. S* am 4. 1. 1912, wie folgt:

Nachdem dargelegt wurde, daß durch Gesetz vom 27. 3. 1911 das deutsche Heer abermals erheblich verstärkt worden sei — und zwar sei dies seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. die zweitgrößte Heeresbelastung unseres Haushaltes —, heißt es wörtlich weiter: „Wenn gegenwärtig in konservativen und altdeutschen Zeitungen die Forderung eifrig betrieben wird, daß noch innerhalb des Quinquennats abermalige Erhöhungen in Aussicht genommen werden müßten, und wenn zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung in diesem Sinne nach dem Muster des Flottenvereins sogar ein *Wehrverein* begründet werden soll, so ist dies teils Wichtigtuerei einer verkannten Größe, teils gewissenlose Anstachelung des *Chauvinismus*. Womit soll denn die Notwendigkeit einer Durchbrechung des Quinquennats begründet werden, da doch das *Marokkoabkommen* (N. B.: die schimpfliche Niederlage Deutschlands vor den *Begnern*) angeblich die Reibungsflächen mit Frankreich wesentlich vermindert hat, und da auch *aus England Friedensschalmeien herüberfönen?*“ — Es wird der Behauptung entgegengetreten, „daß die Militärverwaltung von einer wahrhaft beispiellosen Bescheidenheit in ihren Forderungen sei.“ Dies getraue man sich aber, heißt es dann, „diesem gutmütigen Volke immer wieder von neuem einzureden“.

In demselben Sinne lauten nach Bekanntwerden der neuen Heeresvorlage bis zu deren Bewilligung alle weiteren — von verschiedenen Verfassern herrührenden — Artikel: stets wird gewehrt; es heißt nicht, die Vorlage verdiente Ablehnung; aber die Verstärkung der Wehrkraft wird doch immer angezweifelt, mit *Achselzucken* besprochen, an wirtschaftliche Bedingungen geknüpft, jedenfalls aber nicht mit Wohlwollen behandelt.

Neben der politischen Aufregung, welche die kommenden Wehrevorlagen verursachten, lief im Januar und Februar 1912 noch die Spannung auf das Ergebnis der Reichstags-Neuwahlen, und nachdem diese vorbei waren, kam ein Wühlen für andere Wirtschaftspolitik im Sinne der Linkliberalen, in dem Berliner Tageblatte zumal das bis zur Unerträglichkeit ewige Verlangen nach Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer (s. o. S. 26).

Von reiner Sachlichkeit, selbst von Folgerichtigkeit kam darum für das Berliner Tageblatt in dem Militärischen gar keine Rede sein. Eine wieder andere Art von Ablenkung — diesmal zu Gunsten etwaiger Heeresverstärkung — ergab sich im Jahre 1912 für das Berliner Tageblatt aus seiner politischen Stellung zu den deutsch-englischen Rüstungsfragen, falls man die Notwendigkeit deutscher Seegegenwehr wirklich als „Frage“ betrachten darf. Da nämlich England durchaus nicht gereizt werden soll und da England gerade zu der deutschen Flotte sauer sieht, während das deutsche Landheer die Briten weniger ansieht, so werden in dem Berliner Tageblatte die Forderungen für das Landheer diesmal mehr empfohlen als die gleichen Forderungen für die Flotte. Es wird dies aus späteren Ausführungen erhellen.

Wollte man die zahlreichen Einzelausschlüsse aus der ersten Hälfte 1912 einheitlich systematisieren, so würde sich der Wunschzettel des Berliner Tageblattes also gestalten. In erster Linie sollte man möglichst gar nichts bewilligen; da aber selbst der neugewählte, stark nach links verschobene Reichstag für solchen Radikalismus schwerlich zu haben sein wird, so soll die Gelegenheit wenigstens benutzt werden, an den Gegenparteien steuerlich Vergeltung für vormals zu üben. Soweit ferner Bewilligungen für Heer und Flotte nicht zu umgehen sein mögen, soll mit Rücksicht auf England das Heer den Vorzug haben vor der Flotte. Sollte aber gar die Reichserbschaftsteuer den verhassten Schwarzblauen abgebrummt werden können, dann mögen Heer und Flotte Verstärkung haben, soviel sie wollen.

Man vergleiche zu der Sache „Reichserbschaftsteuer“ zwei Aufsätze von Kapitän Persius Berl. T. 125 am 8. 3. 1912 und 145 am 9. 3. 1912; beide Male tritt der von sich aus dem Parteistreite über die Reichserbschaftsteuer sicherlich fern stehende Kapitän für diesen Steuerstandpunkt des Linksliberalismus ein, falls man sich auch für die Flotte zu erheblichen Mehraufwendungen entschließen sollte. — Die Deckung der Vorlagekosten durch die Reichserbschaftsteuer tritt ferner auf Berl. T. 25 am 15. 1. 1912; 41 am 24. 1. 1912; 69 am 7. 2. 1912; 93 am 20. 2. 1912; 114 am 2. 3. 1912; 152 am 23. 3. 1912; 192 am 16. 4. 1912.

In dem zuerst genannten Artikel (Berl. T. 25 am 15. 1. 1912, „die Majorität von morgen“) schreibt der Hauptschriftleiter „L. W.“ in der Zeit vor den Reichstagsstichwahlen und zwar in der Absicht, möglichst viele den Wehrvorlagen freundliche Wähler zur Stimmabgabe für die Sozialdemokraten zu veranlassen, es sei nur Blige, wenn von oben (Nordd. Allg. Ztg.) gesagt oder so getan werde, als müßte eine Mehrung der sozialdemokratischen Mandate die Sicherung der Wehrfähigkeit des Reiches in Frage stellen. Für alle vernünftigen und nötigen Forderungen zur Sicherung unserer Wehrfähigkeit existiere „schon heute“ (d. i. durch die entschiedenen Hauptwahlen) eine Mehrheit im neuen Reichstage, und solchen Fragen drohe weniger als je zuvor eine Ablehnung. Aber die Kosten der neuen Wehrvorlage würden den Großgrundbesitzern, den Fideikommissherren, den Regierungsmagnaten mit auferlegt,

wenn richtig (d. i. sozialdemokratisch) gewählt würde: dann käme es nämlich zu der Erbschaftsteuer.

Berl. T. 59 am 2. 2. 1912, „Deutschland und England“. — Von „einem sehr bekannten und hervorragenden deutschen Diplomaten“ wird u. a. geschrieben: „Wehrfragen dürfen nie Parteifragen sein.“ „Rüstungsangelegenheiten (müssen) rein sachlich und von vaterländischen Gesichtspunkten erwogen werden.“ — „Zu unterscheiden sind zunächst militärische und maritime Rüstungen.“ Für das Landheer wird allen Opfern das Wort geredet, da Deutschland und Oesterreich-Ungarn in erster Linie Festlandsmächte seien. „Ander s wie mit dem Rüstzeug zu Lande verhält es sich mit unserer Flotte.“ Es fallen noch die Ausdrücke „Flottenenthusiasten“ „Expansionschauvinisten“. — Die Schriftleitung erklärt, daß sie den Auslassungen des Diplomaten, auf welche wir später, wenn von der Flottenvorlage die Rede ist, nochmals zurückkommen werden, nicht in jedem Satze zustimmen könne.

Berl. T. 114 am 2. 3. 1912, „Wehrkraft und Wirtschaft“: „Da- Urteil der Geschichte aber über den Kanzler, der die deutsche Wehrkraft auf Kosten der deutschen Wirtschaft stärken wollte, ist unschwer voranzusehen: es wird ein vernichtendes sein.“

Berl. T. 163 am 29. 3. 1912, „Betrachtungen zur Heeresvorlage“ aus militärischen Kreisen. — Der Verfasser warnt vor „U e b e r s c h w a n g“. Man solle alle Einzelheiten sorgfältig prüfen. Man dürfe auf die Begründung von oben für die Notwendigkeit der Heeresverstärkung von fast 30 000 Mann gespannt sein. W a r u m solle man b e d i n g u n g s l o s ja sagen? — Der Verfasser glaubt nicht an eine englische Invasionsarmee, die nur dazu bestimmt sei, den Franzosen „die Kastanien aus dem Feuer zu holen“.

Berl. T. 202 am 21. 4. 1912. — Es wird in der politischen Wochenschau von Dr. Michaelis behauptet, die sehr erheblichen Forderungen für Heer und Marine seien n i c h t begründet: Der Reichstag solle drängen, daß die Regierung dies nachhole; ähnlich äußert sich derselbe Verfasser in der nächstfolgenden Wochenschau (Berl. T. 215 am 28. 4. 1912).

Die Begründung lag aber, ob von der Regierung ausgesprochen oder nicht, für jeden sichtbar in den Dingen.

Die Flottenvorlage von 1912 und das Engländerium.

Nachdem wir gesehen, daß von der Haltung des Berliner Tageblattes zu dem Heeresgesetze von 1912 nicht viel Rühmens zu machen ist, kommen wir jetzt zu der F l o t t e n v o r l a g e von 1912, auch genannt „Novelle zum Flottengesetz“ — seit dem Flottengrundgesetze von 1898 die dritte Flottennovelle —, welche im Mai 1912 um dieselbe Zeit wie die Heeresvorlage von dem neuen Reichstage angenommen wurde. — Die Regierung verlangte nur eine mäßige Vermehrung der Kriegsschiffe verschiedener Art; den Flottenfreunden reichte das Regierungsverlangen nicht aus; den Engländern und den Englandgläubigen in Deutschland ging schon die Tatsache der Mehrforderung wider den Strich. Die publizistische Erörterung drehte sich mit um die Frage: für oder

wider England? will heißen, soll man Englands Widersprüche nachgeben, so wenig berechtigt er materiell und formell auch ist, oder soll man trotzdem rüsten, um auch der englischen Flotte gegenüber, um welche es sich diesmal eingestandenermaßen wesentlich mit handelte, in einem leidlichen Zahlenverhältnisse zu stehen? Um die Stellungnahme der deutschen Presse in dieser Schicksalszeit würdigen zu können, bedarf es eines Rückblickes auf die Zeit seit dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck, — als die „englische Versenkung“ der deutschen Politik begann — und eines näheren Eingehens auf das politische Engländerthum.

Es ist ein ungünstiges Zeichen für die Höhe des politischen Urtheiles in den Jahren vor dem Weltkriege, als die Todfeindschaft des Britenthums schon außer Zweifel stand, daß man die Frage des Rückwärtsgehens vor englischer Einsprache in einer innerdeutschen Sache auch nur einen Augenblick erwog. Würde sich England gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, ja gegenüber Japan solches Ansinnen jemals erlaubt haben? Aber auch zwischen Deutschland und Frankreich, Deutschland und Rußland ist diplomatisch an die gegenseitigen Rüstungen nie gerührt worden: um so weniger durfte dies Deutschland gegenüber von der englischen Diplomatie geschehen, da England nach der Weltlage seit 1871 und erst recht seit der von 1890 ab in Berlin eingeschlagenen Engländerpolitik von reichsdeutscher Seite bei den Rüstungsmaßnahmen gar nicht in Betracht gezogen sein konnte. Wenn der englische Einspruch gegen die deutsche Seewehr dennoch kam, so mußten dafür auf englischer Seite Gründe vorhanden sein, welche England zu verhüllen beflissen war, und außerdem konnte man auf Erfolg solchen Einspruches nur unter der Voraussetzung rechnen, daß in Berlin Verhältnisse obwalteten, die ungesund, die undeutsch waren, die dem Geiste Bismarcks und Wilhelms I. zuwiderliefen.

Im Amt und außerhalb fehlte es bei uns auch nicht an Auserwählten, welche vermöge ihres politischen Mutterwihes die Hinterhältigkeit des englischen Ansinners und die vollendete Schwäche etwaiger Bereitwilligkeit auf reichsdeutscher Seite durchschauten; vielleicht kannten diese Widerfacher der deutschen Engländerei auch die englische Geschichte. Ihnen gegenüber standen Andere, welche den englischen Einbläserien Glauben zu schenken geneigt waren, ob sie die englische Politik der Vergangenheit kannten oder nicht. Was nützt dem politisch Farbenblinden für die Fragen der Gegenwart selbst die umfassendste Geschichtsbelesenheit? Ihnen — den Gelehrten und den Ungelehrten — reichen selbst die Lehren des heutigen Weltkrieges nicht aus.

Die in den ersten Jahren der Bethmann-Hollweg'schen Kanzlerschaft durch Betätigung schon reichlich erwiesene Feindseligkeit der großbritannischen Politik wider das Deutsche Reich wurzelt nicht in England zugefügtem Leid, selbst nicht in Schaden, den England durch die deutsche Politik auch nur mittelbar genommen haben könnte, sondern in uneingestandenem Empfindungen des Engländerthums, denen mit Gründen nicht beizukommen ist, und denen gegenüber jede Schonung auf eigene Kosten das Gegenteil von Klugheit darstellt.

Wenn eine weltgeschichtliche Macht und Weltmacht wie Großbritannien — wohl oder töricht berechnet — den Willen gefaßt hat, dem Deutschen Reiche mit seinen ausgeprobten Künsten der Weltpolitik die Lebensmöglichkeiten zu unterbinden, zunächst nur mit Ränken seiner Diplomatie, stets aber auch auf die Gefahr eines Weltbrandes hin, wenn es der bald ein Jahrhundert lang stetig eingehaltenen Gegnerschaft zu dem Zarenreiche entzagt, um seine ganze Tätigkeit gegen das junge Deutschland richten zu können, dann bedarf es eines Beweises für die Unerbittlichkeit des Engländerturnes nicht mehr; dann gilt wider solche Entschlossenheit nur G e g e n entschlossenheit: a n d e r s läßt sich Großbritannien der Weg, den es verfolgt, n i c h t verlegen. Denn in der englischen Politik ist alles kalt berechnet.

Die englische Politik ist anderen gegenüber von der vollendeten Selbstsucht geleitet; sie steigert ihre Rücksichtslosigkeit, wenn es sein muß, bis zur Schurkerei des Verbrechens. Das politische Engländerturn gleicht dem Halsabschneider, der mit den Künsten der Ueberredung anfängt, bis er das Opfer verstrickt hat, und diese Verschlagenheit trat immer und tritt in den nämlichen Erscheinungsformen immer wieder auf, einerlei, welche Personen und welche Parteien in England gerade das Ruder führen. Auf ihrer zielbewußten Zähigkeit — auch bei fehlerhaft gewählten Zielen —, auf der Stetigkeit ihrer Methoden beruht die Stärke der englischen Diplomatie, mögen die Einzeldiplomaten auch nur Durchschnittsmenschen sein, und mag das Engländerturn abstoßend wirken mit seiner Einförmigkeit, seinem Starrsinne, seiner Unfähigkeit oder seinem mangelnden Willen, sich veränderten Weltverhältnissen immer wieder neu anzupassen.

Bei uns ist es möglich, daß Bismarcksche Staatsführung und ausgesprochene Unfähigkeit unmittelbar aufeinander folgen; es ist überhaupt eine Eigentümlichkeit gerade der preußischen Geschichte, daß die Staatsleitung oftmals versagte, während das H e e r einigermassen auf Höhe blieb oder bald wieder auf Höhe kam: der starke Arm und der oftmals schwache Kopf kennzeichnet das Preußentum, und dies oftmalige Nebeneinander darf als die Ursache gerade preußischer Enttäuschungen gelten. Auch in Frankreich und in Oesterreich konnte man ähnliches beobachten, wenn auch die Gegensätze weniger schroff widereinander standen. Allem diesem gegenüber hält sich das E n g l ä n d e r t u m, was die Fähigkeit der ausführenden Personen betrifft, zum mindesten auf M i t t e l höhe und bleibt sich i m m e r gleich in seinem Wollen, in seinem stiermäßigen Verfolgen.

Das politische Engländerturn wächet in der ganzen Welt: die englischen Agenten lassen sich keine Wege verdrießen. In Friedenszeiten arbeitet die englische Diplomatie geräuschlos und den Wenigsten sichtbar; ihre Mittel sind ewige Einbläsereien überall und an alle Personen; bei denen man die Möglichkeit von Einfluß vermutet. Man redet dem Einzufangenden Interessen vor, die in dem behaupteten Umfange gar nicht vorhanden sind; man stellt Vorteile in Aussicht; man droht mit Nachteilen; man schmeichelt zwischendurch auch und zahlt. Man läßt nie ab.

Zu Bismarck's Zeiten drehte sich das Bemühen der Engländer um die Gewinnung von festländischem Beistand gegen das Zarenreich; denn Rußland mit seinen Orientplänen galt in den Jahrzehnten seit dem Sturze Napoleons I. für England als der Feind. Damals redeten die englischen Agenten den übrigen Mächten vor, daß auch sie in Rußland ihren Feind zu erblicken hätten. So machte man es mit Oesterreich, so mit Preußen, so nach dem Balkankriege von 1877/78 mit dem kleinen Bulgarien, das man seit seiner Gründung überhaupt in jeder Hinsicht gegen Rußland zu gebrauchen wußte.

In Wien war man unablässig an der Arbeit, Rußland und Oesterreich zu verhexen; denn Oesterreich sollte in Balkansachen den Engländern Vorspann leisten. Bismarck warnte damals die oesterreichischen Staatsmänner vor den Anreizungen Englands, indem er ihnen vorhielt, daß England weit vom Schusse, Galizien aber unter den Kanonen Rußlands gelegen sei. Bismarck war es bei seinem Bemühen für den Weltfrieden um die Einigkeit der drei festländischen Großmächte Deutschland, Oesterreich, Rußland zu tun; England konnte nur bei einem Zwiespalte dieser Mächte Geschäfte machen, und England war an dem Weltfrieden nie etwas gelegen.

Die Mittel der englischen Ränkepolitik — stets auf diejenigen berechnet, welche nirgends „alle“ werden — tragen durchaus einförmigen Typus; man kann in jedem Einzelfalle voraussagen, was unter gegebenen Verhältnissen England unternehmen und was es niemals unterlassen wird. Und ebenso darf man als Gegenmittel nur empfehlen, sich niemals von den Briten bauernfängern zu lassen.

Und zwar gilt diese Warnung für den Kriegsfall ebenso zweifellos wie für die laufende Friedenspolitik. Denn auch in die Staaten, welche es augenblicklich bekriegt, regiert das britische Ränketum unverfroren weiter hinein, indem es seine Schritte auf die vermuteten Schwächen der zu bauernfängernenden Machthaber einrichtet und dies mit solcher Treffsicherheit, daß man das Antlitz dieser Machthaber sich in den englischen Täuschungsversuchen spiegeln sieht. Dies gilt auch für den Fall, daß sich der Briten hinter neutraler, zum Beispiele amerikanischer Maske verborgen hält.

Die großbritannischen Ränkeschliche halfen von jeher die englische Festlandsmacht sichern so gut wie die Ueberzahl seiner Kriegsschiffe. Mit Hilfe dieser Schliche setzt England seinen englischen Willen überall durch. Namentlich gelang den Engländern zu jeder Zeit das Einfangen von Opfern für die Durchföhlung englischer Wünsche. Denn gerade dies bildete seit jeher die Eigenart der großbritannischen Politik, daß Andere für England fechten mußten, da England auf sich allein gestellt auf dem Festlande machtlos gewesen sein würde. In Friedenszeiten für jeden politischen Zweck, in erhöhtem Maße aber im Kriegsfall stellt England für die gesamte Staatenwelt den Grundsatz der allgemeinen Kampfpflicht zu Gunsten Englands auf. Während man die militärische Dienstpflicht für die Engländer selbst erst während des heutigen Weltkrieges — durch die Umstände gezwungen —

einzuführen beliebte, betrachtete man es von Alters her als selbstverständlich, daß außerhalb des Inselreiches jeder Mann für England Opfer zu bringen habe. Und der englische Anspruch auf Gefolgschaft der übrigen Staatenwelt fand zu jeder Zeit Nachachtung dank den englischen Geldern, den englischen Ränken, den englischen Gewalttätigkeiten und dank der Schwäche bei allen anderen.

Die Napoleonischen Kriege des verflossenen Jahrhunderts sind im wesentlichen Kriege des festländischen Europa zu Gunsten Englands gewesen. Auch während dieser Kriegsepoche lastete die englische Sessyrannie — wie ebenso in früheren Zeiten — auf der gesamten Welt weit schwerer als die Napoleonische Herrschaft: aber England verstand es, den Napoleonshatz überall zu schüren, so daß nach Napoleons eigener Aeußerung immer nur gefragt wurde, was Napoleon tat, nicht, was sich die Engländer erlaubten.

Während des Krimkrieges (1854—56) galt es Großbritannien, Rußland niederzuwerfen, Rußland dauernd zu schwächen, wenn nicht gar zu zerstückeln. Der Plan gelang nur zum kleinsten Teile; das Gelingen scheiterte an der Weigerung Louis Napoleons, über französische Eitelkeitserfolge hinaus gegen Rußland militärisch weiter mitzumachen, und dann an dem Widerstande, welchen Preußen dem britischen Ansinnen entgegensezte. An und für sich hatte — nach englischer Anschauung — Preußen die englischen Schlachten gegen das russische Nachbarreich zu führen; man stellte Preußen Nachwachts in Aussicht; man lockte ihm mit den früher versagten Elbherzogtümern; man sprach von erheblichen Deutschinteressen an der unteren Donau; man sprach auch von Gewaltdurchmarsch westmächtllicher Truppen durch das Gebiet des deutschen Bundes und von Blockade der preußischen Küste.

Innerhalb Preußens bestand eine für die englische Politik gegen die Politik des Königs gewonnene Partei; den Prinzen von Preußen — nachmaligen König und Kaiser — hatte man, wie Bismarck ansprechend schilderte, mit wohlberechneten Mitteln für gegenrussische Parteinahme Preußens eingefangen. Außerdem drückte England auf die Entschließungen der deutschen Bundesstaaten wie auch Preußens mit Hilfe von Oesterreich, dessen auswärtigen Minister Graf Buol man durch gute und schlimme Ausflüchte völlig in westmächtllichen Bann gezwungen hatte. Der phlegmatische Bundestag zu Frankfurt a. M., einstmals mit unter englischer Beteiligung nur zu Defensivzwecken geschaffen, stand jetzt, als man sein tätiges Eingreifen in die europäische Politik und zwar sein Eingreifen zu Gunsten Englands mit leidenschaftlichem Starrsinne betrieb, von Oesterreich und von Preußen in entgegengesetztem Sinne bearbeitet, unter dem Zeichen trostlosester Zerwühlung; mit an den Folgen des Krimkriegszwiepaltes ging er nach Bismarcks Zeugnisse später auseinander.

Wenn solche Zustände sich zeigen, darf man immer fragen: „Wo ist der Engländer?“

Und eine Begleiterscheinung dieser englischen Wühlarbeit war es immer, daß die englischen Agenten in den Einzelgebieten — zu Zeiten des Krimkrieges Graf B u o l, heute die S o n n i n o, B e n i s e l o s und W i l s o n —, ob sie nun mit oder ohne Geld für England fochten, dieselbe stiermäßige Zähigkeit zeigten wie das hezend hinter ihnen stehende Engländertum selbst.

Otto von B i s m a r c k, der uns aus den bewegten Jahren des Krimkrieges so Interessantes erzählt hat, stand während dieser Jahre im Mittelpunkt des preußischen Widerstandes gegen englische Zumutungen. Er bekannte sich „p r e u ß i s c h“, aber n i c h t „w e s t m ä c h t l i c h o d e r r u s s i s c h“.

Bismarck kannte die Vorzüge der englischen Gesellschaft und des englischen Staatslebens ebensowohl, als er sich auf die Tücken des politischen Britentums verstand. Er nahm sich die Freiheit, mit dem Zaren einen Bund gegen das aufständische Polentum zu schließen, t r o z dem der englische Gesandte mit „Europa“ zu drohen beliebte: „W e r i s t E u r o p a?“ gab Bismarck dem verblüfften Engländer zurück. — B i s m a r c k hinderten englische Drohungen nicht, im Jahre 1864 die Dänen zu besiegen, während der österreichische Minister Graf R e c h b e r g um die Küstengebiete der Monarchie besorgt war und darum die Einstellung des Vormarsches auf Sütländ forderte. — B i s m a r c k fragte nicht nach England, als er das hannövrise Königshaus entthronte; er warf Frankreich nieder, richtete das Deutsche Reich auf, hißte die deutsche Flagge, alles dies t r o z englischer Mißgunst.

Bismarck verstand sich auf die Behandlung des Engländeriums; er unterhandelte mit England in deutsch-englischen Dingen, schaffte nach London wie nach Petersburg hin mit den „Befürchtungen und Interessen“ der Anderen, vermied überflüssige Reizung, scheute sich aber in keinem Augenblicke „Nein“ zu sagen; namentlich gab sich Bismarck nicht für englische Zwecke, gab sich vor allem nicht zum „H e h h u n d“ gegen Rußland her. Soweit es England gelüsten mochte, der Störenfried des Festlandes zu sein, sah sich England durch Bismarck a u s getreift.

Das Ohnmachtsgefühl gegenüber der Berliner Politik entlockte englischen Machthabern gelegentlich auch bittere Worte. Schon in den Bundestagszeiten meinte die Königin V i k t o r i a, Bismarck sei „in Rußland verliebt“. Lord B e a c o n s f i e l d sprach zur Zeit des russisch-türkischen Krieges von 1877 zu dem österreichischen Botschafter Graf B e u s t über den Fürsten Bismarck als „einer Plage von ganz Europa“; soll heißen, Bismarck gab deutsche Macht zu englischem Drucke auf Rußland n i c h t her; damit beleidigte Fürst Bismarck E u r o p a: denn für einen Engländer besteht Europa aus E n g l a n d.

Darum aber kam es unter Bismarck nicht zu Zerwürfissen mit den Leuten an der Themse; die abgerungene Achtung wirkte nach London günstiger als in nachbismarckschen Jahren das „B ü c k e n v o r e n g l i s c h e r (u n d a m e r i k a n i s c h e r) A n m a ß u n g“. Die unterirdische Wühlarbeit Englands gegen das von Bismarck gepflegte Einvernehmen des Deutschen Reiches

so wohl mit Oesterreich als auch mit Rußland ruhte freilich auch während der Bismarckschen Kanzlerjahre nicht.

Bismarck hat sich über deutsch-englische Beziehungen selten ausgesprochen; bei der Leichtigkeit, in welcher ihm die Dinge gelangen, kam es gegenüber England nicht leicht zu Verstimmungen, die eine Erinnerungspur hinterließen. Aus dem Wenigen, was von Bismarckschen Aeußerungen über England vorliegt, ergibt sich aber, daß Bismarck stets gegen russenfeindliche Pläne Englands anzukämpfen hatte und daß er an dem Siege des englischen Einflusses an dem Berliner Hofe, der gleichzeitig mit seiner Verabschiedung Platz griff, gewissermaßen „das Schicksal Karthagos“ erkannte. Was er in langen Jahren stets zu verhindern gewußt hatte, war über Nacht — und war für lange Zeit — zu unliebsamer Wirklichkeit geworden: die Politik des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien gemacht.

In jüngster Zeit wurde auf Aeußerungen verwiesen, welche Bismarck nach dem Zeugnisse von Moritz Busch während des deutsch-französischen Krieges und später über England getan hatte. Sie mögen nachstehend folgen:

„Die englische Regierung handhabt die Neutralität sehr gewissenhaft; sie erlaubt unparteiisch beiden Parteien den Bezug von Munition aus England. Freilich weiß sie ganz genau, daß nur Frankreich davon Gebrauch machen kann.“ — „Das ist doch ein unerhörtes Vorgehen der Engländer: sie wollen da ein Kanonenboot die Seine herausschicken, wie sie sagen, um englische Familien abzuholen. In Wirklichkeit wollen sie den Franzosen Spionagedienste leisten. Wandel! Die sind voll Aerger und **Neid**, daß wir hier große Schlachten geschlagen haben. Sie **gönnen es** dem kleinen ruppigen Preußen nicht, daß es in die Höhe kommt. Das ist ihnen Volk, das bloß dazu da ist, **um für sie Krieg zu führen**. Das ist so die Ansicht des ganzen englischen Geschlechts. Die haben uns **niemals wohlgewollt und immer nach Kräften geschadet**. Wir sind ihnen eine untergeordnete Rasse, **bestimmt, ihnen zu dienen**. Im ganzen vorigen Jahrhundert ging die englische Politik darauf aus, unter den Mächten des Festlandes **Zwiekracht** zu stiften nach dem Grundsatz: „wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte.“ Erst richtete sich dies Bestreben gegen Frankreich, dann gegen Rußland; erst war es der Kaiser in Wien, der für sie Krieg führen mußte; dann sollten wir uns für sie schlagen, Denken wir an den Siebenjährigen Krieg, wo die Engländer sich den Löwenanteil nahmen. In der letzten Zeit versuchten sie, **uns gegen die Russen auszuspielen**. Im Krimkriege sollten wir uns ganz gegen unser Interesse dem Kaiser Nikolaus entgegenstellen. Ich habe das damals verhindern helfen. Später, 1863, sollten wir den Aufstand Polens gegen Rußland begünstigen. 1877 sollten wir während des russisch-türkischen Krieges im Interesse der Menschlichkeit Rußland in den Weg treten. Menschlichkeit, Friede und Freiheit ist immer ihr **Vorwand**, wenn es nicht Christentum und Ausbreitung der Gesittung unter den Wilden und Halbbarbaren sein kann, zur Abwechslung. In Wahrheit aber ist das **Interesse Englands, daß das Deutsche Reich mit Rußland schlecht steht**. „Wir sollen

uns mit Rußland schlagen, um den Engländern ihre indischen Sorgen abzunehmen“, dabei immer mit dem Hintergedanken: „Schade um jeden Hieb, der auf beiden Seiten vorbeigeht.“

Nach dem deutsch-französischen Kriege suchte Fürst Bismarck, um für die Zukunft den Frieden zu sichern, ein Bündnis — sagen wir eine „Entente“ — der drei Großmächte Rußland, Oesterreich, Deutschland für längere Zeit zu erzielen. Die Berliner Dreikaiserzusammenkunft von 1872 und daran sich schließende Monarchenbesuche in Wien und Petersburg dienten diesem Zwecke. In Folge des Balkankrieges von 1877/78 kam es zwischen Rußland und Oesterreich zu Mißhelligkeiten, die auch auf die deutsch-russischen Beziehungen übergriffen. Dies führte zu dem deutsch-österreichischen Verteidigungsbündnisse von Herbst 1879. Hinzutrat einige Jahre später das Bündnis beider Kaiserreiche mit dem Königreiche Italien.

Bismarck hielt es aber für angebracht, auch nach Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn die Beziehungen zu Rußland auf das sorgfältigste weiter zu pflegen. Im Jahre 1884 kamen die Kaiser Wilhelm I., Franz Joseph, Alexander III. zu Skiernewice zusammen, um dort ein zweites Dreikaiser-Einvernehmen zu vollziehen: Einhaltung wohlwollender Neutralität von Seiten der drei beteiligten Reiche für den Fall, daß auf eines der Reiche ein Angriff erfolgen sollte, bildete den Hauptinhalt der Abreden.

Nach späteren Angaben, die russische Blätter brachten, hatte sich Rußland im Jahre 1884 wegen eines bedrohlichen Streites mit England über Afghanistan zu diesem erneuten Dreikaiserabkommen gerne verstanden. Im Jahre 1887 schloß Rußland nach Ablauf der Vereinbarung von 1884 mit Oesterreich-Ungarn nicht wieder von neuem ab; wohl aber gingen damals Rußland und das Deutsche Reich von neuem eine zunächst auf drei Jahre laufende Vereinbarung ein des Inhaltes, daß sich beide Staaten wohlwollende Neutralität zusicherten, falls eine dieser Mächte von einer dritten Macht — Deutschland von Frankreich, Rußland vor England — angefallen werden sollte.

Dem Sinne dieser Abrede für den Kriegsfall mußte die laufende Politik während der Friedenszeit entsprechen. Zugleich fiel dem deutschen Reichskanzler die Aufgabe zu, in den immerwährenden — wohl stets von England aus geschürten — Balkan-Mißhelligkeiten zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu vermitteln.

Dieser auf den Dreibundverträgen und dem daneben herlaufenden Vertrage des Deutschen Reiches mit Rußland beruhende Zustand der europäischen Politik hielt genau bis zu dem Amtsausscheiden des Fürsten Bismarck im Frühjahr 1890 an. Aus Mitteilungen des Fürsten Bismarck über seinen letzten Empfang bei Alexander III. im Herbst 1889 geht mit Sicherheit hervor, daß der Zar schon damals an der Beständigkeit der deutschen Politik gegenüber Rußland ebenso Zweifel hegte wie — zur Ueberraschung des deutschen

Reichskanzlers — an dem Verbleiben desselben in seiner Stellung. Vermuthlich war der Zar von englischen Umtrieben zuverlässig unterrichtet.

Fürst Bismarck sprach schon in den achtziger Jahren zu dem Württembergischen Minister von Mittnacht von englischen Hekereien gegen Rußland am Wiener Hofe und von dem Uebergreifen derselben nach Berlin. Im Jahre 1896 sprach Fürst Bismarck von der „Sympathie Englands für jedes Auftauchen von Symptomen russenfeindlicher Gesinnung in Preußen und in Deutschland seit dem Krimkriege, in der polnischen Revolution von 1863 in bezug auf die sogenannte Seeschlange, das preußisch-russische Abkommen, über welches der Chorus der preußischen Opposition, der englischen Blätter und der englischen Diplomatie mit gleicher Heftigkeit herfiel. Und wenn man in England gewußt hat, daß die russische Verstimmung, welche nach dem Berliner Kongreß (1878) gegen Deutschland laut wurde, auf irgend einem Wege der diplomatischen Versöhnlichkeit ihrer Heilung entgegenging, so wird man natürlich allen englischen Einfluß in der Diplomatie und in der deutschen Bevölkerung angespannt haben, um diese Heilung zu verhindern. Die Dreikaiser-Begegnungen von Berlin im Jahre 1872 und von Sjernewice im Jahre 1884 paßten nicht in die englische Politik.“ *)

Diese wenigen Aeußerungen des Fürsten Bismarck zeigen uns zur Genüge, was für uns von England zu erwarten, wie für uns England diplomatisch zu begegnen, und wie unter allen Umständen — dies haben freilich auch nach bismarcksche Staatsmänner dargetan — England gegenüber nicht zu handeln war. Die nie ruhenden Verlockungen Englands stellen für die staatsmännische Tugend einen Baum der Erkenntnis dar — damals wie heute —, und was entgegen den Warnungen des Fürsten Bismarck vor dem politischen Britentume reichsdeutsche Publizisten durch Stimmungsmache zu englischen Gunsten lange Jahre verübten, bildet einen folgenschweren Sündenfall, der sich an dem deutschen Volke bitter gerächt hat.

Der von Bismarck abgeschlossene Neutralitätsvertrag mit Rußland, der auf den damaligen Dreibund festigend zurückwirkte und mit dem Dreibunde zusammen den Frieden von Europa wirksam sicherte, stand im Frühjahr 1890 vor der Erneuerung auf weitere Jahre: die beiden Monarchen hatten ihre Zusage schon vor längerer Zeit gegeben, und zwar hielt der russische Kaiser auf Betreiben Bismarcks diese Zusage auch nach dem Amtsausscheiden Bismarcks aufrecht trotz anfänglicher Bedenken hinsichtlich einer nachbismarckschen Politik des Deutschen Reiches. Allein der Nachfolger des Fürsten Bismarck, General von Caprivi, sagte „Nein“, als ihn der russische Botschafter um die Vollziehung des längst verabredeten Neuabkommens anging.

Laut Bismarcks oftmals wiederholter und ganz bestimmt gehaltener Aussage geht die Ablehnung auf englischen Einfluß zurück: Bismarck sprach sich in einem sehr diplomatisch gehaltenen Zeitungsartikeln im Jahre 1896 einfach dahin aus, daß für den Abbruch des Vertrages die Frage von Interesse wäre, „wann England Kenntnis von der Existenz desselben

*) (S. hierüber noch den Nachtrag auf S. 70.)

erhalten hat“. Die Behauptung Bismarcks von der englischen Hand in dieser deutsch-russischen Sache wurde im Jahre 1896 auch von anderen mit den Berliner Verhältnissen wohl vertrauten Personen bestätigt, ebenso durch eine sehr bemerkenswerte Auslassung in der russischen Monatschrift „Westn. Jew.“. Dort wird unbeschadet des nicht deutschfreundlichen Standpunktes, den der russische Verfasser für seine Person einnimmt, in dürren Worten festgestellt, daß „England von den Verhandlungen Wind bekam“ und so die Erneuerung des Vertrages scheiterte. Die Folge davon, heißt es in der russischen Zeitschrift weiter, seien die russisch-französischen Verbrüderungsfeste von Kronstadt und Toulon, sei überhaupt die „franko-russische Entente“ gewesen. — Auch in dieser Urächlichkeit stimmt das russische Blatt mit den damals geäußerten Anschauungen des Fürsten Bismarck durchaus überein, während in Deutschland Amtspersonen und freisinnige Blätter für die verhängnisvolle Bedeutung des neuentsandenen Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland nicht das geringste Verständnis an den Tag legten.

Nach mehrfach geäußerten Behauptungen aus der Zeit der neunziger Jahre waren englische Hände schon an dem Abgange des Fürsten Bismarck mitbeteiligt, und diese Behauptung gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß das törichte Schlagwort von der „Dynastie Bismarck“ (gegen die Dynastie Hohenzollern) zuerst von einer englischen Zeitung, und zwar ganz unmittelbar nach dem Amtsausscheiden Bismarcks bereits am 18. oder 19. März 1890 aufgebracht worden ist (nach Frkf. Ztg. 79 A am 20. 3. 1890). — Neuerdings wird die Behauptung des englischen Anteils an der Entwurzelung Bismarcks von dem mit den Vorgängern wohlvertrauten Grafen E. Reventlow vertreten. Wir halten diese Behauptung für begründet, können aber mit Sicherheit behaupten, daß in diesem Falle wie in allen mit dem Abgange Bismarcks zusammenhängenden Dingen die Person der Kaiserin Friedrich gänzlich außer Betracht fällt; die Träger des Berliner Engländerturnes mögen verschiedene Personen gewesen sein; von den Amtspersonen scheinen Holstein und Marschall am meisten verdächtig. Beide waren waschechte Nichts-als-Bureaukraten, hochnäsiger und nur nach der negativen Seite produktiv; beide erwiesen sich als Feinde des Fürsten Bismarck, und beide standen zu der linksliberalen Presse — so auch zu Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt — im Verhältnisse gegenseitiger Gönnerschaft.

Seit der Wendung, die mit dem Abgange des Fürsten Bismarck eintrat, wurde die deutsche Politik lange Zeit von England aus bestimmt und diente nicht deutschem, sondern englischem Vorteile. Fürst Bismarck sprach von „englischer Verfeuchung“.

Fürst Bismarck kannte das politische England und kannte die subalternen Neigungen in dem amtlichen Berlinertume; also wird er gewußt haben, warum er — selbstverständlich nicht in physischem Sinne — das Wort von der „englischen Verfeuchung“ sprach. Die Engländer wiederum kannten ihn, und sie wußten, warum sie gerade ihm mit Bauernfängereien nicht

kamen. Unter dem Nachfolger Bismarcks gab es für englischen Simpfelfang keinen günstigeren Boden als Berlin; die „englische Verseuchung“ griff jetzt mit voller Macht Platz, und sie trat seitdem an dem politischen Körper Deutschlands in wechselnder Form zutage, um bis heute noch nicht ausgeheilt zu sein.

In den Jahren vor dem Weltkriege erscheint uns die deutsche Engländerfrankheit als Selbsttäuschung unter den Deutschen bis zu den obersten Stellen hin trotz ausgesprochener Todfeindschaft Englands wider unser Reich. Die englische Feindschaft selbst hat ihren tiefsten Grund gewiß in dem seit langen Jahrzehnten bestehenden Wirtschaftsneide der Engländer. Den Entschluß, die Feindseligkeit politisch zu tätigen, trieb bei den englischen Machthabern das Verhalten der nachbismarckschen Staatsleiter des Deutschen Reiches hervor, aller Wahrscheinlichkeit nach ihre trotz anfänglichen Eingehens auf englische Wünsche mit der Zeit nicht mehr ausreichend erscheinende Fügbarkeit. Die dicke Freundschaft der ersten nachbismarckschen Jahre schlug um.

Was seit dem Abgange des Fürsten Bismarck an englischen Einzelverlangen amtlich, persönlich, höflich alles an Deutschland herangetrieben ist, wissen wir nicht; uns ist nur bekannt, daß die reichsdeutsche Politik England gegenüber durchaus friedfertig und England gegenüber schuldlos war. — Seit Beginn des Jahrhunderts setzte die politische Hungerrung Deutschlands, genannt „Einkreisung“, durch Großbritannien ein: sie verfolgte den Zweck, das Deutsche Reich die englische Macht fühlen zu lassen und seine Fügbarkeit zu erzwingen. Der deutsche Flottenausbau trotz englischen Widerspruches, der, wie wir annehmen dürfen, an allen möglichen Stellen Jahre lang immer wieder geübt wurde, scheint für England dem Fasse den Boden ausgeschlagen zu haben. Darauf deuten wenigstens die mißmutigen Worte gerade König Eduards über die deutsche Flotte und seine hartnäckigen Versuche, sogar den Kaiser von Oesterreich zum Widerspruche gegen den Flottenausbau des verbündeten Reiches zu überreden. Alle Bemühungen dieser Art entsprechen durchaus dem oben gekennzeichneten Verfahren der englischen Diplomatie: es wird alles versucht, und es wird an allen Orten der Hebel angefaßt. Als nun in Sachen der deutschen Flotte die Ränke zunächst nix-gend's verschlugen, setzte die englische Politik ihre Feindseligkeit gegen das Deutsche Reich weiter fort und dehnte sie mit der Zeit auf die Habsburgermonarchie mit aus; daneben her liefen immer noch Fäden zu der einstigen Liebe, zu der Berliner — überaus bescheidenen und einseitig gebliebenen — Liebe.

Ueber die englische Maché gegen den deutschen Flottenausbau sagte der Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 10. November 1910 im Reichstage, die englische Regierung habe wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben, die Flottenstärke der einzelnen Mächte vertraglich festzulegen. Ab und zu fänden darüber „freundschaftliche (III) Pourparlers“ statt, „zwangloser und vertrauensvoller (III) Gedankenaustausch“.

Diese, wie gesagt, gegen Ende 1910 gefallene Aeußerung Bethmann Hollwegs läßt tief blicken. Wir dürfen getrost behaupten, daß die Engländer zu Bismarck das gleiche „Vertrauen“ nicht gehegt haben würden. — Es folgte nicht sehr lange nach der Reichstagsrede Bethmann Hollwegs die schon erwähnte Marokko-Berwickelung von 1911, welche gleichfalls erkennen ließ, nach welcher Richtung des Gelingens gerade England „Vertrauen“ hegte. Dann kamen die deutschen Wehrvorlagen von 1912, darunter unsere Flottenvorlage. Sofort begegnen wir nunmehr einer neuen Unternehmung Englands, die sich diesmal unter direkter Einmischung in die innerdeutschen Dinge auch öffentlich gegen die deutsche Flottenvorlage richtete. Man wollte das Gesetz vor seiner Verabschiedung parlamentarisch zu Falle bringen.

Es wurde bereits oben gesagt, daß die englischen Staatsmänner bei ihrer Kenntnis der deutschen Dinge, zumal bei ihrer sehr genauen Kenntnis des Berliner Hofes und der deutschen Amtswelt an deutsche Angriffsabsichten unmöglich glauben konnten, wenn man auch die abergläubige Menge der Engländer durch die Presse damit ängstigte. Indes Großbritannien will nicht nur selbst nicht angegriffen sein; seine Machtansprüche gegen den deutschen Flottenbau zeigen vielmehr, daß es andere Völker maritim hilflos sehen, daß es die Meere bis zur Seeräubergewalt beherrschen, daß es auch in der laufenden Politik die anderen Staaten mit seiner Ueberlegenheit zur See unter Druck halten will. Und dies nicht allein: mittels der Seeherrschaft und zugleich durch den Zwiespalt der Festlandsmächte wollte und will Großbritannien auch auf dem Festlande entscheidend mitreden. Darum bieten die englischen Staatsmänner alles auf, die Einigkeit der Großmächte Europas auseinander zu treiben, und darum verwehren sie anderen die Kriegsschiffe.

Die englische Welttyrannie lebte und lebt von der Blindheit, von der Schwäche in der Umwelt. Großbritannien arbeitet für seine Machtzwecke ununterbrochen und arbeitet zumeist in der Heimlichkeit. Wo aber englische Machthaber in die Öffentlichkeit hinausprechen — wie dies im Jahre 1912 in Sachen der deutschen Flotte geschah —, dann verhüllen die Worte nur heimlich gehaltene Feindesabsicht.

Männer wie Napoleon I. und Bismarck ließen sich durch englische Trugkünste nicht beirren. Auch in unserem heutigen Deutschland fehlte es in den Jahren vor dem Weltkriege an der Erkenntnis dessen, was England gegenüber geboten schien, und dessen, was zweifellos nur Schaden bringen konnte, durchaus nicht, auch an den Amtsstellen nicht allgemein; man braucht, um dies zu erkennen, nur die Zeitungen dieser Jahre durchzublütern. Auf der anderen Seite fielen — innerhalb und außerhalb der Kämter. — unendlich viele auf die britischen Schleichkünste herein.

Und der englische Versuch, den deutschen Machthabern mit wohlmeinenden Worten die Vollendung des Flottenbaues auszureden, stellt den Gipfelpunkt englischer Falschheit, englischer Dreistigkeit und zugleich geringschätziger Beurteilung der deutschen Staatsleiter durch die Engländer dar. Der Flottenbau war für Deutschland eine Daseinsnotwendigkeit, und zwar gebot sich möglichst

rascher Ausbau der Flotte, bis eine Flotte von solcher Stärke erreicht war, mit welcher für alle Fälle auch englische Angriffsgelüste zu rechnen hatten. Englischem Einspruche hierin nachzugeben, bedeutete Selbstmord, bedeutete Auslieferung an den Feind; denn die englische Feindseligkeit schaffte man damit nicht aus der Welt. Es lag zwischen uns und dem Feinde jenseits der See wie zwischen Rom und Karthago: zuerst verlangte Rom von Karthago die Auslieferung der Schiffe; als dies geschehen, rückte Rom mit dem Verlangen heraus, daß Karthago zerstört werden müsse.

Einigung mit England über das Maß des beiderseitigen Flottenausbaues war ein Ding der Unmöglichkeit; England würde sich nie mehr an irgend ein Abkommen solcher Art gebunden haben. Einseitige Versprechen aber des Deutschen Reiches bedeuteten eine Preisgabe deutscher Hoheitsrechte, die sich mit der Würde des Deutschen Reiches nicht in Einklang bringen ließ und die in der Folge weitere Abhängigkeit nach sich gezogen hätte.

Dies alles sind politische Einmaleins-Wahrheiten. Und doch, wer diese Wahrheiten aussprach, konnte in den Jahren vor dem Weltkriege als „Heizer“ gegen das heilige England in deutschen Zeitungen gescholten werden. Das Berliner Tageblatt steht unter den im Interesse unseres Weltfeindes scheltenden Zeitungen nicht allein.

Im Februar 1912 (8. und 9. 2. 1912) weilte — gerufen oder beordert — der englische Minister Hal dane zu „Berständigungszwecken“ in Berlin. Unter anderem befürwortete Hal dane Einhalten mit dem deutschen Flottenbau und Beseitigung des Großadmirals von Tirpitz, welcher als die Seele des Flottenbaues galt und sich auch politisch auf Großbritannien vortrefflich verstand. Einige Wochen später sprach man in Berlin von einer Tirpitz-Krise.

Um dieselbe Zeit, da Hal dane sich in Berlin bemühte, hielt der englische Marineminister Churchill am 9. 2. 1912 zu Glasgow eine Rede über englische und deutsche Marine; am 18. 3. 1912 — zur Zeit der Tirpitz-Krise — folgte eine weitere Rede Churchills im englischen Parlamente. — England, führte Churchill aus, sei durch seine ganze Lage angewiesen, eine starke Kriegsflotte zu halten; die deutsche Flotte in ihrer angestrebten Stärke sei aber „Lugus“. England werde Deutschlands Schiffsbauten mit mindestens doppelten Neubauten von Fall zu Fall beantworten.

Englandkenner bezeichneten die Neußerungen Churchills als einfache „Bauernfängerei“ zu dem Zwecke, mit Wettüfsten bange zu machen und so das deutsche Flottengesetz zu hintertreiben.

Nun kam aber das Flottengesetz in der Verstümmelung, welche ihm die deutsche Regierung auf englisches Andrängen gegeben hatte (s. o. S. 53), im Frühjahr 1912 doch zustande. — Es folgten dann seit Herbst 1912 die beiden Balkankriege, und wir standen wiederum der Möglichkeit des Weltkrieges ziemlich nahe. Von neuem richteten sich die Blicke auf die deutsch-englischen Beziehungen; diesmal verlautete es beharrlich von fortschreitender Besserung.

Tatsächlich verhielt es sich damit ebenso, wie mit der nicht minder steif behaupteten Festigkeit des Dreibundes. — England setzte seine gegen das Deutsche Reich gerichtete Erdrosselungspolitik in der Stille fort, sah dem Weitergange der Dinge in voller Kälte zu, auf den Ausbruch des Krieges mit Abreden und Plänen auf das beste gerüstet, dies alles freilich, ohne auf Ausbruch des Krieges jemals zu drängen. Daneben ließ man die Deutschen in ihrem Glauben. In dem deutschen Flottenbau gaunerte man nach wie vor herein.

Großadmiral von Tirpitz äußerte sich im Februar 1913 im Haushaltsausschusse des deutschen Reichstages unverbindlich dahin, daß er sich jezt — d. i. nach Ausführung des Flottenplanes von 1912 — etwa mit dem Verhältnis 10 : 16 zu der englischen Flotte zufrieden geben könne; die französische Flotte war schon seit einigen Jahren überflügelt. — Von diplomatischer oder tatsächlicher Einigung hierauf mit Großbritannien sprach Tirpitz selbstverständlich kein Wort. Aber man verstand ihn teilweise so.

Der englische Minister Churchill machte darauf im März 1913 und, als aus der linksliberalen und sozialistischen Presse Deutschlands der Eindruck gewonnen sein mochte, daß auch im deutschen Volke manche Kreise für Gimpelfang zugänglich seien, nochmals im Oktober 1913 öffentlich den absonderlichen Vorschlag eines „Flottenbaufeierjahres“: Deutschland, sagte er, solle für 1914 oder 1915 „das Programm der Herausforderung aufgeben“, indem es kein einziges Großkampfschiff auf Stapel lege; dann werde Großbritannien folgen.

Diesmal galt der Versuch Churchills nicht mehr dem Zustandekommen des Flottengesetzes, sondern seiner Ausführung: man wollte das Schiffsbautempo verlangsamt sehen, damit das Deutsche Reich noch möglichst lange möglichst unvermögend zur See sei. Dies würde den Engländern schon für die laufende Politik einen erwünschten Vorteil bedeutet haben; denn England besaß längst eine überall hin übermächtige Flotte; die deutsche Flotte nahe erst ihrer bescheidenen Vollendung: aber gerade dieses sollte nach englischer Absicht nicht sein.

Man sieht wiederum, wie ein überschlaues Engländer die Deutschen einschätzte; man sieht ferner hier und sieht später bis zu den während des Weltkrieges von Amerika gegen Deutschland — auf englische Eingebung — unternommenen Schritten, daß die englischen Bauernfängereien gerade auf die Berliner Amtspersonen berechnet waren. Mit der reichsdeutschen Regierung erklärte sich ja gerade Churchill selbst nach Kriegsausbruch noch recht zufrieden, während die Militärs gescholten werden. Churchill selbst wurde in den Jahren vor dem Kriege von reichsdeutschen Zeitungen teils als Friedensapostel gefeiert, teils aber auch als dasjenige bezeichnet, was er uns gegenüber in Wirklichkeit war.

Nachtrag zu S. 64.

Die volle Richtigkeit der oben nach den Hamburger Nachrichten vom 7. November 1896 wiedergegebenen Auslassung des Fürsten Bismarck wird durch eine dem Verfasser nachträglich bekannt gewordene Amtsschrift des Fürsten aus dem Jahre 1883 wiederum bestätigt. Der Reichskanzler von Bismarck sprach sich darin über die Lage zwischen Oesterreich-Ungarn, Rußland und dem Deutschen Reiche aus und stellte unter Anderem auch fest, daß ihm die Vermittelung zwischen den beiden Nachbarstaaten fortwährend von englischen Amtspersonen gestört werde; Fürst Bismarck meinte damit das Ministerium Gladstone, dem er Mangel an staatsmännischem Sinn und an Kenntnis der festländischen Verhältnisse vorwarf. — Unter dem Nachfolger Gladstones wurde es indes, wie die persönlichen Beziehungen sonst auch liegen mochten, in dieser Hinsicht, in dem Intrigieren gegen die Einigkeit der festländischen Kaiserkräfte durchaus nicht anders. England strebte eine Andersgestaltung der europäischen Politik mit der Spitze gegen Rußland und mit dem Deutschen Reiche als Schwertträger Großbritanniens nach wie vor an. Man versprach sich Etwas von dem Ableben Wilhelms I. — Ueber englische Pläne, die zur Zeit der 99 Tage bestanden — unter anderem Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich, Wiederaufrichtung des Königreiches Hannover — lese man die Schrift des Herzogs Ernst von Coburg, der über „fremde Hände“ in deutschen Dingen auch sonst aus eigener Kenntnis zu erzählen mußte. Dem Herzoge war auch die nahe Beziehung deutsch-freisinniger Kreise zu dem politischen Engländerthume sehr wohl bekannt.

Die englischen Ränke gingen stets von den mit der Auslandspolitik amtlich beauftragten Personen aus. Die zwischen den Herrscherhäusern bestehenden Verwandtschaftsbeziehungen strengte man dabei gelegentlich auch an; doch gaben sich die hohen Personen nicht in jedem Falle und nicht für jedes Mittel her. Die Königin Viktoria von England versagte sich, als sie während der 99 Tage zu Berlin weilte, jeder Einmischung in die innerdeutschen Dinge. Kaiser Friedrich hegte zu England viel Zuneigung; indes, es war vergebliche Hoffnung, wenn man von ihm annahm, daß er jemals reichsdeutsche Interessen den Engländern preisgeben würde. Sonst muß man den hohen Personen zu Gute halten, daß die von England gestellten Ansinnen stets auf raffinierte Täuschung hinausliefen und gerade auf das menschliche Wohlwollen, auf die Ritterlichkeit der zu Täuschenden berechnet waren. Es ist unter Anderem nicht unwahrscheinlich, daß die zur Zeit von Bismarcks Ausscheiden am Berliner Hofe umgehende Vorstellung, das reichsdeutsche Neutralitätsbündnis mit Rußland enthielte eine „Antreue“ gegen Oesterreich, gerade von England aus eingegeben wurde.

Die Flottenvorlage von 1912 und Das Berliner Tageblatt.

Wir lassen nunmehr einige Aufsätze des Berliner Tageblattes zu der Flottenvorlage von 1912 folgen, indem wir in Erinnerung bringen, daß sich das Berliner Tageblatt in den Jahren 1905/06 zu der Heeresvorlage nicht gerade freundlich, zu dem Flottengesetze in den Ausführungen von Gädke fast zärtlich verhalten hatte (s. o. S. 43. 50).

Im Gegensatz hierzu sehen wir das Berliner Tageblatt im Jahre 1912 ganz und gar in englischem Fahrwasser segeln: von allen Mitarbeitern wird in der Flottensache der Nachgiebigkeit gegen England ausdrücklich das Wort geredet.

Nach Gädke, der ursprünglich nur für Militärisches, weniger für Politisches interessierte Mitarbeiter, schreibt in dem oben S. 54 abgedruckten Aufsatz am 4. 1. 1912, daß „auch aus England Friedensschalmeien herübertönen“.

Gleichfalls erwähnten wir bereits (S. 56) den am 2. 2. 1912 erschienenen Aufsatz eines „sehr bekannten und hervorragenden deutschen Diplomaten“, dessen Ausführungen der Schriftleiter nicht in allem zustimmen zu können erklärte, und der unter anderem auch den sehr richtigen Satz aufgestellt hatte, daß Wehrfragen nie zu den Parteifragen gehören dürften. Der betreffende Diplomat redete in Sachen des Landheeres allen Opfern das Wort; anders, sagt er, indem er von „Flottenenthusiasten“ und „Expansionspolitikern“ spricht, sei es mit unserer Flotte.

Hierin und in demjenigen, was weiter folgt, scheinen die Ansichten des Diplomaten und die Ansichten der Schriftleitung des Berliner Tageblattes nicht mehr auseinander zu gehen.

Der Diplomat meint, wir könnten der englischen Flotte doch nie nahe kommen; die nötig werdenden Geldsummen seien nur auf Kosten der Landmacht aufzubringen; dazu werde es eine Schraube ohne Ende bei dem Wettwüsten von England. — **England vermerke die deutsche Flotte übel**; die Stimmung dort werde bitter ernst; dies trete zu den bedauerlichen Jahre lang fortgesetzten Mißgriffen unserer Politik gegenüber England noch hinzu. Chamberlain habe sich zweimal vergeblich an Deutschland gewandt; dann erst sei die Entente mit Frankreich und später der Ausgleich mit Rußland (über Vorderasien) entstanden. Die Forderungen von Frankreich und Rußland erschienen jetzt manchem Engländer zu hoch; deshalb komme der Gedanke auf, über das weiter rüstende Deutschland herzufallen, solange man der beiden Verbündeten noch sicher sei.

Der Verfasser wendet sich an den „ruhig überlegenden Engländer“, ebenso an den „anglophobesten Alldeutschen“ mit dem Worte „rule Britannia“ werde noch lange bestehen; ein deutsch-englischer Krieg werde für beide Teile ein größeres Unglück sein als der dreißigjährige Krieg. Man könne die deutsch-englischen Beziehungen nicht vorfichtig genug behandeln. —

Berl. T. 75 am 10. 2. 1912, „Churchill und Haldane“. — Es heißt, trotz ungeschickter Einzelheiten in der Rede von Churchill (am 9. 2. 1912 zu Glasgow, wo er die deutsche Flotte als „Lugus“ bezeichnet hatte) müsse man ihm Recht geben, wenn er als entscheidend festgestellt habe, daß für England Seemacht, für das Deutsche Reich Landmacht die Hauptsache bleibt. Es wird Hoffnung — aber nicht unbedingte Hoffnung — auf bessere Beziehungen, Abstellen des auf beiden Seiten als lästig empfundenen Wettwüstens ausgesprochen. Ueber Haldane heißt es: „Diese Absicht wird bei uns, solange sie uns nichts ungebührliches zumutet; auf Gegenseite stoßen“. — Ähnlich, soweit es sich um Hoffnungen handelt, Berl. T. 89 am 19. 2. 1912.

Berl. T. 113 am 2. 3. 1912, „Die Detente“. — Der Marine-mitarbeiter Persius schreibt, man solle im Augenblicke die englisch-

deutschen Bemühungen, sich zu verständigen, nicht stören; man solle mit Glossen warten, bis ein Ergebnis vorliege. — Die Flottenfrage bilde ganz allein (!!!) die *pièce de resistance*. Seit der deutschen „Dreadnoughtpolitik“ (d. i. seit dem Bau von Großkampfschiffen nach englischem Vorgange) sei in England Erregung, und man suche von da aus zu verhindern. Man habe in England noch vor acht Monaten gehofft, in Deutschland würde das Flottengesetz (von 1906) eingehalten. Nun seien die Ereignisse des Sommers 1911 (die Marokko-Streitfrage) gekommen; ohne sie „hätte trotz aller Flottenvereinsagitationen eine Programmweiterung nie akut werden können. Die Ereignisse lieferten Wasser auf die Mühle unserer Chauvinisten und malten das Gespinnst einer Novelle, des forcierten Schiffbaues an die Wand.“

Augenblicklich, heißt es dann, würden sowohl England als Deutschland mit Vermehrung gerne einhalten (N. B.: dies ist wohl wahr; aber England hatte bereits eine übermächtige Flotte; die deutsche Flotte war noch im Entstehen). — England würde uns ohne Festlandsbundesgenossen nie angreifen und auch dann nur, wenn der Erfolg von keinerlei Risiko begleitet sei. Falsch sei es zu glauben, die deutsche Flotte werde in absehbarer Zeit die Verschiffung englischer Truppen über den Kanal stören können.

Als Ergebnis stellt der Verfasser fest, man solle das Heer für alle Fälle stärken; falls die Gelder reichten, rät der Verfasser eine geringe Stärkung der Seemacht an, ohne den Rahmen des Flottengesetzes zu überschreiten (denn gerade hier gegen bäumte England auf, indem es das Flottengesetz von 1906 als Deutschland England gegenüber bindend ansah).

„Ein wesentlich erweiterter Schiffsplan würde nur ein unwillkommenes Echo jenseits des Kanals wecken und verspräche keinen Nutzen.“ — „Wozu unnötige Reizung durch sinnwidrige Ausgaben?“

Weiterhin fällt das Wort: „Frost auf die zart keimende Verständigungspflanze“.

Diese Ausführungen hätte ein Engländer nicht treffender machen können. —

Berl. T. 125 am 8. 3. 1912. — Derselbe Verfasser schreibt, indem er augenblickliche Rivalität von Flottenverein und Wehrverein um das Maß von Bewilligungen als vorhanden annimmt, die Landmacht sei wichtiger als die Seerüstung. „An die Aufgabe unserer Flotte, die Nahrungsmittelzufuhr sicher zu stellen, glaubt heute niemand mehr.“ — Darum spricht sich Persius für wirklich allgemeine Wehrpflicht, also möglichst große Mannschaftseinstellungen und dadurch Vergrößerung der Landmacht aus. Die Flotte, meint er, sei doch immer sehr teuer. — Also wiederum wird die Heeresvorlage unbedingt befürwortet; für die Flotte solle Geldaufwendung nur gemacht werden, wenn Geld da sei. Der Schluß lautet: Reichserbschaftsteuer!

Berl. T. 145 am 19. 3. 12, „Nach der Rede Churchills“ (am 18. 3. 1912 im englischen Parlamente). — Persius versteigt sich zu der Anerkennung, daß England die Flottenüberlegenheit einer anderen Macht nicht auf sich nehmen könne. (N. B.: Von Ueberlegenheit war gar keine Rede, und sonst, was gehen uns englische Sorgen an?). — Darum rät der Verfasser in Flottensachen „dem

dauernden Improvisieren endgültig ein Ende zu machen“; man solle an dem langfristigen Flottenbau festhalten (N. B.: weil Hinausschieben des deutschen Flottenausbaues im Interesse Englands lag) und solle nicht „alle paar Jahre eine Novelle auf die andere pstopfen“; denn wir (Deutsche) seien die „Schriftmacher“.

Ginge es nicht anders, als auch die Flotte stark zu vermehren, dann bliebe, meint Persius, nur noch übrig: die Reichserbschaftsteuer!

Berl. T. 152 am 23. 3. 1912, „Die neue Flottenvorlage“. — Persius schreibt in demselben Sinne. Er äußert seine Befriedigung, daß hauptsächlich das Heer bedacht ist; er eifert gegen „Flottenfanatiker“. Es sei wenig wahrscheinlich, daß selbst bei heutigem Verhältnis die seemächtigste Nation uns angreifen werde. „Geht es doch aus den eben so freimütigen wie von loyalen Geist getragenen Worten Churchills hervor, die besonders die Defensivstellung betonen, in der sich Großbritannien stets zu halten gedenkt.“ — Es heißt wieder: „Uferlose Pläne der Flottenfanatiker“.

Berl. T. 207 am 24. 4. 1912, „Flottenverein und Flottenvorlage“. — Persius tabelt den Flottenverein wegen völkerverhegender Agitation. Der Flottenverein, heißt es, machte Stimmung, indem er den verschuldeten Mißerfolg der deutschen Diplomatie gegenüber von England und Frankreich für seine Lieblingsgedanken ausnützte. Heizerische Sprache des Vereins gegen England wird behauptet, ebenso enge Beziehung von Flottenverein und Marineamt. Bethmann sprach „von lärmenden und fanatisierenden Minoritäten“. „Die Schraube ohne Ende“ „wird weiter gedreht“ usw.

Berl. T. 146 am 20. 3. 1912. — Es heißt zu der — angeblich oder in der Tat schwebenden — „Tirpitz-Krise“, auch genannt „Krise Tirpitz gegen Kiderlen“, „Tirpitz gegen Bethmann“ (wegen der Marineforderungen und wegen Bethmanns Versuchen zu Verständigung mit England) u. a.: Tirpitz beanspruche Einflußnahme auf die auswärtige Politik. Der Gegensatz zu Kiderlen-Bethmann sei noch mehr vorhanden gewesen wegen der Bemühungen Bethmanns um Verständigung mit England. Bethmann wolle auch die Flottenvorlage noch mehr beschneiden. Es wird für ein nationales Unglück erklärt, wenn Tirpitz Bethmann ersetzen würde.

Berl. T. 153 am 23. 3. 1912, „Die Aufnahme der deutschen Wehrvorlage in England“. — Es wird aus einem englischen Artikel der „Daily Graphic“ angeführt: Die Engländer würden einen Rücktritt Bethmanns und Kiderlens bedauern; Kiderlen sei in der Agadir-Sache nicht geschickt gewesen; aber nachher habe er „seltenern Mut zu Frieden und zu einer ausgleichenden Regelung“ bewiesen. (Auf Deutsch: Kiderlen hat erst gekläfft, dann den Schwanz geklemmt.)

Berl. T. 177 am 9. 4. 1912, „Herr von Tirpitz und die antienglische Agitation“. — Es wird einem im März erschienenen, gegen Tirpitz gerichteten Artikel von R. Hausmann zugestimmt. Tirpitz wird beschuldigt, im Interesse seines Ressorts den Flottenverein organisiert zu haben und mit Hilfe von ihm sowie auf andere Weise gegen England zu hetzen. Die entente cordiale sei Folge davon und ebenso die Einkreisung. Tirpitz sei ein gefährlicher Staatsmann. — Das Berliner Tageblatt selbst erhebt

Beschuldigungen gegen die Großindustriellen, „die am Kriege verdienen wollen“.

Berl. T. 180 a m 9. 4. 1912: Es wird ein Artikel des „Standard“ gegen Tirpitz abgedruckt. Tirpitz, heißt es, sei dem Frieden Europas gefährlich.

Wir sehen also, daß nicht allzulange vor dem Weltkriege eine reichsdeutsche Zeitung in Sachen des Ausbaues der deutschen Flotte, ja in damit zusammenhängender Personenfragen — sogar gegen früher behaupteten Standpunkt — ganz und gar die Geschäfte unseres großbritannischen Todfeindes zu besorgen geneigt war, von dem Augenblicke an wenigstens, da England gegen den deutschen Flottenausbau in der Öffentlichkeit auftrat. Die von uns hierüber aus dem Jahre 1912 angeführten Auslassungen des Berliner Tageblattes lassen sich durch eine Reihe von Artikeln aus dem Jahre 1913 ergänzen.

Berl. T. 2 a m 2. 1. 1913, „Unsere Flotte an der Jahreswende“. — Mit Tadel, dem Anerkennung beigemischt ist, wendet sich Persius gegen die „Flottenfanatiker“. — Uebelwollend ist auch ein weiterer Artikel desselben Verfassers Berl. T. 60 a m 7. 2. 1913, „Der Marine-Etat in der Budgetkommission“. — Am 30. 1. 1913 unter „Der 940 Millionen Etat der englischen Flotte“ schreibt Persius am Schlusse: „Churchill fordert die Mittel, um auf die deutsche Flottennovelle des vorigen Jahres antworten zu können.“

Berl. T. 71 a m 8. 2. 1913. — Persius äußert sich über etwaige Einigung Großbritanniens und Deutschlands auf das Verhältnis 16 : 10 (s. o. S. 69) mit den begeistertsten Worten: „Die Tragweite eines solchen Abkommens ist unbegrenzt. Ungeahnte Perspektiven ergeben sich“. — Berl. T. 74 a m 10. 2. 1913: zu dieser Frage werden Stimmen aus England gesammelt; Berl. T. 76 a m 11. 2. 1913: Persius äußert sich nochmals.

Und nun gar, als der englische Ministerpräsident Asquith über Englands friedliebende Absichten öffentlich Erklärungen abgegeben, und als gar Churchill ein Flottenbaufestjahr (s. o. S. 69) vorgeschlagen hatte!

Berl. T. 134 a m 14. 3. 1913. — Persius schreibt über Asquith u. a.: „Es ist doch sehr unwahrscheinlich, daß England und Deutschland je daran denken werden, mit den Waffen in der Hand aufeinander loszugehen. Daß die Flottenrivalität jetzt hauptsächlich nur noch von den an der Schiffsbauindustrie Interessierten genährt wird, sollte doch den abseits — in Frankreich — Stehenden eher klar sein, als den nächst Beteiligten in England und Deutschland, die durch die Navy league, den Flottenverein und andere beeinflusst nicht imstande sind, sich ein verständiges Urteil zu bewahren. Aber der Wettlauf im Kriegsschiffbau wird vermutlich nie durch Waffengewalt jäh zum Abbruch gebracht werden.“

„Man darf darauf vertrauen, daß die großen europäischen Völker auf einer zu hohen Kulturstufe stehen, als daß sie je aufeinander losschlagen und dem Zufall und der Macht den Vorrang vor dem Recht und der Zivilisation einräumen sollten. Und in diesen Ueberlegungen liegt gerade der eminente Friedensfaktor englischer Politik, läßt man auch sonst keine Gründe für die Friedensliebe Albions gelten. Im jetzigen Augenblick kann nichts

stärker dazu beitragen, daß die allgemeine Rüstungssteigerung ohne böse Entladung sich vollzieht, als die offene Erklärung des englischen Premierministers. Sie mag freilich manchen enttäuschen; aber sie dient dem Frieden, und den wollen wir alle, Engländer, Franzosen und Deutsche. Daran ändern einzelne Schreier nichts, denen das Bewußtsein dafür fehlt, wieviel Schaden sie mit ihren unbedachten Worten dem eignen Lande zufügen, dem nützen zu wollen sie angeblich im Sinne haben."

Berl. L. 154 am 27. 3. 1913. — Perfius schreibt über Churchill: „Für diese Worte, für den Mut der Bekenntnis gebührt Churchill der Dank der gesamten Kulturwelt. Solche offene Sprache (d. i. solche Art von Bauernfängerei) konnte nur in England geführt werden, in einem Land von einem aufgeklärten Parlament, wo der helle praktische Blick die Gegenwart versteht und der gesunde Verstand immer erneut fragt: „Was soll das die Völker verheerende mißtrauische Wettrüsten, das doch das Stärkeverhältnis nicht zu ändern vermag?“ — Der Vorschlag des Flottenbaufestjahres wird weiterhin günstig besprochen. „Wir haben die Ansicht, daß die Zukunft ein enges Zusammengehen Englands und Deutschlands bringen wird, bringen muß“ usw. „Hat sich diese (beiderseitige) Erkenntnis Bahn gebrochen, so wird das unheilvolle Flottenwettrüsten von selbst ein Ende nehmen.“

Erweiternd wirkt dann im Juni 1913 die Betretlichkeit von Perfius, als Churchill mit einem Male drei Dreadnoughts mehr baute, als dem Verhältnis 16 : 10 entsprach, und zwar nach seiner Angabe aus dem Grunde baute, weil die englische Kolonie Kanada diese Großkampfschiffe nicht bauen wollte: ein Grund ist selbstverständlich immer zu finden. Nun, da dies geschehen, meint Perfius, könne man in Deutschland einer Propaganda für erweiterten Kriegsschiffbau kaum mit gutem Gewissen entgegentreten. Die Welt hätte bei dem Flottenbaufestjahr-Vorschlag geglaubt, „daß die Morgenröte einer besseren Zeit heranbräche.“ Churchill erweise seinem Lande schlechten Dienst, besorge mit seinem Schiffsmehrbau die Geschäfte der Geschütz- und Panzerplatten-Fabrikanten diesseits und jenseits des Kanals. Wie sei die Inkonsequenz von Churchill zu erklären?

Perfius spricht die Hoffnung aus, „der gesunde weltpolitische englische Sinn“ werde sich gegen Churchills Inkonsequenz auflehnen.

Wir haben inzwischen die Morgenröte, welche aufgegangen ist, erlebt, und den Bauernfänger Churchill hat bisher kein Engländer verleugnet.

Das schwer geprüfte deutsche Volk kann allen Personen und allen Kreisen, welche für möglichst starken und möglichst raschen Ausbau unserer Flotte wirken, nur dankbar sein. Hätte man sich den englischen Betörungen vollends versagt, statt in einigen Punkten wenigstens nachzugeben, dann würde die großbritannische Dreistigkeit sich nicht bis in den Weltkrieg hinein zu der Höhe verstiegen haben, daß man der reichsdeutschen Staatsleitung jeden Streich spielen und von ihr alles andere als Selbstbewußtsein erwarten zu können vermeinte. Vielleicht wäre selbst der Seekrieg für uns günstiger verlaufen.

Bleibe unser Land für Gegenwart und Zukunft vor den Engländern verschont! Vor den Engländern selbst! Vor dem englischen Wolfe in amerikarischem Neutralitäts-Schafskleide! Vor deutschen Schafen mit englischer Ansteckung! Vor deutschen Engländern in Presse, in Volksvertretung und in den Ämtern!

Mögen sie „alle“ werden! Die „englische Verseuchung“ war unser Unglück.

Die Wehrvorlage von 1913.

Wie die beiden Wehrvorlagen von 1912 durch die Marokko-Streitigkeiten des Vorjahres veranlaßt worden waren, so führten die Balkan-Ereignisse von 1912/13 — der Krieg des Balkanbundes wider die Türkei, der hieran sich schließende Krieg der Balkanbundstaaten unter sich und die Botschafter-Konferenz zu London mit den dort von neuem zutage getretenen Mächtegegensätzen — zu der gewaltigen Heeresvorlage von 1913 mit ihrer Milliardenforderung für abermaliges Mehr an auszuhebenden Truppen, für neue Truppeneinheiten und für Festungsbauten.

Unter dem deutschen Wolfe herrschte schon lange äußerster Pessimismus hinsichtlich der Weltlage, und ehe der heutige Krieg ausbrach, bestand Vertrauen auf günstigen Ausgang eines etwaigen Krieges wenigstens all gemein nicht. Angesichts vielleicht dieser weit verbreiteten Bangigkeit, angesichts ferner des Einblickes, welcher ihnen in die politische Lage vertraulich eröffnet wurde, wagten es die Reichstagsabgeordneten nicht, die Vorlage der verbündeten Regierungen abzulehnen, und da die Bewilligung des Geforderten von Anfang an so gut wie fest stand, war für die Presse der Widerspruch vollkommen aussichtslos.

Es konnte keine Frage sein: die Verstärkung der deutschen Wehrkraft in der geforderten Höhe war durch die Weltlage zu unbedingter Notwendigkeit geworden. Das Aufbringen der erforderlichen Summen durch die unter dem Namen „Wehrbeitrag“ gehende allgemeine Vermögensbrandzuschätzung darf darum doch als fehlerhaft angesehen werden. Ueberhaupt bietet der ganze Augenblick des Erscheinens der Wehrvorlage nach allen Seiten ein äußerst unerfreuliches Bild deutscher Zustände, wie sie sich seit dem Unglücksjahre 1890 gestaltet hatten. Das Einbringen der Vorlage enthielt das Eingeständnis, daß jetzt alles auf des Schwertes Spitze gestellt werden müsse und daß eitel Flunzerei sei, was man selbst damals noch nebenbei austreuen ließ von der Besserung unseres Verhältnisses zu England, von dem Dreibunde, der „fester als je“ stehe, und anderes mehr. Wie weit solche Meinungen innerhalb der Reichsämter selbst wirklich geglaubt wurden, muß dahin stehen; die militärischen Stellen wußten jedenfalls ganz genau, daß die Wirklichkeit anders beschaffen war.

Professor von Liebig schrieb am 19. 4. 1913 in den Alldeutschen Blättern unter der Ueberschrift „Vom Geiste unserer Zeit“, die

Wehrvorlage enthalte eine Bankerotterklärung der Regierung in finanzieller Hinsicht, ferner der Militärverwaltung, die jetzt innerhalb dreier Jahre zwei mal zugestehen mußte, daß sie nicht alles getan habe, dann des Auswärtigen Amtes, das nunmehr mit seinem Vatein zu Ende sei und doch seit Jahren seine Preßmeute auf alle hekte, die weiter sahen, unterstützt von Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung, Vorwärts, Preuß. Jahrbücher, Grenzboten usw. — Ja, heißt es, wenn mit Bewilligung der Vorlage vollständiger Wechsel in Reichsstellen und im Reichstage einträte! — Dann wird von dem Verfasser an einem Sonderbeispiele eine innerdeutsche Richtung gekennzeichnet, die Schreiber d. Z. „Reichsdummheit“ nennen möchte: sie kennzeichnet sich in Selbstzufriedenheit mit den Zuständen und in blindem Glauben an die Regierenden.

Am Schlusse heißt es: „Aber man soll sich darüber klar sein: außer dem Willen, unsere Militärmacht wieder in die Höhe zu bringen, ist nichts rühmenswertes an der ganzen Vorlage, nichts, was irgend wie einen neuen Geist, eine Besserung verspricht. Weder das Mehr an Soldaten, noch das Mehr an Luftschiffen, Kanonen und Festungen ändert etwas an dem Niedergang des Deutschen Reiches, wenn nicht der Geist, in dem das Reich geleitet wird, ein anderer wird, solange nicht an Stelle des Sich-Schiebenlassens, der Ziellosigkeit und des sich nur Verteidigenwollens aktive Politik, Zielbewußtsein und Tatkraft tritt.“

Die liberale Presse, darunter auch die Schriftsteller des Berliner Tageblattes verdienen Nachsicht, wenn sie sich politisch nicht auf der Intelligenzhöhe des Professors von Liebig bewegen, vielmehr innerhalb der Wirrnis von Fehlerhaftem überall keinen Ausgang wissen, keinen Rat finden.

Das Berliner Tageblatt äußert sich bei dem gerüchtweisen Bekanntwerden der großen Militärvorlage und auch später, als sie in die Öffentlichkeit hinaustrat, in begreiflicher Bestürzung (M o r a h t in 15 am 9. 1. 1913; P o t t h o f f in 166 am 3. 4. 1913). Eine sehr große Anzahl von verschiedenen Verfassern herrührender Aufsätze beschäftigt sich mit dem sichtlich unliebsamen Gegenstande. Nur einmal heißt es dabei in einem „von besonderer Seite“ zugegangenen Artikel (Berl. T. 105 am 27. 2. 1913) unter Bezugnahme auf den Balkankrieg, der Verstärkung unserer Streitmittel nötig mache: „In so ernster Zeit wie der heutigen dürfen Wehrmachtsfragen nicht Parteifragen sein“. Der Verfasser ist uns bereits auf S. 56 begegnet.

Die in dem Berliner Tageblatte sachlich dargelegten Einzelbedenken gegen die Maßnahme des Wehrbeitrages (so Berl. T. 163 am 1. 4. 1913) lassen wir hier beiseite, ebenso die in dem Berliner Tageblatte auftretenden Wehervorschläge rein wirtschaftlicher Natur. Denn selbstverständlich kommt auch bei dieser Gelegenheit auf die wirtschaftlichen Lieblingswünsche des Berliner Tageblattes, auf die Besteuerung zu Lasten der wirtschaftlichen Gegner, zumal auf die unvermeidliche Reichserbschaftsteuer wiederholt die Rede.

In mehr als einem Aufsätze des Berliner Tageblattes vernimmt man aus Anlaß der Heeresvorlage von 1913 auch von anderen als „liberal“ oder „frei-

heitlich" bezeichneten Forderungen, die berechtigt an sich oder nicht mit den Wehrfachen nicht das Mindeste zu tun haben, aber trotzdem als „Gegengabe“ oder als „wohlwollendes Entgegenkommen auf die Milliardenopfer“ beansprucht werden. Dahin gehörten u. a. Preussische Wahlreform, Konfessionsgleichheit bei dem Heere, Aufhebung des Duellzwanges, sowie der „Reinkultur des Adels“ bei dem Heere, dann auch die militärischen Ehrengerichte und anderes derart (Moraht in 164 am 2. 4. 1913, in 170 am 5. 4. 1913, in 294 am 13. 6. 1913, in 305 am 19. 6. 1913; Potthoff in 266 am 29. 5. 1913 und in 279 am 5. 6. 1913; H a r m s in 272 am 2. 6. 1913).

Die Forderung gar nach kürzerer Dienstzeit bei der Infanterie, zweijähriger Dienstzeit bei der Kavallerie, die Moraht in 52 am 29. 1. 1913, in 164 am 2. 4. 1913, in 178 am 9. 4. 1913, in 303 am 18. 6. 1913 erhebt, eine Forderung, die als „K o m p e n s a t i o n“ auftritt, enthält in Wirklichkeit eine S c h ä d i g u n g des deutschen Heeres, das man durch die Zahlensteigerung der Vorlage stärker machen wollte.

Das Schlagwort „W e t t r ü s t e n“ erscheint in dem Berliner Tageblatte auch jetzt wieder auf dem Plane; zugleich wird für den Gedanken einer allgemeinen „F r i e d e n s v e r s t ä n d i g u n g“ geworben, und es wird mit gesteigerter Heftigkeit gegen die innerdeutschen „F r i e d e n s s t ö r e r“ gewettert, welche — wie wir oben S. 30, 53 darlegten — tatsächlich nur warnen, weil sie nicht umhin konnten, die Lage als ernst anzusehen, dafür aber als Heher gelten mußten.

Gesliffentlich wird während des ganzen Feldzuges um die Riesenvorlage von einheimischer H e h a r b e i t gesprochen, und diese wird der a u s l ä n d i s c h e n H e h a r b e i t zum mindesten gleichgestellt; bei ausländischen Vorkommnissen wird mit Vorliebe auf d e u t s c h e Entgleisungen gefahndet, während die a u s l ä n d i s c h e n Verfehlungen eher Nachsicht genießen. Dies geschieht z. B. bei den demonstrativen Mißhandlungen von Deutschen am Bahnhofe von Nancy im Frühjahr 1913 und der sich anschließenden Preßfehde. — Die Verhältnisse im Auslande einschließlich der Auslandsrüstungen erscheinen im Berliner Tageblatte so, daß aus ihnen die Notwendigkeit des Gegenrüstens bis zum letzten Manne nicht folgen soll.

Auch in den Artikeln, welche sich näher mit dem Inhalte der Vorlage beschäftigen, sehen wir das Berliner Tageblatt der Wehrvorlage von 1913 im tiefsten Herzen ungünstig gegenüberstehen; zu Fall gebracht werden konnte freilich die Vorlage nicht; dafür versuchten, wie sich herausstellen wird, die Einzelartikel zu verstimmen, zu drücken und zu zucken.

Wir lassen nunmehr eine Auswahl von Einzelartikeln des Berliner Tageblattes zu der großen Wehrvorlage von 1913 folgen. Den Anfang bilden dabei die Artikel, welche sich auf den I n h a l t der Wehrvorlage beziehen. Es folgen Artikel über das „W e t t r ü s t e n“, über die „V e r s t ä n d i g u n g“ mit dem Feinde und die angeblichen „F r i e d e n s s t ö r e r“ in Deutschland. Aus der dritten Gruppe von Artikeln wird hervorgehen, daß a u s l ä n d i s c h e s

Tun mit Vorliebe entschuldigt, deutsches Verhalten zu dem Auslande dagegen gebrandmarkt wird.

Berl. T. 17 am 10. 1. 1913. — In Bezug auf die zu erwartende Wehrevorlage und anknüpfend an eine Meufzerung des Reichsschatzamtcs heißt es: „Der Reichsschatzsekretär scheint sich danach durch eine Berufung auf den Reichstag aus der fatalen Affaire ziehen zu wollen. Unseres Erachtens sollte er selbst den Mut zu einem runden non possumus finden.“

Berl. T. 44 am 25. 1. 1913, „Die neue Militärvorlage“. — Zu den Gerüchten hierüber heißt es am Schlusse: „Man wird einigermaßen gespannt darauf sein können, ob der Reichstag auch diesen harten Bissen bedingungslos schlucken wird.“ — Wie unangenehm die parlamentarische Lage empfunden wird, welche ein Scheitern der Vorlage auszuschließen schien, sieht man an einer in Berl. T. 50 am 28. 1. 1913 enthaltenen Charakteristik des Zentrums, wie es bei Heeresvorlagen von „Umfall zu Umfall“ schreitet.

Berl. T. 52 am 29. 1. 1913, „Das verschleierte Bild“ (M o r a h t): Getadelt werden die alldeutschen Scharfmacher mit ihrem „Treiben auf Kosten des Ansehens des Kriegsministeriums im Inland und Ausland“. — „Also die Militärvorlage kommt, und sie wird begründet werden — wie immer — mit dem Ernst der Weltlage. Man kann nur wünschen, daß die Regierung den Bogen nicht allzu straff spannen möge“.

Berl. T. 111 am 2. 3. 1913. — In der politischen Wochenschau von Michaelis heißt es zu der Höhe der Forderung, die nach bisherigem Verlaute zu erwarten war: „Es versteht sich von selbst, daß kein Vertreter des deutschen Volkes, auf welcher Bank er auch sitzen mag, sich durch solche dreiste Ansprüche ins Bohorn jagen lassen darf. Im vorigen Jahre hat der Reichstag noch glatt alles bewilligt, was ihm als notwendig zum Ausbau unserer Wehrfähigkeit bezeichnet wurde. Die maßlosen Uebertreibungen, die jetzt der Militärvorlage voranlaufen, werden nur zur Folge haben, daß die Vorlage der Bethmannschen Regierung einer sehr gründlichen Prüfung unterzogen wird. Für das Notwendige wird sich zweifellos eine große Mehrheit ergeben. Aber an dem Zweifelhafteu und Ueberflüssigen wird, wie man annehmen darf, diesmal unerbittliche Kritik geübt werden. Man darf zumal erwarten, daß die Vertreter der bürgerlichen Linken sich ihrer Pflichten gegen Vaterland und Volk in vollem Maße bewußt bleiben und eine Politik der Sachlichkeit verfolgen, ganz gleich, ob man dazu von oben süß oder sauer sieht.“

Berl. T. 114 am 4. 3. 1913: „Der Rüstungstaumel, von dem die deutsche Regierung ergriffen ist, macht ja, um es milder auszudrücken, einen höchst ungesunden Eindruck und verrät einen gewissen Mangel an seellichem Gleichgewicht. Die Linksliberalen sollten mehr gegen diese sinnlosen Uebertreibungen protestieren als gegen die Form der Abgabe, die man dem Vermögen auferlegen will.“

Berl. T. 161 am 31. 3. 1913, „Unter dem Deckmantel des Wehrbeitrages“. — Es wird sorgfältige Prüfung verlangt und es wird gehofft, daß sich noch „hundertc von Millionen“ abstreichen ließen von den 884 Millionen für die einmaligen Ausgaben. — In derselben Nummer wird unter hämischen Bemerkungen über den Bewilligungseifer des Zentrums von einer Straßburger Protestvo-

sammlung und von dem bayrischen Minister Graf Hertling erzählt.

Berl. T. 163 am 1. 4. 1913, „Steigende Militärlasten — sinkende Kinderzahl“. — Der gut geschriebene Aufsatz beschäftigt sich sachkundig mit den wirtschaftlichen Folgen der einmaligen Vermögensabgabe und mit weiterhin zu befürchtenden Nachteilen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Volksgesundheit, falls man alljährlich alle Tauglichen in das Heer einstellen und der produktiven Arbeit entziehen würde. Der Verfasser spricht von „Dilettantismus in der Reichsregierung“, ferner von „einer empörenden Leichtherzigkeit“, was die Begründung der Milliardenvorlage angehe, dann von möglicherweise „überspannten Forderungen (in dem Militärischen)“. — Am Schlusse wird gesagt:

„Der Reichstag also möge sich vorsehen, daß das Jubeljahr 1913 kein Jahr werde, dem spätere Geschlechter fluchen, weil es der deutschen Volkskraft und Volksgesundheit den Stoß ins Herz versetzt hat.“

Dem in der Hauptsache verneinenden Ergebnisse scheint uns der angeführte Artikel seine Aufnahme in das Berliner Tageblatt verdankt zu haben. Daß der Artikel auch Wahrheiten enthält, wurde bereits oben anerkannt.

Berl. T. 166 am 3. 4. 1913, „Deutschlands Mobilmachung“ von Potthoff: „Was von dem deutschen Volke mit der neuen Wehrvorlage in militärischer und erst recht in finanzieller Hinsicht zugemutet wird, steht so außer Vergleich mit allem, was je bei uns oder bei anderen Völkern in Friedenszeiten geschah, daß mit den üblichen Gründen und Gegengründen nicht auszukommen ist. Wenn das, was in der amtlichen Begründung steht, die letzte Weisheit der Regierung ist, so gibt es dafür nur eine einzige Bezeichnung: „**R ü s t u n g s - w a h n s i n n**“. Unter Einbeziehung der Heeresgesetze von 1911 und 1912 eine plötzliche Verstärkung der im Frieden dauernd unter den Waffen stehenden Truppen von beinahe 2 000 000 Mann“ . . . stünde, heißt es weiter, in Widerspruch zu den Erklärungen des Kriegsministers von 1911, 1912, lasse sich durch die Dinge auf dem Balkan nicht begründen. Vielleicht sei das „nur gute Gelegenheit, um alle möglichen Wünsche der höheren Militärs in einem großen Aufwaschen zu erfüllen.“ — „Was uns jetzt zugemutet wird, ist nicht Friedensmaßregel mehr, sondern einfach eine Mobilmachung.“ — „Nur wenn die Reichsleitung glaubt, daß spätestens im nächsten Frühjahr der europäische Krieg ausbrechen wird — er brach bekanntlich im nächsten Sommer aus —, sind solche Maßnahmen gerechtfertigt. Dann sind sie notwendig, und es wäre ein Verbrechen, wenn sie nicht beantragt würden, ein Verbrechen, wenn der Reichstag unter gleicher Ueberzeugung sie nicht bewilligte. Aber auch nur dann sind sie berechtigt. Andernfalls sind sie verbrecherisch.“ — Die Not, heißt es weiter, sei nicht ersichtlich: „**W o s t e c k t d e r F e i n d E u r o p a s, d e r d e n F r i e d e n s o n a h e b e d r o h t, d a ß D e u t s c h l a n d m o b i l m a c h e n m u ß?**“

„Vor reichlich zwei Jahren hat der Reichstag einen Beschluß gefaßt, der den Kanzler aufforderte, Bestrebungen zu internationalen Abmachungen über Rüstungsbeschränkungen entgegenzukommen. Inzwischen ist unser Verhältnis zu Italien fester (!!!), zu England zweifellos (?) besser geworden. Von England sind ganz bestimmte Angebote über ein Maßhalten im Flottenbau öffentlich ergangen. Die Antwort der Reichsregierung ist die Heeresvorlage von 1913, die alles

bisher Erlebte weitaus in den Schatten stellt. Wenn der Reichstag sich das gefallen läßt, ohne sich wirklich triftige Gründe dafür geben zu lassen, dann gibt er sich selbst preis. Und als Gründe können nicht allgemeine Befürchtungen oder gar patriotische Redensarten verfangen, wenn es sich um 200 000 Mann und um Milliarden handelt."

Berl. T. 170 am 5. 4. 1913, „Das Programm der Ersparnisse“. — Der Militär-Berichterstatter Major *M o r a h t* empfiehlt diesmal, wie er auch später tut, einzelne Streichungen und befürwortet liberale Forderungen, wie Konfessions-Gleichbehandlung, Aufhebung des Duellzwanges u. a.

Berl. T. 222 am 4. 5. 1913 (Politische Wochenschau von Michaelis): „Die Beratungen der Budgetkommission des Reichstags während der letzten Wochen haben mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß der Reichstag an Bewilligungsfreudigkeit auf militärischem Gebiete nicht gut übertroffen werden kann. Die Budgetkommission hat fast sämtliche, wie man nicht erst zu sagen braucht, sehr erhebliche Forderungen der Militärverwaltung angenommen und hat sich nur erlaubt, von den geforderten 6 Kavallerie-Regimentern 3 zu streichen. Natürlich werden in der nationalstiftischen Presse nun die bittersten Klagen darüber erhoben . . . , als müßte das Deutsche Reich zu Grunde gehen, wenn es nicht ausgerechnet 6 neue Kavallerie-Regimenter erhielte. Aber der Reichstag wird gut tun, sich durch derartige stereotype Behauptungen auch nicht ein Moment aus seiner Fassung bringen zu lassen. Man wird im Gegenteil hoffen müssen, daß die Budgetkommission . . . auch bei dem Rest der Vorlage noch auf Ersparnisse recht eifrig bedacht bleibt. Die Debatten im Plenum wie in der Kommission haben bereits ergeben, daß sehr wohl noch kräftige Abstriche von den Regierungsforderungen gemacht werden können“, usw.

Für möglichst starke Abstriche, namentlich aber gegen die von der Regierung verlangten, von dem vorbereitenden Ausschusse teilweise beanstandeten 6 Kavallerie-Regimenter — welche die Vollversammlung des Reichstages schließlich doch bewilligte — setzt sich auch der militärische Berichterstatter des Berliner Tageblattes, Major *M o r a h t*, in mehreren zu der zweiten Reichstagslesung geschriebenen Aufsätzen lebhaft ein.

Berl. T. 290 am 11. 6. 1913, „Die zweite Beratung der Heeresvorlage“ von *M o r a h t*: „Es ist nicht zu leugnen, daß die Wolkern am politischen Horizont weniger dunkel sind wie zur Zeit, als der Reichskanzler die Notwendigkeit einer grandiosen Heeresverstärkung zu motivieren unternahm. Wenn deshalb tadelnd hervorgehoben wurde, daß trotz dieser Besserung (N. B.: sie war nur eingebildet) die geringen Streichungen, zu denen die Budgetkommission die Energie fand, bei der Regierung und bis in die nationalliberale Partei hinein entschiedenem Widerspruch begegnen, so ist der Tadel berechtigt. Ein Entgegenkommen der Militärverwaltung würde ihr und der Armee mehr Sympathie im Volke gewinnen als hartes Festhalten an dem Riesenmaß ihrer Forderungen. Man legt allerdings kurzfristig in unseren maßgebenden Kreisen wenig Wert auf solche Sympathieen und kümmert sich lieber um das, was die Rüstungspresse verlangt.“

Berl. L. 292 am 12. 6. 1913, (Morah): „Im Einzelnen wünscht der Reichskanzler die Bewilligung aller sechs Kavallerie-Regimenter und führt die schutzlosen Bewohner der Ostgrenze ins Treffen. Drei Garderegimenter nach Schrimm und Possemudel täten dasselbe; aber das ist eine zu große Zumutung an die Kommando-Gewalt. Da auch Herr Bassermann sich lang und breit für die volle Bewilligung der Regierungsforderung erwärmt, darf wohl an einer Vermehrung der Reiterei um sechs Regimenter kaum mehr gezweifelt werden. Es erübrigt sich, nochmals auf das Für und Wider einzugehen. Festgestellt werden soll, daß eine Reihe ehemaliger Kavallerieoffiziere das unbedingt Nötige in dieser Vorlage für überschritten hält. Wenn sie sich den ehrabschneiderischen Angriffen der konservativen a. D. = Reiterei durch Anonymität entziehen, so ist das zu verstehen.“ — Nehrlich Morah über die 6 Kavallerie-Regimenter in Berl. L. 294 am 13. 6. 1913.

Gegen die „Rüstungspress“ — gemeint sind Alldeutsche, Wehrverein, Flottenverein — zieht Major Morah ebenso tatkräftig zu Felde, wie der Marinemitarbeiter Persius und die sonstigen Schriftsteller des Berliner Tageblattes. Schon am 29. 1. 1913 (in 52) hatte er von den deutschen „Gruselmachern“ gesprochen und hatte außerdem, wie dies in freisinnigen Blättern überhaupt geschah, auf die Stärke der bisherigen Wehrkraft des Deutschen Reiches hingewiesen, aus welcher dann die Verkehrtheit weiterer Rüstung sich ergeben soll. — Wir bringen nachfolgend eine Reihe weiterer Artikel des Berliner Tageblattes über die „alldeutschen Gruselmacher“.

Berl. L. am 1. 2. 1913, „Gespenster“ von Harms: „Noch im Sommer vorigen Jahres war man offenbar fest entschlossen, sich das Heer zunächst einmal in die Vervollkommnungen, die der Reichstag im Mai so glatt und rasch bewilligt hatte, einleben zu lassen. Herrn von Bethmann schwebte als wichtigstes inneres Problem die Lösung der noch rückständigen Deckungsfragen, natürlich im Sinne der schwarz-blauen Minderheit, vor. Inzwischen haben unverantwortliche Stellen dem Kriegsministerium eine neue Heeresvorlage zugetrieben; der Kriegsminister hat seinen Standpunkt vom Mai und Sommer vorigen Jahres eiligst revidiert . . . ; es ist ein Wirrwarr ohne Gleichen“, usw.

Berl. L. 112 am 3. 3. 1913, „Die einmalige Ausgabe“: Es wird auf den Wiederaufgang des allgemeinen Wehrtrüstens hingewiesen und Prüfung aller Forderungen wird verlangt.

Berl. L. 171 am 5. 4. 1913: u. a. wird von Harms über Wehr- und Flottenverein geklagt. — Ebenso wird in 176 am 8. 4. 1913 behauptet, Bethmann sei von den Alldeutschen gemacht worden; Reim und Liebert hätten gesiegt; noch im Januar hätte Bethmann an dergleichen nicht gedacht. — In derselben Nummer heißt es unter der Ueberschrift „Französische Antworten auf die Kanzlerreden“: Die große Mehrheit des französischen Volkes wolle von Krieg gegen Deutschland nichts wissen, auch von Revanche nichts; es fällt der Ausdruck: „alldeutsche Maulhelden“.

Berl. L. 182 am 11. 4. 1913, „Geh nach Bern“: Es handelt sich um eine deutsch-französische Verständigungskonferenz zu Bern über die Rüstungsfrage vom 20. April ab, berufen von 14 Mit-

gliedern aller Parteien des schweizerischen Nationalrats. Mit dem Gedanken der Abrüstung wird in dem Artikel geliebäugelt. — „Keine Eiche fällt von einem Streiche. Viele Köpfe, viel guter Wille ist nötig, um nur ein Weniges auf dem Gebiete der internationalen Versöhnung zu erreichen. Aber unmöglich ist dem festen Willen nichts. Und wenn man den deutsch-französischen Gegensatz als unüberwindlich bezeichnen möchte, so wird man sich doch der Einsicht nicht entziehen dürfen, daß der deutsch-englische Gegensatz, der lange Jahre als ebenso gefährlich erschien, in der letzten Zeit viel von seiner Schärfe verloren hat. Es mag schwer sein; aber es ist nicht unmöglich, auch zwischen Deutschland und Frankreich die Grundlage für vernünftiges Nebereinander zu schaffen. Wir erhoffen wahrhaftig nicht einen beiderseitigen Verzicht auf die einmal vorgeschlagenen Heeresvorlagen. Die Dinge sind zu weit gediehen, um rückgängig gemacht zu werden. Immerhin wäre schon viel erreicht, wenn sich eine Einmütigkeit darüber schaffen ließe, daß nun des grausamen Spieles wenigstens für einen gewissen Zeitraum genug sein sollte. Von England ist der Vorschlag eines Feiertages im Flottenbau gemacht worden (s. o. S. 69). Wie nun, wenn man sich auf dem neutralen Boden der Schweiz dahin verständigte, daß wenigstens in den nächsten 10 Jahren die beiderseitigen Rüstungen keine weitere Steigerung erfahren sollen?“ usw. — Auch der Temps äußerte sich über die Berner Konferenz; dies wird von dem Berliner Tageblatt (203 am 23. 4. 1913) mit Freuden berichtet.

Berl. T. 199 am 21. 4. 1913, „bellum gallicum“ von T. W. (bezüglich auf den Zwischenfall von Nancy am 13. 4. 1913): „Gewiß, es ist nicht nur in Elton gesündigt worden; wir kennen all die Fehler unserer sprunghaften Politik und wir sehen auch, wie aufreizend und wie kompromittierend die alldeutsche Zeitungsliteratur, dieses Gemisch von Linte und Alkohol, auf das gesamte Ausland wirkt.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hatte die „Post“ wegen kräftiger Ausdrücke, die sie anlässlich der Vorgänge von Nancy über die Franzosen gebraucht hatte, kräftig abgekanzelt; das Berliner Tageblatt stimmt dieser Abfanzelung lebhaft zu und tadelt auch die „Tägliche Rundschau“ wegen ihrer Ausdrücke, ebenso die „Elbinger Zeitung“, weil sie den Artikel der „Post“ übernommen hatte. Dagegen liest man in dem Berliner Tageblatt niemals Entrüstung über Schwäche der Regierung gegenüber dem Auslande oder kräftige Entrüstung wenigstens über ausländische Ausschreitungen (s. Berl. T. 203 am 23. 4. und 204 am 23. 4. 1913).

Berl. T. 229 am 2. 5. 1913, „Deutschland, Belgien, Holland, Dänemark“ von Gothein: „Deutschland hat wenig Freunde im Ausland.“ Daran seien Diplomaten und Generale mit ihrer Hochfahrenheit schuld, dann „jene politischen Hanswarrn“, „die es stets als ihre wichtigste Aufgabe ansehen, möglichst viel Fensterscheiben anderer Staaten einzuwerfen, die dann die auswärtige Politik, die vor allen Dingen das deutsche Volk selbst in unaufhörlich gesteigerten Rüstungslasten bezahlen muß. Man kann es den Franzosen kaum verargen, wenn sie diese Tölpelereien dazu benutzen, in anderen Ländern Stimmung gegen uns zu machen.“ —

„Am besten ist ihnen das in Belgien gelungen.“ Schuld seien mit „gewissenlose pensionierte Generale“, „Geschrei aller deutscher Narren“ (über das Blämische); deshalb wollten sich die Belgier im Kriegsfall auf die französische Seite schlagen.

Von demselben Verfasser, dem Abgeordneten Gothein, der sich auch in neuester Zeit nicht als starker Kopf erwiesen hat, bringt das Berliner Tageblatt unter der Ueberschrift „Wo bleibt die Gegengabe?“ einen langen Artikel in 226 am 29. 5. 1913. Der Verfasser erklärt mit Recht die ewige Parallele 1913/1813 für Abgeschmacktheit. Sonst klingt der lange Artikel in das Preussische Wahlrecht als „Gegengabe“ aus. Weiter wird ausgeführt, daß die fortwährenden Rüstungssteigerungen den Frieden vielleicht gefährden würden; sie führten, wie Gothein meint, zu Weitrüstungen. — Die deutsche Regierung wird getadelt, daß sie sich auf den Haager Konferenzen zu der Abrüstung ablehnend verhielt. —

Berl. T. 272 am 2. 6. 1913, „Die von 1813“ von Harms: Wiederum wird auf Gegengabe angetragen und wiederum ist von der Preussischen Wahlreform die Rede. Um solches und Verwandtes, heißt es, kümmerten sich die Leute wie Rösser, Reim nicht; es fiel ihnen nicht ein, mit solchen Wünschen nach oben aufzutreten, wie seiner Zeit Stein und andere. Dagegen: „Jahre aus, Jahre ein unsere Hilflosigkeit zu Wasser und zu Lande bejammern, so daß unsere Diplomatie ihre Erfolglosigkeit schon als natürlichen Zustand empfindet; Rüstungen zu fordern und auch unsere Nachbarn in Ost und West zu immer höheren Rüstungen zu treiben — das wäre Politik?“ —

In derselben Nummer des Berliner Tageblattes erschien ein Artikel mit der Ueberschrift „Die Friedensstörer“. Hier wird ein Artikel der „Deutschen Revue“ angeführt; in diesem von dem Berliner Tageblatte zustimmend aufgenommenen Artikel wird anknüpfend an einen Abschnitt im Entwurfe eines neuen oesterreichischen Gesetzbuches auf die Möglichkeit hingearbeitet, „Frieden störende Elemente“ bestrafen zu können. Unter „Friedensstörung“ im Sinne dieses Artikels der Deutschen Revue wird verstanden: „die Hezarbeit, die entgegen allen Bemühungen der Diplomatie in der internationalen Politik immer Gegenströmungen zu erzeugen sucht, die die Ereignisse immer in unfreundlichem Sinne aufbauscht und dadurch immer neue Aufregungen hervorruft.“ — Diese „eigentliche Hezarbeit wird durch die Presse vermittelt“, so heißt es in der Deutschen Revue weiter: die letztgenannten Worte sollen den Tatbestand des Vergehens bestimmter feststellen. Der Artikel zielt auf die Alldeutschen und ihnen verwandte Kreise ab; ihnen soll nach der Absicht des Verfassers durch strafrechtliche Neubestimmungen die Tätigkeit unterbunden werden. Der Verfasser des Artikels muß früher einmal juristische Bildung empfangen haben, ohne daß er von dem Geiste des Rechtes und der Gerechtigkeit das Geringste an sich hat. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß der Verfasser in der amtlichen Geheimratsphäre zu suchen sein wird.

Das Berliner Tageblatt druckt, wie schon gesagt, den Artikel der Deutschen Revue zustimmend ab, in sofern als der „Chauvinismus in der Presse“

gleichfalls gründlich verurteilt wird; dagegen wird der strafrechtliche Vorschlag von dem Berliner Tageblatte verworfen.

In dem angeführten Artikel der „Deutschen Revue“ heißt es u. a.:

„Es ist charakteristisch, daß sich auch sonst durchaus neutrale Blätter nicht enthalten können, die internationale politische Lage ihren Lesern immer in möglichst pessimistischem Lichte erscheinen zu lassen. Das macht eben die leidige Sensationslust.

Und zwar darf man ohne weiteres sagen, daß sich dieser Schaden auf alle Länder so ziemlich gleichmäßig verteilt. Es gibt überall friedensstörende Elemente, die auf einen Krieg spekulieren, ebenso wie es überall Leute gibt, die jedem Sensationsartikel, der in ihrer Zeitung steht, ohne weiteres Glauben schenken. Wir sind uns durchaus bewußt, daß es in Deutschland in dieser Beziehung keineswegs besser steht als in anderen Ländern. Was in Frankreich die Chauvinisten und in Rußland die Panlawisten, das leisten in Deutschland die Alldeutschen. In allen Ländern sind es immer wieder gleichgesinnte Minoritäten, die gegenüber den Regierungen und den Völkern durch agitatorische Machenschaften der öffentlichen Meinung ihren Willen zu suggerieren suchen.

Diese Kreise befinden sich durchaus im Irrtum, wenn sie geglaubt haben, jetzt die deutsche Heeresvorlage für ihre Zwecke mißbrauchen zu können. Denn diese Vorlage ist gerade umgekehrt von der Ueberzeugung eingegeben worden, daß man kein Opfer scheuen dürfe, um den Frieden zu erhalten. Die deutsche Reichsregierung wird an ihrer mehr als vierzigjährigen bewährten Friedenspolitik auch in Zukunft festhalten, und sie ist überzeugt, daß auch die anderen Großmächte von demselben Bestreben wie sie geleitet werden . . .“

„Bringt man jetzt einmal diese Opfer, so wird man sich auf der anderen Seite aber auch der Ueberzeugung heute nicht mehr verschließen dürfen, daß es in der Tat an der Zeit ist, auch der Frage, wie man gegen die Machenschaften Unverantwortlicher, die Unfrieden zu stiften suchen, ankämpfen kann, jetzt ernstlich näherzutreten.“

In der redaktionellen Besprechung dieser Worte der „Deutschen Revue“ wird im Berliner Tageblatte die Schuld an der allgemeinen Verhezung auch der Diplomatie aller Länder zugeschoben; auch die deutsche Diplomatie, heißt es, habe „durch die Behandlung der Marokko-Affaire und zuletzt durch die Torheit von Agadir auch einiges zu der gereizten Stimmung beigetragen.“

Bei dem Berliner Tageblatte liegt oftmals die Melodie in den Untertönen, dann in den Anführungen aus dem Auslande und-Inlande, in den Sperrungen des Druckes und in Zuschriften aus Leserkreisen. Es folgt z. B. dem Artikel aus der Deutschen Revue gleich in 276 am 3. 6. 1913 eine Zuschrift aus Oberlehrerkreisen, worin es heißt, in dem Oberlehrerstande bestünde viel „undeutscher (!) Geist“, „Chauvinismus“, „nationale Draufgänger“. — Was den von dem Berliner Tageblatte mit Zu-

stimmung angeführten Artikel der „Deutschen Revue“ betrifft, so scheint uns dieser Artikel in Beziehung zu Amtskreisen zu stehen. Der Verfasser weiß um den nicht nur „friedliebenden“, sondern auch Ruheliebenden Standpunkt der Regierenden sehr wohl Bescheid: man hatte sich oben zu den Rüstungsvorschlägen beuemen müssen; aber man wusch die Hände vor den Kreisen, welche dazu getrieben hatten.

Berl. T. 319 am 26. 6. 1913, „Die französische Heeresreform“ von Morath. — Am Schlusse heißt es: „Bei aller Anerkennung, die man vom rein militärischen Standpunkt aus dem hochpatriotischen Streben Frankreichs, mit seinen 38 Millionen Einwohnern es unseren 66 Millionen gleich zu tun, zollen muß, kann man doch nicht zu dem Urteil der alldeutschen Agitatoren kommen, die im Frühjahr durch ganz Deutschland Schrecken zu verbreiten suchten, um die Heeresvorlage zu erzwingen. Generalleutnant von Bethmann Hollweg wird ja vermöge seines hohen militärischen Ranges jetzt selbst beurteilen können, ob er nicht etwas zu viel sagte, als er mit besorgter Miene und bewegten Worten nach Westen deutete.“

Mit anderen Worten heißt dies: Die französische Gefahr ist ein Hirn-
gespinnst; die Heeresverstärkung war nicht nötig.

Schlusswort.

Eine langwierige und größtenteils unerquickliche Wanderung durch 25 Jahrgänge des Berliner Tageblattes liegt hinter uns! Irrtümer, Verkennungen, falsche oder schiefe Stellungnahme zu den entscheidenden Fragen unseres öffentlichen Lebens begegneten uns Schritt für Schritt. Nirgends wurden die Fragen richtig gestellt, niemals die Fragen klar beantwortet; von dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck bis zur englisch-deutschen Feindschaft ging in allem das Urteil an der Wahrheit vorbei! — Der Abgang des Fürsten Bismarck aus den Ämtern, sein Ersatz durch unerfahrene Machtnachfolger, mit welchen Ausland und Inland ihr Spiel trieben wie der Wind mit den Blättern hat sich — jetzt für jeden sichtbar — als verhängnisvoll für unser Land erwiesen; es galt, als das Traurige geschehen war, das Werk des Ausgeschiedenen zu schützen, aus dem geistigen Schätze der Nation Ersatzkräfte zu stellen. Darauf zielten die nachamtlichen Warnrufe des Fürsten Bismarck ab. Ein großer Teil des deutschen Volkes folgte zu unserem Schaden der ärgeren Hand. Vor allen bietet das Berliner Tageblatt mit seinen seichten, gehässigen Artikeln über den Fürsten Bismarck, seiner Verblendung, seiner Anbetung nachbismarckscher Amtsmachtthaber ein Bild, wie das Verhalten der Nation in dem Schicksalsaugenblicke der neunziger Jahre nicht sein sollte.

Der Bestand unseres Reiches ruhte seit dem Ausscheiden Bismarcks, da die Staatsmänner Deutschlands versagten, mehr und mehr nur auf der Streitmacht zu Wasser und zu Lande: wir haben gesehen, wie wenig das Verhalten des Berliner Blattes zu den Wehrfragen auch in der nachbismarckschen Zeit auf Höhe stand.

Das Auftauchen der englischen Feindseligkeit gegen unser junges Reich mußte jedem die Augen öffnen über die Fehlerhaftigkeit, in welcher unsere Politik sich seit langem bewegte, über die Nothwendigkeit einer Aenderung, über die nicht mehr zu umgehenden Mittel der Abwehr. Bis zuletzt bietet gerade das Berliner Tageblatt ein trauriges Bild vollständiger Blindheit: wohin wären wir gekommen, wenn nach den Wünschen dieser Zeitung verfahren worden wäre!

Das Berliner Tageblatt spricht von bürgerlicher Freiheit, von Reaktion, von Dunkelmännern; aber nur zum kleinsten Theile hat es wirklich für die angegebenen Freiheitsziele gekämpft, hat dagegen — ohne es zu wissen — die an den Regierungsstellen herrschenden Schwächen geschützt und hat reaktionären Strebungen, die im Grunde auch in der Schwäche wurzeln, mit zum Erfolge verholfen, hat namentlich der bureaukratischen Herrschaft, welche für unser Volk in Wahrheit die gefährlichste Reaktion darstellt, eine publizistische Stütze geboten.

Hinter dem Berliner Tageblatte stehen zweifellos auch Einzelkreise unseres Volkes: unter den Verfassern, welche sich angezogen fühlten, dem Berliner Tageblatte ihre Aufsätze einzusenden, befinden sich auch Männer mit achtbaren Namen; aber sie erinnern fast alle an ein Wort Napoleons I. über Alexander I. von Rußland: bei dem Zaren, sagte Napoleon, fehle bei allem immer ein Stück; man könne nie sagen, welches Stück gerade im Einzelfalle fehle; denn das fehlende Stück wechsele in das Unendliche.

Wollte man das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nach dem Berliner Tageblatte beurteilen, so müßte man politisch über das deutsche Volk recht ungünstige Meinungen hegen. Das deutsche Volk der Zukunft muß anders sein!



Die Frankfurter Zeitung.

Rascher als mit dem Berliner Tageblatte werden wir mit der Frankfurter Zeitung zu Ende kommen! Bei ihr ist die Stellungnahme zu den politischen Fragen in jedem Einzelfalle ohne Umschweife ausgesprochen. Die Aufsätze der Frankfurter Zeitung sind in vielen Dingen zwar einseitig, aber fast überall mit unleugbarem Verstande geschrieben; in dem Tatsächlichen ist die Frankfurter Zeitung um die Wahrheit wenigstens bemüht; gelungen freilich ist das Bemühen, wie wir später sehen werden, nicht immer; Gefühlsvoreingenommenheit hat hier wie in den Urteilen störend gewirkt.

Im wesentlichen teilt die Frankfurter Zeitung den Standpunkt des Berliner Tageblattes, und zwar politisch wie wirtschaftlich und nicht minder in den Feindseligkeiten des Klassengeistes; kein Wunder, daß ihr damit die Handelspolitik und weiter die Person des Fürsten Bismarck mißfällt. Wahlrechtsänderung in Preußen, Verkürzung der militärischen Dienstzeit, Gleichberechtigung der Juden in der Offizierslaufbahn wird auch von der Frankfurter Zeitung immer verlangt. Der englischen Gefahr gegenüber verschließt sich die Frankfurter Zeitung genau so wie das Berliner Tageblatt.

Der Ton klingt anders als in dem Berliner Tageblatte, mindestens weit mehr kühl; staatsmännisches Verständnis ist in Einzelfragen, ist jedenfalls, wo es sich um Ausblick auf kürzere Strecke handelt, eher als dort anzutreffen. Wie weit das staatsmännische Verstehen weiter noch durch die grundsätzlichen Verneinungen der Frankfurter Zeitung, durch ihre Vorurteile, ihre instinktiven Abneigungen beeinträchtigt wird, möge man aus den nachher folgenden Mitteilungen selbst ersehen.

Fürst Bismarck.

Gegenüber dem Fürsten Bismarck ergeht sich die Frankfurter Zeitung ebenso in blindwütigem Hasse wie das Berliner Tageblatt und andere freisinnige sowohl als nichtfreisinnige Blätter auch. In den ersten Jahren nach der Amtsentlassung des Fürsten äußert sich dieser Haß in einer solchen Weise,

daß man hier von dem Verstande, in welchem die Frankfurter Zeitung sonst geleitet wurde, nicht mehr das Geringste merkt.

Man beachte nur das in Bismarckgeschichtsbücher übergegangene Wort, welches die Frankfurter Zeitung (80 A am 21. 3. 1890) dem Ausscheiden Bismarcks aus den Aemtern widmete:

„Möge auch von ihm (dem mit Bismarck gegangenen Systeme) gelten, daß nicht wiederkehrt, was einmal gegangen ist; die Nation wird dann den 18. März 1890 bald zu den Tagen zählen, deren man mit Freuden gedenkt.“

Wo ist diese Freude heutzutage noch zu entdecken? Würde sich selbst die Frankfurter Zeitung von heute angesichts des Unglücks von heute noch zu ihrer Aeußerung von 1890 bekennen? Denn unser heutiges Unglück geht mit auf die Dinge von 1890 zurück.

In diesem Unglücksjahre 1890 brachte die Frankfurter Zeitung, die sonst in Tatsachenbehauptung durchaus nicht leichtfertig ist, sogar die Behauptung auf, der Großherzog von Mecklenburg habe dem Fürsten Bismarck die Stellung eines Mecklenburger Ministerpräsidenten angetragen; Fürst Bismarck aber habe abgelehnt. — Die Nachricht ging in viele Zeitungen des Inlandes und Auslandes über, so daß sich die Mecklenburger Regierung veranlaßt sah, die Behauptung als „aller und jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend“ öffentlich in Abrede zu stellen.

Nunmehr bezeichnete die Frankfurter Zeitung den Straßburger Universitätsprofessor Ziegler als Einsender der Nachricht. Dieser erklärte darauf in der „Straßburger Post“, daß die Behauptung des Frankfurter Blattes „vollständig aus der Luft gegriffen“ sei; er habe mit der Uebersendung der betreffenden Nachricht nicht das Geringste zu tun.

Die Frankfurter Zeitung gestand zu, das Opfer eines Betrugcs geworden zu sein. Professor Ziegler aber erhielt ohne Namensunterschrift folgenden Brief: „Herr Professor! Sie sind, wie Sie vielleicht schon erfahren haben, das Opfer einer Mystifikation geworden, indem Sie der „Frankfurter Zeitung“ als der Absender einer ungeheuren Ente bezeichnet sind. Es bittet um Entschuldigung ein bei Ihnen im Examen Durchgefallener.“

Selbstverständlich gilt in den neunziger Jahren auch der Frankfurter Zeitung das nachamtliche Wirken des Fürsten Bismarck, das unter anderem in sachlich zutreffender und formell untadeliger Kritik der Nachfolgermißgriffe bestand, nicht als Ausübung eines Staatsbürgerrechtes — und dazu in diesem Falle als eine sehr wohl berechnete, ja dringend notwendige Rechtsausübung —, sondern, weil es Vielen nicht paßte, als Ungehörigkeit, als strafbare Aufsehnung wider die Staatsordnung. Die Frankfurter Zeitung bedient sich dabei des Schlagwortes „Fronde“, „Frondeur“, eines Wortes, das ebenso töricht ist, als der englischer Quelle entstammende und dann in hohen Kreisen Berlins heimisch gewordene Ausdruck „Gegendynastie Bismarck“.

Man sehe Frkf. 3. 184 A am 1. 7. 1892: „frondierendes Tun“; gegen die Krone sei Bismarcks Auftreten gerichtet; Frkf. 3. 184. I am 12. 7. 1892:

„Der große Frondeur“; „gegen Kaiser und Reich“; Frkf. Z. 191. I am 9. 7. 1892: „Der Fronde des Erzkanzlers liegen lediglich persönliche, nicht sachliche Motive zu Grunde“.

Der Nachfolger Bismarcks, General von Caprivi, wird, weil er gegen Bismarck gebraucht wurde, in der Frankfurter Zeitung geschmäht; in dem Streite mit seinem großen Vorgänger werden die elenden Amtschikanen Caprivis ebenso verteidigt, als das Auftreten des Fürsten Bismarck verunglimpft wird; die Frankfurter Zeitung glaubt sogar — trotz ihres freiheitlichen Rechtsstandpunktes, dem sie sonst auch bei Gegnern weniger leicht untreu wird als das Berliner Tageblatt —, daß gegen den Fürsten Bismarck wegen seiner politischen Stellungnahme strafrechtlich eingeschritten werden könne (Frkf. Z. 184 A am 2. 7. 1892; 189. I am 7. 7. 1892).

Der Triumphzug des Fürsten Bismarck im Sommer 1892, die Parteinahme angesehener Kreise des Volkes für den von Berlin aus Geächteten in Rundgebungen, deren Bedeutung nicht zu leugnen war, weckten in der Frankfurter Zeitung zuerst Hohn, nachher das Gefühl einer erlittenen Niederlage.

Nebenher finden wir in der Frankfurter Zeitung hie und da auch Verständnis für die Bündnispolitik des Fürsten Bismarck, eher jedenfalls als in dem Berliner Tageblatte; in Einzelfällen beruft sich die Frankfurter Zeitung sogar auf den Fürsten Bismarck, nämlich wenn ihr ein Regierungsverlangen in Heeres- oder Flottenfragen mißbehaglich wird.

Auch die Frankfurter Zeitung beteiligt sich an dem verkehrten Treiben, dem Fürsten Bismarck sein hohes Lebensalter vorzuwerfen (Frkf. Z. 189. I am 7. 7. 1892: „Diese Auslassungen haben nur noch einen Wert als Beiträge zur Psychologie des Greisenalters eines großen Staatsmannes“).

Auch diese Bemerkung bezieht sich auf die abfällige Beurteilung, welche Fürst Bismarck dem Nachfolger angedeihen ließ zu einer Zeit, da Deutschland nichts nötiger tat als sachverständige Kritik. Diese Kritik fehlte trotz Pressefreiheit und Parlament leider ganz und gar; der Niedergang des Reiches, welcher damals in Regierung, Parlament und öffentlicher Meinung anhub, die Schande des Deutschtums ließ weite Kreise kalt: man hatte damals noch nicht zu hungern. — Die Regierung streute Unwahrheiten aus und unterdrückte die Wahrheit; sie wirkte zu Gunsten einer byzantinischen Darstellung der Verhältnisse und Hergänge; nicht die Sache galt bei solchen Darstellungen in erster Linie, sondern es sollten die Personen gelten.

Die Bismarckschen Auslassungen aus der Zeit seiner Amtlosigkeit — dies kann nicht oft genug wiederholt werden —, waren damals eine Fundgrube politischer Staatsweisheit, und heute gewähren sie uns einen kostbaren Anhalt für die geschichtliche Erkenntnis der Entgleisung unseres lange Jahre so wohl geleitet gewesenen Reiches.

Wenn eine zweifellos mit Verstand redigierte Zeitung in ihrem Urteile so greifbar fehlgeht, wie wir oben sahen, so können wir daraus einen Schluß ziehen auf die falschen Grundanschauungen, in welchen die Verfasser der Zeitungsaufsätze hingen, und dies gegenüber dem Manne, welchem Deutsch-

land alles verdankte, was sein Aufsteigen bewirkte, auch das Aufblühen seines Handels. Dem Unterliegen seiner Ratschläge hat Deutschland die heutige Weltvereinsamung zuzuschreiben wie die heutigen Geldverluste. Der fanatische Haß, mit welchem man den Fürsten Bismarck noch in der Amtlosigkeit verfolgte, läßt darum mit Notwendigkeit auf Instinkte schließen, die sicher nicht in nationaler Richtung lagen.

Wir stellen, was wir sagten, zur Kennzeichnung der Frankfurter Zeitung von vornmals fest und fügen, was die Beurteilung des Fürsten Bismarck durch die Frankfurter Zeitung betrifft, zwei Einzelbeispiele hinzu.

Frkf. Z. 182. I am 1. 7. 1892. — Unter Bezugnahme auf Frankreich, wo gerade eben die Regierung bei Gelegenheit der Interpellation Dreyfuß durch die Antwort des Kriegsministers Freycinet gegen die „Judenheße“ aufgetreten war, heißt es unter anderem: Bei uns in Deutschland liege die Schuld für den Antisemitismus nicht an unserm Bürgerthum noch an unserm Bauernstande noch an unseren industriellen Arbeitern. Die Schuld liege „höher“. Fürst Bismarck habe den „Antisemitismus“ planmäßig zu einer politischen Partei großzuzüchten versucht“; Friedrich III. habe sich bei seinem Regierungsantritte gegen den Antisemitismus in einem schlichten, aber wohlthuenden, warmen, versöhnenden Worte ausgesprochen. — Hofprediger Stöcker wird dann als Prediger des angeblich von oben begünstigten Antisemitismus namhaft gemacht.

„Die Regierung des Deutschen Reiches und des größten deutschen Staates sollte in dieser Frage endlich das Beispiel befolgen, das ihr nicht bloß die französische, sondern auch andere und selbst in unserm eignen Lande einige kleinere Regierungen gegeben haben. Es wäre nur klug von ihr, nachgerade den Staub der Bismarckschen Politik von ihren Füßen zu schütteln. Ja, die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Meinung ist im Grunde ein Schiboleth für und wider Bismarck. Denn wer anders als der persönliche Wille des entlassenen Kanzlers war es, der ohne jede Notwendigkeit nach kaum geschlossenen äußeren Frieden . . . jenen traurigen Kulturkampf heraufbeschwor“, um nach Ansicht der Frankfurter Zeitung mittelst des „divide et impera“ zu regieren. Nach dem Fiasko des Kulturkampfes und der weiteren „offiziellen“ Regierungsnotbehelfe — des Sozialistengesetzes und der Polenheße — habe die „offiziöse“, das ist die von dem Fürsten Bismarck angeblich angeregte, jedenfalls als „Regierungsmittel“ begünstigte, nämlich „hofpredigerlich“ betriebene Judenheße den Fürsten Bismarck überlebt.

„Hier ist darum einer der wichtigsten Punkte, wo der oder die Nachfolger Bismarcks endlich die Energie haben müssen, mit seinem als fehlerhaft und gefährlich erkannten System offen und rückhaltlos zu brechen.“

Hierzu sei nur bemerkt, daß Fürst Bismarck, wie der Artikelschreiber schon im Jahre 1892 hätte wissen können, von dem politischen Antisemitismus nie das Geringste wissen wollte. Dies hob der Abgeordnete Bamberger in seiner Schrift „Bismarck posthumus“ ausdrücklich hervor; es ist und war aber auch

aus zahlreichen Aeußerungen des amtlichen und des nachamtlichen Bismarck mit Leichtigkeit zu ersehen; selbst das Berliner Tageblatt hat diese Tatsache anerkannt. — Mit dem Hofprediger Stöcker hatte Fürst Bismarck nicht das Geringste zu schaffen; Stöcker wurde in hohen Kreisen von hohen Personen geschützt, aber nicht von dem Fürsten Bismarck. Gerade Fürst Bismarck hat den Prinzen Wilhelm — jetzigen Kaiser — von Stöcker losgerissen; Fürst Bismarck sagte damals, mit einem Manne wie Stöcker lasse sich nicht regieren. — Unter der Regierung Friedrichs III. widerriet Fürst Bismarck, dem Hofprediger Stöcker eine allzu plötzliche Behandlung zuteil werden zu lassen; es geschah dies aus Gründen rechtlicher und staatsmännischer Natur. Stöcker wurde damals vor die Wahl zwischen seiner Agitation und seinem Predigeramte gestellt. Es ist bekannt, in welcher tiefem Hasse trotzdem gerade Stöcker und seine Gesinnungsgenossen gegen den Fürsten Bismarck lebten; der Haß hat seinen Grund freilich mehr in anderem als in der ablehnenden Haltung des Fürsten Bismarck zu dem politischen Antisemitismus von Stöcker.

Demnach ist also die in der Frankfurter Zeitung erhobene Behauptung oder Beschuldigung, daß der Antisemitismus von dem Fürsten Bismarck in das Leben gerufen, begünstigt oder auch nur benutzt worden sei, aus irgend einem Grunde, über welchen wir eine Vermutung nicht äußern wollen, willkürlich aus der Luft gegriffen. Der Antisemitismus selbst war eine aus Klassen-gegensätzen hervorgegangene Bewegung, welche Ende der sechziger Jahre in der Gesellschaft ausbrach, und gegen deren Umsichgreifen keine Regierung das Geringste hätte ausrichten können. Fürst Bismarck war dazu mit den innerpreußischen Verhältnissen nicht so eingehend befaßt und war in ihnen auch nicht so allmächtig, wie damals viele glaubten. Der Antisemitismus richtete sich aber, wie doch sehr wohl bekannt ist, teilweise sogar gegen den Fürsten Bismarck selbst: bis zu seinem Amtsende, als er beschuldigt wurde, mit „Juden und Jesuiten (Bleichröder und Windhorst)“ Pläne zu schmieden, warf man ihm seine Privatbeziehung zu Bleichröder vor. Fürst Bismarck duldete aber bis in seine Amtslosigkeit hinein niemals, daß in seiner Gegenwart auf Bleichröder gescholten wurde.

Das Gegenverhalten Bleichröders und mit ihm zusammenhängender Personen bildet wieder eine Sache für sich. Man lese darüber die Denkwürdigkeiten Hohenlohes nach. Was dem Fürsten Bismarck betrifft, so konnte er nach seiner ganzen Natur „generell“ weder hassen noch lieben: ihm war die Bewertung oder Behandlung eines Christen oder eines Juden, eines Protestanten oder eines Katholiken immer nur Einzelfall. Er sprach gelegentlich auch von dem Judentume, und er warnte dabei vor dem Scheerem über einen Kamm: die verschiedenen Schichten des Judentumes, meinte er, müsse man bei der Beurteilung auseinanderhalten. Am wenigsten hielt Fürst Bismarck von den „Preßjuden“ und hob im besonderen das deutsch-feindliche Wirken der jüdischen (wie auch der polnischen) Preßschriftsteller in Rußland hervor; bei einer anderen Gelegenheit sprach er von dem „Geschreibsel jüdi-

scher Mietlinge“, das sich die englische Regierung durch ihre Gesandtschaft einschicken ließe, um es für „den wahren Ausdruck einer taubereiten Stimmung hinzunehmen“. Solches alles hinderte aber dem Fürsten Bismarck nicht, die Brauchbarkeit auch jüdischer Schriftsteller gelegentlich zu nutzen.

Ueber den Antisemitismus, namentlich über den politischen Antisemitismus sprach sich Fürst Bismarck niemals günstig aus. Wenn ihm unter anderem auch Juden abgeneigt waren, so konnte der Grund hierzu nur in den betreffenden Juden selbst liegen und in nationalem Gegenempfinden bei ihnen ohne Reizung durch Antisemitismus des Fürsten Bismarck selbst. Jüdische Anfeinder des Fürsten Bismarck konnten darum höchstens der Geltung des Judentumes schaden und dem Antisemitismus von ihrer Seite aufhelfen. Allgemein war aber und ist der Bismarckhaß auch unter den Juden nicht.

Dem Wirklichkeitssinne der Frankfurter Zeitung von 1892 spricht der eben behandelte Artikel ein recht ungünstiges Zeugnis. Nicht besser steht es mit dem nun folgenden Artikel, welcher durch Aufsehen erregende Äußerungen des Fürsten Bismarck zu einem Schriftsteller der Wiener Freien Presse im Juni 1892 veranlaßt worden war. Wir erinnern hier an unsere frühere Darlegung der Vorgänge unmittelbar nach dem Amtsaustritte des Fürsten Bismarck, an den Abbruch der Bündnisbeziehung zu Rußland, welchen Caprivi vorgenommen hatte (S. 64), und dann an die Wiener Reise des Fürsten Bismarck im Sommer 1892 (S. 16). Dort zu Wien sprach sich Fürst Bismarck über die Politik seines Nachfolgers in der Öffentlichkeit unumwunden aus, nachdem ihn dieser Nachfolger mit lichtscheuen Heimlichkeiten hatte chikanieren lassen. Fürst Bismarck sagte unter anderem damals, man habe den „Draht“ zerschnitten, der uns mit Rußland verband; im einzelnen ließ sich Fürst Bismarck dagegen über das von ihm mit diesen Worten Gemeinte damals nicht aus.

Frkf. Z. 177.1 am 25. 6. 1892: „Mit nackten Worten wird hier der Regierung gesagt, daß sie unfähig sei, die Aufgabe zu lösen, Deutschland in der Stellung zu erhalten, die Bismarck ihm gegeben habe (dies war aber richtig!). Das tritt ganz besonders in der Bemerkung über unser Verhältnis zu Rußland zutage, auf das der Reichskanzler seine Hauptanklage gegen die jetzige Regierung gründet (mit vollstem Rechte!!!). Er legt es ihr zur Last, daß der deutsche Einfluß auf die russische Politik geschwächt, daß das persönliche Vertrauen des Zaren Deutschland gegenüber geschwunden ist.“ Mit meiner Demission ist der Draht abgerissen, der uns mit Rußland verbunden hat. „Ein stolzes Wort, aber nicht minder unwahr als stolz. Wie war es denn mit dem deutschen Einfluß auf die russische Politik zu Bismarcks Zeiten?“ — Setzt werden in der Frankfurter Zeitung erwähnt das deutsch-oesterreichische gegen Rußland gerichtete Bündnis von 1879, der von Bismarck in den achtziger Jahren gegen Rußland geführte Finanzkrieg, die Äußerung Bismarcks im Februar 1887, daß „die öffentliche Meinung“ Rußlands dem deutschen Bundesgenossen „die Tür gewiesen habe,“ daß Deutschland sich nicht aufdränge und nicht nachliefe! Alle diese Anführungen sollen beweisen, daß die Beziehungen Deutschlands zu Rußland, der Einfluß Deutsch-

lands auf die russische Politik auch zu Bismarcks Zeiten ungünstig gewesen sei; darauf fährt die Frankfurter Zeitung fort:

„Genau so verhält es sich noch heute; wenn unser Verhältnis zu Rußland sich nicht geändert hat, wenn uns immer noch „die Türe gewiesen ist“, so ist das wahrlich nicht die Schuld der Nachfolger Bismarcks; diese haben eben — und das gereicht ihnen zum Lobe — den Rat befolgt, daß man sich Rußland nicht aufdränge, ihm nicht nachlaufen dürfe.“

„Mit dem persönlichen Vertrauen des Zaren kann Fürst Bismarck auch nicht prangen; wo war denn das Vertrauen, als der Zar 1889 nach Berlin kam? Es war bedenklich erschüttert worden durch „gefälschte Urkunden“, die eine deutsch-feindliche Intrigue dem Zaren in die Hände gespielt hatte; eine derartige Erschütterung deutet doch wohl darauf hin, daß dem Vertrauen die feste Grundlage gefehlt hat. Wer die Lage unbefangen würdigt, wird sagen müssen, daß sie heute nicht schlechter und nicht besser ist, als sie zu Bismarcks Herrscherzeit war.“

Frkf. Z. 181. II am 29. 6. 1892. — Es wird vermutet, „daß wohl Rußland dem Fürsten Bismarck nicht getraut habe oder doch der jetzigen Regierung mehr traut als ihm.“

Sehr wenig schmeichelhaft ist es für das des Sinnes für die politische Wirklichkeit wenigstens des Augenblickes nicht durchaus entbehrende Frankfurter Blatt, wenn es im Jahre 1892 glauben machen will, daß sich gegen Bismarcks Zeiten in dem Verhältnisse des Deutschen Reiches zu Rußland nichts verschlechtert habe, da doch schon im Jahre 1891 der russisch-französische Zweibund gegründet wurde. Er war, wie wir oben (S. 14. 65.) darlegten, die Folge der Caprivischen Politik. Caprivi hatte die Erneuerung des Neutralitätsvertrages mit dem Zarenreiche auf weitere drei Jahre schlanker Hand zurückgewiesen, trotzdem dieser Vertrag seit längerer Zeit durch die Zustimmung der beiden Monarchen bereits gesichert war; seiner Einwirkung auf die Allerhöchste Stelle ist das Abreißen des „Drachtes mit Rußland“ zu danken (s. o. S. 14. 64.).

Zu Bismarcks Zeiten waren in unserem Verhältnisse zu Rußland wiederholt Trübungen vorgekommen; sie wurden aber durch Bismarcks Geschicklichkeit stets überwunden, und zuletzt bestand zwischen beiden Staaten die schon oben (S. 63) erwähnte Abrede, daß ein jeder von ihnen in wohlwollender Neutralität verharren wolle, wenn einer von ihnen von einer dritten Macht — Deutschland von Frankreich, Rußland von England aus — angegriffen werden sollte. Dem Geiste dieser für den Kriegsfall getroffenen Abrede mußte die laufende Politik der beiden Reiche entsprechen, und in diesem Sinne hat Fürst Bismarck die reichsdeutsche Politik bis zu seinem Abgange geleitet. — Wie lange diese Politik später noch möglich, und was im Verneinungsfalle weiterhin zu tun war, mußte Sache der Zukunft sein; die wohlgeordnete Beziehung überraschend und verlegend abzubrechen, war mehr als ein Fehler. Fürst Bismarck nannte darum seinen Nachfolger einen „politischen Unalphanbeten“.

Der von dem Fürsten Bismarck zu Wien gemeinte russische „Draht“, den er selbst bis zu seinem Amtsende festgehalten haben wollte, bestand in der Beziehung der amtlichen Kreise von Berlin und Petersburg; „die öffentliche Meinung“, d. i. die hohe Gesellschaft, war in Rußland seit Jahren größtenteils feindlich gestimmt. — Alexander III. sagte zu dem Fürsten Bismarck im Herbst 1889, daß er wohl zu ihm Vertrauen hege; aber er zweifelte, daß Fürst Bismarcks Verbleiben im Amte gesichert sei. Vermutlich war dem russischen Herrscher bekannt, daß in Berlin gegen russische — wahrscheinlich also englische Einflüsse — an Boden gewannen. Darum traute er den Berliner Dingen nicht ganz. Die Ereignisse gaben ihm dann auch Recht.

Der letzte Besuch Alexanders III. am Berliner Hofe, der Besuch von Herbst 1889 war es, um welchen sich die Behauptung des Fürsten Bismarck von dem Vertrauen des Zaren zu seiner Person und von seinem Mißtrauen gegenüber dem Berliner Hofe drehte. Die Frankfurter Zeitung bringt mit diesem Besuche von Herbst 1889 einen Vorfall in Verbindung, der wiederum ein unterströmendes Mißtrauen des Zaren gegenüber der Politik diesmal des Fürsten Bismarck beweisen, also der russischen Politik des Fürsten Bismarck den Erfolg abstreiten soll. Indes spielte der in der Frankfurter Zeitung erwähnte Vorfall mit den gefälschten Aktenstücken über Bismarcks Verhalten zu Rußland in den bulgarischen Wirren nicht bei Gelegenheit des Zarenbesuches von 1889, sondern die Sache trug sich bei dem voraus gegangenen Zarenbesuche in dem letzten Lebensjahre Wilhelms I. zu. Es war am 15. November 1887 — Einer sonst wohl unterrichteten Zeitung hätte, wenn ihr Urteil nicht durch blinden Haß beirrt worden wäre, der eben festgestellte grobe Irrtum der Verwechslung von zwei damals nicht weit zurückliegenden Vorgängen durchaus nicht unterlaufen können. Wir sehen hieraus, wie im Jahre 1892 die Urteile über den damals seit zwei Jahren amtslosen, aber in selbstgewählter Tätigkeit weitererschaffenden Bismarck zurecht gemacht wurden.

Der, wie wir feststellten, blinde Haß gegen den Fürsten Bismarck, die Anzweifelung seiner staatsmännischen Kunst an einem Punkte, wo Fürst Bismarck heute gerade besonders unangreifbar und der unmittelbare Nachfolger als der erwiesene Urheber späteren Unheils dasteht, sprechen für den nationalen Instinkt der Frankfurter Zeitung nach unserem Dafürhalten nicht.

Der Mangel an nationalem Witterungsvermögen war in Sachen des Fürsten Bismarck während der neunziger Jahre freilich nicht allein bei der linksliberalen Presse zu bemerken; eine stattliche Reihe von Blättern anderer Richtung — voran die jederzeit wetterwendische „Ölnische Zeitung“ — wetteiferten in der Beschönigung des verkehrten Tuns von oben und in Verwahrungen gegen alles Warnen des früheren Reichskanzlers. Weiße Kreise des deutschen Volkes weigerten sich hartnäckig — und weigern sich teilweise noch heute —, nur irgenb einen Fehler anzuerkennen, wenn die Fehler von Personen ausgingen, die auf Bismarcks früherem Platze saßen. Man

hatte über dem vielen Großen, das man lange Jahre zu sehen gewohnt war, das „Magenmaß“ verloren; man verkannte den einen Großen und erkannte die vielen großen Eselen der A n d e r e n nicht. Diese „R e i c h s d u m m h e i t“ trug zu unserm politischen Mißgeschick — bis auf den heutigen Tag — noch weiter bei.

Im Sommer 1892 war noch nicht deutlich erkennbar, was Fürst Bismarck mit „Dem abgerissenen Drahte zu Rußland“ genau meinte; nur die Leute der Regierung wußten sofort Bescheid und ergingen sich darum in einfältigen Wutäußerungen. Im Oktober 1896 ließ sich Fürst Bismarck in den Hamburger Nachrichten des Näheren aus. Im Vordergrunde stand dabei die jähe Ablehnung des zur Erneuerung stehenden Neutralitätsvertrages mit Rußland durch den Nachfolger Bismarcks unmittelbar nach dessen Abgange (s. v. S. 64). Diese aus dem Bestande der früheren preußisch-russischen Innigkeit gerettete Abmachung nahm in der Bündnispolitik des Fürsten Bismarck an Wert den Platz nächst dem Verteidigungsbündnisse mit der österreichisch-ungarischen Monarchie ein und erschien dem Schöpfer des Dreibundes bedeutungsvoller als die seit acht Jahren bestehende Dreibundgenossenschaft mit dem jederzeit unzuverlässigen und militärisch nicht viel vermögenden Königreiche Italien. Die russische Abrede sicherte dem Deutschen Reiche innerhalb Europas eine vorteilhafte Stellung und zwar eine Stellung, von welcher aus, falls die russische A m t s politik im Laufe der Zeit den Volksirrungen folgen und eine entschieden deutsch-feindliche Richtung einschlagen sollte, auch eine a n d e r e Stellung sich leichter erringen ließ als von der Entwurzelung aus, die Bismarcks Nachfolger verschuldet hat.

Die willkürliche Aufopferung der strategisch günstigen Lage von 1890 konnte selbstverständlich nicht zum sofortigen Ausbruche des schon lange⁹ gefürchteten Zweifrontenkrieges führen — dies brachte Leicht herzige Politiker in Amt und außerhalb über die Preisgabe des Vertrages hinaus —, und es ließ sich auch nach Wegfall des Neutralitätsvertrages immerhin noch erfolgreich Politik gegenüber Rußland und ließ sich auch andere Friedenspolitik betreiben. Dies hob Fürst Bismarck gelegentlich selbst hervor. Aber einen erheblichen Schaden, einen Verlust, den auch ein gewiegter Diplomat nicht im Handumdrehen auszugleichen vermochte, stellte der Schritt Caprivi doch dar, und zugleich enthielt dieser Schritt im Frühjahr 1890 ein ungünstiges Vorzeichen für dasjenige, was von der Wilhelmstraße in Berlin politisch weiter kommen konnte oder was n i c h t mehr kommen sollte und was tatsächlich nicht wiedergekehrt i st. Und wirklich folgten dem ersten Fehlschritte die anderen nach: im zweiten Jahre der Caprivi'schen Kanzlerschaft galt die Stimme des Deutschen Reiches im Räte der Völker bereits erheblich weniger als vordem, und am Petersburger Hofe galt der deutsche Botschafter nicht mehr viel. — Im Herbst 1896 reisten Zar und Zarin nach Paris. Die damaligen Freudenrufe der Franzosen veranlaßten den Fürsten Bismarck zu der Aufsehen erregenden Enthüllung in den Hamburger Nachrichten, die in

weiten Kreisen des Volkes über die Versäumnisse der nachbismarckschen Regierung und deren Folgen erst die vollständige Aufklärung brachte.

Fürst Bismarck bemerkte damals zu der nach seiner Abdrängung Rußland gegenüber eingeschlagenen Politik des Deutschen Reiches u. a. Folgendes:

„Wir finden es nur erklärlich, wenn auch ein so mächtiger und unangreifbarer Staat wie das Russische Reich sich sagt: Einen sicheren Bundesgenossen müssen wir uns in Europa zu halten suchen. Wir hatten früher auf den Dreikaiserbund gerechnet, dann wenigstens auf das Hohenzollernsche Haus in seinen gesteigerten Machtverhältnissen; wenn wir aber von dorthier, statt eine zuverlässige Stütze in schwierigen Lagen zu finden, eine Behandlung der politischen Fragen erleben, die nur russenfeindlich gemeint sein kann, dann müssen wir doch sehen, daß wir eine anderweitige Anlehnung finden, die sonst bisher keine entscheidende Anziehungskraft für uns hatte.

So entstand Kronstadt mit der *Marseillaise* (wo der stolze Zar auf französischem Schiffe die antimonarchische *Marseillaise* stehend anhörte) und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentume und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt. Dieselbe hat Rußland genötigt, die *Affekuranz*, die ein vorsichtiger Politiker in den großmächtlichen Beziehungen Europas gern nimmt, in Frankreich zu suchen.“

Wir stellten bereits oben fest (S. 65), daß die Bismarcksche Anschauung über die Ursachen der „franko-russischen Entente“, über die Schuld der reichsdeutschen Politik an ihrem Entstehen bald nach der eben wiedergegebenen Auslassung des Fürsten Bismarck in einer russischen Monatschrift genau bestätigt wurde. Auch Zar Nikolaus bezeichnete zu Paris das Jahr 1890 als das Ursprungsjahr der — erst 1891 zutage getretenen — russisch-französischen Verständigung.

Mit der Aufsehen erregenden — weil nicht mehr abzulehnende Aufklärung bringenden — Kundgebung des Fürsten Bismarck über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag befaßt sich die Frankfurter Zeitung Oktober und November 1896 in einer Reihe teilweise bis zur Belustigung verlegener Artikel (z. B. Freff. 3. 292. II am 25. 10. 1896; 298 A am 26. 10. 1896; 299 A am 27. 10. 1896; 302. II am 30. 10. 1896; 305 A am 2. 11. 1896).

Daß man in Berlin „eine so vorteilhafte gegenseitige *Affekuranz*“ fortzusetzen abgelehnt haben sollte, will dem Frankfurter Blatte durchaus nicht in den Kopf! Anerkannt wird dabei, daß die „demonstrative Annäherung an England“ unter Caprivi ein Fehler war, wie ihn Bismarck nicht begangen haben würde. — Dann heißt es:

„Aber Wahrscheinlichkeit nach hätte auch Fürst Bismarck eine weitere Annäherung zwischen Rußland und Frankreich nicht verhindern können . . . : jedenfalls ist er es schon gewesen, der von einem Kriege mit zwei Fronten gesprochen, auf einen solchen sich vorbereitet hat. In seinem Munde nimmt sich daher die Behauptung sehr sonderbar aus, daß die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zaren-

lume und der französischen Republik ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt worden sei.“

Nun war an die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges unter Fürst Bismarck selbstverständlich gedacht und waren von ihm auch militärische Abwehrmittel betrieben, war gegen diese Möglichkeit der Bund mit Oesterreich-Ungarn aufgerichtet worden; zu den diplomatischen Vorbeugungsmaßnahmen gehörte weiter der von Caprivi — auf englisches Betreiben — preisgegebene Vertrag und eine in gleichem Geiste geführte Politik.

Dies alles wird in der Frankfurter Zeitung im Herbst 1896 auch sehr wohl eingesehen: damals machte sich die wachsende Intimität Rußlands mit Frankreich wohl auch im Geschäftsleben schon recht fühlbar. Aber die Anerkennung, daß Fürst Bismarck Recht hatte und sein neukurslicher Nachfolger nicht gerettet werden konnte, fällt dem Frankfurter Blatte doch recht schwer. Sollte vielleicht der russisch-deutsche Vertrag, so wird gefragt, noch eine andere — von dem Fürsten Bismarck nicht namhaft gemachte — Gegenleistung für Deutschland erhalten haben, um derentwillen Caprivi den Vertrag nicht gutheißen wollte?

Indes die einzige Gegenleistung Deutschlands bestand in strikter Neutralität gegenüber etwaigen russisch-englischen Mißheiligkeiten. Die Gewißheit dieses reichsdeutschen Wohlwollens war für die russische Politik von hohem Werte; denn sie schützte Rußland nicht bloß vor England, sondern auch vor einem oesterreichisch-englischen Bunde, in welchem das Deutsche Reich unter Umständen hineingeraten konnte. Fürst Bismarck sicherte Rußland diese wohlwollende Neutralität und sicherte dem Deutschen Reiche den Gegenwert. Ein Ausspruch von ihm lautet: „In der Politik tue niemand etwas für den anderen, wenn er nicht zugleich auch sein eigenes Interesse dabei findet.“

Die von der Frankfurter Zeitung um Aufschluß über die Behauptungen des Fürsten Bismarck angerufenen Regierungsstellen vermochten die von dem Fürsten Bismarck behauptete Tatsache, so beschämend diese angesichts des eben stattgehabten Zarenbesuches zu Paris auch sein mochte, nicht abzuleugnen. Von jetzt ab verlegt sich die Frankfurter Zeitung nur noch auf Nebensachen. — Der dem Grafen Caprivi gemachte Vorwurf, hieß es schon gleich am Anfange, enthielte auch einen Angriff auf den Kaiser (dieser war tatsächlich in diesem Falle seinerseits von Caprivi beraten worden, nachdem Caprivi seine Belehrung anderweitig, in letzter Quelle wohl von England aus bezogen hatte). — Getadelt wird ferner ernstlich, daß Fürst Bismarck den Vertrag mit Rußland in Wien nicht mitgeteilt habe, während wiederholt anerkannt wird — hier im Unterschiede von anderen linksliberalen Blättern —, daß der deutsch-russische Neutralitätsvertrag den Bestimmungen des Dreibundes nicht zuwiderliefe.

Zuletzt versteift sich die Frankfurter Zeitung auf die Feststellung, daß Fürst Bismarck mit der Preisgabe seines Amtswissens von früher unbefugt gehandelt, daß er „Landesverrat“ begangen habe. In dasselbe Horn stießen damals viele bismarckfeindliche Blätter, während offiziöse und andere Zei-

tungen sich vor der unliebsamen Tatsache, die Bismarck enthüllt hatte, jammernd oder stillverlegen bekreuzigten.

Die entscheidende Tatsache der Bismarckschen Veröffentlichung indes, die Preisgabe des Neutralitätsvertrages durch Caprivi, konnte dem Fürsten Bismarck von Amts wegen nicht bekannt geworden sein; denn sie ereignete sich erst nach seinem Amtsaustritte. Der ganze Sachverhalt war überhaupt nicht nur an den fremden Höfen unter der Hand längst verlautet, sondern wie wir aus den Denkwürdigkeiten Hohenzolnes ersehen, war er auch einer Reihe von Personen bekannt geworden, die nach strengstem Rechte nichts davon hätten erfahren dürfen. Auch die Engländer wußten schon lange Bescheid um den deutsch-russischen Vertrag; die deutsche Neutralitätspolitik hatte sich ihnen seit Jahren bereits fühlbar gemacht, und die Tatsache der vertraglichen Festlegung ließ sich nicht nur vermuten, sondern auf englischen Nebenpfaden auch direkt ermitteln.

Im übrigen dürfen wir und durfte man im Herbst 1896 dem Fürsten Bismarck die Verantwortlichkeit für das, was er tat, getrost selber überlassen. Auch in diesem Falle war seine Auslassung dem Vaterlande förderlich: sie schadete niemandem, außer daß sie denjenigen Personen Verdruß brachte, welche den Bod geschossen hatten und Schonung nicht verdienen: sie hat für Gegenwart und Zukunft aufgedeckt, was sonst für immer unbekannt geblieben wäre. Die begangenen Fehler aber wenigstens zu erfahren, kann unter Umständen dem Gesamtwohle heilsam sein.

Die Frankfurter Zeitung würde sich im Herbst 1896 ein Verdienst erworben haben, wenn sie sich unumwunden zu dieser Wahrheit bekannt hätte. Die politische Erkenntnis fehlte bei ihr, wie wir sahen, hierin nicht ganz.

Die Frankfurter Zeitung und die Wehrfragen.

In der Frankfurter Zeitung finden wir den antimilitaristischen Linksliberalismus der Jahrzehnte zwischen den Kriegen von 1870/71 und 1914 wachsend vertreten. Die Zeitung zeigt in ihrer tiefen Abneigung gegen alles, was man „Militarismus“ nannte, während dieser Jahre nicht das geringste Schwanken.

Gegenüber der Molluskenhaftigkeit des Berliner Tageblattes tritt uns in der Frankfurter Zeitung ein Knochengerüste entgegen, über dessen Schönheit die Ansichten auseinandergehen, dem wir aber Einheitlichkeit und Stärke nicht absprechen können. Die Frankfurter Zeitung stellt eine Großmacht für sich dar; sie hängt auch von keiner Parteileitung irgend wie ab; bestimmend für sie ist stets das Interesse der Hochfinanz. Wie das Berliner Tageblatt steht auch die Frankfurter Zeitung seit dem Abgange des Fürsten Bismarck in Beziehungen zu dem Auswärtigen Amte; wir lassen dahingestellt, ob sie aufgesucht wurde oder aufgesucht hat.

Der Gegenstandspunkt der Frankfurter Zeitung tritt, wenn auf die Heeresforderungen die Rede kommt, in jedem Falle klar zutage: der „Militarismus“ hat für die Frankfurter Zeitung keine Berechtigung: kurzer Hand wird alles abgewiesen, nicht wie im Berliner Tageblatte auf allen nur auffindbaren Nebenwegen mißlieblich gemacht und dabei scheinbar noch empfohlen.

Mag die Schriftleitung der Frankfurter Zeitung heute zu ihren früheren Streitartikeln sagen, was sie will: tatsächlich ist „Militarismus“ ein Lieblingswort der Frankfurter Zeitung, und tatsächlich werden in der Frankfurter Zeitung gegenüber den Wehrvorlagen in jedem Einzelfalle die Bedenken bevorzugt, werden Schwächen der Begründung mit Vorliebe ausfindig gemacht, und wird der Begründung nur scheinbar Gehör geschenkt.

Wie die Schriftleitung des Frankfurter Blattes sich heute zu ihren vor dem Weltkriege Jahrzehnte lang in bezug auf Heer und Marine folgerichtig vertretenen Meinungen stellen wird, ist deren Sache und darf vielleicht in Spannung abgewartet werden. Die Gegnerschaft der Frankfurter Zeitung zu den vormals gerade in Sachen von Heer und Flotte so leidenschaftlich angegriffenen „Nationalisten“, „Alldutschen“ besteht ja heute in seitdem aufgetauchten Fragen anderer Art von neuem.

Die Art und Weise, in welcher die Wehrforderungen von der Frankfurter Zeitung bekämpft werden, bleibt sich während der Jahrzehnte vor dem Weltkriege vollkommen gleich. Gegenüber dem militärisch Geforderten betont die Frankfurter Zeitung immer während die wirtschaftlichen Nöte; regelmäßig tritt der geschädigte „Steuerzahler“ auf.

Die zur Begründung der jedesmaligen Wehrvorlagen angeführten Auslandsgefahren läßt das Frankfurter Blatt zum mindesten in dem behaupteten Umfange niemals gelten; meist soll es sich nur um Bange-machen handeln. Dann liebt es auch die Zeitung, die bereits vorhandenen Kampfmittel des Deutschen Reiches für ausreichend zu erklären.

Gerne wird in der Zeitung das Wort „uferlos“ gebraucht, am meisten in bezug auf das neue — seit dem Jahre 1897 angestrebte — Flotten-system.

Dieser Flottenbau wird seit Beginn, wird bereits auf die ersten sichtbaren Anzeichen hin in Leidenschaft und Beharrlichkeit bekämpft; er wird als „strategisch bedenklich“ bezeichnet.

In bezug auf Heer wie auf Seestreitkraft erscheint in den Streitartikeln der Frankfurter Zeitung das „Wettrüsten“ als gefährlich: das immerwährende Dazurüsten, heißt es, führe die Kriegsgefahr erst recht herbei.

Also hat die Frankfurter Zeitung in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege in Sachen von Heer und Marine alle Forderungen in jedem Einzelfalle ausnahmslos — so oder so — bekämpft.

Wie die Weltlage augenblicklich auch sei: sobald eine Wehrvorlage in Sicht steht, wird der politische Himmel für wolkenfrei erklärt. Ob Fürst

Bismarck oder ein Anderer Reichskanzler ist, welche Stimmungen auch im Volke Oberhand haben, welche Parteien immer die bewilligende Reichstagsmehrheit ausmachen, ob selbst die der Frankfurter Zeitung am nächsten stehende Partei — die Volkspartei — im Sommer 1913 der geforderten Heeresverfärkung zustimmt, die Frankfurter Zeitung selbst lehnt die Forderungen in jedem Einzelfalle ab: höchstens „dringend Notwendiges“ will sie zugeben.

Der Tadel begleitet in der Frankfurter Zeitung die Neuforderungen für Heer oder Marine ganz regelmäßig von dem Augenblicke der noch unbestimmten Kunde an bis zu der endgültigen Beschlußfassung des Reichstages. Zuweilen — aber nur, wenn im Reichstage die Verhältnisse für eine Vorlage ausgesprochen günstig liegen — verbleibt es bei geringerem Widerspruchsaufwand; in den meisten Fällen jagt ein Gegenartikel den anderen. — Die Zeitung bemüht sich in ihrem verneinenden Sinne auf Abgeordnete, auf Parteien und, wenn es sich gleichzeitig um Neuwahlen handelt, auch auf die Wählermassen zu wirken. In einzelnen Fällen wendet sie sich gegen die Vorlageinstanz an den Bundesrat oder nimmt sich, wenn Unstimmigkeiten innerhalb der maßgebenden Regierungskreise vermutet werden, der entscheidungsschwachen Regierungselemente gegen die vorwärts treibenden Personen an.

„Militarismus“ und „wirtschaftliche Wohlfahrt“ stehen sich immer gegenüber; auch das Schlagwort „Reaktion“ tritt in diesen Zusammenhängen auf. Der bedauernswerte „Steuerzahler“ bildet wiederum einen Typus; „Steuerzahler“ ist stets das dritte Wort. Omnia post nummos!

So ziemlich jeder im Reichstage durchgebrachten Vorlage wird dann nachgerufen, daß endlich einmal ein Einhalt erfolge.

Dabei läßt die Frankfurter Zeitung die jedesmaligen Neuforderungen als unnötig erscheinen: die Lage, heißt es in den Jahrgängen von 1890 bis 1913, habe sich ja seit der letzten Heeresbewilligung gar nicht geändert. Die behaupteten Gefahren werden in Abrede gestellt; der Himmel sei ja wolkenfrei, heißt es das eine Mal, und noch im Jahre 1913 — zur Zeit des zweiten Balkankrieges — wird behauptet, daß in Rußland (!), England (!), Frankreich (!) die Cabinette „friedliebend“ seien.

Auch wird den vorgeschlagenen Rüstungsverfärkungen stets die Wirksamkeit abgesprochen: für Augenblicksgefahren kämen sie zu spät, wird gesagt; für die Zukunft brächten sie eher Gefahr, da sie Mißtrauen weckten und andere Nationen zu weiteren Rüstungen anregten.

Gegen Heer wie Flotte werden von der Frankfurter Zeitung in eben gekennzeichnete Weise die nämlichen Gegengründe von Fall zu Fall, Jahrgang für Jahrgang immer wieder vorgebracht. Wie auch die Begründung im Einzelnen verschiedenartig zusammengestellt ist, die Einzelatome der Begründung und der Urteils tenor des Artikels wiederholen sich stets nur von neuem: mit unfehlbarer Sicherheit klingt es aus in: „Nein!“

Man lese hierüber die weiter unten folgenden Beweisartikel aus den Jahren 1890 bis 1913 nach.

Seit dem Septennatsbeschlusse von 1887 ist der Frankfurter Zeitung die Freude, daß ihr eigenes Verneinen im Reichstage Nachachtung fand, nur ganz vereinzelt zuteil geworden. So hatte zum Beispiele der Reichstag im Jahre 1887 zwei von dem Bundesrate geforderte Kreuzer gestrichen. Ueber diese Ablehnung schreibt die Frankfurter Zeitung, man werde bald sehen, daß darüber „kein Kladderadatsch“ komme“. (Frkf. Z. 81 A am 22. 3. 1897).

Im Gegenfalle, der seit 1887 die Regel bildete, wenn nämlich die Vorlage gute Ausichten hat oder schon bewilligt ist, wird mitunter gesagt, die Stimmungen im Volke seien künstlich gemacht worden. So beruhten schon die Septennatswahlen von 1887 nach der Frankfurter Zeitung (wie auch im Berliner Tageblatte) auf künstlich erregtem „Gruseln“ (Frkf. Z. 1. I am 1. 1. 1890). — Den bewilligenden Reichstagsparteien werden von der Frankfurter Zeitung mitunter bittere Vorwürfe gemacht; wir lesen Ausdrücke wie „Umfall der Nationalliberalen, Umfall des Zentrums“; „(Zentrum) kriecht zu Kreuze vor dem Militarismus“, „Distanzzeiten nach der Capriwi-Gunst“ (Frkf. Z. 11. III am 11. 1. 1893).

Wir unterlassen jede Bemühung, die wegen ihres Verhaltens zu den Leuten an der Spitze des Reiches also getadelten Parteien oder Personen retten zu wollen: sonderbare Menschlichkeiten haben sich während der neukurslichen und nachneukurslichen Jahre in Hülle und Fülle zugetragen, wenn sie auch im Ergebnis, in der Unterstützung der Wehrvorlagen durch Personen und Gruppen, welche dem Deutschen Reiche nicht unbedingt wohlwollten, unzweifelhaft zum Heile unseres Reiches ausschlugen. Der Frankfurter Zeitung dürfen wir in bezug auf die Wehrvorlagen seit Beginn des Reiches nur die eine Anerkennung zollen, daß sie die Schwachseiten der Gegnerschaft und der Gegnersache stets mit unfehlbarem Instincte auszuschälen verstand: der Beweis, daß Geldbezahlernüssen wehe tut, ist der Frankfurter Zeitung in jedem Einzelfalle gelungen. Ihre Haltung zu den Vorlagen für Heer und Flotte war aus Geldrückichten ausnahmslos verneinend.

Diese den Wehrerfordernissen gegenüber in jedem Falle Geld verneinende Tendenz spricht auch aus zwei Verbesserungsvorschlägen der Frankfurter Zeitung. Im Jahre 1905, als die Auslandsbeziehungen schon heillos verfahren lagen, als mit um deswillen für die Marine weitergehende Verstärkung gefordert wurde (s. o. S. 49), empfahl die Frankfurter Zeitung den Machthabern als Heilmittel gute Auslandspolitik. Dies ist ein Gedanke, den wahrscheinlich — in seiner Weise — auch Fürst Bismarck gebilligt haben würde. Ihm, dem früher bitter angefeindeten Staatsmanne, läßt ja die Frankfurter Zeitung um diese Zeit schon die Gerechtigkeit widerfahren, daß es unter seiner Leitung zu der Deutschland so ungünstigen — Geldaufwendungen für Wehrzwecke bedingenden — Konstellation von 1906 nicht hätte kommen

können (Bei Besprechung der Denkwürdigkeiten Hohenlohes in politischen Artikeln der Frankfurter Zeitung von Oktober 1906.)

Weniger bismarckisch erscheint — zumal unter heutigen Erfahrungen — der in Hinblick auf einen Krieg Englands mit dem Deutschen Reiche aufgeworfene Vorschlag der Frankfurter Zeitung, man solle eine internationale Ordnung des Seebeuterechts anstreben. Dann würde im Falle des Krieges die Handelschiffahrt weniger gefährdet sein, als man jetzt befürchte; dagegen könne im Kriegsfalle die deutsche Kriegsflotte den Handelsschiffen doch keinen Schutz bringen. — „Eine internationale und einheitliche Einschränkung oder Aufhebung des Seebeuterechts gehört also keineswegs zu den Utopien.“ (Trkf. Z. 273 A am 2. 10. 1905.)

In der letzten Zeit vor dem Kriege taucht — wiederum in einem Artikel über das „Wetkrüsten“ — in der Frankfurter Zeitung der Gedanke einer internationalen Rüstungskonferenz auf, um Maßnahmen zu erörtern, „die einen Stillstand im Wetkrüsten herbeiführen“. Da von dem Zaren die Initiative hierzu doch nicht zu erwarten sei, wird Präsident Wilson als Friedensheiland ausersehen.

„Nur eine Regierung könnte unter den obwaltenden Umständen den Völkern diesen Dienst leisten und sich deren Dankbarkeit sichern: die der Vereinigten Staaten! Präsident Wilson hat bei Uebernahme der Präsidentschaft edle, menschliche Gedanken geäußert: hier ist ein Feld, sie zu betätigen!“ (Trkf. Z. 393 A am 4. 4. 1913.)

Man vergleiche hiermit den Neujahrsartikel des Berliner Tageblattes vom 1. 1. 1899 aus der Feder des Hauptschriftleiters Levysohn: „Zar Nicolaus hatte für seine erhabene Friedens- und Abrüstungsidee, die ihn mit einem Schlage zu einem der populärsten Monarchen aller Zeiten gemacht, von Seiten der Realpolitiker manchen Angriff auf sich nehmen müssen. Man schalt ihn einen Utopisten und unpraktischen Träumer, einen Fürsten von Wolkenluchsheim. . .; aber der von ihm gestreute Samen wird doch aufgehen und Früchte tragen, wenn auch vielleicht erst unsere Urentel dahin gelangen werden, das Zarenfest des großen Friedens feierlich zu begehen.“

Damit das Kollegium der Friedensförderer vollzählig werde, erinnere man sich auch des Berliner Tageblattes vom 27. 3. 1913, wo über Churchill wörtlich gesagt wird: „Für dieses Wort (nämlich für den Vorschlag des Flottenbaufeierjahres), für den Mut der Bekenntnis gebührt Churchill der Dank der gesamten Kulturwelt.“ (S. dem Rest des Churchillhymnus o. S. 75).

Der russische Sammerzar, der englische Marinelaffe und Bauernfänger Churchill, der Weltkriegsbeschützer und Friedensheuchler Wilson: fürwahr, ein erhebendes Kleeblatt!

Wir werden uns in dem Folgenden von neuem mit den Wehrvorlagen von 1887 bis 1913 beschäftigen und verweisen, was die Verhältnisse betrifft, unter welchen die Vorlagen eingebracht und angenommen wurden, auf unsere früheren Darlegungen.

Die Frankfurter Zeitung zu dem Septennatstreite von 1887 und zu der Heeresvorlage von 1890.

Zu den Bismarckschen Heeresplänen, welche gegen die ursprüngliche Reichstagsmehrheit des Zentrums, des Freisinn und der Sozialdemokratie durchgesetzt wurden, befand sich die Frankfurter Zeitung ebenso in Gegnerschaft wie das Berliner Tageblatt (s. o. S. 33). Auch von der Militärvorlage des Jahres 1890, die bereits *Caprivi* im Reichstage vertrat, wollte die Frankfurter Zeitung schlechterdings nichts wissen. Man sehe darüber die nachfolgenden Artikel ein.

Frkf. Z. 1.1 am 1.1. 1890. — Nach der Aeußerung von Freude darüber, daß die Friedensausichten sich gebessert hätten, heißt es unter Bezugnahme auf die bevorstehenden Reichstagswahlen und zugleich in Rückblick auf die Septennatwahlen von 1887, deren Folge die Heeresbewilligungen von 1887 und 1888 waren, wörtlich weiter: „Schwinden aber die Wolken im Westen, so verliert auch im Osten der Himmel den bedrohlichen Charakter, und nicht zum zweiten Male wird es gelingen, die deutschen Wähler zum Profit der Reaktion zu einem Grusel zu bringen, das immerdar ein Hohn bleiben wird auf das Wort, der Deutsche fürchte nur Gott und sonst nichts auf der Welt.“

„Je bestimmter die Aussicht auf Erhaltung des Weltfriedens wird, um so gerechtfertigter ist die Erwartung, daß die Nationen in diesem Frieden das höchste Gut erkennen werden. Diese Erkenntnis wird aber auch die Frage der Solidariät der Interessen aufs Neue anregen müssen, vor allen Dingen bei den Völkern, die Herren ihrer Geschicke im Guten wie im Bösen sind. Gewiß werden sie es geboten finden, daß die Völker für die Segnungen des Friedens auch eine Prämie in der Aufwendung für ihre Rüstungen zu zahlen haben; aber es wird ihnen nicht mehr ein unpatriotisches Beginnen sein, wenn untersucht wird, ob nicht unberechtigte Sorge diese Prämie zu einer Höhe emporgeschraubt hat, die in der Erhaltung des Friedens kein volljähriges Äquivalent mehr erblicken kann. Gerade da, wo die gesetzlichen Grundlagen der Friedensrüstung am engsten sich mit dem gesamten Kulturleben berühren, sollte man es am wenigsten scheuen, diese Frage offen zu stellen und eine Antwort auf sie aus dem Volke heraus zu fordern.“

Weiterhin wird „Reaktion“ betont, und die Wähler von 1887 werden getadelt dafür, daß sie sich diese Rute aufgebunden haben. Das deutsche Volk wird auf die bevorstehenden Reichstagswahlen (zum ersten Male auf 5 Jahre) hingewiesen: es habe zu entscheiden, „ob auch ferner eine Vermehrung der Lasten und eine Verminderung der Rechte des Volkes der Inbegriff deutscher Geschichte sein wird.“

„Dem, der im Kampf steht und die Lösung kennt, ziemt nichts Anderes, als die Lässigen zu spornen, die Gleichgültigen aufzurütteln, den Mutigen Wehr und Waffen zu geben, mit denen sie sich wappnen können. Das ist der Beruf, den die Presse zu erfüllen hat; ihm im neuen Jahre zu genügen, wie wir es im alten getan haben, soll unser Stolz sein.“

Frkf. Z. 65. II am 6. 3. 1890. — Zu der Nachricht, daß dem neuen Reichstage bald große Forderungen für Militärzwecke zugehen

würden, heißt es: „Wir haben in der Wahlbewegung verlangt, daß man nur solche Männer wähle, die nur das unbedingt Notwendige auf diesem Gebiete bewilligen.“

Das eben Mitgeteilte wurde noch unter der Kanzlerschaft des Fürsten Bismarck und in allüberlieferter Gegnerschaft zu seiner Person geschrieben. Nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck wurde in der Thronrede vom 6. Mai 1890 die neue Militärvorlage — Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres und Vermehrung der Truppenkörper, insbesondere der Feldartillerie — amtlich angekündigt. Als Begründung wurde geltend gemacht, daß sich seit den Heeresgesetzen von 1887 und 1888 die Heereseinrichtungen unserer Nachbarstaaten in unvorhergesehenem Maße erweitert und vervollkommen hätten. — Sofort nahm die Frankfurter Zeitung gegen die Vorlage tatkräftig Stellung.

Frkf. Z. 127. I am 7. 5. 1890: Die Forderungen für eine abermalige Verstärkung der Heeresmacht (müßten) befremden, da der Friede nirgends bedroht erschiene und die Forderungen über das Septennat hinausgingen. Dem Reichstage werde „Verzicht auf die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes zu Gunsten des einseitigen Standpunktes der Militärverwaltung zugemutet“.

„Wenn man demgegenüber das Verlangen stellt, diese Verwaltung möge endlich einmal in bestimmter Weise sagen, welches äußerste Maß von Forderungen sie stelle, was kann das nützen? Von Jahr zu Jahr haben wir die Versicherung gehört, es sei jetzt allen Ansprüchen genügt, und regelmäßig steigerten sich von Jahr zu Jahr die Forderungen. Daß sich seit dem 13. Januar 1890, an welchem Tage der Kriegsminister die Erklärung abgab, über das Septennatsgesetz werde nicht hinausgegangen werden, die Heereseinrichtungen der Nachbarstaaten erweitert hätten, ist niemanden bekannt geworden, und wenn damals unsere Wehrkraft ausreichend war, so wird sie es auch heute noch sein. Dieses Hinausgehen über das Septennat zeigt uns die Schraube ohne Ende in voller Tätigkeit; vermag hier der neue Reichstag nicht entschieden Halt zu gebieten, so wird er auf die schiefe Ebene geraten, die seinem Vorgänger so verhängnisvoll geworden ist. Mit Wenn und Aber ist hier nichts getan; ein fester Entschluß ist vonnöten, der alle jene Forderungen zurückweist, die den Erklärungen widersprechen, mittelst deren die Regierung den vorigen Reichstag über die von ihm neu gebrachten Opfer für die Wehrkraft des Reiches zu beruhigen gewußt hat. Nach unserer Ueberzeugung haben auch die Wähler am 20. Februar den militärischen Ansprüchen gegenüber ein sehr kräftiges: Bis hierher und nicht weiter! ausgesprochen; ist die Regierung anderer Ansicht, so möge ihr der Reichstag die Gelegenheit bieten, die Wähler noch einmal zu befragen.“

Auch in 128 A am 8. 5. 1890 wehrt sich die Frankfurter Zeitung nochmals gegen die Militärbelastung.

Am 14. 5. 1890 sprach der greise Feldmarschall Moltke in dem Reichstage zu Gunsten der Militärvorlage. Er wandte sich unter anderem auch gegen den Standpunkt der Geldknäuserer in Sachen der Heeresfragen, indem er geltend machte, daß in einem europäischen Zukunftskriege kein Privatbesitz mehr auf Sicherheit rechnen könne, daß es sich in einem solchen Kriege

„um den Bestand des Reiches, vielleicht um die Fortdauer der gesellschaftlichen Ordnung, der Zivilisation, jedenfalls um Hunderttausende von Menschenleben“ handeln würde. — Nicht die Regierungen, sagte Graf Moltke, sondern die blinden Leidenschaften der Völker bildeten die Kriegsgefahr. Der kommende Weltkrieg werde alles Frühere überbieten.

„Wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als 10 Jahre lang wie ein Damokles-Schwert über unsern Häuptern schwebt, wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche gerüstet wie nie zuvor gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden.“

Gegen den Feldmarschall Moltke wendet sich die Frankfurter Zeitung in der Weise, daß sie die Kriegsgefahren bestreitet oder abmindert und eine Kriegsgefahr gerade in der Rüstungs Höhe findet.

Frkf. Z. 36 A am 16. 5. 1890: „Graf Moltke ist der Frage des quo usque tandem . . . diesmal aus dem Wege gegangen: die öffentliche Meinung wird sie aber stellen, und aus der Antwort, die darauf folgen muß, wird sich . . . die Pflicht ergeben, den fortgesetzten Bestrebungen, die Militärlast zu steigern, ein **entschlossenes Halt gebieten.**“

Weitere Artikel der Frankfurter Zeitung (137 A am 17. 5. 1890; 138 I am 18. 5. 1890; 142 A am 22. 5. 1890; 191 A am 10. 6. 1890) enthalten Klagen über die nunmehrige Bereitwilligkeit eines großen Teiles der früheren Opposition, die Militärvorlage zu bewilligen — „Zentrum kriecht zu Kreuze vor dem Militarismus“ — und über die für die nächste Zukunft in Aussicht angedeutete neue Militärorganisation; nur eine kleine demokratische Gruppe — um Payer —, heißt es, vertrete den richtigen Standpunkt, indem sie Herabsetzung der (bisher noch dreijährigen) Dienstzeit fordere.

„Und nicht einmal der leidige Trost auf kurze Zeit, daß der Militarismus jetzt gesättigt sein werde, soll dem bewilligungsbereiten Reichstage gegönnt sein. Ein neuer Organisationsplan der Armee wird für die nächsten Jahre angekündigt: volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.“

Die Heeresvorlage von 1893

(s. o. S. 28. 29.; S. 36 ff.).

Die Forderungen der Heeresvorlage von 1893 werden in der Frankfurter Zeitung von Anfang bis Ende, d. i. bis zur Bewilligung durch den im Sommer

1893 neugewählten Reichstag, bekämpft; nur die versuchsweise Einführung der zweijährigen Dienstzeit wird willkommen geheißen.

Frkf. Z. 1. I a m 1. 1. 1893. — Es heißt u. a.: Man glaube den Friedensversicherungen nicht mehr, „seit an die Nationen immer zwingender und dringender die Frage herantritt, ob am Ende diese Bürgschaft in der fortdauernden Steigerung der Rüstungen nicht zu teuer erkauft werde, ob das Ende, das dieser Wettbewerb den großen Nationen in Aussicht stellt, etwas Anderes als der Ruin sein könne“.

„Das Ende des Jahres wird von dem Streit um die Heeresvorlage beherrscht, dessen Austrag dem nächsten Jahre als böse Erbschaft zufällt.“ — Die Frankfurter Zeitung spricht sich dann für Verstärkung von Regierung und Volk, d. i. um Verkürzung der Dienstzeit aus. — „Dem Militarismus ein Ziel zu setzen, ist die Nation entschlossen; sie will der Wehrkraft jede mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang zu bringende Ausgestaltung geben; aber usw.“ — Schließlich erfolgt ein Appell an Rückgrat des Reichstages und des Volkes.

Frkf. Z. 34. I a m 3. 1. 1893. — Es wird gegen die zu Gunsten der Militärvorlage von Caprivi weithin offiziös in Anspruch genommene Presse Stellung genommen; fünf Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung werden heftig bekämpft. Die Frankfurter Zeitung nimmt dabei auch von den Vorwürfen Notiz, welche damals die Münchener Allgemeine Zeitung gegen Graf Caprivi erhob, „daß die deutsche Diplomatie nicht mehr imstande ist, das europäische Schachbrett zu beherrschen.“

Frkf. Z. 10. II a m 10. 1. 1893: „Die Abkürzung der Dienstzeit, die sogenannte Verjüngung der Armee, die möglichst vollständige und gleichmäßige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, all das sind Dinge, die auch der Opposition wünschenswert erscheinen; wenn sie gleichwohl energisch Front macht gegen die Vorlage der Heeresverwaltung, so zwingt sie dazu ihre Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Volkes und die aus dieser Einsicht geschöpfte feste und unerschütterliche Ueberzeugung, wonach die fortgesetzt sich verstärkende Steuerschraube die Landesverteidigung mehr schwächt, als die Vermehrung des Präsenzstandes ihr zu nützen vermöchte“. — Es folgt danach eine wirtschaftliche Begründung und es wird behauptet: „nach dem allgemeinen Urteil berufener Personen ist die europäische Konstellation eine äußerst friedliche“ „Es steht nun beim Reichstage, die Antwort auf die Vorlage zu erteilen, indem er sich bewußt bleibt, daß er nach Pflicht und Gewissen zu entscheiden hat. Der Staat . . . würde durch ihre Annahme am schwersten geschädigt sein und dies am empfindlichsten in der Stunde der Gefahr bemerken.“

Frkf. Z. 12 A a m 12. 1. 1893. — Es wird gegen die Ausführungen Caprivois in der Reichstagskommission und gegen andere Personen, welche die Vorlage befürworteten, polemisiert. — „Weit mehr als durch etwa in Zukunft drohende Kriegsgefahren sieht sich die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes beunruhigt durch die Schläge, die jetzt schon wieder seinen wirtschaftlichen Interessen ver-
setzt werden sollen.“ — Ähnlich in Frkf. Z. 13 A. am 13. 1. 1893.

Frkf. Z. 20. I a m 20. 1. 1893: „Unleugbar ist endlich, daß der Widerstand, den trotz dieses einen Fortschrittes (zweijähriger Dienstzeit) die große Mehrheit des deutschen Volkes der Regierungsvorlage

entgegengesetzt, zum guten Teil seinen Grund hat in der berechtigten Erwägung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine weitere Erhöhung der Militärlasten nicht gestatten Mindestens ebensosehr, wahrscheinlich aber noch viel stärker spricht hier mit die mit dem fortwährenden Anwachsen des Militarismus, mit dem Ueberwuchern desselben über alle anderen Zweige unseres öffentlichen Lebens und mit der fortschreitenden Erkenntnis der wahren Kulturaufgaben der Völker und Staaten naturgemäß stetig breiter und tiefer werdende Abneigung gegen das militärische System."

Frkf. Z. 20 A am 20. 1. 1893. — Es heißt über „Militarismus“ unter anderem: „In immer breiteren Schichten befestigt sich die Ueberzeugung, daß der Militarismus das mächtigste Hindernis jeder gesunden, das heißt freiheitlichen und humanitären Entwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände, jedes wirklichen Kulturfortschrittes ist. Diese stets wachsende Erkenntnis ist die wahre und eigentliche Quelle des Widerstandes gegen die weitere Ausbreitung des Militarismus; sie ist auch der Felsen, an dem dereinst der Militarismus zerschellen wird. Mit ihm werden in den Abgrund sinken seine bürgerlichen Dienstmannen, die mit selbstnörderischer Geschäftigkeit jetzt schon wieder am Werke sind, dem Volk, dessen Rechte sie vertreten sollen, neue Fesseln zu schmieden.“ S. über „Militarismus“ auch Frkf. Z. 72 A am 13. 3. 1893.

Frkf. Z. 126. I am 7. 5. 1893. — Es heißt über den Fall der Militärvorlage und die Auflösung des Reichstages: „Die Regierungen und die Mehrheiten wechseln; das Volk aber bleibt immerdar, wie auch seine Wünsche und Hoffnungen dem aufbauenden Frieden gelten, nicht dem zerstörenden Kriege.“ — „Wir stellen den Militärforderungen der Regierungen die Militärforderungen des Volkes gegenüber.“

Nach Bewilligung der Vorlage durch den neugewählten Reichstag (s. o. S. 36) ergeht sich die Frankfurter Zeitung (197. I am 18. 7. 1893) in Klagen über das Geschehene und die jetzt kommenden gewaltigen Steuern.

Die Militärvorlage von 1899

(s. o. S. 41 ff).

Gegenüber der Militärvorlage von 1899, welche unter Abstrich von 7006 Mann Friedenspräsenzstärke wiederum zur Annahme gelangte, findet sich die Frankfurter Zeitung — „widerwillig oder nicht“ — mit der Tatsache ab, daß die Militärvorlagen keinen parlamentarischen Widerstand mehr finden, seitdem das Zentrum zur Regierung hält.

„Der Widerstand, den der entschiedene Liberalismus und die Zentrumsparthei ein Menschenalter hindurch dem fortschreitenden Militarismus aus idealen und gesunden wirtschaftlichen Erwägungen heraus entgegengesetzt haben, ist fruchtlos gewesen.“ — „Diesenigen Parteien, welche (der Vorlage) nicht zustimmen werden, über ihren pflichtgemäßen Widerspruch ohne Aussicht auf Erfolg.“ (Frkf. Z. 14. I am 14. 1. 1899.)

Die Heeresvorlage von 1905

(S. o. S. 42 ff).

Die beiden im Frühjahr 1905 zum Gesetz erhobenen Regierungsentwürfe über die Friedenspräsenzstärke des Heeres und über die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit gelangten Anfang Dezember 1904 an den Reichstag. Es handelte sich bei ihnen einmal um finanzielle Mehrforderungen für erhöhte Präsenzstärke, dann um 25 Millionen Mark sogenannter „Ausgleichsforderungen“, das ist Geldmehraufwand für solche Maßnahmen, welche durch die Herabsetzung der Dienstzeit bedingt waren, wohin gehörten unter anderem volle Ausnützung der gesetzlichen Dauer der Landwehrübungen, Aufbesserung der Unteroffiziere, bessere Ausbildung der Offiziere des Beurlaubtenstandes usw.

Hierzu schreibt die Frankfurter Zeitung (332 A am 29. 11 1904): Die beiden Militärvorlagen hätten insofern überrascht, als nun doch eine Erhöhung der Präsenzstärke komme mit 11,8 Millionen fortdauernder und 62,1 Millionen einmaliger Ausgaben; dafür käme freilich jetzt die zweijährige Dienstzeit.

Diese letztere wird begrüßt; es wird auch ein Teil der Ausgleichsforderungen befürwortet; sonst aber wird Kritik, scharfes Abwägen bei den Einzelpunkten empfohlen; die Vorlage, heißt es, sei bescheidener als diejenige von 1899 (10 339 Mann Präsenzerhöhung gegen damals geforderte 23 277, bewilligte 16 271 Mann); trotz dem sei genaueste Prüfung nötig; die ziffernmäßige Truppenvermehrung schiene „auch diesmal zu stark in den Vordergrund gestellt zu sein“; Frankreich überflügele ziffernmäßig Deutschland tatsächlich nicht.

„Von den Einzelforderungen wird, wie früher schon, die Kavallerievermehrung den Hauptwiderstand bilden; der Kriegswert dieser Truppe wird im allgemeinen erheblich geringer eingeschätzt, als von manchen Liebhabern dieser Gattung“ usw.

Da Widerspruch gegen die Vorlagebewilligung auch diesmal nutzlos erscheinen mußte, begnügt sich die Frankfurter Zeitung mit resignierten Klagen. So werden an der Jahreswende (Frff. Z. 362 A am 31. 12. 1904) die Kosten für Heer und Flotte beklagt, „die den Militär- und Marine-Chauvinisten noch immer nicht groß genug sind.“

„So bildet der bewaffnete Frieden insofern der fortgesetzten Verstärkung der Rüstungen ein steigendes Hemmnis für alle Kultur-entwicklung, ganz abgesehen davon, daß er auch indirekt die kulturfeindlichen Elemente verstärkt. Dabei sollen jetzt wieder durch die neue Militärvorlage die Lasten gesteigert werden als angeblicher Ausgleich für die gesetzliche Sicherung der zweijährigen Dienstzeit, obgleich diese letztere sich doch schon seit zehn Jahren bewährt hat, und in bezug auf die Flotte sind Pläne in der Schwebe, die vielleicht höchst unliebsame Ueberraschung bringen werden.“

Die Heeresvorlage von 1911

(f. o. S. 51).

Wesentlich ist das Verhalten der Frankfurter Zeitung gegenüber der Quinquennatsvorlage von 1911. Wir geben nachstehend folgenden Artikel wieder:

Frkf. Z. 42 A am 11. 2. 1911: „Die Militärvorlage ist in der Budgetkommission des Reichstages unverändert angenommen worden. Dieses Ergebnis war vorauszusehen, da es sich bei den militärischen Neuforderungen in der Hauptsache um technische Vervollkommnungen gehandelt hat, die niemals ernstlich bekämpft worden sind, und im übrigen von der Militärverwaltung unter dem Druck des Reichsschatzamtcs Zurückhaltung geliebt worden ist. Freilich bringt auch diese Vorlage noch eine weitere Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um fast 11 000 Mann und eine Kostenvermehrung um über 100 Millionen Mark, wenn diese auch zuerst nur mit einem Bruchteil der Summe und erst im Verlaufe der nächsten fünf Jahre in voller Höhe zum Ausdruck kommt. Wenn man bedenkt, daß es sich hier um schon sehr eingeschränkte Forderungen handelt, so zeigt sich von neuem, wie gewaltig das Anwachsen der Militärausgaben ist, und immer gebieterischer wird angesichts dieser Tendenz, die zu einer finanziellen Gefahr für alle Staaten wird, die Pflicht für die Staatsmänner auf Mittel und Wege zu sinnen, um dem sinnlosen Wettrüsten Einhalt zu tun, sei es durch weiteren Ausbau des internationalen Schiedsgerichtswesens, sei es durch Verständigungen über eine Begrenzung der Rüstungen und zugleich durch eine Politik, die gegenseitiges Vertrauen schafft und die Ursachen von Verwickelungen frühzeitig aus dem Wege räumt. Auf diese Ziele einer vernünftigen Friedenspolitik ist in der Kommission von Rednern der Linken eindringlich hingewiesen worden“ usw.

Die Frankfurter Zeitung zu den Flottenvorlagen (1898, 1900, 1906, 1912).

Bereits einige Jahre vor der Inangriffnahme des deutschen Flottenausbauces erklärte sich die Frankfurter Zeitung mit aller Entschiedenheit gegen damals schon geahnte Pläne dieser Art.

Frkf. Z. 11. I am 11. 1. 1890: „Zu dem vielen Schlimmen und auch für die Zukunft Verhängnisvollen, was der in den letzten Zügen liegende Kartellreichstag getan hat, gehört — und wahrlich nicht in letzter Linie — der Uebergang zu einem neuen Flottentensystem.“

„In keiner Frage hat sich so deutlich und so folgenschwer offenbart, daß die durch Angstwahlen geschaffene Mehrheit der Widerstandsfähigkeit und des Mutes der eigenen Ueberzeugung gegen die Regierung entbehrt. — Zu den wohlthätigen Folgen eines Wahlsieges des Kartells der Reichsfeinde (gehört) auch die Sparsamkeit im Marinewesen und die Verhinderung eines Flottensystems, das nicht nur finanziell, sondern, wie bisher unbefritten anerkannt war, auch strategisch für Deutschland bedenklich ist.“

Seit Beginn des Jahres 1898 handelte es sich um das Schicksal der ersten großen, durch Tirpitz ausgearbeiteten Marinevorlage, von welcher

schon im Jahre 1897 gesprochen war (s. o. S. 44). Die Frankfurter Zeitung polemisierte sofort gegen das Unternehmen; bereits am 12. Februar 1897 hören wir die Klage über „Neubelastung der Steuerzahler wegen etwaiger Marineforderungen“. — Weitere Stellungnahme enthalten Frff. 3. 45. I am 14. 2. 1897; 53 A am 22. 2. 1897; 65 A am 6. 3. 1897; 97. I am 20. 3. 1897; 81 A am 22. 3. 1897; 103. II am 13. 4. 1897; 362 A am 31. 12. 1897. In diesen Artikeln wird die neueingeschlagene „Weltpolitik im größten Stile“ angegriffen; Staatssekretär Hollmann wird „Marinefanatiker“ genannt usw. Dann heißt es:

„Was allein bis zu Ende des Jahrhunderts für die Marine gefordert wird, übersteigt so sehr alles besonnene Maß, nimmt so wenig Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Steuerzahler, daß tatsächlich von einer Uferlosigkeit gesprochen werden kann.“

Im Jahre 1898 wirft die Frankfurter Zeitung der inzwischen eingebrachten Flottenvorlage wieder alle nur aufzubringende Bedenken sachlicher oder auch verfassungsrechtlicher Art entgegen; sie hält der Forderung von 19 Schlachtschiffen entgegen, daß an eine Blockade der deutschen Küste doch nicht zu glauben sei. Die Zeitung äußert Mißvergnügen darüber, daß der Flottenvorlage eine Reichstagsmehrheit gesichert ist, will ferner von möglichst ein stimmiger Annahme, die oben gewünscht wurde, durchaus nichts wissen. Sie tadelt wiederum die Zentrumspartei, welche in der Flottensache gegen das Vorjahr nachgab, ohne daß (nach dem Urteile der Zeitung) die Ausführungen von Tirpitz Aenderungen des Urtheiles herbeiführen konnten. — Auch in jeztiger Stärke, heißt es wieder an anderer Stelle, werde die deutsche Flotte vom Auslande nicht als quantilé negligeeable angesehen. Es bestünde „keine Sicherheit gegen das Uferlose der Flottenpläne“; man müsse befürchten, daß „wir erst den Anfang einer viel weitergehenden Marinesteigerung vor uns haben.“ (Frff. 3. 7 A 1898; 10 A 1898; 53. I 1898; 75. I 1898; 76 A 1898; 83 A 1898; 85. I 1898).

Das politische Ahnungsvermögen der Frankfurter Zeitung, wie es in der letztangeführten Aeußerung über mutmaßliche Weiterpläne des Marineamtes hervortritt, hat sich sehr bald überraschend bestätigt. Ueberhaupt fehlt dem Frankfurter Blatte, wie wir oft sahen, in allen Dingen, für welche sein Herz in Angst oder Liebe schlägt, der Zukunftsvorausblick durchaus nicht ganz. Staatsmännischen Anwandlungen — und zu dem Staatsmännischen gehört ja auch das Voraussehenkönnen — begegneten wir im Laufe unserer Wanderung bei der Frankfurter Zeitung mehr als einmal; wir mußten nur zu unserem Bedauern feststellen, daß in der Frankfurter Zeitung, wenn es sich um Lebensfragen unseres Reiches handelt, der Grundsatz aufgerichtet wird: Omnia post nummos! Wegen des voraussehenden Gelbdaufwandes ist die Frankfurter Zeitung über die Flottenpläne des Herrn von Tirpitz grimmig erboßt; sie hatte vorausgesetzt, daß wir an den Ausgaben für das Landheer reichlich genug hätten.

Gegner des Flottenbaues — darunter auch der Abgeordnete *Bebel* — glaubten sich gegenüber den Flottenplänen von 1897/98 auf den Fürsten *Bismarck* berufen zu können, der sich damals trotz seiner körperlichen Beschwerden für die Dinge des Reiches immer noch lebhaft interessierte. Nun konnte aber Staatssekretär von *Tirpitz* dem Abgeordneten *Bebel* am 11. Dezember 1897 mit einem Briefe des Fürsten *Bismarck* antworten, in welchem der Fürst an den Staatssekretär schrieb, daß er, wenn er im Reichstage anwesend wäre, unbedingt für die Flottenvorlage stimmen würde. Die *Hamburger Nachrichten* schrieben darauf am 13. 12. 1897 unter anderem: „Soviel wir wissen, billigt Fürst *Bismarck* nicht nur die Vorlage in vollem Umfange, sondern ist sogar der Ansicht, daß sie vom Standpunkt des Schutzes der überseeischen Interessen Deutschlands aus eher zu wenig als zuviel Kreuzer verlange.“

Dies Eintreten des Fürsten *Bismarck* für das Flottengesetz trieb der Frankfurter Schriftleitung den alten *Bismarck*haß von neuem hervor; nunmehr wird der greise Staatsmann sogar mit seinem Beinleiden gehöhnt, so wie man ihm in der ersten Zeit nach seinem Amtsaustritte sein hohes Lebensalter vorgeworfen hatte. In seinem Zorne schreibt das Blatt (*Frlf. Z.* 345 A am 13. 12. 1887):

„Herr *Tirpitz*, der Vater des Flottengesetzes, hat einen Brief des Fürsten *Bismarck* in der Tasche, worin dieser versichert, daß er für das Gesetz stimmen würde, wenn er Abgeordneter wäre. Das war eigentlich die wichtigste und jedenfalls die einzige neue Kunde, die man aus der heuligen Generaldebatte über den Etat entnehmen konnte. Der Altreichskanzler kommt zu Ehren und wird sich dessen mit dem grimmen Humor freuen, der dem alten Recken schon eigen war, noch ehe er an den Kollstuhl gefesselt war. Im vorigen Jahre hat *Eugen Richter* angefangen, sich auf ihn zu berufen. In diesem Jahre nimmt *Bebel* ihn als Eideshelfer für die Opposition in Anspruch. Die oppositionelle Haltung *Bismarck*s gegen jede spätere Regierung entspringt allerdings anderen Motiven und beruht auf anderen Grundanschauungen als denen der Herren *Bebel* und *Richter*. Nun spielt die Regierung einen Trumpf aus und beruft sich für das Flottengesetz auf den Fürsten *Bismarck*. „Alle Puppen müssen tanzen“, wie der *Berliner* sagt. Der regierungsfreundliche Altreichskanzler mit frischer Marinebegeisterung wirkte fast so überraschend, wie neulich der bekehrte *Dr. Lieber*. Sogar noch überraschender; denn er ist schwerer zu bekehren als dieser bewegliche Mann. Wer hätte das vor sechs oder fünf Jahren gedacht, daß der Bruder des Kaisers zu seiner Fahrt nach *China* sich den Segen des alten Herrn im Kollstuhl holen würde, und daß dieser arge Gegner seiner Nachfolger in der Regierung wenigstens brieflich Beistand zu der Flottenvermehrung leistet, die er und sein Leibblatt bis vor kurzem bekämpft haben. Fehlt nur noch etwas untergehende Sonne und: Seid einigl! einigl! einigl!“

Die auf Flottengegnerschaft des Fürsten *Bismarck* und auf die *Hamburger Nachrichten* bezügliche — eben angeführte — Angabe des Frankfurter Blattes war, wie die *Hamburger Nachrichten* sofort hervorhoben, durchaus unrichtig. Fürst *Bismarck* ließ sich in Privatgesprächen auch über Marinegegenstände aus, und dabei hob er wiederholt den Wert der Uebersee-Kreuzer hervor, deren Wich-

tigkeit ihm — bei der politischen Lage damaliger Zeit — noch über den Binienschiffen stand; die Bedeutung gerade dieser Schiffe stieg für uns erst seit dem Heimgange des Fürsten Bismarck durch den seitdem hervorgetretenen Gegensatz zu England, während die Bedeutung der Kreuzer sich nicht vermindert hat. Der englische Minister Haldane brachte es im Jahre 1912 fertig, der deutschen Regierung gerade den Neubau von weiteren Kreuzern auszusprechen; bei dem Fürsten Bismarck würde dies unter keinen Umständen gelungen sein.

Wenn wir namentlich aus dem letztangeführten Artikel über den Fürsten Bismarck die ohnmächtige Mut ersehen, in welche die Schriftleitung des Frankfurter Blattes über die mit keinem Streitartikel mehr zu hindernden Flottenpläne von 1897/98 geraten war, so nimmt sich zwei Jahre später das Verhalten der Frankfurter Zeitung gegenüber der Flottennovelle von 1900 noch leidenschaftlicher aus: von Anfang Januar bis Mitte Juni, als wann das Flottengesetz unter Abstrich von 6 Kreuzern angenommen wurde, richteten sich fortwährend kleinere oder größere Artikel des Frankfurter Blattes gegen die freilich sehr erhebliche Mehrbelastung zu Gunsten der Seestreitkraft. Immer werden die wirtschaftlichen Nachteile gegen die „neuen Pläne von Tirpitz“ in das Feld geführt; mit allen möglichen Neusteuern wird Angst gemacht; dagegen streitet die Zeitung den Flottenplänen von Tirpitz auch die politische oder militärische Zweckmäßigkeit ab.

Frkf. Z. 24 A am 25. 1. 1900: „Die Flottenvorlage macht den Eindruck eines Zeitungsromans, in dem es immer heißt: „Fortsetzung folgt“. — Zu der Amtstracht des Schatzsekretärs gehören nun freilich die Bumphosen schon längst; aber es wird im Reichstage wohl noch genug Leute geben, die diese Kleidung anstößig und auffallend finden. Es ist sehr erfreulich, daß die Zentrumspresse jetzt schon gegen diese unsolide Finanzgebarung energisch Protest einlegt Es wäre freilich noch erfreulicher, wenn das Zentrum zur Flottenvorlage selbst eine so klare Haltung einnehmen wollte, und man hat alle Ursache, im Interesse des Reiches diesen protestantischen Zug des Ultramontanismus zu unterstützen.“

Frkf. Z. 39 am 9. 2. 1900. — Es heißt zur ersten Lesung der Flottenvorlage, die Argumente des Staatssekretärs von Tirpitz seien „recht schwach“. — „Nicht veränderte Verhältnisse sind die Ursache für die geplante Flottenvermehrung, sondern veränderte Ziele: man will sich nicht mehr auf den notwendigen Marineschutz beschränken, sondern eine Seemacht ersten Ranges schaffen, welche selbst der größten Seemacht gewachsen ist. Damit entfacht man aber ein Marine-Wettrennen, dessen Konsequenzen sich gar nicht absehen lassen und das zu einer ganz enormen Mehrbelastung der Steuerzahler führen muß.“

Gegenüber der Flottenvorlage von 1900 gab die Frankfurter Zeitung die Hoffnung nicht auf, daß der Reichstag nein sagen werde; darum ergeht Artikel über Artikel in diesem verneinenden Sinne (Frkf. Z. 40. I am 10. 2. 1900; 41. I am 11. 2. 1900; 42 A am 12. 2. 1900; 43. I am 13. 2. 1900; 44 A am 14. 2. 1900; 51 A am 21. 2. 1900; 60. I am 2. 3. 1900).

Frkf. Z. 61 A am 5. 3. 1900. — Es wird auf Reichstagsauflösung angetragen, damit „der Witz des Volkszornes die dunkelen Pläne zerstöre“; die Abgeordneten der Linken werden aufgefordert, „getreu ihrer Pflicht und getreu dem Volke in der nächsten Zeit in Berlin anwesend zu sein und nichts zu verabsäumen, was die drohenden Gefahren (Bewilligung der Marinevorlage) beseitigen kann.“

In wachsender Leidenschaft werden weiterhin die Verhandlungen der Reichstagsmarinekommission verfolgt, und immer bitterer klingt die Enttäuschung, als die Annahme der Vorlage immer mehr zu Gewißheit wird.

„Unsere offizielle Politik ist bisher von dem gesunden Grundsatz eines guten Einvernehmens mit diesem Lande getragen worden“, so heißt es von England in Frkf. Z. 88 A am 30. 3. 1900, und zwar aus dem Grunde, weil in der Marinekommission bei der geheimen Begründung der Neubauten auf England hingewiesen wurde. — Gleichzeitig wird die Regierung entsetzt aufgerufen, „eine Warnungstafel aufzurichten“.

Frkf. Z. 116 A am 28. 4. 1900: „Wir eilen mit hörbarem Ruck in eine neue Entwicklungsbahn, auf der wir Zuständen und Ereignissen begegnen können, denen wir nur mit Sorge entgegenzusehen vermögen.“

Frkf. Z. 121 A am 3. 5. 1900: „Da fermt er (der Reichstag) keine Rücksicht mehr, und die besten Gründe prallen an seinem Entschluß, ein Ende zu machen, glatt ab. Und hurra hurra hopp! hopp! hopp! gehts fort in tausendem Galopp . . . , mag dabei auch die Volkswohlfahrt Funken geben oder dies und das zu Schaden kommen.“

Der Preßfeldzug gegen die Flottenneubauten schließt (Frkf. Z. 161 A am 13. 6. 1900) mit den Worten:

„Die Komödie ist aus . . . (Die Opposition) hat ihre Schuldigkeit nach Kräften getan und kann die Verantwortung für den Umschwung, der da in dem Streben nach Seemacht eingetreten ist, von sich abweisen. (Wir) sind in keiner Hinsicht von unserem ursprünglichen Standpunkte abgekommen; wir opponieren nicht jeder Vermehrung der Seemacht; aber an der jetzt bestehenden Entwicklung zu diesem Tempo und mit diesem Ziele wollen wir die Verantwortung nicht mittragen.“

Auch die folgende, am 6. Dezember 1905 von dem Bundesrate, am 28. März 1906 von dem Reichstage gegen Freisinn, Volkspartei und Sozialdemokraten angenommene Marinevorlage von 1906 wird in der Frankfurter Zeitung heftig, aber, wie sehr bald zu bemerken war, aussichtslos bekämpft. Schon am 10. Januar 1905 (10 A) heißt es vorbeugend:

„Sollte das ganze Grauen (wegen behaupteter Spannung zwischen Großbritannien und Deutschland) nur veranstaltet werden, um Stimmung für die Flotte oder Flottenneubauten zu machen, so wäre das, man stelle sich zur Seemachtpolitik, wie man will, geradezu ruchlos.“

Gegen den Flottenverein wird wiederholt polemisiert.

Dem Reichstage wird nahegelegt, Garantie zu verlangen, „daß das, was die Regierung voraussichtlich demnächst fordert, nicht doch bloß eine kurzfristige Abschlagszahlung auf weitere Forderungen sein soll.“ (Frkf. Z. 141 A am 22. 5. 1905.) Im übrigen werden wiederum die Steuerzahler

bedauert; eine Reihe von Einzelbedenken treten auf, diesmal mit Vorliebe gegen die sehr teuren Großkampfschiffe, deren Kampfwert der japanisch-russische Krieg ergeben hatte. Die Zeitung warnt vor „extensivem Wettüften“ und rät „verständiges Innehalten erträglicher Grenzen“ an (Frkf. Z. 273 A am 2. 10. 1905; 320 A am 18. 11. 1905; 349. I am 17. 12. 1905).

Bei der Ausichtslosigkeit des Widerspruches gegen die Bewilligung der Vorlage beschränkt sich die Frankfurter Zeitung von jetzt ab auf das Berichten des Weiterverlaufes.

Lebhafter wird sieben Jahre später die Polemik des Frankfurter Blattes gegen die neue Flottenvermehrung von 1912; die Vorlage kam, wie oben S. 53 dargelegt wurde, zugleich mit einer Vorlage für das Heer am 15. April 1912 an den Reichstag; beide Vorlagen wurden im Laufe von Mai 1912 angenommen; alles Gegenbemühen blieb wieder fruchtlos.

Die Frankfurter Zeitung schrieb in 33. II am 3. 2. 1912:

„(Die zu erwartenden Vorlagen für Heer und Marine) sind eine Frucht der Stimmung, die während der Marokkoverhandlungen des letzten Sommers in weiten Kreisen entstanden und erzeugt worden ist, und erst nachdem sich in den hitzigen Marokkodebatten des Reichstags, die jetzt wahrscheinlich schon viel ruhiger und besonnener verlaufen würden, als vor zwei Monaten, herausgestellt hatte, daß die Mehrheit der Parteien zu neuen Opfern für Heer und Marine bereit seien, hatte die Regierung sich entschlossen, dem nächsten Reichstag sofort entsprechende Entwürfe vorzulegen.“

Frkf. Z. 38 A am 8. 2. 1912. — Ein langer Leitartikel wendet sich gegen die zu erwartenden Vorlagen für Heer und Marine. — Tirpitz, heißt es, habe die Stimmung der Flottenenthusiasten genährt und gesteigert; Tirpitz wolle das Gesetz über den Ausbau der Flotte nicht einhalten, sondern strebe schonellere Flottenvermehrung an. „Und nun kommt die Heeresverwaltung und sagt: wenn die Marine mehr haben soll, dann wollen wir auch unseren Anteil haben, und dann kommt es auf eine Anzahl Millionen nicht an, und so sind . . . immer neue Forderungen angemeldet worden, bis sie schließlich zu einer erschreckend hohen Summe angewachsen sind.“ — „Glaubt man wirklich, daß der Reichstag das so einfach hinnehmen wird?“

Die ganze Aktion, so wird weiter ausgeführt, sei „Gelegenheitsgesetzgebung“; „Hals über Kopf so viel als möglich unter Dach und Fach bringen, ehe die Stimmung sich geändert hat.“ Die Notwendigkeit der Neuforderungen wird bestritten außer für manche technische Bervollkommnungen in Flugwesen, Küstenschutz, Unterseebooten; auf neue Steuern wird wie gewöhnlich verwiesen. — Den Schluß des Artikels bildet ein Appell an die Besonnenheit des Reichstages gegenüber dem Mangel an Zurückhaltung bei den Regierenden.

Am 23. April 1912 richtet sich wiederum ein langer Artikel gegen die inzwischen eingebrachte Vorlage. Auch hier wird geleugnet, daß sich seit dem Vorjahre die internationale Lage so geändert habe, daß die Mehrbelastung gerechtfertigt sei. Man dürfe sich hierin nicht durch das Wort „Wa-

terlandsiebe" irre machen lassen. Unter Vaterlandsiebe könne man auch Einschränkung oder Ablehnung einer Vorlage verstehen, „wenn die Volksvertreter in der Entwicklung der Rüstungen eine zu große Belastung für die Volkswohlfahrt und statt einer Sicherung eine Gefahr für den Frieden erblickten.“

„Man sieht viel zu ausschließlich in der starken Rüstung die Friedensbürgschaft, vergißt aber, daß Rüstungsübertreibungen gegenseitiges Mißtrauen hervorrufen und dadurch als Friedensgefahr wirken können.“

Wiederholt liest man in der Frankfurter Zeitung Tadel gegen den Flottenverein, dann auch gegen die alldeutschen Blätter, „die die Faust wegen Herrn Churchills Rede ballen“. — Ueber die Reden des englischen Marineministers Churchill, die sich auf englischen und deutschen Flottenbau bezogen, haben wir oben S. 68. 69. berichtet; wir sehen aus der letztangeführten Äußerung des Frankfurter Blattes, daß hier für den englischen Minister und gegen die deutschen Warner ebenso Partei genommen wird, wie dies im Berliner Tageblatte geschah. Churchill wollte nach Ansicht der Alldeutschen lediglich die deutsche Flottennovelle hintertreiben; deutsche Zeitungen leisteten dem Engländer Vorschub.

Die Heeresmilliardenvorlage von 1913

(f. o. S. 76 ff).

Wir haben bereits im Vorausgegangenen gesagt, daß angesichts der immer ungünstiger gewordenen Lage, da nach dem Zustandekommen des Dreiverbandes England—Frankreich—Rußland, nach den wiederholten Zusammenstößen der beiden Mächtegruppen Europas über Marokko und über Balkandinge die Kriegswolke in Dauer hing, noch vor völligem Ablaufe der Balkanwirrnis von 1912/13 im Frühjahr 1913 eine neue Militärforderung von einer Milliarde Mark an den Reichstag gelangte, obwohl man die Friedenspräsenzsziffer erst 1911 für fünf Jahre festgesetzt und 1912 eine große Zusatzforderung für Heer und für Marine durchgebracht hatte. Die neue Militärvorlage von 1913 wurde in der Frankfurter Zeitung bereits im Januar, als sie noch nicht einmal an den Bundesrat gelangt war, lebhaft bekämpft: die Warnung, der Tadel des Frankfurter Blattes begleitet den ganzen Lauf, den die Vorlage nahm, bis sie am 30. Juni 1913 mit guter Zweidrittelmehrheit zur Verabschiedung gelangte. So geschieht es in Trff. 3. 10 A am 10. 1. 1913; 61. II am 2. 3. 1913; 70 A am 11. 3. 1913; 72 A am 13. 3. 1913; 93 A am 4. 4. 1913; 94 A am 5. 4. 1913; 99 A am 10. 4. 1913; 152 A am 3. 6. 1913; 180. II am 1. 7. 1913.

„Unverantwortliche Einflüsse“, „verschiedene Kräfte am Werk“, „maßlose Agitation von unverantwortlichen Stellen“, „eine lärmende Minderheit“, heißt es, drängten an der Entscheidungsstelle zum Einbringen der neuen Forderungen.

„Wir sind leider wieder in einer Siedehitze des Betrübens, die jede ruhige Ueberlegung und die Rücksicht auf die Finanzkraft durchaus vermissen läßt.“

Die politische Lage sei gegen das Vorjahr (1912) nicht anders geworden, so wird mehr als einmal geltend gemacht; die Kräfteverschlebung auf dem Balkan (zu Ungunsten von Oesterreich-Ungarn) sei nicht derart, wie hingestellt werde, und rechtfertige die Neuerung nicht. Nuzeseffekt sei nur allgemeine Steigerung der Rüstungen. Die ungeheuren Opfer, die man dem Volke zumute, stifteten mehr Schaden, als dadurch Nutzen erreicht werden könne. Es zeige sich doch schon jetzt (13. März 1913) die ungünstige Einwirkung auf die auswärtige Politik, indem sich im Auslande wieder Mißtrauen geregt habe. Die Kabinette seien in Rußland, Frankreich, England friedliebend. — Die Vorlage sei zu gutem Teile Produkt einer Agitation, die sich lärmend und aufdringlich gebärde; sie sei „Augenblicksarbeit“, „Stimmungs-
werf“.

F r k f. Z. 152 A a m 3. 6. 1913: „(Wir sind), wie wir wiederholt dargelegt haben, überhaupt Gegner der (jetzigen) Rüstungsforderungen. Ueber einen Teil der Forderungen ließe sich reden; als Ganzes aber scheint uns die Militärvorlage so ungeheuerlich hoch und so schwach begründet, daß wir ihre Ablehnung für geboten halten.“

F r k f. Z. 180. II a m 1. 7. 1913: „Die Geschichte dieser Militärvorlage ist die Geschichte einer geradezu fabelhaften Massensuggestion. Es gelang, den Glauben an ungeahnte Gefahren von unbegrenzter Tragweite zu verbreiten.“ — „Es zog in Verbindung mit den Balkanwirren eine stark nationalistische Strömung durch das Land, und diese Strömung hat sich die Regierung von den Männern des Wehrvereins getrieben entschlossen zunutze gemacht.“ — „In dem internationalen Rüstungstaukel, dem man so immer neu entfacht, suggeriert man sich den Krieg so lange, bis er schließlic da ist.“ — „Wir sind nicht in der Lage, angesichts so unberechenbarer Stimmungen und Forderungen auf die Bildung eines eigenen Urteils zu verzichten.“

Schlusßwort.

So haben wir denn gesehen, daß die Frankfurter Zeitung allen Vorlagen für Heer und Flotte widersprochen, daß sie ihren ganzen Einfluß aufgeboten hat, die von anderen für notwendig erklärten Heeresverstärkungen zu hintertreiben. Ihre Abneigung gegen den „Militarismus“ hat die Frankfurter Zeitung während des von uns behandelten Vierteljahrhunderts reichlich geäußert.

Seit dem Erscheinen der antimilitaristischen Artikel des Frankfurter Blattes hat sich nicht Wenig geändert, hat sich Vieles geklärt und wiederum nicht Weniges neu eingestellt. Das Schlagwort „Militarismus“ wird seit dem Weltkriege jetzt gerade von unseren Auslandsfeinden mit Vorliebe gebraucht, um das Deutschtum vor der Welt verächtlich zu machen. Auch

die Frankfurter Zeitung fand sich veranlaßt, in einem Artikel des vorigen Jahres gegen diesen Unsinn durchaus sachgemäß Stellung zu nehmen. Der Artikel lautet:

Frkf. Z. 135. II a m 16. 5. 1916: „Sir Edward Grey . . . hat (sich) jetzt . . . auch wieder einmal über die Ursachen des Krieges und den deutschen, oder, wie er in nicht zu verkennender Absicht zu sagen beliebt . . . , den preußischen Militarismus ausgesprochen. Es ist nachgerade unnütz, gegen die Vorstellungen, mögen sie nun echt oder nur geheuchelt sein, anzukämpfen, daß der preußische Militarismus den Krieg verschuldet habe, weil er die Absicht habe, über ganz Europa zu herrschen, und durch sein Widerstreben gegen eine friedliche Lösung internationaler Konflikte die eigentliche dauernde Kriegsgefahr in Europa bilde. Deutschlands Politik der letzten 44 Jahre, in denen alle anderen Großstaaten Krieg geführt haben, nur Deutschland nicht, widerlegt am schlagendsten die Behauptung von der Eroberungssucht dieses fabelhaften Militarismus und seiner angeblichen Bedrohung anderer Völker Herr Grey hat in diesem Interview deutlicher als in manchen anderen Auslassungen der letzten Zeit in faulstidig aufgetragener Tendenz Stimmungsmache in den neutralen Ländern und auch in Deutschland selbst versucht. Er glaubt in diesem Deutschland . . . die Bundesstaaten gegen Preußen und deutsche Demokratie gegen den Militarismus, den er meint, aufzureizen zu können. Das ist herzlich schlecht ausgedacht, zum mindesten soweit Deutschland in Betracht kommt.“

Auch Schlagwörter haben ihre Geschichte und ihre Geschichte. Bei unseren englischen Feinden entstammt das Schimpfschlagwort „Militarismus“ dem Borne darüber, daß gerade deutsche Militärs jederzeit die Augen offen hielten, daß gerade sie den englischen Einbläserien lange Jahre im Wege standen und daß Militärs noch in letzter Stunde die völlige Ueberrennung Deutschlands pflichtgemäß verhinderten. Auf diese Art von Ursprung des heutigen Weltschlagwortes vom deutschen „Militarismus“ deutet der in demselben Sinne gebrauchte Ausdruck „Militär k a s t e“, deutet ferner das von dem Belgierkönige zu Anfang des Krieges geäußerte Wort, „Militarismus und Reaktion“ in der Umgebung des deutschen Kaisers hätten zum Kriegsausbruch und zum Einmarsch in Belgien geführt. Dabei ist die Verbindung von „Reaktion“ mit „Militarismus“ noch besonders verkehrt; denn in militärischen Kreisen ist Selbständigkeit der Gesinnung vielleicht häufiger als anderswo anzutreffen, und jedenfalls ist dort „reaktionäre“ Gesinnung nicht mehr zu Hause als in der Zivilbeamtenschaft, wenn es in Zeiten eines Belagerungszustandes auch vorkommen mag, daß militärische Gewalten von Zivilbureaukraten in reaktionäres Schlepptau genommen werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach beruht die Begriffsverbindung „Militarismus und Reaktion“ auf Reminiszzenzen aus deutschen Zeitungen, die über „Reaktion“ zu klagen pflegen, wenn ihnen irgend etwas nicht gefällt.

An König Albert mag der Gedanke, den er äußerte, aus englischen Kreisen gelangt sein, aus Kreisen, innerhalb deren die Tatsache bekannt war, daß Militärpersonen an den geschichtlichen Julitagen 1914 die Entscheidung

zu tatkräftigem Vorgehen herbeigeführt hatten. Den Engländern war diese Tatsache unwillkommen; von den Zivilstaatsmännern Berlins hatten sie wohl „Besseres“ hoffen zu dürfen geglaubt; daher die Bornestränen über den „preußischen Militarismus“.

Einmal geprägt, nahm das englische Schlagwort „Militarismus“ weiteren Bedeutungsumfang an, das ist, es nahm einen Sinn in sich auf, der einfach unsinnig ist. Mit dem alten Schlagworte der Frankfurter Streitartikel deckt sich der heutige Entente-Militarismus nicht durchaus. Möglich bleibt darum doch, daß die Auslandsfeinde auch hierin aus deutsche n Presseäußerungen von früher Hoffnung und Honig gesogen haben.

Wie dem nun sei, daß die antimilitaristische Haltung des Frankfurter Blattes in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege, sein unentwegtes Verneinen aller Forderungen für Heer und Marine an diesem Orte in voller Richtigkeit dargestellt wurde, dürfte die Frankfurter Zeitung selbst kaum bestreiten.

Wir überlassen dem Urteile der Leser die Vermutung über die Beweggründe, durch welche sich die Schriftleiter des Frankfurter Blattes zu ihrer jahrzehntelang folgerichtig festgehaltenen Verneinung gegenüber allen Wehroverlagen bestimmen ließen. In dem auf Seite 115 ff. angeführten Artikel vom 23. April 1912 machte die Frankfurter Zeitung für ihr Verhalten „Vaterlandsliebe“ geltend. Es ist dies „Vaterlandsliebe“ in dem Sinne, wie die vorzugsweise für Wünsche der Hochfinanz streitende Zeitung die Vaterlandsliebe verstehen zu müssen glaubt.

Eine auch für die heutige Zeit noch interessante Beleuchtung erfuhr die Frankfurter Zeitung in zwei Reichstagsreden des Fürsten Bismarck, gehalten am 9. Oktober 1878 bei der zweiten Lesung des nach dem Mordanschlage Nobiling's eingebrachten Sozialistengesetzes. Fürst Bismarck ergriff nach einer längeren Rede des Abgeordneten Sonnemann, des Besitzers der Frankfurter Zeitung, das Wort zu folgenden Ausführungen.

Zunächst wandte sich Fürst Bismarck gegen angebliche Informationen des Berliner Tageblattes über den Nobiling'schen Prozeß und darauf aufgebaute „Insinuationen“ des Abgeordneten Sonnemann. Dann fuhr der Fürst über die Frankfurter Zeitung wörtlich fort:

„Wenn ich weiter auf verschiedene Punkte der Rede des Herrn Vorredners (Sonnemann) eingehe, so geschieht es nicht, weil deren sachlicher Inhalt mich dazu veranlaßte. Ich glaube auch nicht, daß sie eigentlich für diesen Saal, respektive für mich und die Regierung gerade berechnet war, sondern der Umstand, welcher mich veranlaßt, Interesse zu nehmen, liegt auf dem Gebiet meiner diplomatischen Wahrnehmungen. Ich habe nämlich das Blatt des Herrn Vorredners, das bekannte, ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen. Ich habe gefunden, daß das Urteil und die Haltung desselben immer genau koindizierte mit dem Urteil und der Haltung der französischen Presse. (Rufe: Oho!) Ich reproduziere ja nur, was ich gefunden habe, Sie können ja selbst nachforschen, wenn Sie die

französische offiziöse Presse kennen; was Sie aber nicht nachforschen können, was ich aber erfahren habe, ist, daß ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am anderen oder am dritten Tage darauf durch gesandtschaftliche Meldung als Äußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden. (Hört!)

Ich schreibe also dem Herrn Vorredner Beziehungen zur französischen Regierung zu, die ja der Chef eines großen Blattes haben kann, die natürlich auf keinem Interesse auf seiner Seite, sondern nur auf einem Wohlwollen, das ihm eine Regierung wie die französische einflößt, beruhen. Alles, was der Vorredner hier gesagt hat, ist auf Schwächung der Institutionen und auf Schwächung der inneren Festigkeit des Reiches, auf Discreditierung der Personen, die an der Spitze des Reiches stehen, berechnet. Denken Sie sich einen französischen Revancheminister dieser Tribüne zugänglich, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können? (Sehr richtig) — — —

Ich habe während meines langjährigen politischen Lebens einige französische Republikaner kennen gelernt, die Stützen jeder Opposition gegen die damalige preussische Regierung waren und die in Verbindung waren mit allem, was die preussische Regierung schwächen konnte; ich habe nachher bei diesen Personen, was natürlich bei dem Herrn Vorredner nicht zutrifft, Gelegenheit gehabt, während des Krieges mit Frankreich die Motive kennen zu lernen, welche sie veranlaßten, die preussische Regierung zu bekämpfen und zu schwächen, und mit den Bestrebungen, welche uns der Republik annähernten, und die sie verwerten konnten, zu sympathisieren. Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben, aber mit besonderem Interesse entnahm ich aus seinen Reden und Druckschriften mit Sicherheit, mit einer durch die diplomatischen Berichte bestätigten Sicherheit, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt, und welche Akkorde sie angeschlagen zu sehen wünscht. Ich erwähne rein die Tatsachen, ohne irgendwelche Schlussfolgerungen dazu zu machen. Der Herr Vorredner hat in seinen Äußerungen uns das Beispiel des Auslandes vielfach empfohlen, er hat sich dabei auf die englische, amerikanische und auf die französische Presse bezogen. Ich habe die französische Presse über unsere Vorlage auch gelesen und habe namentlich in den Blättern, die eine Erskarkung Deutschlands nicht wünschen, dieselbe Kritik gefunden, die der Herr Vorredner uns hier gegeben hat.“

„Das Ausland wünscht unsere Schwäche, natürlich nicht immer aus bösem Willen, vielleicht aus Sorge, daß wir übermächtig werden würden, kurz und gut, es wünscht unsere Schwäche, und alle, die unsere Institutionen zu schwächen streben, arbeiten, der Herr Vorredner (Sonnemann) gewiß unbewußt und ohne böse Absicht, dem Ausland in die Hände.“

Der Abgeordnete **Sonnemann** richtete in der nämlichen Reichstags-
sitzung an den Fürsten **Bismarck** die Aufforderung, Tatsachen anzugeben, aus
welchen die Verbindung der **Frankfurter Zeitung** mit der französi-
schen Regierung oder irgendeinem französischen Amte oder Ähnlichem erhelle;
bis zu diesem Beweise müsse er von „willkürlicher Erfindung“ sprechen. **Sonne-**
mann erging sich dann noch weiter in Bestreitung von Vorwürfen, die Fürst
Bismarck gar nicht erhoben hatte.

Im Weiterverlaufe der sehr erregten Reichstags-sitzung vom 9. Oktober
1878 ergriff Fürst **Bismarck** noch einmal das Wort. Er verwahrte sich
gegen Vorwürfe, die von ihm selbst gar nicht gemacht seien, wiederholte dem
Abgeordneten **Sonnemann** aber, „daß er für die — französische Regierung voll-
kommen freiwillige, von jedem Interesse unabhängige, lediglich auf Wohlwollen
beruhende Sympathien habe, daß das Journal des Herrn **Redners** ganz aus-
gezeichnet unterrichtet ist; er hat manchmal früher, als ich durch diplomatische
Berichte, die Intentionen der französischen Regierung erkannt. Das ist eine
Geschicklichkeit des Zeitungsredakteurs, die sehr beneidenswert ist, und die ich
jedem anderen, der mir in anderen Sachen sympathischer ist, auch wünschen
möchte.“

Fürst **Bismarck** hatte schon vorher von „deutschen Sprichwörtern“ ge-
sprochen: „wenn sich einer getroffen fühlt“, und dem **Vorredner**
entgegengehalten: „qui s'excuse, s'accuse“. Die Überzeugung hin-
sichtlich der von französischen Regierungsstellen zu der **Frankfurter Zeitung**
laufenden Fäden stand ihm also durchaus fest.

In einer Schlußreplik sprach dann **Sonnemann** noch von „guten
Mitteilungen“ durch Korrespondenten, die noch nicht Verbindung mit
fremden Regierungen beweisen könnten, bestritt also die Behauptungen des
Fürsten **Bismarck** nicht mehr ernsthaft. Auf die „Unabhängigkeit“
der **Frankfurter Zeitung** werde selbst der mächtige Reichstanzler Fürst **Bis-**
marck niemals einen Schatten werfen können, meinte **Sonnemann** zum Schluß.

Diese Absicht hat, wie wir sahen, Fürst **Bismarck** auch gar nicht gehabt.
Ebenso wenig werden Andere behaupten wollen, daß die **Frankfurter Zeitung**
jemals von Anderem als von ihren Vorlieben und Abneigungen abhängig ge-
wesen, daß sie seit ihrem Bestehen jemals „käuflich“ gewesen sei. Über ihre
Neigungen und Abneigungen darf man aber sprechen und unter Umständen
mit der Zeitung auch streiten. Die ganze Haltung der **Frankfurter Zeitung**
beruht zweifellos auf Herzenswahl; der Zug des Herzens geht nach dem Inter-
nationalen mindestens so stark wie nach dem Vaterländischen, und innerhalb
der **vaterländischen Staatsgemeinschaft** wiegen die **Sonderinteressen**, welche
die Zeitung vertritt, stärker als die **Gesamtheit**.

Rückblick und Ausblick.

Vorstehende Schrift wurde in der zweiten Hälfte des Vorjahres 1916 abgefaßt, zu einer Zeit also, da der innerdeutsche Streit um die Außenpolitik, um die Kriegsziele und Verwandtes gegen heute noch in leisen und zahmen Anfängen stand. Der Hader hat sich seitdem verbreitert, vertieft und verbittert: wie in den letzten Jahren vor dem Weltkriege, so werden heute wiederum Alldeutsche, Nationalisten, Konservative oder wie man die Namen wählen möge, von den gegnerischen Richtungen, welche auch diesmal in dem „Berliner Tageblatte“ und der „Frankfurter Zeitung“ besonders nachdrucksvoll zu Worte kommen, auf das bitterste angefeindet. Der Kampf um die reichsdeutsche Zukunft hat während des Weltkrieges schon begonnen.

Wir verlassen nunmehr die beiden Zeitungen, deren Vergangenheit wir in vorstehender Schrift ausführlich beleuchtet haben, und schauen auf die politischen Zukunftsaufgaben unseres Volkes hin. Wie wir im Eingange unserer Schrift bereits zu betonen Gelegenheit hatten, wird gerade von der Haltung unseres Volkes die Entscheidung abhängen, wie unser Reich in Zukunft geleitet werden darf, und wie diese Zukunft sich gestalten wird.

„Laß dich vom Rechten zeitig warnen und nicht vom Linken dich umgarnen“.

Unter dem „Linken“ verstehen wir alle politischen Ratgeber, deren Schädlichkeit oder Nichtigkeit seit Gründung des Reiches, seit dem Abgange des Reichsbegründers Fürst Bismarck, seit der Verwicklung zum Weltkriege und dem Ausbruche dieses Krieges der Erfolg überreichlich erwiesen hat. Es ist eine eigentümliche Erscheinung heutiger Tage, daß gerade Richtungen und Einzelpersonen der Vergangenheit, denen ein Verdienst um die Gesundung und Stärkung unseres Reichskörpers nicht entfernt nur beiwohnt, statt ihres Nichts durchbohrendes Gefühl zu empfinden, mit besonderer Anmaßung in den Vordergrund drängen und die reichsdeutsche Zukunft zu beherrschen trachten. Wie es in schweren Krankheiten hergeht, wo Genesungskräfte und Vernichtungselemente gegeneinander ringen, so treten gerade jetzt in dem Augenblicke der Entscheidung die Schädlichkeiten nochmals in tadelloser Vollständigkeit und mit voller Wucht auf den Plan. Linksliberale, Umstürzler, Deutsch-Engländer alle in innigem Bunde gegen die national gerichteten Elemente des deutschen

Volkess vereint! Ihnen gesellen sich die Scharen der Reichsblödsinge, der im Augenblicke Verängstigten und Verärgerten hinzu, indem sie, nur damit es anders werde, ein Ende fordern, wie dies Ende auch sei. Noch ist es Zeit, den Schädlichkeiten und Schädlingen die Thür zu weisen, indem wir uns in ernster Einklehr vor Augen halten, welche Richtung, welche Politik unser Reich geschaffen, groß gemacht und erhalten hat.

Das Deutsche Reich wird bismarckisch sein, oder es wird es nicht sein. — Diese Wahrheit werden manche nicht hören mögen. Man hat auf unbefriedigende Zustände des bismarckischen Zeitalters neuerdings noch hingewiesen, indem man sich gegen eine Wiederkehr bismarckischen Glückes mit Leidenschaft wehrte; man hat hervorgehoben, daß Staatsminister, Volksvertretung, Bundesrat, daß die ganze deutsche Nation sich in voller Willenslosigkeit befand, als der Reichsbegründer seine Amtsstätte verließ, und daß es bei dieser Willenslosigkeit, bei der gedankenlosen Heerdenhingabe seitdem verblieben ist. Die Tatsache der Heerdenwillenslosigkeit in unserem Volke kann nicht bestritten werden; aber die persönliche Schuld des einen überragenden Mannes, dessen Führung sich die anderen hingaben, weil sie besseres nicht zu erfinden vermochten, ist es mit nichten, daß es so kam: es ist die Schuld gerade des deutschen Volkes vielmehr. Warum hat man den Großen nicht verstanden und hat man von ihm nicht gelernt? Warum schlug man seine Mahnungen in den Wind, als der amtslos Gewordene vor das Volk mit seinen Lehren als der zum Lehren Berufenste hintrat?

Fürst Bismarck wußte am ersten, welches die Rehrseite seiner überragenden Leitung des deutschen Volkes im nichtgewollten Nebenerfolge war: die von ihm hinterlassene Hochspannung des politischen Autoritätsglaubens beklagte gerade er nach seinem Rücktritte am meisten: er bemühte sich darum, das von ihm materiell emporgebrachte Volk auch geistig selbständig zu machen, gerade das Volk mit seinem Geiste zu durchdringen, seinen Geist als Vermächtnis unsterblich zu machen gleich seinem Werke.

Salus publica suprema lex esto! Also lautet der Denkspruch unseres großen Staatsmannes. — Was unserem Gemeinwesen nottut, muß die Sorge aller an der Regierung beteiligten Faktoren bilden, der Krone, der Kronenberatung, der Volksvertretungsförperschaften und der Wählermassen. Was ist richtig und was muß geschehen, also ist zu fragen, nicht wer am meisten zu sagen hat, und wessen Persönlichkeitslicht am aufbringlichsten strahlen soll.

Vorwiegend aber ist es die Frage der Geltung, um welche der Streit heutiger Tage sich dreht: soll der Kanzler regieren? fragt man; soll das Parlament bestimmen? soll der Kanzler von dem Parlamente gewählt werden oder von der Krone? Ob der Kanzler tüchtig ist oder untüchtig, bleibt gleichgültig; ein Parlamentskanzler oder Parteikanzler darf untüchtig sein, oder er wird durch Machtspruch, wie er auch ist, für tüchtig erklärt, und ebenso heißt es von den politischen Maßnahmen, und wenn sie noch so

verderblich für unsere Gesamtheit sein sollten, von dem Parteistandpunkte aus einfach: **was der Parteidiebstahl ist, ist wohlgetan.**

Fürst Bismarck stellte sich die Aufgabe der Volksvertretung anders vor. Er wünschte sich die Volksvertretung als beratende Körperschaft durchaus nicht weg; er hielt das Parlament für eine notwendige Ergänzung der beamteten Regierung und zwar in dem Sinne, daß die Regierung von der Volksvertretung vor Fehlern gewarnt, vor Irrwegen gehütet werden sollte. Fürst Bismarck hielt das Vorhandensein eines Parlamentes für eine innerstaatliche Notwendigkeit, und gerade er legte auf die Wahlarten am wenigsten Gewicht. Aber Fürst Bismarck wünschte die mechanische Herrschaft einer Parlamentsmehrheit nicht, wie überhaupt bei ihm das Mechanische immer verabscheut wird. Fürst Bismarck wünschte ein geistig höchstehendes Parlament, einen von staatsmännischen Zielen erfüllten, aber nicht von Parteilucht geleiteten Reichstag. Ein Reichstag im bismarckschen Sinne müßte also, um die Meinung des Fürsten Bismarck zusammenfassend zu veranschaulichen, genau das Gegenteil von demjenigen sein, was der heutige Reichstag in seiner Mehrheit darstellt.

Hier zeigt uns also der verewigte Reichsbegründer, wie das vermeintliche „Parlamentsproblem“ heutiger Tage zu lösen ist. Das deutsche Volk hüte sich vor Heilmitteln, welche das Uebel nicht beheben, sondern verewigen; es widerstehe der Versuchung, den Teufel der bürokratischen Behm, der uns zurzeit ärger drangsalirt als je zuvor, durch den Beelzebub einer sogenannten Parlamentsherrschaft austreiben zu wollen. Aber das deutsche Volk wähle eine seiner würdige Volksvertretung, wähle einen Reichstag, der nicht um Rechte feilscht, ja Rechte erpressen will, während er mit den Regierenden in politischer Unfruchtbarkeit um die Wette zu laufen bereit ist. Hier bietet sich dem deutschen Volke eine Aufgabe zu lösen, welcher sich das Volk von dem einfachen Einzelwähler bis zu den einflußvollen Wahlorganisatoren nicht entziehen soll: wähle das deutsche Volk einen tüchtigen Reichstag, sage es sich los von den falschen Propheten, die sich in Reichstag und Presse aufdringlich vernehmen lassen, vertreibe es die Krämer aus dem Tempel, schüttele es die herrschsüchtigen Plutokraten und Ochlokraten ab, vertraue es keinem schüchternen Sekretär ein politisches Amt an, sondern sehe darauf, daß die von ihm gewählten Volksboten ihre Aufgabe im Geiste und in der Wahrheit und ohne Menschenfurcht erfüllen. In diesem Sinne mögen die nächsten Reichstagswahlen über das Geschick des deutschen Volkes das Zukunftsurteil sprechen. Ist ein Reichstag gewählt, der sich auf der Höhe seiner Aufgabe befindet, haben wir die abgestandenen Redensarten der letzten Jahre und die gedankenarmen Redner dieser Jahre nicht mehr zu hören, dann ist es eine müßige Frage, wie viel der Reichstag zu sagen und zu bestimmen hat; die Stimme des Reichstags wird dann von selbst etwas bedeuten.

Wenn sich das deutsche Volk entschließt, die richtigen Leute zu wählen oder besser gesagt, den Unrichtigen den Reichstag zu verschließen, dann ist es von

geringerem Belange, wie die Volksboten gewählt werden, ob geheim oder öffentlich, ob direkt oder indirekt.

Die Frage der formalen Zuständigkeit von Reichstag, Bundesrat und Krone ist durch die bisherigen Gesetze vollkommen befriedigend gelöst; die Hauptsache ist nur, daß alle Faktoren ihre Schuldigkeit auch wirklich erfüllen, oder daß wenigstens nicht alle gleichzeitig versagen, wenn es um Lebensfragen des deutschen Reiches geht. Ueber die Gleichgültigkeit des Reichstages, über seine Bereitwilligkeit, sich ausschalten zu lassen, hat Fürst Bismarck in den Jahren der Amtslosigkeit bitter geklagt. Der Reichstag mache sich nicht geltend, sagte Fürst Bismarck; er versage gerade da, wo man auf seine Mitwirkung rechnen müsse; er peitsche auf Regierungsgeheiß Vorlagen durch, welche sorgfältigste Prüfung erheischten, falls ihm die Regierenden nur in anderen Dingen wieder gefällig seien: der Reichstag gehe also über Wohl und Wehe des Gesamtvolkes kalthertzig zur Tagesordnung über.

Man kann diesem Vorwurfe des Fürsten Bismarck, der in den ersten Jahren seiner Amtslosigkeit verlautete, noch weiter hinzufügen, daß sich der deutsche Reichstag auch der Pflicht, die Schäden unseres politischen Lebens aufzudecken, Jahrzehnte lang in den meisten Fällen entzogen hat. Woher nimmt ein solcher Reichstag den Anspruch auf Ausdehnung seiner formalen Rechtsbefugnisse?

Die Verfassung des deutschen Reiches hat sich bewährt; die Personen, welche die Verfassung handhabten, sind hinter ihrer Aufgabe zurückgeblieben. Also mögen tüchtigere Menschen in den Vordergrund unseres politischen Lebens treten, und möge uns unsere von Bismarck erdachte Reichsverfassung als ein Kleinod erhalten bleiben. Bestehen bleibe der monarchische Charakter des Reiches, eine starke Monarchie ohne Abhängigkeit von Parlamentslaunen, ohne Zwang wenigstens, sich den jedesmaligen Parlamentsmehrheiten unterzuordnen. Erhalten bleibe uns der monarchische Sinn in dem Volke, die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus, und erhalten bleibe vor allem das kaiserliche Heer und die kaiserliche Flotte: ein von Parlamentsgrößen befehligtes, nach Parlamentshäuptern aussehendes Heer kann Siege über unsere Auslandsfeinde niemals gewinnen.

Wie sich die Reichsverfassung im einzelnen, so hat sich der bundesstaatliche Charakter des Reiches im allgemeinen bewährt, und dieser bundesstaatliche Charakter des Deutschen Reiches muß auch fernerhin behütet werden. Weder der Bundesrat, noch was man seit dem Abgange des Fürsten Bismarck „Reichsregierung“ zu nennen beliebte, am wenigsten aber der Reichstag hat in die einzelstaatlichen Verhältnisse das Geringste hereinzureden. Wenn die Bundesstaaten ihre Reichspflicht leisten, dann liegt es dem Reiche ob, den Bundesstaaten ihr staatliches Einzelleben zu gewährleisten.

Es schlägt nichts, ob man die Zukunftsentwicklung unseres Reiches „demokratisch“ (im guten Sinne) nennt, oder anders; die Hauptsache bleibt, daß richtig und gut, daß den Bedürfnissen des Volkes und den Verhältnissen des Staatsganzen entsprechend nach innen wie nach außen regiert wird.

Otto von Bismarck äußerte schon in den fünfziger Jahren, daß wir in dieser Welt nicht allein seien, und daß wir unser Verhalten zu den Außenmächten wiederum nach deren Verhalten, aber nicht nach unseren Neigungen, Liebhabereien und Schwächen einzurichten hätten. Mit diesem Worte hat Bismarck die schwächste Seite der preussischen Politik während der fünfziger Jahre berührt. Heutzutage ist es bei uns hierin nicht viel anders geworden, nur daß ein Teil gerade des deutschen Volkes an Fehlmeinungen die Regierenden noch weit überbietet, ja die Regierenden in den Irrtumsklund mit Gewalt herunterzerren will, wo den Regierenden selbst die Ahnung bereits dämmert. Das Verkennen der von England drohenden Gefahr in den Jahren vor dem Weltkriege, das Verkennen weiterhin der Absichten des amerikanischen Präsidenten Wilson zu einer Zeit sogar, als dessen Absicht, uns den Todesstoß versetzen zu helfen, der ganzen Umwelt klar vor Augen lag, die weitere Täuschung über die Absichten Englands und über die Möglichkeit, mit dem Inselreiche in das Reine zu kommen, dies alles bildet eine der merkwürdigsten Erscheinungen dieses Krieges, ja der deutschen Geschichte und der Weltgeschichte überhaupt.

Die England-Schwärmerei der sechziger und fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nimmt sich, mit der Anglomanie der Jahre vor dem Weltkriege verglichen, noch kindlich und harmlos aus; bemerkenswert ist freilich, daß gerade, was sich freisinnig oder liberal nannte, auch damals schon in Einstimmigkeit für alles eintrat, was auch England erwünscht war, in innerdeutschen Dingen sowohl wie in der Auslandspolitik: sowie England die deutschen Schutzzölle haßte, weil sie ihm die Einfuhr verdarben, so verabscheuten die Freisinnigen die bismarcksche Schutzzollpolitik, obgleich sie dem Deutschen Reiche nützte. Die Freisinnigen oder Volksparteiler (hier hervorragend vertreten durch den Schwaben Konrad Haßmann) waren sogar trotz aller Ungunst der Verhältnisse für ein deutsch-englisches Bündnis (im Gegensatz zu einem deutsch-russischen Bündnis) aus den vollsten Tiefen ihres Herzens eingenommen. Bis zum heutigen Tage haben solche Deutsch-Engländer nichts gelernt und werden bis zum Ende ihrer Tage nichts mehr lernen. Fort mit ihnen!

Wie sich die Lage Deutschlands weiter gestalten wird, wie die Beziehungen zu der Umwelt später sein mögen, entzieht sich zunächst der Voraussage; behaupten darf man nur, daß die Lage Deutschlands unter allen Umständen und auf lange Zeiten schlecht sein wird, wenn nach den Ratschlägen der im deutschen Reichstage und in der ochlokratischen Presse laut gewordenen Engländer-Neigungen verfahren wird.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind und bleiben die Feinde deutscher Gesundheit, deutscher Macht und deutscher Blüte; sie wollen uns totwürgen oder tothungern, wenn dies nicht gelingen sollte, unsere Gesundheit vergiften, und bei diesem Beginnen zwischendurch uns noch betören. Lernen kann man auch von diesen Feinden, die uns in

Einzelnem überlegen sind: sie haben keinen Zepelin und keinen Hindenburg, aber auch keinen Caprivi oder Bethmann. Jedoch hören darf man auf diese Todfeinde nur in ablehnendem Sinne: was von ihnen betrieben wird, was man von da aus uns aufdrängen will, muß darum ohne weiteres als uns verderblich angesehen werden, auch wenn es „demokratische“ Wohltaten sein sollten.

Nur Stärke, nur der feste Wille, sich nicht selbst zu täuschen, sich nicht übertölpeln und bauernfängern zu lassen, vermag uns vor den angelsächsischen Feinden diesseits und jenseits des Ozeans zu retten. Nur politische Stärke auch und politisch gesunde Verhältnisse in unserm Innern können uns die Bündnisse erhalten, welche im Augenblicke unsere Stütze bilden, und können uns neue Bündnisse mit der Zeit gewinnen helfen.

Von dem Sinne, welchen das deutsche Volk an den Tag legen wird nach dem Ende des heutigen Weltkrieges, hängt, wie am Eingange der Schrift bereits gesagt wurde, die Zukunft des deutschen Volkes ab. Einflußlos ist das deutsche Volk auch bei heutiger Rechtslage nicht, wenn es sein Wohl und Wehe nur wahrnehmen will. Möge gesunder Sinn unser ganzes Volk politisch durchdringen; mögen die Schädlinge verschwinden und die Schädlichkeiten ausscheiden! Ein politisch gesundes Volk wird auch eine tüchtige Regierung finden. An den Regierenden allein hat es nicht gelegen, daß es Jahrzehnte lang abwärts ging mit dem Deutschen Reiche.

Salus publica suprema lex esto!
Eine feige Politik hat noch immer Schaden gebracht!
Deutschland, Deutschland über Alles!

.....

21. Juli 1952

Don demselben Verfasser erschien:

Bismarck und seine Zeit

VON

R. Eigenbrodt.

Leipzig, Dietrichsche Verlagsbuchhandlung 1912.

Geh. 5 Mk., geb. 6 Mk.

Urteile über dies Buch:

„Überall dringt die Parole: Zurück zu Bismarck! durch. Die latente Kritik der Gegenwart verleiht dem Werke einen hochaktuellen Inhalt: Erhöhend auf die Spannung wirkt auch die eigenartige Ausdrucksweise E.'s. Seine Urteile sind scharf und drastisch, sie reizen oft zum Widerspruch, und doch muß man E. meist Recht geben; denn unmittelbar auf seine mitunter kühnen Behauptungen folgt das Beweismaterial. Überall wird das schwere Geschütz wichtiger Bismarckworte aufgeföhren, und damit werden die letzten Bedenken zerstreut.“ (Leipziger Zeit., wissensch. Beil. vom 21. Dez. 1912.)

„Der Eigenbrodtsche Bismarck gehört zu den besten und wahrsten der bisher dargestellten.“ (Bismarck-Bund 1913, Nr. 4.)

„Unter der reichen Bismarckliteratur ist dieses Werk wohl eines der zuverlässigsten und reichhaltigsten. . . . Viele der Gesichtspunkte, unter denen Bismarcks Wirken hier von Eigenbrodt beurteilt und an der Hand von zeitgenössischen Notizen erläutert wird, sind sehr interessant. Das verdienstvolle Werk sei hiermit allen Verehrern Bismarcks bestens empfohlen.“ (Queenslander Herald und Nord-Austral. Zeitung, 10. Sept. 1913.)

„Wir haben es in diesem Buche mit einem der besten Werke über den großen Kanzler zu tun, die seit seinem Tode erschienen sind. — Des Verfassers nach oben wie nach unten unerschrockene Stellungnahme wird jeden ehrlichen Leser mit Freude erfüllen, weil solche Stellungnahme in der deutschen Öffentlichkeit ziemlich selten geworden ist. — Wir können das vom Verlage schön ausgestattete Werk wärmstens empfehlen und wünschen ihm als dessen Leser jeden gebildeten Deutschen.“ (Der getreue Eckart, Februarheft 1913.)